INHALT

EDITORIAL 4

NEOLIBERALISMUS EXTREM

GABRIELE WINKER Erschöpfung des Sozialen 6
MARIO CANDEIAS Zu viel und zu wenig. Ein Moment organischer Krise 14
MELINDA COOPER UND SILVIA FEDERICI Von der Hausfrau zur Leihmutter.
Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus 18
CHRISTA WICHTERICH Mikrokredite und die Entdeckung der Frauen 28
MAŁGORZATA MACIEJEWSKA UND MARCIN MARSZAŁEK Nach dem Mütterstreik.
Alltag in einer polnischen Kleinstadt 36
SARAH SCHILLIGER Verschobene Krisen. Globalisierte Care-Arbeit und
neue alte Ungleichheiten 46
ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD Wie wir uns selbst outsourcen 52
SUSANNE SCHULTZ Demografischer Sachzwang und politisiertes Gebären........ 58

EINSPRÜCHE

NANCY FRASER Feminismus ohne Strategie 64
CHRISTINE KRIEGEROWSKI Küchengirl verweigert 68
SHIRIN M. RAI, CATHERINE HOSKYNS UND DANIA THOMAS
Die Kosten unbezahlter Hausarbeit 72
MIRIAM LANG UND ALEJANDRA SANTILLANA Frauenbewegung und
patriarchaler Staat in Ecuador 80
BERND RIEXINGER Arbeitszeitverkürzung.
Neue Perspektiven aus den Kämpfen entwickeln 88


LEARNING
COURSES

KÄMPFE

SANDY KALTENBORN UND TASHY ENDRES »Die Stadt von morgen beginnt heute«. Kotti & Co protestiert gegen die Berliner Wohnungspolitik **92**

MIKE LAUFENBERG Communities of Care: Queere Politiken der Reproduktion **96**

ISABELL LOREY Praktizierte Demokratie in den Besetzungen: Eine konstituierende Macht **102**

CHRISTIANE LEIDINGER Potenziale politischen Zeltens. Alte und neue Camps als Aktionslaboratorien **110**

PLAN B

CORNELIA MÖHRING Der Plan B – ein feministischer Blick auf ein anregendes Projekt **118**

TADZIO MÜLLER Plan B? Ökologie für alle! **124**

CARE FOR CLASS

HORST KAHRS Abschied und Wiederkehr. Neuorientierung der LINKEN **128**

GEORG FÜLBERTH Eric Hobsbawm und das 20. Jahrhundert **134**

VISHWAS SATGAR Nach Marikana. Das Massaker an südafrikanischen Bergarbeitern und die arbeiterfeindliche Politik des ANC **140**

EVA VÖLPEL UND ÁLVARO GARREAUD Perspektiven des Protests. Verfassunggebende Versammlung in Chile?.. **146**

VERFASSERINNEN UND VERFASSER **153**

EDITORIAL

Reproduktion ist die Frage nach der Zukunft: Wie wollen wir leben? Wie geht es morgen weiter? Welche Arbeit muss getan werden, damit alle zur Arbeit kommen? Und wie kann die Gesellschaft insgesamt erhalten, erweitert, entwickelt werden? Widersprüche zwischen der Reproduktion des Kapitals und dem Anspruch an ein gutes Leben, Erholung und Teilhabe sind zugespitzt: Mehr Frauen gehen arbeiten, Familienmodelle sind in Bewegung; gleichzeitig ist Arbeit intensiviert, häufig prekär, Löhne sind gesunken, Arbeitszeiten überlang und unberechenbar. Die Tage zu planen, Zeit zu finden für die Organisation des Alltags und der Zukunft, ist häufig Hexenwerk. Wer sorgt für sich und andere? Öffentliche Institutionen wurden verschlankt – oft nur ein anderes Wort für ausgehungert. Die Frage nach einer gerechten Organisation reproduktiver Arbeit, ein Kern des Feminismus, ist in Neoliberalismus und Krise verschoben: Lassen sich Menschen – Frauen – finden, die die Reproduktion für weniger Geld erledigen? Neue Spaltungen ziehen sich um den Globus – auch zwischen Frauen.

Doch wann ist das eine Krise? Nur 51 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland gehen davon aus, ihren Job bis zum Alter von 67 Jahren durchhalten zu können (DGB Index »Gute Arbeit«). Wer sein Leben lang für ein durchschnittliches Einkommen gearbeitet hat, wird allenfalls eine Rente auf Grundsicherungsniveau erreichen. Die Anzahl psychischer Erkrankungen steigt; gleichzeitig übt das Gesundheitssystem enormen Druck auf Menschen aus, die wegen Erschöpfung nicht mehr arbeiten können – auf psychosoziale Versorgung warten Betroffene oft zu lange. Menschen leben mit der Krise – ab wann wird das eine Krise der gesellschaftlichen Reproduktion? Das Feld ist fragil genug, dass es zum Spielfeld widersprüchlicher Zukunftsentwür-

fe wird. In der Bearbeitung der Reproduktionskrise wird um Hegemonie gerungen. Konservative versuchen, die Reproduktion zu regieren: Elternzeit, Betreuungsgeld, Haushaltshilfen für Mütter, die in den Beruf zurück wollen, Diskussionen um Rentenaufstockung, Pflegezeiten, Ausbau von Kindergartenplätzen für unter Dreijährige und Steuervergünstigung für Familien, die ihre Kinder durch die Großeltern versorgen lassen.

Die Maßnahmen eint, dass sie einzig darauf zielen, Erwerbsbeteiligung und Leistungsfähigkeit zu steigern: durch (Re)Integration von Frauen, insbesondere von Hochqualifizierten in Lohnarbeit, Verkürzung von Schul- und Studienzeiten und die unerbittliche Mobilisierung ›stiller Reserven‹: Vordenker des Neoliberalismus wie der Schweizer Ökonom Gerhard Schwarz entdecken die »vergessenen 40 Prozent« (NZZ, 29.9.2012) unbezahlter (Frauen-)Arbeit als ungenutztes Potenzial der Nationalökonomien – ein »unterschätzter Wohlstand« (ebd.). Das Plädoyer ähnelt – auf gespenstische Weise – den Argumentationen feministischer Ökonomiekritik, die seit den 1970er Jahren auf die Notwendigkeit unbezahlter Haus- und Sorgearbeit für kapitalistische Verwertungsprozesse hinweist. Die Forderung, Arbeit umfassend umzuverteilen und die mit einer hierarchischen Arbeitsteilung einhergehenden sozialen Spaltungen zu überwinden, wird kurzerhand entwendet.

Das Feld ist auch von unten umkämpft. Privatisierung und Vermarktlichung gesellschaftlicher Daseinsvorsorge ist Anlass und Ausgangspunkt für Kämpfe um eine (Wieder-)Aneignung des Öffentlichen: Bildungsstreiks, Initiativen für ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum und auf ein würdiges Leben im Alter, gewerkschaftliche Auseinandersetzungen im Pflegebereich für eine gemeinsame Organisierung von Krankenschwestern, Patienten und Angehörigen ebenso wie die Proteste gegen Privatisierung im Gesundheitswesen für höhere Löhne und Anerkennung von ErzieherInnen oder Zusammenschlüsse von (illegalisierten) Hauarbeiterinnen und den von ihrer Arbeit abhängigen Auftraggeberinnen, Initiativen für eine Rekommunalisierung von Wasser, Strom, Gas sowie für entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr. Hier liegen Entwicklungschancen – eine Verbindung von guter Arbeit mit einem demokratischen, sozialen Öffentlichen. Die neuen Demokratiebewegungen und Occupy haben nicht nur den Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe, sondern auch Fragen individueller und gesellschaftlicher Reproduktion erneut und anders auf die Tagesordnung gebracht.

Wie kann die Krise der Reproduktion zum Ausgangspunkt einer Transformation werden, die reproduktive Praxen nicht mehr ausbeutet, sondern ins Zentrum alternativer Gesellschaftsgestaltung stellt? Die Idee einer Reproduktionsökonomie, in der sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln können, aber nicht mehr quantitativ wachsen müssen, öffnet Möglichkeiten, alternative Praxen zu entwerfen, kollektive Räume auszuloten und die vielfältigen existierenden Kämpfe zu bündeln.

ERSCHÖPFUNG DES SOZIALEN

GABRIELE WINKER

Menschen sind in den vorherrschenden Krisendebatten weitgehend entsorgt. Es geht um Banken, denen es schlecht geht, um Märkte, die nervös reagieren, oder um misswirtschaftende Schuldenstaaten, die den Euro infizieren. In vielen linken Debatten geht es dagegen primär um die Bedeutung des Finanzkapitals. Menschen mit ihren Existenzsorgen und ihrem Zeitstress werden nur am Rande erwähnt. Dies ist erstaunlich, da derzeit immer mehr Menschen trotz des Verkaufs ihrer Arbeitskraft weder ausreichend finanzielle noch zeitliche Ressourcen haben, um ihre grundlegenden Lebensbedürfnisse zu realisieren. Dadurch entsteht vielfältiges soziales Leid, woran linkes politisches Handeln grundlegend ansetzen müsste. Ferner lassen sich gerade aus den Schwierigkeiten der Reproduktion von Arbeitskraft auch Widersprüche bei der Kapitalakkumulation herausarbeiten, da sich im Kapitalismus nur durch den Einsatz der menschlichen Arbeitskraft als Ware Mehrwert bzw. Profit realisieren lässt. Um diese aktuellen kapitalistischen Verwertungsschwierigkeiten zu benennen und dabei gleichzeitig die schwierigen und teilweise menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen zu politisieren, spreche ich von einer Krise sozialer Reproduktion und verstehe darunter den zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und der Reproduktion von Arbeitskraft.[1]

ZUR SOZIALEN REPRODUKTIONSKRISE

Wir befinden uns derzeit in einer tiefen Überakkumulationskrise (vgl. Candeias/ Rilling 2009). Die Gründe für solche Verwertungskrisen des Kapitals sieht Marx in inneren Widersprüchen des Kapitalismus, die er u.a. im Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate verdeutlicht (MEW 25, 221ff). In solchen Situationen reagiert das

Kapital in vielfältiger Weise: Unternehmen schränken die Realinvestitionen ein und legen ihr Kapital auf dem Geldmarkt an. Unterstützt durch Deregulierungen des Finanzsektors fließen in bisher unbekanntem Ausmaß Kapitalströme in Aktien, in den Devisen-, Derivate- oder Anleihenmarkt oder andere Formen fiktiven Kapitals. Finanzspekulationen haben eine neue Quantität wie Qualität angenommen. Eine weitere Strategie ist das Ausweichen in Niedriglohnländer, wo wegen des niedrigeren technologischen Niveaus mit billigeren Arbeitskräften höhere Profitraten erzielt werden können. Gleichzeitig versuchen Unternehmen und Staat im Verbund in technologisch hoch entwickelten Ländern wie Deutschland, den Lohn für Teile der Beschäftigten unter anderem mit der Drohung von Standortverlagerungen oder dem Druck der Jobcenter unter den Wert der Arbeitskraft zu drücken.

Ferner erleben wir, wie zur Kostensenkung Sozialversicherungssysteme und staatliche Institutionen zurückgefahren werden, die für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind. So werden Aufgaben im Bereich der Erziehung und Bildung sowie der Gesundheit und Pflege in die Familien verlagert. Sie werden zusätzlicher Teil einer ohnehin schon umfangreichen familiär und zivilgesellschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit, die für die Wiederherstellung der eigenen Arbeitskraft wie auch die Kindererziehung sowie die Unterstützung von pflegebedürftigen Personen unabdingbar ist. Dieser Bereich bleibt häufig – auch im Krisendiskurs – unsichtbar, da diese gesellschaftlich notwendige Arbeit nicht warenförmig, sondern ausschließlich am Gebrauchswert orientiert, primär von Frauen realisiert wird. Reproduktionsarbeit ist in der Bundesrepublik zeitlich um das 1,7-fache größer als die Lohnarbeit (BMFSFJ 2003). Vor allem Beschäftigte, die neben ihrer Lohnarbeit Sorgeverpflichtungen für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige übernommen haben, kommen bei längeren und flexibilisierten beruflichen Arbeitszeiten, eingeschränkten staatlichen Betreuungsangeboten sowie durchlöcherten Sozialsystemen an die Grenzen ihrer Kräfte. Dies gilt insbesondere für Frauen, deren Erwerbsquote seit den 1970er Jahren kontinuierlich angestiegen ist und die in einer zweiten Arbeitsschicht die zunehmenden Reproduktionsarbeiten leisten müssen.

Mit all diesen Maßnahmen gelingt es zwar, den Ausbeutungsgrad der Lohnabhängigen zu erhöhen, die damit einhergehende Umverteilung der Einkommen zugunsten von Kapitalbesitzenden und Besserverdienenden bewirkt allerdings einen weiter wachsenden Überschuss an Kapital, das Anlagemöglichkeiten sucht. Um die Entwertung von Kapital zu vermeiden, nehmen staatliche Interventionen zur Absicherung des Finanz- und Währungssektors weiter zu. Die durch die Rettungsmaßnahmen verursachte Überschuldung des Staates vergrößert den Druck auf die staatlichen Leistungen, die zur Daseinsvorsorge oder anders ausgedrückt zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendig sind, sich aber aus Kostengründen nicht mehr

realisieren lassen. Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung bringen auf diese Weise neue Probleme hervor, verschärfen selbst die Krise.

Während sich viele Krisenanalysen mit den spekulativen Blasen auf den Finanzmärkten auseinandersetzen, werden die Maßnahmen des Kapitals, die zu großen Schwierigkeiten bei der Reproduktion von Arbeitskraft führen, kaum betrachtet. Das kapitalistische System ist in einem Land wie der BRD, das einen Teil seiner Überakkumulation durch Handelsüberschüsse auf andere Länder überträgt, nicht mehr in der Lage, für alle Menschen die grundlegenden Lebensbedürfnisse zu gewährleisten. Diese Situation bringt für Menschen mit geringen finanziellen und zeitlichen Ressourcen vielfältiges soziales Leid hervor. Gleichzeitig steht damit ein Teil der Arbeitskräfte nicht mehr mit der notwendigen Qualifikation und Leistungsbereitschaft als Produktivkräfte zur Verfügung. Auch der selektive Zustrom migrantischer Arbeitskräfte konnte dies bislang nicht ausgleichen. Der kapitalistische Widerspruch zwischen Senkung der Lohnkosten zur Profitmaximierung und der Notwendigkeit der Reproduktion von einsatzfähigen, breit ausgebildeten Arbeitskräften hat sich zugespitzt. Aus dem Versuch des Kapitals, mit Reallohnsenkungen und Sozialabbau der Überakkumulationskrise zu begegnen, entwickelt sich eine soziale Reproduktionskrise, die in der Folge die Kapitalverwertungsprobleme verschärft.

Während in den Analysen zur Finanzkrise Menschen kaum mehr vorkommen und Geschlechterverhältnisse allenfalls mit Bezug auf das Geschlecht der Bankiers behandelt werden, ist in der Auseinandersetzung mit der sozialen Reproduktionskrise auch analytisch der Bezug zur Lohn- und Reproduktionsarbeit mitgedacht. So kommen die asymmetrischen Geschlechterverhältnisse mit der patriarchalen Arbeitsteilung in der Produktions- und Reproduktionssphäre in den Blick.

ZU DEN FOLGEN DER SOZIALEN REPRODUKTIONSKRISE

Die von Lohn und Transferzahlungen Abhängigen sind seit Jahren sozialen Angriffen ausgesetzt. In der Krise seit 2007 verschärft sich die Situation noch.

Ausdehnung des Arbeitstags und Sinken der Reallöhne

Laut AOK-Fehlzeiten-Report 2012 ist inzwischen fast jeder zweite Beschäftigte außerhalb der Arbeitszeit für berufliche Aufgaben erreichbar. Mit dieser Verlängerung des Arbeitstags auch in Urlaubszeiten hinein, verbunden mit alltäglichen Leistungsverdichtungen, verbessern Unternehmen die Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals. Gleichzeitig gelang es ihnen, den Familienlohn abzubauen und die Reallöhne zu senken. Mit der sich fortsetzenden Umwandlung von Normalarbeitsverhältnissen in Teilzeitbeschäftigung ist es ebenfalls möglich, die Arbeit intensiver zu gestalten und über den vertraglichen Umfang hinaus auszudehnen. Gleichzeitig wird seit dem

Wegfall der Systemkonkurrenz verstärkt ein wachsender Teil der Lohnabhängigen unter den Wert der Arbeitskraft gedrückt. Dies erfolgt seit 2003 mithilfe der Hartz-Gesetze durch den forcierten Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse in Form von Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbständigkeit und sozialversicherungsfreien Arbeitsverträgen. Viele prekär Beschäftigte können die Kosten für Nahrung, Wohnung und Kleidung nicht mehr begleichen und erhalten als »Aufstocker« finanzielle Zusatzleistungen vom Staat. Im Jahr 2010 arbeiteten laut Statistischem Bundesamt (10.9.2012) bereits 20,6 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten im Niedriglohnsektor, über 60 Prozent davon sind Frauen. Formen der Überausbeutung gibt es ferner bei unbezahlten Praktika oder Ein-Euro-Jobs, die Erwerbslosen von den Arbeitsagenturen häufig aufgezwungenen werden. Entsprechend ging das reale Bruttoentgelt pro lohnabhängig Beschäftigtem von 1994 bis 2008 um 3,3 Prozent zurück (Demirović/Sablowski 2012, 11). Im Niedriglohnsektor fielen die Löhne zwischen den Jahren 2000 und 2010 um bis zu 30 Prozent (DIW 2011).

Abbau staatlicher Infrastrukturmaßnahmen

Durch Senkung der staatlichen Ausgaben und Erhöhung der Gebühren werden die gesellschaftlich notwendigen Aufgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft auf die lohnabhängigen Menschen abgewälzt. Die Kürzungspolitik ist ein Angriff auf Menschen, die sich unter prekären Bedingungen und sinkenden Reallöhnen um ihre Daseinsvorsorge und die ihrer Kinder kümmern und die wegfallenden staatlichen Dienste in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege in familiären Zusammenhängen auffangen müssen.

Dort, wo staatliche Sozialausgaben für die Reproduktion der Arbeitskraft unabdingbar sind, versucht die Politik dies mit möglichst geringen Kosten zu realisieren. So wird im Bereich der Familienpolitik zwischen Leistungsträgern und Leistungsempfängern unterschieden. Während beispielsweise gut verdienende Eltern für 12 bzw. 14 Monate bis zu 1800 Euro pro Monat Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen können, werden bei Hartz-IV-EmpfängerInnen selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem ALG II verrechnet. Der zögerliche Ausbau der Kitas ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht, das Kindeswohl bleibt zweitrangig. Es wird versucht, selbst diese Kinderbetreuungskosten zu drücken: Leiharbeiterinnen sowie un- bzw. schnell ausgebildetes Betreuungspersonal werden bereits eingesetzt – dies soll systematisch ausgeweitet werden.

Bei der Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen ist die staatliche Unterstützung noch deutlich geringer, werden diese ja im Gegensatz zu Kindern nicht mehr als Arbeitskräfte benötigt. Dort konnte eine bezahlte Freistellung zur Pflege – vergleichbar mit dem Elterngeld – nicht durchgesetzt werden. Nach dem Pflegezeitgesetz

können sich pflegende Angehörige zwar bis zu sechs Monate von der Erwerbsarbeit freistellen lassen oder nach dem am 1.1.2012 inkraftgetretenen Familienpflegezeitgesetz ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahren reduzieren, allerdings bei beidem ohne jeglichen Ausgleich für die entfallenen Bezüge. So wird bei der Pflege auf das große Engagement der Angehörigen gesetzt, die mit einem, wenn überhaupt, nur geringen Pflegegeld die Sorge für Eltern und Verwandte übernehmen.

Im Bildungssystem wird mit der zwölfjährigen Schulzeit sowie einer verschulten Bachelorausbildung versucht, die frühzeitige Verwertung junger Arbeitskräfte voranzutreiben und gleichzeitig staatliche Kosten zu senken. Das Problem, dass damit junge Menschen nicht die geforderten innovativen Fähigkeiten für die sich technologisch und organisatorisch schnell wandelnden Produktionsbedingungen entwickeln können, wird mit der Forderung nach lebenslangem Lernen und »Employability« (Beschäftigungsfähigkeit) als individuell zu lösende Aufgabe an sie zurückgegeben. Bildung wird so zum »Investitionsrisiko« (vgl. Federici/Cooper in diesem Heft).

Durchlöcherung der Sozialversicherungssysteme

Das System der Solidargemeinschaft wird immer mehr aufgeweicht mit dem Ziel, Unternehmen zu entlasten und die Kosten den Betroffenen aufzuladen. Erwerbslose erhalten nur noch für einen kurzen Zeitraum ALG I, danach müssen sie am Existenzminimum mit ALG II leben. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung fallen immer mehr Krankheiten aus dem Leistungskatalog, was sich bisher am deutlichsten bei der nur noch geringfügigen Kostenübernahme von notwendigen Zahnersatzbehandlungen zeigt. Die staatliche Rente wird seit Jahren ausgehöhlt, sodass Millionen Rentner mit Altersarmut konfrontiert sind. Viele arbeiten bereits in Minijobs, um mit ihrer viel zu geringen Rente irgendwie über die Runden zu kommen. Das Rentenniveau soll auf 43 Prozent des Nettoeinkommens sinken. Das heißt, in Zukunft werden Durchschnittsverdiener mit einem monatlichen Lohn von 2500 Euro nach 35 Arbeitsjahren gerade einmal eine Rente auf Grundsicherungsniveau erhalten. Niedriglöhner, v.a. Frauen, die aufgrund von Erziehungs- und Pflegeaufgaben diskontinuierlich und/oder in Teilzeit arbeiten müssen, erreichen weder die 35 Jahre Beitragszeiten noch ein entsprechendes Einkommensniveau (vgl. Manske 2012).

Privatisierung profitträchtiger staatlicher Funktionen

Die Privatisierung von Staatsfunktionen, z.B. im Bereich der Übernahme von öffentlichen Krankenhäusern, findet nur dort statt, wo sich das Kapital Profite erwartet. So reduzieren privatisierte Krankenhäuser Liegezeiten und spezialisieren sich bspw. auf Knie- oder Hüftoperationen, da diese wie am Fließband profitabel abzuwickeln sind. Eine Gesamtversorgung ist damit ebenso wenig gewährleistet wie die Pflege nach

einem operativen Eingriff. Ferner konzentrieren sich privatwirtschaftliche Konzepte aus Gründen der Profitmaximierung auf gut Verdienende bzw. Privatversicherte, was bei elitären Bildungsstätten, Wellness-Oasen oder De-Luxe-Seniorenresidenzen sichtbar wird. Im Bereich von Wohnen, Energie und Verkehr wurden umfangreiche Privatisierungen durchgeführt. Mangels Alternativen müssen auch Menschen mit niedrigem Einkommen die abgewälzten höheren Kosten in Kauf nehmen, da der sozial geförderte Wohnraum rapide abnimmt und die Mobilitäts- und Energieversorgung aufgrund technologischer Voraussetzungen tendenziell Monopolstrukturen aufweisen.

Zunehmende Reproduktionsarbeit

Es sind die Reproduktionsarbeitenden, primär Frauen, die Reallohnsenkungen, Kürzungen öffentlicher Dienstleistungen, mangelnde Kinderbetreuung, schlechte Schulbildung, steigende Mieten, Energie- und Gesundheitskosten u.v.m. in Familienstrukturen aufzufangen haben. Auf sie fallen auch die für die Kapitalverwertung unerwünschten Nebeneffekte der Kürzungspolitik zurück: etwa Ausfallzeiten, wenn nach einer Operation ein Familienmitglied zuhause gepflegt werden muss, weil es kaum noch stationäre Nachsorge in den Krankenhäusern gibt. Die Kürzungen vermindern die Aussichten auf ausreichende (Weiter-)Qualifikation, fehlende Perspektive führt zu mangelnder Motivation. Es ist Aufgabe der Erwachsenen, sich als motivierte, gesunde, qualifizierte Arbeitskräfte zu reproduzieren. Bei Kindern und Jugendlichen übernehmen diese schwere und zeitintensive Aufgabe primär die Eltern. Konsequenz dieser hier nur umrissenen Krisenfolgen ist, dass viele Menschen, vor allem Frauen mit Sorgeverpflichtungen, deutlich überlastet sind. Zwar können sich überdurchschnittlich gut verdienende Paare über schlecht bezahlte und nicht abgesicherte Haushaltsarbeiterinnen entlasten. Der wachsenden Zahl der prekär Lohnarbeitenden bleibt nur, die zunehmenden Reproduktionsaufgaben ohne gesellschaftliche Unterstützung am Rande ihrer eigenen Überforderung neben ihrer Berufstätigkeit auszuführen.

Wie schwierig ein Leben unter diesen Bedingungen ist, zeigt sich an der sprunghaften Zunahme von depressiven Erkrankungen und neuen Krankheitsbildern wie Burnout. Laut AOK-Fehlzeiten-Report hat sich seit 1994 die Anzahl der Tage, in denen Beschäftigte aufgrund psychischer Erkrankungen arbeitsunfähig waren, nahezu verdoppelt. Auch ein dauerhaft niedriges Geburtenniveau von unter 1,4 Kindern pro Frau spricht eine deutliche Sprache. Die Mehrheit der Kinderlosen möchte die hohen finanziellen Belastungen von Eltern und verschlechterten beruflichen Chancen vor allem von Müttern nicht tragen. Hinzu kommen die wenigen Kita-Plätze, unsichere Jobs, hohe Mieten und das abschreckende Beispiel

von Alleinerziehenden, von denen über 40 Prozent unter den Bedingungen von Hartz IV leben.

Die Kürzungspolitik wird sich in Zukunft durch die zu erwartende Kapitalentwertung weiter verschärfen. Den Preis für die staatlichen Rettungsaktionen von sogenannten systemrelevanten Finanzhäusern, aber auch von Inflation wird die große Mehrheit der von Lohn und Transferzahlungen abhängigen Menschen zahlen. Sie werden von den massiven sozialen Kürzungen betroffen sein, die mit der Staatsdefizit-Sanierung bereits sichtbar sind und sich weiter fortsetzen werden.

DASEINSVORSORGE INS ZENTRUM POLITISCHEN HANDELNS STELLEN

Was bedeutet die Analyse der sozialen Reproduktionskrise mit ihren Folgen für politisches Handeln? Zunächst einmal gilt es, »laut zu sagen, was ist« (Rosa Luxemburg). Es gilt die Zusammenhänge der Kapitalverwertung klar darzustellen, sodass Menschen erkennen, dass ihre Existenzsorgen und ihr Zeitstress nicht individuellem Verschulden zuzuschreiben sind, sondern den krisenhaften Verwertungsproblemen eines kapitalistischen Systems. Es muss deutlich werden, dass es im Kapitalismus um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse nur insoweit geht, als mit ihnen ein Profit realisierbar ist. Eine Gesellschaft kann jedoch die Realisierung ihrer Grundbedürfnisse nicht daran ausrichten, ob sie für ein Einzelkapital derzeit profitabel sind.

In dieser Situation plädiere ich für einen grundlegenden Perspektivenwechsel, eine Care Revolution. Es geht um ein Konzept, das nicht Profitmaximierung, sondern konsequent die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen ins Zentrum politischen Handelns stellt. Es geht darum, alle gesellschaftlich für die Daseinsvorsorge notwendigen Arbeiten von der Warenproduktion und damit von den Verwertungsprinzipien auszuschließen. So werden Zeit für Reproduktionsarbeit, Zeit für die Produktion von gesellschaftlich notwendigen Gütern und Dienstleistungen, Zeit für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement sowie Zeit für Muße – bei gleichzeitiger sozialer Absicherung – zum Ziel gesellschaftlicher Transformation.

Erste Schritte in Richtung einer Care Revolution sind eine radikale Arbeitszeitverkürzung, die Realisierung des Mindestlohns sowie ein bedingungsloses, die Existenz sicherndes Grundeinkommen. Nur so ist individuelle und generative Sorgearbeit im familiären Umfeld zeitlich und bei Absicherung der Existenz realisierbar. Ferner ist die auf Freiwilligkeit beruhende, individuell geleistete Sorgearbeit in den Familien mit einem deutlich ausgebauten Netz staatlich, genossenschaftlich oder gemeinwirtschaftlich angebotener personennaher Dienstleistungen in den Bereichen Kinderbetreuung und Bildungsangebote, Gesundheitsversorgung und Altenpflege zu verbinden. Gleichzeitig ist eine gesellschaftliche Aufwertung und deutlich höhere Entlohnung dieser Dienstleistungen wichtig. Dies würde für alle professionellen

Care Worker, vor allem die vielen Frauen, die in diesem Bereich tätig sind, endlich Existenz sichernde Löhne bedeuten. Verbunden mit humanen Aufenthaltsgesetzen können so auch die Arbeitsbedingungen von migrierten Angestellten in der häuslichen, aber auch in der privatwirtschaftlichen und staatlichen Betreuungs- und Pflegearbeit legalisiert und verbessert werden. Mit diesen politischen Leitlinien ließe sich Arbeit im ganz umfassenden Sinne auch zwischen den Geschlechtern umverteilen (ausführlich in *LuXemburg* 3/2010, 124ff). Diese ersten Schritte einer Care Revolution benötigen finanzielle Ressourcen, die mit einem konsequenten Schuldenschnitt zu Lasten der großen Gläubiger, einer Streichung eines großen Teils der institutionellen Schulden sowie einer deutlich stärkeren Besteuerung der Reichen und der Unternehmensgewinne zur Verfügung stünden.

Zur Realisierung auch der kleinsten der genannten Maßnahmen bedarf es einer gesellschaftlichen Mobilisierung. Ausgangspunkt für Widersetzungspraxen können kollektive Selbstreflexionsprozesse sein, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpfen und die Gestaltung eines selbstbestimmten und menschenwürdigen Lebens ins Zentrum stellen. Und es gibt ja bereits vielfältige Proteste – vom Erzieherinnenstreik 2009 bis zu den oft regional ausgerichteten Warnstreiks von Pflegekräften in den vergangenen Jahren, von den vielfältigen Protesten einer breiten Bewegung »Recht auf Stadt« bis zum Zusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte im Miethäuser-Syndikat, von einer Commons-Bewegung, die auch bereits im Bereich der Daseinsvorsorge alternative Lebensformen erprobt, bis zu den kommunalen Auseinandersetzungen um Angebote für Kinderbetreuung und Ganztagsschulen. Verbindend könnte die radikale Erkenntnis sein, dass menschliche Lebensinteressen nicht über profitorientierte Kapitalakkumulation zu verwirklichen sind, sondern nur durch gemeinschaftliches Handeln und Solidarität. Insofern verstärken an der Care Revolution orientierte politische Aktivitäten antikapitalistische Politiken und eröffnen neu gewendete Debatten um sozialistische Visionen.

LITERATUR

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Statistisches Bundesamt (Hg.), 2003: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02

Candeias, Mario, und Rainer Rilling (Hg.), 2009: *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin

Demirović, Alex, und Thomas Sablowski, 2012: Finanzmarktdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2012/demirovic-sablowski.pdf

DIW Wochenbericht 45, 2011: Reallöhne 2000–2010. Ein Jahrzehnt ohne Zuwachs, Berlin, www.diw.de

Institut für Gesellschaftsanalyse (Hg.) (2011): *Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus. Thesen,* Berlin

Manske, Alexandra, 2012: Leiharbeit aus gendersensibler Perspektive, Reihe: Studien der RLS, Berlin

1 Das Institut für Gesellschaftsanalyse (2011, 10) spricht vergleichbar von einer »Krise der Reproduktion der eigenen Arbeitskraft wie der künftiger Generationen«, führt diesen Gedanken allerdings nicht weiter aus.

ZU VIEL UND ZU WENIG

EIN MOMENT ORGANISCHER KRISE

MARIO CANDEIAS

Verunsicherung und Erschöpfung sind die Rückseite der neoliberalen Anrufung von Eigenverantwortung und fortschreitender Flexibilisierung bis hin zum »Fordern statt Fördern« der Agenda 2010. Sie sind das Ergebnis von über 30 Jahren Verallgemeinerung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse. »Jeder Zweite klagt über Stress, jeder Dritte hat das Gefühl, sich zerreißen zu müssen. [...] Fast jeder kennt einen Kollegen mit Burn-out, egal ob Wirtschaftsprüfer oder Automechaniker« oder Arbeitslose – so die Studie von *Financial Times Deutschland* und GfK Verein (*FTD* 9.11.2012, 31).

Die Intensivierung der Arbeit steigert die Reproduktionserfordernisse; gleichzeitig verkürzen erhöhte zeitliche Ansprüche der Erwerbsarbeit die verfügbare Zeit für die Reproduktion von eigener und neuer Arbeitskraft. Beides muss in immer kürzerer Zeit geleistet werden und setzt die Betroffenen zeitlichem Stress aus: Insbesondere bei Frauen geht – trotz häufiger Teilzeitarbeit – die reale Arbeitszeit inklusive der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit oft deutlich über 70 Stunden in der Woche hinaus. Hoch flexibel im Zeitmanagement zwischen Job, Schule, Kita, Zuhause und den Großeltern, die ab und zu helfen. Die Ausdünnung und Verteuerung öffentlicher Dienstleistungen verschärfen das Problem. Eine Verdichtung von Arbeit im Gesundheitswesen und in Bildungseinrichtungen führt zudem zu sinkender Qualität der Leistungen. Folge: Zuerst wird die eigene Reproduktion vernachlässigt, dann die nötige Erziehungs- und Sorgearbeit und schließlich ist auch die Arbeitsleistung bedroht: Erschöpfungssyndrome sind Allgemeingut geworden. Besonders unter berufstätigen Alleinerziehenden ist die Burn-out-Rate hoch (*FTD* 9.11.2012, 1). Für die Einzelnen ist die »Krise der Reproduktion« seit langem Alltag.

WESSEN KRISE?

Eine Krise der Reproduktion auf subjektiver Ebene ist noch keine gesellschaftliche Krise. Der lange Prozess einer molekularen (vielerorts auftretenden, langsamen, nicht unmittelbar sichtbaren) Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Sinne wachsender Probleme individueller Reproduktion wird jedoch durch die große Krise seit 2007 verschärft. Als vereinzelte Phänomene sind solche molekularen Veränderungen beherrschbar. Generische Krisenelemente gehören organisch zur Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise. Da sie ständig wirksam sind, so Demirović (1987, 118), ist es weder berechtigt, sie selbst schon als Krise zu sehen, noch dahinter ein teleologisches Prinzip zu vermuten, das quasi automatisch zur »wirklichen« Krise hinführt. Doch sie tragen immer auch die Möglichkeit zur Verschiebung von Widersprüchen und Kräfteverhältnissen und damit zur Verdichtung in »großen« strukturellen bzw. organischen Krisen in sich. Sie berühren Fragen der Hegemonie und Legitimität. Die »kleinen« Krisen – verbreitete, sich verallgemeinernde individuelle Reproduktionsprobleme – sind nicht an sich bestandsgefährdend, sie schüren jedoch gesellschaftliche Konflikte. Aufgrund der Komplexität gesellschaftlicher Verhältnisse sind sie in letzter Konsequenz unkalkulierbar, ihre Überwindung ist nicht selbstverständlich. Im Moment des Zusammenfallens mit anderen Krisen, wie der Finanz- und Wirtschaftskrise beispielsweise, werden sie zur Reproduktionskrise. Darin liegt der krisenhafte Charakter solcher molekularen Bewegungen – insbesondere wenn sich unterschiedliche Krisenelemente verschränken und sich in einem Ereignis verdichten, wie etwa in Griechenland.

Auch in den Finanzkrisen 1998ff von Asien bis Argentinien gerieten ganze Gesellschaften an der kapitalistischen Peripherie an den Rand der Reproduktionsfähigkeit. Dann werden auch politische und ökonomische Verhältnisse als Ganze in Frage gestellt – aktuell in der Überschuldungs- und Bildungskrise in Chile (vgl. Völpel/Garreaud in diesem Heft). Zuweilen führt dies zur Abkehr vom Neoliberalismus und zu unterschiedlichen Versuchen der Transformation – wie in Lateinamerika. In Asien erfolgte eher eine Hinwendung zum Modell des chinesischen staatsinterventionistischen Kapitalismus.

Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung und die besondere Position der deutschen Ökonomie hat eine Verdichtung der Krise hierzulande bislang verhindert. Um sie im Bereich der Reproduktion zu vermeiden, wird derzeit mit widersprüchlichen Versuchen der Reform experimentiert: von Ganztagsschulen und einem Anspruch auf Kindergartenplätze nach dem ersten Lebensjahr bis zur »Herdprämie« und dem verstärkten Einsatz von niedrig qualifizierten, also billigeren Erzieherinnen.

ZUSAMMENHANG VON ÖKONOMISCHER UND REPRODUKTIONSKRISE

Mit dem Blick auf die Krisen der Reproduktion geht es jedoch nicht mehr nur um die Auswirkungen beispielsweise ökonomischer Krisen auf die Reproduktion der Subjekte, sondern auch um die Rückwirkung, das Wechselverhältnis, die Verschränkung und mögliche Verdichtung unterschiedlicher Prozesse und Krisen. Es finden sich bereits Hinweise, wie die Krise der Reproduktion – nicht nur im Bereich der reproduktiven Arbeit (vgl. Federici/Cooper in diesem Heft) – selbst auf die Ökonomie zurückwirkt. Diese bewegt sich seit langem auf eine Überakkumulationskrise zu (Candeias 2011).

Steigende Renditen lassen sich nur noch durch Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen, des Staates und der national oder regional beschränkten Kapitale realisieren, während immer größere Bereiche gesellschaftlich notwendiger Arbeit, der öffentlichen Infrastrukturen, der sozialen Dienste – also der allgemeinen (Re-)Produktionsbedingungen – austrocknen. Während die Überakkumulation nicht nachhaltig abgebaut werden kann, sich nicht ausreichend neue Investitionsfelder eröffnen, spitzt sich eine Reproduktionskrise des Gesellschaftlichen zu. Sie gefährdet auch die Grundlagen der Akkumulation selbst: mangelnde Infrastrukturen, mangelnde Qualifikationen, mangelnder Zusammenhalt, mangelnde Profitaussichten etc.

Tatsächlich nehmen in Deutschland insbesondere die kommunalen Investitionen seit Jahren ab. Bereits im Jahr 2005 lag die Unterfinanzierung bei etwa 20 Prozent. Im Zuge der Krise sinken sie nach Ablauf der Konjunkturprogramme durch die gesetzliche Schuldenbremse und den Kürzungszwang weiter ab. Noch dramatischer sieht die Investitionslücke in den USA aus. In diesen Berechnungen geht es vor allem um physische Infrastrukturen. Investitionen in soziale Infrastrukturen wie Pflege, Gesundheit, Erziehung und Bildung sind nur unzureichend enthalten. Artus und Virard (2007) sprachen schon vor der Krise von einem »Kapitalismus ohne Projekt«, die Substanz der allgemeinen Reproduktionsbedingungen wird ausgezehrt.

Vor diesem Hintergrund erhalten auch andere molekulare Veränderungen eine andere Bedeutung, wirken krisenverschärfend. Etwa die Erschöpfung der neuen Produktivkräfte: So wurden in den letzten Jahren neue Formen der Arbeitsorganisation zurückgeschraubt. Von Kapitalseite erfolgt ein Rückbau von Autonomiespielräumen, Verschärfung von Kontrolle, Intensivierung und Prekarisierung der Arbeit sowie Überausbeutung. Auf der Seite der Lohnabhängigen führt dies zu breiter Demotivierung und Kreativitätssperren, sowohl durch die »Selbstausbeutung« in flexiblen, enthierarchisierten Arbeitsverhältnissen als auch durch enge Grenzen betrieblicher Vorgaben und des Despotismus – vor allem im Niedriglohnsektor. Dies bedeutet in vielen Fällen Erschöpfung, Verunsicherung, Burn-out, mangelnde Requalifizierung. »Für die Unternehmen ist das ein Problem.« (*FTD* 9.11.2012, 1) »Familie und Beruf passen kaum zusammen« (ebd.); Überstunden, Zeitdruck und Verdichtung führen

zu »Schuldgefühlen, Frust – und sinkender Arbeitsleistung« (31). Die subjektiven Probleme der Reproduktion schlagen um in ökonomische Probleme: Im Ergebnis liegt der Anstieg der Arbeitsproduktivität in den letzten zehn Jahren – trotz New Economy Boom – in Deutschland unter 2 Prozent, fluktuiert meist um die 1 Prozent. In den USA ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität von 2000 bis 2007 im Durchschnitt auf 0,5 Prozent gesunken. Erst durch Massenentlassungen in der Krise konnte sie laut Bureau of Labor Statistics (statistisch) auf durchschnittlich 2 Prozent verbessert werden.

Die Kapitalproduktivität entwickelt sich noch schlechter: Von 1980 bis 1992 konnte sie noch gesteigert werden, mit der Rezession Anfang der 1990er Jahre fiel sie ab und stieg erst mit dem New Economy Boom noch einmal kurzfristig an. Seit der Krise 2000/2001 fällt sie kontinuierlich (erreichte das Niveau von 1979). Die Bundesbank bestätigt: »In der Tendenz entspricht die sinkende Kapitalproduktivität [...] dem langfristigen Trend, der den überproportional wachsenden Kapitaleinsatz (Substitution von Arbeit durch Kapital)« widerspiegelt (Deutsche Bundesbank 2010, 16f). Trotz fallender Investitionen und sinkender Lohnquote steigt die Kapitalintensität bei zurückgehender Arbeits- und Kapitalproduktivität. »Die Profitrate steigt, wenn das Wachstum der Reallöhne niedriger ausfällt als [...] der gewichtete Durchschnitt von Arbeits- und Kapitalproduktivität« – doch »es ist dieser doppelte Verfall der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Kapitaleinsatz pro Kopf, aber auch im Verhältnis zu den Löhnen, der den Fall der Profitrate einleitet.« (Husson 2010) Spätestens seit 1999 können Steigerungen der Profitrate weder auf erhöhte Wachstumsraten noch auf wachsende Produktivität zurückgeführt werden, sondern nur durch Umverteilung des Mehrwerts erzielt werden.

Die Überlagerung von weiter wachsender finanzieller Überakkumulation, mangelnden Investitionsaussichten aufgrund von Eurokrise und Kürzungspolitiken, Problemen der neuen Produktionsweise und Schwierigkeiten der Reproduktion der Arbeitskraft (vgl. Winker in diesem Heft) erzwingt einen tiefen Einbruch mit massiver Kapitalvernichtung oder einen umkämpften Transformationsprozess.

LITERATUR

Artus, Patrick, und Marie-Paule Virard, 2007: *Le capitalisme est en train de s'autodétruire*, Paris

Candeias, Mario, 2011: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen, Vorwort zur verbesserten Neuauflage von *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*, Berlin/Hamburg 2009, 7–22

Demirović, Alex, 1987: *Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung*, Hamburg/Berlin

Deutsche Bundesbank, 2010: *Wirtschaft & Statistik 1*, Frankfurt/M

Husson, François, 2010: The debate on the rate of profit, in: *International Viewpoint Magazine*, Nr. 426, Juli; www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1894

VON DER HAUSFRAU ZUR LEIHMUTTER

REPRODUKTIONSARBEIT IM GLOBALEN KAPITALISMUS

SILVIA FEDERICI UND MELINDA COOPER IM GESPRÄCH

Melinda, du beschäftigst dich mit Reproduktionsarbeit in der globalisierten biomedizinischen Industrie und greifst dabei eine alte feministische Frage auf: Was wird im Kapitalismus eigentlich als »Arbeit« angesehen?

Melinda Cooper: Zusammen mit Catherine Waldby untersuchen wir die biomedizinische Industrie unter dem Aspekt *verkörperlichter Arbeit*:[1] Dabei geht es um Eizell- und Gewebespenden, künstliche Befruchtung sowie die Teilnahme an medizinischen Experimenten. All das nennen wir *klinische Arbeit*, weil die in diesem Kontext entstehenden Konflikte beispielsweise um Eigentum von Zellmaterial oder die Zugänglichkeit medizinischer Forschungsergebnisse für uns nur aus der Perspektive von Arbeitsverhältnissen sinnvoll zu analysieren sind. Die Teilnahme an medizinischen Forschungsprojekten, klinischen Studien und an dem, was euphemistisch als Gewebe*spende* bezeichnet wird, stellt heute offenkundig einen informellen Arbeitsmarkt am untersten Ende der Ökonomie dar. Der

Verkauf von Körpermaterialien wie Blut, Eizellen und Spermien war zwar auch früher eine Option für Menschen ohne reguläre Einkommen. Bestimmte Entwicklungen lassen sich jedoch erst im Kontext einer Transnationalisierung von Dienstleistungen verstehen. Kommerzieller Keimzell-Tausch und bestimmte Formen klinischer Arbeit sind heute Teil eines globalisierten Handels – dies wurde erst durch die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs durch GATS (General Agreement on Trade in Services) möglich.

Die Marginalisierung dieser Art von Arbeit reicht bis in die frühen Jahre des Fordismus und gibt Aufschluss über die fordistische Organisation der Produktion selbst. Bereits in der Marxschen Arbeitswerttheorie angelegt, prägen diese Konzepte bis heute die Vorstellungen dessen, was als Arbeit gilt: Im Fordismus wurde nicht nur klar zwischen der häuslichen Sphäre und dem Arbeitsplatz getrennt, sondern auch zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit. Außerdem ging es darum, Arbeitsrisiken einzuhegen – durch Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften am Arbeitsplatz, durch gesetzliche Unfallversicherungen und wohlfahrtstaatliche Institutionen. Die beiden Formen von Arbeit, die wir untersuchen, entsprechen in keiner Hinsicht dieser Norm: Arbeit im Bereich assistierter Fortpflanzung umfasst die Produktion und Zirkulation reproduktiver Dienstleistungen *außerhalb* der häuslichen Sphäre – Vorläufer dieser Praxis finden sich am ehesten im Ammenwesen und in Milchbanken; und die Arbeit im Rahmen klinischer Studien setzt die ArbeiterInnen oder ProbandInnen systematisch den Risiken neuer medizinischer Behandlungen aus, die kaum abgefedert und erst recht nicht versichert werden können. Dass klinische Arbeit weder im konventionellen noch in irgendeinem juristischen Sinne als Arbeit anerkannt wird, wurde so für uns zum Forschungsgegenstand. Wir begannen eine Geschichte informeller oder extra-legaler Formen von Arbeit zu schreiben.

Im Postfordismus hat klinische Arbeit ihren Ausnahmestatus verloren. Die ehemalige Grenze zwischen formaler, produktiver und informeller, reproduktiver Arbeit existiert nicht mehr. Alle Arten reproduktiver Arbeit werden außerhalb der häuslichen Sphäre als Waren gehandelt. Und auch der Umstand, hohen Risiken ausgesetzt zu sein, ist im Postfordismus zur allgemeinen Bedingung von Arbeit geworden: Ein wachsender Teil der Lohnarbeitenden ist nicht mehr durch gesetzliche Sozial-, Kranken- und Unfallversicherung geschützt. Klinische Arbeit bleibt ein extremer Fall, insofern in den biologischen Körper eingegriffen wird, aber in struktureller Hinsicht gleicht sie anderen Formen postfordistischer Arbeit. Wir argumentieren deshalb, dass klinische Arbeit von einem Randphänomen zu einem charakteristischen Beispiel für Arbeit an sich geworden ist.

Was genau umfasst diese Art »klinischer Arbeit«?

MC: Anders als bei kommerzieller Spermienproduktion wird bei der Gewinnung von Eizellen extensiv hormonell und klinisch in den Körper der Verkäuferin eingegriffen, um ihre Reproduktionsraten und Zyklen zu verändern. Die Biologie der Verkäuferin wird zugunsten der Biologie der Käuferin verän-



»Unter den Teppich« (Banksy), London 2006, acb/flickr

dert, ihr Zyklus auf den der anderen Frau abgestimmt. Zur Stimulation der Eierstöcke beispielsweise muss sich die Verkäuferin täglich einer komplexen hormonellen Behandlung unterziehen. Es geht letzten Endes um eine künstlich herbeigeführte, kurze Menopause, die Hitzewallungen und andere Symptome mit sich bringt. In der nächsten Phase wird ihr circa zwei Wochen lang bis zu zweimal täglich ein Follikel stimulierendes Hormon (FSH) verabreicht. Die Entnahme der Eizellen schließlich wird als ambulante Operation unter Kurznarkose transvaginal vorgenommen. Insgesamt ist es ein riskanter Eingriff und somit hoch riskante Arbeit.

Wie sieht der globale Arbeitsmarkt in diesem Sektor aus?

MC: In vielen Teilen der Welt vermitteln Kliniken für Reproduktionsmedizin assistierte Fortpflanzungsarbeit (Leihmutterschaften und den Verkauf von Oozyten) über nationale Grenzen hinweg. Sie kaufen die Dienste von Frauen an einem Ort und verkaufen diese an ältere oder unfruchtbare Frauen an einem anderen Ort. Die verschiedenen gesetzlichen Regelungen zu assistierter Reproduktion, die »Spenderinnen« involviert, unterscheiden sich stark: von vollständigen Verboten über streng auf Schenkung basierenden Regelungen oder Aufwandsentschädigungsmodellen bis hin zum Fehlen jeglicher Regulierung. Das daraus entstehende Patchwork der verschiedenen nationalen und regionalen Bestimmungen ergibt eine differenzierte Geographie aus Geboten und Verboten. Menschen, die sich ein Kind wünschen, können nationale Beschränkungen umgehen, indem sie in einen Rechtsraum reisen, in dem der Handel mit Oozyten oder Leihmutterschaften legal ist. Die nicht regulierten Märkte in manchen US-Bundesstaaten haben diese zu einem Hauptziel für FruchtbarkeitstouristInnen aus Australien, Kanada und Nordeuropa gemacht. Mittlerweile entstehen jedoch vor allem in Indien und Südeuropa neue Zentren, in denen assistierte Reproduktion ausgelagert wird. Sie stehen oft in direktem Preiswettbewerb mit den US-amerikanischen Einrichtungen, wobei die hohen Kosten auch US-Bürger veranlassen, Kliniken an billigeren Standorten aufzusuchen.

Aufgrund der Geographie des europäischen Oozyten-Marktes reisen Käufer aus dem Norden und Westen in die Kliniken im Süden und Osten. Die Länder mit den restriktivsten Gesetzgebungen zu Eizellenspenden konzentrieren sich in Nordeuropa (Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Schweden), während Spanien und Tschechien und außerhalb der EU auch Russland, die Ukraine und Zypern im Hinblick auf die Zahlung von Aufwandsentschädigungen die liberalsten Regelungen haben.

Das spanische Beispiel ist interessant: Spanien ist durch seine liberale Gesetzgebung europäischer Marktführer bei der Beschaffung von Oozyten. Die Anfänge der In-Vitro-Fertilisation Mitte der 1980er Jahre fielen in Spanien mit einer Welle postfrankistischer liberaler Gesetzesreformen zusammen. Es entstanden günstige Bedingungen für eine privatwirtschaftliche Fertilisationsindustrie. Inzwischen gibt es ca. 300 Kliniken in unmittelbarer Nähe touristischer Zentren und Billigflughäfen. Im Grundsatz hält sich Spanien an die europäische Gesetzgebung, die

den Handel mit Oozyten verbietet: Keimzellenspenden müssen freiwillig und anonym erfolgen, Spenderinnen dürfen nicht bezahlt, sondern nur entschädigt werden. In der Praxis fallen die »Entschädigungen« jedoch relativ hoch aus. Sie belaufen sich auf 900 bis 1200 Euro, was verglichen mit den in Großbritannien üblichen gut 300 Euro ziemlich viel ist. Verkäuferinnen werden vor allem aus zwei Gruppen rekrutiert: Einerseits sind es spanische und internationale Studentinnen, die so versuchen, ihre Lebenshaltungskosten und Studiengebühren zu decken; andererseits Immigrantinnen aus Lateinamerika und Osteuropa, die in der Landwirtschaft oder als Hausangestellte arbeiten. Der periodische Verkauf von Oozyten ist für diese Frauen ein nicht dokumentierter Zuerwerb. Die Menge junger Frauen aus Osteuropa, die in diesem Sektor arbeiten, ist Beweis für den Zusammenhang zwischen ökonomischer Unsicherheit und der Arbeit im Bereich assistierter Fortpflanzung: Seit dem Ende des Staatssozialismus arbeiten osteuropäische Frauen verstärkt im informellen Sektor – Schuld daran sind die hohe Arbeitslosigkeit, ihr Ausschluss aus den neuen Jobs im wachsenden privaten Sektor und geringe Löhne in den wenigen verbleibenden Stellen im öffentlichen Dienst. Diese wirtschaftliche Unsicherheit drängt viele junge Frauen in Formen der Selbstkapitalisierung wie den Verkauf von Oozyten.

Der europäische Oozyten-Markt ist außerdem Ausdruck einer breiteren Reorganisierung der sozialen Reproduktion – die Beziehungen zwischen Staat, Markt und Haushalt werden neu geordnet. Viele staatliche Leistungen im Bereich der Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung wurden abgeschafft oder privatisiert. In Westeuropa hat die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen außerdem zu einer großen Nachfrage an Unterstützung bei der Kinderbetreuung und Hausarbeit geführt, die durch den Import von Pflegearbeit aus Osteuropa gedeckt wird.

Silvia, neoliberale Verschiebungen im Feld der Reproduktion sind seit langem auch Gegenstand deiner Arbeit. Es wird argumentiert, dass das von dir in den 1970er Jahren mit geprägte Konzept der »reproduktiven Arbeit« für den fordistischen Kapitalismus angemessen war, als die Produktion in der Fabrik und die Reproduktion zuhause stattfand. Im Postfordismus verschwimmen die Grenzen. Wie hat sich der Charakter der Reproduktionsarbeit verändert und ist der Begriff noch sinnvoll?

Silvia Federici: Zweifellos hat der massive Eintritt von Frauen in Erwerbsarbeit die Organisation der Reproduktion entscheidend verändert – obwohl das kein globaler Trend ist: In vielen Teilen der Welt wurden Frauen aus bestehenden Anstellungsverhältnissen entlassen, vor allem in der Dritten Welt und den ehemaligen sozialistischen Staaten. Sicherlich hat der Zugang zu entlohnter Arbeit Frauen mehr Autonomie verliehen, die Geschlechterverhältnisse verändert und eine gewisse Entkopplung der Reproduktionsarbeit vom Geschlecht ermöglicht. Auch politische Kämpfe haben sich gewandelt. Heutzutage übernehmen mehr Männer Reproduktionsarbeit und begreifen dies als politisches Feld. In New York diskutieren wir zum Beispiel die Notwendigkeit »sich selbst reproduzierender

Bewegungen«. Bewegungen also, die – wie die feministische – Widerstand nicht von der Transformation unseres Alltagslebens und unserer täglichen Reproduktion trennen wollen. Die zentrale Rolle, die Reproduktion in der Occupy-Bewegung gespielt hat, ist ein gutes Beispiel für diesen Trend.

Trotz allem sind viele Gender-Hierarchien nach wie vor intakt, der Großteil der Frauen hat die häusliche Sphäre nicht verlassen, auch wenn sie einen zweiten Job haben, und der überwiegende Teil reproduktiver Arbeit bleibt unbezahlt. Neue Studien zeigen, dass Kindererziehung nach wie vor den größten Anteil der weltweit geleisteten Arbeit ausmacht – und dass diese immer noch vor allem von Frauen ohne Entlohnung geleistet wird. Wenn man die Versorgung von Pflegebedürftigen, Alten und Kranken hinzunimmt, wird deutlich, dass die häusliche Sphäre nach wie vor ein zentraler Ort der Produktion von Arbeitskräften ist. Die Globalisierung der Sorgearbeit hat an dieser Tatsache nichts verändert. Hinzu kommt, dass zwar viel Arbeit das Haus verlassen hat, aber mindestens ebensoviel Arbeit ins Haus zurückgekehrt ist. Die Reform der Gesundheitsversorgung und die Finanzkrise haben einen großen Anteil unbezahlter Arbeit wieder in die Haushalte zurückgetragen. Als Folge von Kürzungen im Gesundheitswesen werden in den USA heute Leistungen, die zuvor in Kliniken von geschultem Personal erbracht wurden, zuhause vorgenommen. Es sind auch hier überwiegend Frauen, die solche teils riskanten Tätigkeiten verrichten, für die sie nicht ausgebildet wurden, wie zum Beispiel Katheter legen oder Dialysen durchführen. Die fortgesetzten Desinvestitionen des Staates aus reproduktiven Dienstleistungen beschleunigen diesen Trend.

Die globale Ausweitung informeller Heimarbeit (vom Textil- bis zum Elektrosektor) während der 1980er und 1990er Jahre zeigt auch, dass unbezahlte Arbeit im Haushalt auch andere Arten von atypischer Arbeit anzieht. Erst die Verpflichtung der Frauen, auf ihre Kinder aufzupassen, macht die Ausweitung industrieller Arbeit in die Sphäre des Häuslichen hinein möglich. Entscheidend ist dabei, wie David Staples in *No Place like Home* (2006) zeigt, dass das Kapital versucht, das Modell der häuslichen Arbeit als Vorbild für eine Reorganisierung der Arbeit zu nehmen. Heimarbeit isoliert die ArbeiterInnen voneinander und ist nicht gewerkschaftlich organisiert, was zu niedrigen Löhnen führt. Selbst wenn Hausarbeit als Dienstleistung erbracht wird, wird sie von Frauen geleistet und unterliegt nach wie vor den Bedingungen von Arbeit in der häuslichen Sphäre. Tatsächlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den Niedriglohn-Jobs, die Frauen bekommen, wenn sie außerhalb ihres Haushaltes arbeiten, und der riesigen Menge unbezahlter Arbeit, die sie zuhause leisten müssen.

Wir sollten also nicht voreilig behaupten, dass reproduktive Arbeit verschwunden sei oder das Haus verlassen habe. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass ein Teil der Hausarbeit heute marktförmig organisiert wird, macht die unbezahlte Arbeit, die Frauen zu Hause leisten, *noch unsichtbarer* als vorher und lässt sie *noch stärker* als selbstverständlich und als individuelle Verantwortung erscheinen.

Dies stellt die feministische Theorie vor neue Herausforderungen.

In den 1970er Jahren warst du Teil der internationalen Kampagne »Lohn für Hausarbeit«, die ein politischer Ausdruck einer feministischen Kritik an Marx war. Du beziehst dich auch heute auf diese Überlegungen, um die aktuelle Situation im Neoliberalismus zu analysieren. Kannst du diese kurz umreißen?

SF: Wir argumentierten, dass die Marxsche Analyse eine beschränkte Perspektive auf die kapitalistische Produktionsweise bietet: Die Produktion wird auf Warenproduktion für den Markt, Arbeit auf Lohnarbeit reduziert. Dies blendet aus, dass die Reproduktion der Arbeitskraft, also die Fähigkeit der ArbeiterInnen zu arbeiten, essenzieller Bestandteil der kapitalistischen Organisation von Arbeit ist. Diese Arbeit wird nicht in Fabriken verrichtet, sondern in der häuslichen Sphäre. In der Geschichte des Kapitalismus wurde und wird diese Form der Arbeit vor allem von Frauen geleistet, sie wurde feminisiert.

In der Kampagne »Lohn für Hausarbeit« artikulierten wir ein neues theoretisches Verständnis von Hausarbeit. Aus einer marxistischen Perspektive verstanden wir darunter alle Tätigkeiten, die die Arbeitskraft produzieren und reproduzieren, also Arbeitskräfte hervorbringen und regenerieren. Mit »Reproduktionsarbeit« bezeichneten wir also nicht nur das, was gewöhnlich mit Hausarbeit assoziiert wird, sondern auch Kinder austragen und gebären, versorgen und erziehen, sexuelle und emotionale Arbeit. Der Begriff soll auf den repetitiven Charakter dieser Tätigkeiten verweisen. Marx denkt die Reproduktion der Arbeitskraft nur innerhalb der Sphäre der Warenproduktion – die ArbeiterInnen reproduzieren sich, indem sie Waren konsumieren, die sie von ihrem Lohn kaufen. Wir weiteten das Konzept aus, auf all die unbezahlte Arbeit, die zuhause, außerhalb der Sphäre der Warenproduktion, zur Reproduktion der ArbeiterInnen notwendig ist. Das war zentral. Der Begriff verweist außerdem auf das Marxsche Konzept der »gesellschaftlichen Reproduktion« – also alle Aktivitäten, durch die der Kapitalismus sich selbst und die Klassenverhältnisse reproduziert. Damit ist die herrschaftliche Dimension von Reproduktionsarbeit angesprochen:

Engels argumentiert, dass geschlechtsspezifische Diskriminierung aus dem Ausschluss von Frauen aus der *gesellschaftlich notwendigen* Produktion resultiert. Dem hielten wir entgegen, dass die von Frauen geleistete Arbeit, die Produktion der Arbeitskraft, im Kapitalismus die wichtigste Form der Produktion überhaupt ist, da ohne sie keine andere Produktion möglich wäre. Die materielle Grundlage geschlechtlicher Arbeitsteilung und der damit einher gehenden Unterdrückung besteht stattdessen in der Trennung der Sphären, der naturalisierten Zuweisung bestimmter Tätigkeiten als »Frauenarbeit« und vor allem deren Nicht-Entlohnung. Darin liegt die Basis der Unterordnung von Frauen, ihrer ökonomischen Unselbständigkeit und auch der besonderen Stellung, die Frauen dann auch auf dem Arbeitsmarkt zukommt: niedrigere Löhne, geringfügige Beschäftigung, fehlende Anerkennung, Prekarität etc. Auch als Lohnarbeit bleibt Frauenarbeit weitgehend auf Tätigkeitsfelder beschränkt, die eine Fort-

setzung der häuslichen Arbeit darstellen und entsprechend gering geschätzt und schlecht entlohnt werden.

Welche neuen Einsichten in die Funktionsweisen des Kapitalismus zeigte eure Reformulierung auf?

SF: Unser theoretischer Ansatz half uns nicht nur, die Stellung der Frau im Kapitalismus klarer zu verstehen, sondern auch das Spezifikum kapitalistischer Verkehrsverhältnisse. Die Abwertung von Reproduktion ist nicht kontingent, sondern ein strukturelles Merkmal des Kapitalismus. Im Laufe seiner Geschichte wurde diese Abwertung kontinuierlich aktualisiert, um die Kosten der Arbeitskraft niedrig zu halten. Notwendige Voraussetzung für das Entstehen des Kapitalismus war entsprechend nicht nur die Trennung der ArbeiterInnen von den Produktionsmitteln, sondern auch die Trennung der Sphäre der Warenproduktion von der der Reproduktion der Arbeitskraft. Letztere wurde als »nicht ökonomische Tätigkeiten«, als Nicht-Arbeit, als »Liebesarbeit« oder eben als »Frauenarbeit« bezeichnet.

Sexismus ist also, wie Rassismus auch, ein strukturelles Merkmal des Kapitalismus. Diese Analyse verdeutlicht, dass der Kapitalismus an sich nicht nachhaltig ist, da er offensichtlich strukturell auf die Abwertung von uns Menschen und den entsprechenden Tätigkeiten angelegt ist. Es ist unmöglich, die Produktion der Arbeitskraft zu entwerten, ohne gleichzeitig die Individuen zu entwerten, die ihr Träger sind. Reproduktionsarbeit ist somit ein strategischer Angriffspunkt auf die Art und Weise, wie sich der Kapitalismus selbst reproduziert: Durch die Lohnverhältnisse wird unbezahlte Arbeit ausgebeutet, ganze Bereiche von Ausbeutung verschleiert und die Arbeiterklasse gespalten. Durch den Lohn wird auch Macht über die nicht entlohnten Arbeitskräfte an die entlohnten Arbeitskräfte delegiert, also eine Spaltung geschaffen. Diese Macht beginnt mit der Kontrolle und Beaufsichtigung der weiblichen Körper und ihrer Arbeit.

Unsere Perspektive erweiterte außerdem den Begriff des Klassenkampfes. Ort des Klassenkampfes ist für Marx die Fabrik oder allgemeiner der entlohnte Arbeitsplatz. Aber mit der Erweiterung des Arbeitsbegriffs erweitern sich auch die Orte potenzieller Arbeitsverweigerung. Wir hatten Klassenkampf in den Schlafzimmern und Küchen vor Augen und gaben dem Konzept »das Private ist politisch« eine neue Bedeutung. Den Einbruch der Geburtenraten interpretierten wir z.B. als Verweigerung von Frauen, Reproduktionsarbeit zu leisten.

Verändert sich durch diese Analyse auch der Stellenwert der Reproduktion in den politischen Kämpfen?

SF: Gerade in diesem historischen Moment scheint es mir entscheidend, die Frage der Reproduktionsarbeit in den Fokus zu rücken: Die globale Krise des Kapitalismus gefährdet unsere grundlegendsten Formen und Mittel der Reproduktion. Gleichzeitig ist die Frage der Reproduktionsarbeit im Zentrum politischer Diskurse und Organisierungsprozesse angekommen, wie die Erfahrungen der »Bewegungen der Plätze«, der Occupy-Bewegung und das wachsende Interesse an der Frage der Commons zeigen.

Der Neoliberalismus hat zwei wichtige Veränderungen in der Organisierung der gesellschaftlichen Reproduktion herbeigeführt. Erstens wurde eine Deinvestition des Staates aus der Reproduktion der Arbeiterklasse vollzogen (gemeinhin als Ende des Wohlfahrtsstaates bezeichnet). Dies wird zweitens begleitet von einer zunehmenden »Finanzialisierung der Reproduktion«, die jeden Bereich gesellschaftlicher Reproduktion unmittelbar in einen Akt der Akkumulation zu verwandeln sucht.

Es ist wichtig, diese Verschiebungen vor dem Hintergrund der Kämpfe der 1960er Jahre zu sehen, die nicht nur in den Fabriken, sondern auch in den Schulen, auf den Feldern und in den Küchen und Schlafzimmern dieser Welt geführt wurden. Diese Kämpfe haben die Hoffnung schwinden lassen, dass Investitionen in die Reproduktion der ArbeiterInnen sich in Form einer produktiveren, disziplinierteren Arbeiterklasse auszahlen würden. Stattdessen wird nun versucht, dies über den Markt zu regeln und auch Reproduktion unmittelbar produktiv zu machen. Dies geschieht durch die Einführung von Schulgebühren sowie durch die neoliberale Ideologie einer »Investition in das Selbst« (vgl. Hochschild in diesem Heft). Die Figur der »Arbeiterin« wird ausgelöscht und durch die Figur der »Mikro-Unternehmerin« ersetzt, welche in ihre eigene Bildung, Rente und Gesundheitsversorgung investiert. Es ist kein Zufall, dass Schulden zu einem alles durchdringenden Instrument der Akkumulation geworden sind. Sie sind Teil dieser Ideologie und dieses Disziplinarregimes. Die umfassende Verschuldung erweckt den Eindruck, wir alle seien »Kapitalisten«, die sich kleine Kapitalsummen von Banken leihen, um sie in Projekte zu investieren, die uns selbst auf- und verwerten sollen. Für den Erfolg oder das Scheitern dieser Projekte seien wir ganz allein selbst verantwortlich (vgl. Wichterich in diesem Heft).

Es stimmt, dass die Trennlinie zwischen Produktion und Reproduktion oft dünn geworden ist. Aber die Tatsache, dass der Großteil der Reproduktionsarbeit nach wie vor nicht entlohnt wird, ist Grund genug, die Unterscheidung beizubehalten. Ungeachtet veränderter Familienstrukturen und Lebensbedingungen bleibt doch die häusliche Sphäre der Mittelpunkt reproduktiver Tätigkeiten. Hier werden unbezahlte Dienste erbracht und Kürzungen der Sozialleistungen aufgefangen. Außerdem gibt es nach wie vor große Vorbehalte gegen kollektive Formen der Reproduktion – z.B. setzen alte Menschen, die sich nicht mehr allein versorgen können, alles daran, nicht in einem Pflegeheim leben zu müssen, in denen ihnen aufgrund von Kürzungen und Personalmangel nicht die nötige Versorgung zukommt.

Aber der wichtigste Grund, Produktion und Reproduktion zu unterscheiden, ist, dass wir den grundlegendsten Aspekt der kapitalistischen Akkumulation nicht aus den Augen verlieren dürfen: die systematische Abwertung der Reproduktionsarbeit. Wenn der Kapitalismus die Individuen und das Leben an sich abwertet, dann ist es ein System, dem wir uns in allen unseren Kämpfen widersetzen müssen.

Melinda, wie ordnest du die wachsende Bedeutung von assistierter Fortpflanzung in diesem Kontext ein und wie hat der Neoliberalismus die »klinische Arbeit« geformt?

MC: Der Aufstieg der assistierten Fortpflanzung ist kein unausweichlicher Effekt einer technischen Neuerung. Er ereignet sich vielmehr als Symptom der dramatischen Verschiebungen an der Schnittstelle zwischen Haushalten und dem Arbeitsmarkt während der 1960er und 1970er Jahre. Wie Silvia ausgeführt hat, war die Krise des Fordismus auch eine des fordistischen Haushalts, mit seiner engen Verbindung zum keynesianischen Wohlfahrtstaat und dem »Familienlohn«. Als weiße Frauen die Haushalte verließen, um sich dem Heer der Lohnarbeitenden anzuschließen, ließ der Postfordismus das »Private« zur Arbeit werden. Der Arbeitsmarkt wurde entlang von Dienstleistungen neu strukturiert, die zuvor unbezahlt zuhause erbracht worden waren. In den USA geriet zudem die Arbeitsteilung entlang rassistischer Linien in die Krise. Eine beispiellose Anzahl von schwarzen Frauen verließ in den 1960er und 1970er Jahren ihre Anstellungen als Bedienstete in weißen Haushalten. Dadurch, dass sie besser bezahlte Stellen in Büros oder als Angestellte annahmen, verkleinerten sie mit der Zeit die Differenz zwischen ihren Löhnen und denen der weißen Frauen. Was wir heute »Dienstleistungsgesellschaft« nennen, ist das Produkt dieser doppelten Fluchtbewegung. Der Postfordismus internalisierte die Krise des fordistischen Haushalts, indem er Frauen in eine hierarchische Dienstleistungsökonomie eingliederte und die Arbeit, die im Rahmen von Dienstleistungen erbracht wird, ins Zentrum seines Akkumulationsregimes rückte. Beim Übergang zum Postfordismus ging es nicht nur um die vertikale Desintegration der nationalen Produktion und der großen Konzerne, sondern auch wesentlich um die des fordistischen Haushalts. Die interne Arbeitsteilung des fordistischen Haushalts wurde ersetzt durch verschiedene horizontale, vertraglich geregelte Dienstleistungsverhältnisse. Diese umfassen neben traditionellen reproduktiven Tätigkeiten eben auch die neuen, technisch ermöglichten reproduktiven Dienstleistungen im Bereich der assistierten Befruchtung und des Austragens von Kindern. Die Arbeit in diesem Bereich ist also exemplarisch für die Verallgemeinerung der Dienstleistungsverhältnisse in der Reproduktionsarbeit unter postfordistischen Bedingungen.

Die neuen Technologien der assistierten Fortpflanzung machten es möglich, die an sich biologischen Elemente der menschlichen Reproduktion in eine Reihe von einzelnen Fragmenten zu zerlegen, die jeweils von verschiedenen Dienstleistern erbracht werden können. So kommt es zu einem Outsourcing einzelner Momente und Funktionen des Reproduktionsprozesses an unabhängige Dienstleister außerhalb des juristischen Rahmens der Familie oder der Nation, ohne die juristische Einheit der postfordistischen Familie zu unterlaufen.

Aus dem Englischen von Tashy Endres

LITERATUR

Cooper, Melinda, und Catherine Waldby, 2013: *Clinical Labour. Human Research Subjects and Tissue Donors in The Global Bioeconomy*

Federici, Silvia, 2004: *Caliban and the Witch. Women, The Body And Primitive Accumulation*, Williamsburg

Dies., 2012: *Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution*, Berlin

1 *Arbeit, die im Körper stattfindet.*

MIKROKREDITE UND DIE ENTDECKUNG DER FRAUEN

CHRISTA WICHTERICH

Seit den 1970er Jahren ist in der Entwicklungspolitik von der »Entdeckung der Frauen« die Rede. Die unermüdlichen Hinweise von Feministinnen, dass Frauen und ihre Arbeit gering geschätzt werden, machte sich die Weltbank zu eigen: Die »unsichtbaren Frauen« sollten sichtbar, als »ungenutzte Ressource« in die Entwicklung integriert und ihre »untergenutzte Arbeit« für Märkte und Wachstum mobilisiert werden. Entdeckung hat bekanntlich viel mit Erfindung zu tun.

In jüngster Zeit wird diese Strategie von Seiten der Finanzmärkte fortgesetzt: Marginalisierte und arme Teile der Bevölkerung werden in ihrem »eigenen Interesse« als homo oeconomicus in Verwertungsprozesse integriert. Diese Form neoliberalen Empowerments öffnet Frauen Einstiege, weckt Hoffnung auf Gleichstellung und bietet Chancen zum Management oder gar zur Minderung ihrer Armut. Die Frauen müssen nur eigenverantwortlich zupacken. Diese Gelegenheit bietet sich zu genau dem Zeitpunkt, wo auch

im globalen Süden ein finanzdominiertes Akkumulationsregime auf dem Vormarsch ist.

Der geschlechtsspezifische Topos, der die finanzielle Inklusion einkommensschwacher Frauen begleitet, ist ihre unbedingte Zuverlässigkeit. Ob Rücküberweisungen, Cash Transfers oder Mikrokredite – auf Frauen ist Verlass. Die Verknüpfung von Finanzmarktintegration mit moralischen Zuschreibungen und deren Naturalisierung finanzialisiert nicht nur den Alltag. Sie schafft auch neue Marktsubjekte – eine neue Vergesellschaftung der Frauen.

Frauen sind als Arbeitsmigrantinnen zuverlässige Rücküberweiserinnen. Sie sind langfristiger orientiert, sozial verbindlicher und emotionaler gebunden als männliche Migranten. Ihre finanzielle Disziplin garantiert kontinuierliche Transfers mit hoher währungs- und entwicklungspolitischer Bedeutung. Die Weltbank schätzt die offiziell über Banken transferierten Rücküberweisungen an Entwicklungsländer im Jahr 2011 auf 325 Milliarden US-Dollar – hinzu kommen die über transnationale Netzwerke informell transferierten Mittel. Das ist das Dreifache der offiziellen Entwicklungshilfe. Gesellschaftliche Reproduktion funktioniert hier zu großen Teilen über den Export weiblicher Arbeitskräfte und den Rückfluss von Devisen. Vom sozialen Pflichtbewusstsein »transnationaler Mütter« profitieren spezialisierte Finanzdienstleister, allen voran *Western Union*. Bis zu 20 Prozent Gebühren kassieren sie als Transaktionskosten.

Wegen ihres Verantwortungsbewusstseins erhalten Frauen – stets als Mütter angesprochen – in einigen lateinamerikanischen Ländern auch konditionalisierte Cash Transfers (CCT). Unter der Bedingung, dass sie ihre Kinder – vor allem die Töchter – zur Schule schicken, impfen und medizinisch versorgen lassen. Die monatlichen Geldtransfers an Mütter gelten als innovative Instrumente sozialer Sicherung und Armutsreduktion.

Das zentrale entwicklungspolitische Instrument des Armutsmanagements durch neoliberale Markteinbindung von Frauen ist jedoch der Mikrokredit. Die weibliche Rückzahlungsmoral kapitalisierend, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine ganze Finanzindustrie entwickelt. Sie verkauft armen Frauen im globalen Süden hochverzinste Mikrokredite und schafft im globalen Norden Mikrofinanzfonds, die als ethische wie profitable Anlagemöglichkeit gelten. Der Sektor ist inzwischen mit eigenen Rating-Agenturen ausgestattet und verspricht hohe Rendite und Wachstumspotenziale. Nach Einschätzung von Finanzdienstleistern sind drei Milliarden Menschen weltweit »unterversorgt« und warten auf »finanzielle Inklusion« – so das World Economic Forum 2011. Arme Frauen aus den Dörfern und Slums des globalen Südens werden über eine Kredit- und Verschuldungskette in die globalen Finanzmärkte eingebunden. Sie werden abhängig von Investoren oder auch von der kleinen AnlegerIn im globalen Norden, deren Rendite wiederum von der Rückzahlungsquote abhängt. Kredit und Geldanlage als Instrumente der Armutsreduktion und des Frauenempowerments verschränken soziale Reproduktion auf der Alltagsebene mit der Reproduktion der globalen Finanzindustrie.

VON DER BEDARFSORIENTIERUNG ZUR ÖKONOMISIERUNG

Seit der Liberalisierung des Finanzmarkts 1991 entstanden in Indien mehr als 3 000 kommerzielle Mikrofinanzinstitute (MFI), die »unterversorgte« Gebiete »penetrierten«. Zigtausende männlicher Agenten wurden in die Dörfer geschickt und erzeugten dort geradezu eine Kreditschwemme. Fürs gegenseitige Abjagen von Kundinnen kassierten sie Boni. Der Aufstieg der neuen Finanzindustrie gipfelte im Sommer 2010 im Börsengang des Marktführers SKS, der – grandios überzeichnet – gleich 350 Millionen Dollar frisches Kapital realisieren konnte. SKS ging eine Kooperation mit dem transnationalen Konzern Metro ein, dessen Waren SKS über ein Franchise-System an die Kreditnehmerinnen brachte.

Der Boom der MFIs zerstörte bestehende informelle Spar- und Darlehenssysteme, die Frauengruppen – Sanghams – im Kontext dörflicher Machtverhältnisse selbst organisierten – gegen Armut, das Kastensystem und Frauenunterdrückung. Die Sanghams entschieden gemeinsam über ihr Erspartes und darüber, wer im Notfall ein kleines Darlehen bekam.

Die kommerzielle Kreditvergabe marginalisiert außerdem die von NGOs betriebenen, durch die indische Entwicklungsbank NABARD und die Weltbank finanzierten Selbsthilfegruppen. Diese gewährten Frauen ein Startkapital für eine »einkommensschaffende Tätigkeit« – vorzugsweise als Kleinstunternehmerin oder Mini-Kooperative. Entsprechend dem Grameen-(Dorf-)Modell des Nobelpreisträgers Mohammed Yunus wird hier die ganze Gruppe für die Rückzahlung, aber auch für Entwicklungsaktivitäten im Dorf eingespannt. Diese Selbsthilfebewegung organisierte zig-Millionen Frauen um einen marktförmigen Kern, nämlich den Zugang zu und Umgang mit Geld. Das von Yunus ausgerufene »Menschenrecht auf Kredit« galt jedoch niemals universell: Die Ärmsten und Niedrigkastigen, die Dalits, fielen regelmäßig aus den Selbsthilfegruppen heraus oder wurden hinausgedrängt, weil sie nicht rückzahlungsfähig waren.

Vor 20 Jahren, als die indische Regierung Investitionen in den kleinbäuerlichen Sektor zurückfuhr, erklärte sie die »finanzielle Inklusion« armer Frauen zum Ziel. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft ließ kleinbäuerliche Einkommen um 20 Prozent sinken. Die Hälfte der Haushalte ist heute überschuldet und 230 000 Bauern nahmen sich innerhalb von zwei Jahrzehnten das Leben. Zugang zu Krediten wurde für Klein- und Mittelbauern schwieriger, während die Subsistenzbäuerinnen plötzlich mit Mikrokrediten überschüttet wurden. Der Staat ließ den Wildwuchs der neuen Finanzindustrie zunächst zu: Die Kreditprogramme ermöglichten der Regierung, sich aus der Verantwortung für soziale Aufgaben, Umverteilung und direkte Armutsbekämpfung zurückziehen. Die Verantwortung wurde an die hochgradig motivierten Frauen und ihre »Eigeninitiative« übergeben.

Als Instrument des Armutsmanagements wurde die finanzielle Inklusion durch das Ziel einer Erwerbsintegration von Frauen ergänzt. Um diese doppelte Marktintegration zu fördern, entwickelte Mohammed Yunus soziale Business-Projekte mit transnationalen Konzernen und kommerziellen Banken. 1998 akzeptierte er eine Millionen-Spende des Agro-Multis Monsanto, um Kleinkredite für die Landwirt-

schaft zu finanzieren. Im Gegenzug sollten die Kreditnehmerinnen, die bislang ihr eigenes Saatgut reproduzierten, gentechnisch verändertes Saatgut und Unkrautvernichtungsmittel des Konzerns kaufen. Der Kredit machte aus selbstversorgenden Produzentinnen Marktkonsumentinnen.

Es folgten Joint Ventures mit dem finnischen Telekommunikationskonzern Nokia, dem französischen Joghurthersteller Danone und eine Public Private Partnership mit dem französischen Wasserversorgungsunternehmen Veolia. Beim Dorf-Telefon-Projekt mit Nokia konnten Kreditnehmerinnen der Grameen-Bank ein Mobiltelefon kaufen und Telefonierzeit verkaufen. Dies brachte den Frauen anfänglich Einkünfte, scheiterte jedoch schnell am Überangebot von Telefonen in den Dörfern. Danone war von Anfang an ein Verlustgeschäft – in Bangladesh stellt jede Frau ihren eigenen Joghurt her. Wie die Franchise-Läden erschloss das Projekt dennoch neue Märkte und verschaffte dem Unternehmen ein soziales Image.

Die Läden bieten den Frauen einen Einstieg in den modernen Konsum. Fernsehwerbung lehrt sie, dass städtische Mittelschichtfrauen in sauberen Supermärkten sauber verpackte Konzernprodukte kaufen. Eine Selbsthilfegruppe, die gemeinsam einen »Mini-Supermarkt« in Tamil Nadu betreibt, verkauft entsprechend nur »moderne« Produkte, verpackt und verschweißt. Für das Mineralwasser von Coca Cola pumpt der Konzern unweit des Supermarkts das Grundwasser ab. Gewürze, Öle und Heilmittel, die die Dorffrauen nebenan herstellen, werden nicht ins Sortiment genommen, weil sie nicht richtig verpackt sind. So führt die Selbsthilfegruppe den freien Wettbewerb ein: Konzernwaren stehen gegen die Produkte der Kleinbäuerinnen und Eigenproduzentinnen. Der kreditfinanzierte Supermarkt fungiert als Vorhut der städtischen, großunternehmerischen Marktökonomie. Dabei drängen die Kreditnehmerinnen die dörfliche Ökonomie ins Abseits und werten deren Produkte als nicht marktfähig ab. Soziale Reproduktion wird über den Kredit vermittelt. Die Interessenunterschiede zwischen den Frauen wachsen.

Dennoch, die Kredite mobilisieren tatsächlich Millionen Frauen, aber sie politisieren sie nicht. Anders als zuvor die Sanghams bieten sie keinen Ansatz, gemeinsam für die eigenen Rechte zu streiten. Stattdessen versetzen sie die Frauen in die Lage, mit der Armut besser fertig zu werden und auf den Märkten gegeneinander zu konkurrieren. Milford Bateman (2010) spricht vom »zerstörerischen Aufstieg des lokalen Neoliberalismus« durch Mikrofinanzierung. Als Empowerment-Instrument für Frauen gepriesen, ökonomisiert es die existenziellen Fragen sozialer Reproduktion.

DIE GUTE FRAU ALS UNTERNEHMERIN IHRER SELBST

Auch die kommerziellen Mikrofinanzinstitute verlangen Gruppenbildung – allerdings ohne Spareinlagen – und nennen sie »Gemeinsame-Haftungs-Gruppen«. Sie basieren auf der Annahme, dass die Frauen die Kredite umgehend produktiv investieren und von den Einkünften sofort die Rückzahlungen leisten können. Die Gruppe, die früher einen Solidarzusammenhang darstellte und manchmal emanzipatorischen Charakter hatte, ist jetzt vor allem soziale Kontrollinstanz. Die Gruppenmitglieder tun alles, um der Schande zu entgehen, dass die

Gruppe bei Rückzahlungen womöglich für sie einspringen muss. Die Ethnologin Lamia Karim (2008) spricht deshalb von einer »Kultur der Scham«, die durch die Mikrokredite etabliert wird.

Tatsächlich gelingt es einzelnen Frauen und Gruppen, mithilfe von Kleinkrediten Einkommensquellen aufzubauen, ihre Marktposition und den Verdienst zu verbessern. Doch die Mehrheit der Frauen nutzt die Kredite nicht für *produktive*, sondern für *konsumtive* Zwecke. Wie stark die Frauen in den Haushalten Entscheidungen über die Verausgabung der Kredite überhaupt beeinflussen können, ist unterschiedlich. Im Umfeld der Grameen-Bank – und nicht nur dort – nahm Gewalt gegen Frauen zu, weil Männer mit der neuen Frauenrolle nicht fertig wurden.

Häufig werden zunächst Schulden zurückgezahlt, die der Mann beim lokalen Geldverleiher hat, wo Wucherzinsen von über 50 Prozent üblich sind. Darüber hinaus werden Kosten für ärztliche Behandlungen, Medikamente oder für Hochzeiten und Mitgiftzahlungen gedeckt. Wenn der Kredit – als Instrument des Empowerments gedacht – die Mitgift finanziert, trägt er zur Aufrechterhaltung einer patriarchalen Struktur bei, die Frauen abwertet, sie gewaltförmig der Familienautorität unterwirft und Geschlechterbeziehungen ökonomisiert.

In jedem Fall schaffen die Kredite enorme Kaufkraft in den Dörfern. Wie die Konsum- und Hypothekenkredite in den USA bewirken sie eine »Finanzialisierung« des Alltags. Es ist wenig verwunderlich, dass eine »gute« Frau jetzt jene ist, die Kredite beschafft.
Diese Rolle ermächtigt die Frauen und stärkt ihr Selbstbewusstsein. Die übertragene Aufgabenfülle schreckt sie nicht. Eher sind sie stolz, dass ihnen so viel zugemutet wird – zusätzlich zu ihrer Feldarbeit, dem Haushalt, den Kindern, der Beschaffung von Trinkwasser und Brennholz sowie der Tagelöhnerei auf den Feldern reicher Bauern. Für sie zählt zu allererst die Anerkennung, die der Kredit bringt: »Jetzt sind wir wer!« Früher durften sie nicht in einem Kreis mit den Männern sitzen, hätten nicht allein mit dem Bus in die Bezirkshauptstadt fahren können. Inzwischen sagen sie nicht nur den Männern im Dorf ihre Meinung, sondern gehen ohne die Männer zu den Behörden und beschweren sich. Früher durften sie keinen Fuß in eine Bank setzen, inzwischen läuft ihnen die »mobile« Bank im Dorf hinterher. Sie sind stolze Besitzerinnen von SMART-Cards als Ausweis für die Teilhabe an der Moderne. Mit der SMART-Card als moderner Finanzdienstleistungstechnologie nehmen die MFI-Agenten an der Haustür Einzahlungen und Auszahlungen vor. Das nahezu flächendeckende Angebot von Krediten, mit denen die Frauen sich eigenverantwortlich aus der Armut befreien sollen, konstruiert auch ein neues Konzept der Bürgerschaftlichkeit: Frauen haben ein Recht auf einen Kleinkredit, zahlen ihn pflichtbewusst zurück und sind damit als Produzentin und Konsumentin am Markt anerkannt.

Die Feminisierung der Kreditnahme ist jedoch ein widersprüchliches Empowerment. Aus bourdieuscher Perspektive erwerben die Frauen mit dem Kredit ein symbolisches und soziales Kapital, das Irritationen und Brüche in der bestehenden Geschlechterordnung hervorbringt und sozialen Wandel auslösen kann. Blickt man mit Foucault, stellen die kleinen Darlehen



»Sécurité Sociale«, © Tchavdar Kostadinov

eine neoliberale Herrschaftstechnik dar. Die Frauen lernen Selbstregulierung und werden als selbstverantwortliche Subjekte, »disziplinierte Schuldnerinnen« und erwerbsorientierte Armutsbekämpferinnen integriert.

GLOBALE FINANZINDUSTRIE UND ÜBERHITZUNG

Mohammed Yunus forderte große private Banken auf, in das Geschäft mit den Kleinkrediten einzusteigen und das »Menschenrecht auf Kredit« einzulösen. Dafür versprach er den Investoren »ein gutes Gewissen« und die Hoffnung, »Armut ins Museum« zu befördern. Die Verquickung finanzieller und moralischer Rendite ist der strategische Clou dieses Sektors.

Die indischen MFIs sind gesetzlich auf Kreditvergabe beschränkt, die Führung von Sparkonten ist ihnen untersagt. Im Zuge ihrer Expansion waren sie deshalb auf die Refinanzierung durch kommerzielle Banken angewiesen. Dieses Fremdkapital verliehen sie mit erheblichen Zins- und Gebührenaufschlägen an die Frauen weiter. Dank der hohen Rückzahlungsquote der Frauen lösten die guten Renditeaussichten nicht nur einen »Goldrausch« der MFIs in Indien aus, sondern auch einen Fondsboom bei den Banken auf den globalen Finanzmärkten. 1998 entstand bei der Dexia in Luxemburg der erste Mikrofinanzfonds, inzwischen sind es weltweit über hundert. Deren »Mikrofinanzvehikel« werden auch von Sparkassen und sich ethisch nennenden Banken wie der deutschen

GLS angeboten. Adressatinnen sind auch hier Frauen, an deren soziales Anlagebewusstsein appelliert wird.

Der Fondsmarkt ist intransparent. Neben den von Entwicklungsorganisationen, NGOs, Stiftungen, Kirchen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau betriebenen, nicht-profitorientierten Fonds – Oikocredit ist hier Marktführer – gibt es viele Anlageprodukte, die sich als »Entwicklungsfonds« präsentieren. Sie spielen mit dem Schein von Wohltätigkeit und Profitneutralität – unter ihnen der »Deutsche Bank Microcredit Development Fund«.

Die Mikrofinanzfonds profitierten von der globalen Krise 2008, in der nomadisierendes Kapital auf der Flucht vor den Hochrisikofonds neue Anlagemöglichkeiten suchte. Die kleinen Kredite galten wegen ihrer breiten Streuung und der Zuverlässigkeit der »disziplinierten Schuldnerinnen« als risikoarm. Investitionen trugen zur Überliquidität der MFIs, der Expansion der Mikrofinanzindustrie und damit auch zum Aufblähen einer Kreditblase bei. Diese Kreditschwemme war vergleichbar mit den Subprime-Hypothekenkrediten in den USA, die an geringverdienende Latinas und Afro-Amerikanerinnen vergeben wurden. Einzig die Quantität der abgesetzten Kredite zählte.

Die Finanzindustrie sichert ihre Reproduktion durch die Abschöpfung von Werten, die in den Dörfern und Slums des globalen Südens generiert werden. Soziale, entwicklungspolitische und ethische Motive werden instrumentalisiert, um die Renditelogik zu moralisieren.

Jahrelang war der Maßstab für den Erfolg der Mikrokredite die spektakuläre Rückzahlungsquote von 95 bis 99 Prozent. Wie aber war das möglich, wenn die Mehrzahl der Kreditnehmerinnen die Kredite gar nicht gewinnbringend, sondern konsumtiv nutzten? Das Überangebot an Krediten ermöglichte den Frauen einen souveränen Umgang mit den Rückzahlungspflichten. Sie nahmen mehrere Kredite von mehreren Anbietern auf und gingen auch noch zum lokalen Geldverleiher, um termingetreu rückzahlen zu können. Die wöchentliche Zinseintreiberei der Mikrofinanzagenten im Rücken, jonglierten sie mit einem komplexen System der Verschuldung und mehreren formellen und informellen Geldquellen gleichzeitig. Hinter der Rückzahlungsquote verbarg sich jedoch eine wachsende Verschuldung. Die Armen substituierten mit den Krediten geringe Einkommen und zwischen-finanzierten ihre soziale Reproduktion auf einem höheren Konsumniveau.

Im Herbst 2010 brach jedoch die Rückzahlungsquote ein. Im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh, der die weltweit höchste »Penetrationsrate« mit mobilem Banking aufweist, platzte die Blase. Rein statistisch waren in jeden armen Haushalt der Region acht Kredite geflossen. 82 Prozent der ländlichen Haushalte waren hoch verschuldet. Mehr als 50 überschuldete Frauen nahmen sich das Leben. Die MFIs gerieten in Liquiditätsnot, die Investoren »verloren das Vertrauen« in die Branche, der Kurswert der SKS-Aktien brach um 77 Prozent ein. Ein Reproduktionszyklus brach zusammen. Auch in Bolivien hatte es einen ähnlichen Crash der kommerziellen Mikrofinanzierung gegeben.

Ähnlichkeiten mit der Subprime-Krise bestehen auch bei der Krisenbewältigung: Nationale und ausländische Banken, darunter

der US-Konzern City Group, entfalteten einen Rettungsschirm für die MFIs. Die Regierung von Andhra Pradesh versuchte zwar den Schaden zu begrenzen, schaffte es aber nicht, die Kreditnehmerinnen effektiv vor Ausbeutung und Überschuldung zu schützen. Gegen Regulierungsankündigungen des indischen Staates wehrte sich die globale Finanzindustrie heftig – wortführend ist der Mikrofinanzfonds *responsAbility Social Investments* von Credit Suisse. Eine weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors, wie sie unter anderem im EU-India-Freihandelsabkommen vorgesehen ist, wird entsprechend die Penetrationsbedingungen für ausländische Finanzkonzerne eher noch verbessern und die Entwicklung neuer Finanzinstrumente erlauben.

KREDITE JENSEITS DER VERWERTUNGSLOGIK

Der Crash hat in Indien jedoch eine breite Debatte in Gang gesetzt: Sparen und Kreditvergabe müssen den Verwertungszusammenhängen der Finanzindustrie entzogen und in Sozialverträge rückgebettet werden. Nur so können die Frauen diese Instrumente selbst kontrollieren. Das von den Armen erwirtschaftete Einkommen darf nicht von außen abgeschöpft und der Akkumulationslogik des Finanzmarkts ausgeliefert werden, sondern muss in den lokalen Reproduktionskreisläufen bleiben. Zentral ist außerdem, dass die Frauen sparen können, um sich wenigstens teilweise gegen Lebens- und Reproduktionsrisiken abzusichern.

Sogar im Kernland der Krise, in Andhra Pradesh, gibt es krisenfreie Zonen. Und zwar dort, wo das wirtschaftliche Empowerment von Frauen nicht auf Krediten, sondern auf lokaler Biodiversität und Ernährungssouveränität aufbaut. Die NGO *Deccan Development Society* (DDS) nutzt und verbessert lokal vorhandene Ressourcen und vermeidet die Abhängigkeit von Staat und (Finanz-)Markt. In den Haushalten kommt es deshalb zu Kontroversen: Frauen hegen meist ein gesundes Misstrauen gegen alle größeren Investitionen in die Landwirtschaft, die eine Kreditaufnahme erfordern. Wo Männer eher Brunnenbohrungen befürworten, experimentieren sie lieber mit dem Anbau dürreresistenter Hirsesorten.

Die Frauengewerkschaft SEWA hingegen hat stets auf Kreditvergabe gesetzt, um beispielsweise Straßenhändlerinnen aus den Fängen lokaler Kredithaie zu befreien. Allerdings wusste SEWA, dass die Frauen Kredite für Konsum und soziale Absicherung mindestens genauso nötig brauchen wie für ihre Geschäfte. Sie erklärte Sparen zum zentralen Empowermentmechanismus und zur Voraussetzung für eine Kreditaufnahme. 1975 gründete sie eine Bank, die den Frauen gehört. Parallel baute sie Produktionskooperativen und ein eigenes Versicherungssystem auf – als weitere bedürfnisgerechte Reproduktionssäule. SEWA arbeitet nicht profitorientiert und ist von der Mikrofinanzkrise nicht betroffen. Mikrokredite sind hier lediglich Vehikel in einem umfassenden sozialen und finanziellen Sicherungssystem, das soziale Reproduktion jenseits von Kommerzialisierung unterstützt. Statt »finanzieller Inklusion« gelten Exklusion und Schutz vor der Verwertungslogik als Bedingung des Empowerments.

LITERATUR

Bateman, Milford, 2010: *Why doesn't Microfinance Work? The destructive rise of local neoliberalism*, London/New York
Karim, Lamia, 2008: *Demystifying Micro-Credit – The Grameen Bank, NGOs and Neoliberalism in Bangladesh*, Oregon

NACH DEM MÜTTERSTREIK

ALLTAG IN EINER POLNISCHEN KLEINSTADT

MAŁGORZATA MACIEJEWSKA UND

MARCIN MARSZAŁEK

Im April 2008 traten in der polnischen Kleinstadt Wałbrzych Frauen in Hungerstreik. Drohende Obdachlosigkeit und Armut hatten sie veranlasst, leerstehende Wohnungen in einem stark verfallenen Stadtteil von Wałbrzych zu beziehen. Als die lokalen Behörden in diesen Häusern Strom- und Wasserversorgung abschalten und mit Räumung drohen, organisieren die Frauen einen »Mütterstreik«. Sie erfahren breite Unterstützung und erreichen, dass Strom und Wasser wieder angeschaltet werden. Die strukturellen Ursachen ihrer prekären Situation bestehen jedoch fort.
Im Anschluss an den Streik begann der Think Tank Feministyczny[1] eine aktivierende Untersuchung, die – gemeinsam mit den Frauen – auf eine Erweiterung politischer Handlungsfähigkeit zielte. Wir dokumentieren Auszüge dieser Forschung.[2]

WAŁBRZYCH IN SOZIOÖKONOMISCHER PERSPEKTIVE

Wałbrzych ist eine ehemalige Bergarbeiterstadt. Im Zuge der Transformation gingen

hier etwa 25 000 Arbeitsplätze verloren. Neben der Schließung von Gruben waren auch viele frauenspezifische Arbeitsstätten in der Produktion von Rundfunk- und Fernsehgeräten, der Textilindustrie und in Porzellanfabriken betroffen. Der Konkurs von Betrieben hält an: 2009 machten zwei Porzellanfabriken dicht. Die 400 überwiegend weiblichen Angestellten wurden zu Sozialhilfeempfängerinnen. Heute leben in Wałbrzych 119 000 Menschen. Die Arbeitslosenquote in der Region beträgt 20 Prozent.

Wie viele polnische Städte setzt Wałbrzych auf den Bau exportorientierter Industriezentren, auf die Entwicklung des Dienstleistungssektors und des Tourismus. Öffentliche Gelder fließen in den Ausbau gewerblicher Infrastruktur und in Objekte von kulturellem und touristischem Interesse. Wesentliche Bereiche der Daseinsfürsorge wie Wohnraum, Sozialfürsorge oder Kinderbetreuung gelten als nicht profitabel und spielen im Haushaltsplan quasi keine Rolle. Der steigenden Verschuldung wird unter anderem durch den Verkauf kommunaler Wohnungen begegnet. Diese sollen bis 2013 von 16 510 auf 14 410 reduziert werden. Die Privatisierung von Wohnraum führt zu steigenden Kauf- und Mietpreisen, Wohnungen für Menschen mit niedrigen Einkommen sind rar.

Sozioökonomisch ist die Stadt zweigeteilt: Während in den wohlhabenderen Stadtteilen eine funktionsfähige städtische Infrastruktur besteht, kann der Zustand der ärmeren Viertel als verwahrlost bezeichnet werden. Diese Gegenden bestehen zum größten Teil aus unsanierten Vorkriegsbauten, der Zustand von Gehwegen und Straßen ist schlecht. Die Wohnungen in den ehemaligen Arbeiterquartieren haben oftmals keine Heizung, Warmwasser oder Bäder. Es gibt viel Leerstand. Hier befindet sich der Großteil der kommunalen Wohnungen. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in diesen Gegenden liegt bei ca. 20 Prozent. Das Stadtzentrum befindet sich an der Grenze zwischen beiden Teilen. Am Marktplatz gibt es nur wenige Cafés und Restaurants, es überwiegen Pfandleiher, Kommissionsgeschäfte, Secondhandshops und Lebensmittelläden. Gleichzeitig verändert sich die Innenstadt – eine kostspielige, zum Teil EU-finanzierte Revitalisierung soll sie für Touristen und BewohnerInnen attraktiv machen.

Der landesweite Trend, Aufgaben der Sozialfürsorge an Privatinstitutionen zu delegieren, ist auch in Wałbrzych spürbar. Seit 2001 verwaltet beispielsweise eine GmbH (Miejski Zarząd Budownictwa – MZB) im Auftrag der Kommune den gesamten Wałbrzycher Wohnungsbestand. Da diese nun für die technische Ausstattung und Renovierung der nach wie vor kommunalen Wohnungen zuständig ist, schieben sich Stadtverwaltung und MZB gegenseitig die Verantwortung für deren schlechten Zustand zu. Gleichzeitig ist die MZB nicht demokratisch legitimiert und agiert ausschließlich profitorientiert – hat also das Wohl der städtischen Gemeinschaft nicht zum Ziel.

Nach Schließung zahlreicher Betriebskindergärten im Zusammenhang mit der Liquidierung von Gruben und Industriebetrieben gibt es heute in Wałbrzych nur noch 14 private und fünf öffentliche Kindergärten (mit entsprechend langen Wartelisten). Der Beitrag

liegt in den öffentlichen Kindergärten bei 15 Prozent des Lohns, für Eltern in schwierigen finanziellen Verhältnissen bei 10 Prozent (plus Essensgeld und Zusatzleistungen); in privaten ist er deutlich höher. Der Mangel an bezahlbaren Kindergartenplätzen führte dazu, dass nur circa 50 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter einen Kindergarten besuchten (darunter die Kinder im obligatorischen letzten Jahr vor Schulbeginn). Von den 25 befragten Frauen hatten 15 Kinder im Kindergartenalter, aber nur vier hatten einen bezahlbaren Kindergartenplatz gefunden.

Die Kosten für Daseinsfürsorge werden auf stets niedrigere Ebenen der Verwaltung, auf Privatinstitutionen und letztendlich auf die privaten Haushalte verschoben. All das schlägt sich tiefgreifend in der Lebenssituation der BewohnerInnen nieder. Arbeiten, Wohnen, Kinder betreuen und für die eigene Gesundheit zu sorgen, ist in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts für viele Menschen, insbesondere Frauen mit Kindern, sehr kompliziert geworden. Begleitet wird diese Situation von einem Diskurs, der die Probleme den Einzelnen zuschiebt und die Politik entlastet.

DIE ARBEIT IN DER »ZONE«

Auf Initiative der lokalen Behörden war in Wałbrzych 1994 eine Sonderwirtschaftszone entstanden. Vor allem Automobilzulieferer und kleinere Textil- und Lebensmittelfabriken siedelten sich an. Den Investoren wurde alles geboten: Zuschüsse, langjährige Steuerbefreiungen und eine Masse flexibler Arbeitskräfte, die von Zeitarbeitsfirmen »geleast« werden. Die Zone sollte fehlende Investitionen bringen und die hohe Arbeitslosigkeit senken. Tatsächlich führte sie zu einem massiven Angriff auf Arbeitnehmerrechte. Da die Unternehmen weitgehend von Abgaben und Steuern befreit wurden, entstanden für die Kommune zwar kaum Einnahmen, dafür aber eine Menge prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Die Zone steht für einen Trend in der Wirtschaft Polens. Steuererleichterungen und Investitionen in gewerbliche Infrastruktur sind Teil einer Politik, die öffentliche Gelder nur noch einem privilegierten Teil der Bevölkerung zukommen lässt. Die Sicherung gesellschaftlichen Wohlergehens, wie die Schaffung guter Arbeitsbedingungen, sozialer Wohnungspolitik und einer guten öffentlichen Kinderbetreuung werden zugunsten von Investitionen zurückgestellt, die einen unkalkulierbaren Nutzen für die Zukunft haben, und von denen – trotz anderslautender Versprechen von Politikern und Experten – ohnehin nur kleine Teile der Gesellschaft profitieren.

»HIER GIBT ES KEINE BEDINGUNGEN FÜR NICHTS« – FRAUEN UND DAS LEBEN IN ARMUT

Die interviewten Frauen lernten Armut, ökonomische Unsicherheit und lebensweltliche Instabilität in der Regel erst mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter kennen. In ihrer Kindheit während des Staatssozialismus waren meist beide Eltern berufstätig. Der Staat gewährleistete ein – an die Betriebe gekoppeltes – breites soziales und kulturelles Versorgungsangebot. Als materielle Sicherheit und soziale Infrastrukturen durch die Transformation wegfielen, hinterließ dies deutliche Spuren im Leben der Frauen. Die verarmten Eltern konnten ihren Kindern in

der Ausbildungs- und Berufsfindungsphase kaum materiell unter die Arme greifen. Statt ihre Ausbildungen abzuschließen, nahmen sie oft schlecht bezahlte Jobs an.

Die Geburt von Kindern markierte schließlich den Beginn einer Folge quasi unlösbarer Probleme. Mutterschaft schließt Frauen angesichts des Mangels an bezahlbaren Kindergartenplätzen faktisch vom Arbeitsmarkt aus. Vor allem die geforderten flexiblen Arbeitszeiten stellen ein Problem dar, für das die Behörden blind sind: Das Arbeitsamt bietet Jobs im Dreischichtsystem oder an weit entfernten Arbeitsorten an und zwingt auch junge Mütter, solche Jobs anzunehmen. Magdalena musste bereits einen Monat nach der Geburt ihres Kindes einen Arbeitsweg von 120 km täglich bewältigen. »Das war im Schichtsystem. Mein Mann und ich standen um 4 Uhr auf und fuhren nach Wrocław. Um 17:30 Uhr kamen wir wieder. Die 73-jährige Großmutter hat das Kind betreut, eigentlich haben wir es nur zweimal in der Woche gesehen.« Daria arbeitete in der Nachtschicht, da sie keine Betreuung für ihre drei Kinder gefunden hatte. Vor der Arbeit brachte sie die Kinder zum Schlafen bei einer Freundin unter. »Früh holte ich sie wieder ab, kehrte heim, blieb mit ihnen in der Obdachloseneinrichtung und machte Mittag. Ich konnte nie schlafen – nachts die Fabrik und tagsüber die Kinder. Manchmal bin ich bei der Arbeit eingeschlafen, die Kolleginnen haben mich mit Kartons zugedeckt, damit ich mich mal ausschlafen kann.«

Als vermeintlicher Ausweg aus der Arbeitslosigkeit werden den Frauen vom Arbeits- und Sozialamt ständig Praktika und Schulungen aufgezwungen. Sie sollen zur »Aktivierung auf dem Arbeitsmarkt« beitragen und nähren die Illusion, dass höhere Kompetenzen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Viele Frauen besitzen eine Unmenge von Zertifikaten aus Kursen zu Floristik, Kosmetik, Bedienung von Registrierkassen oder Gabelstaplern. Diese führen jedoch nicht zu einer langfristigen Beschäftigung, sondern einzig dazu, in einer permanenten Bereitschaft als billige Arbeitskraft zu verharren. Um sie vor den »negativen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit« zu bewahren, werden die Frauen zu unentlohnten gemeinnützigen Arbeiten in der Stadt herangezogen.

ARBEIT HABEN – BEDINGUNGEN VON LOHNARBEIT

Wenn Frauen dennoch Arbeit finden, verbessert sich ihre soziale Lage in den seltensten Fällen. Dies hat mit der Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte zu tun. In der Sonderwirtschaftszone sind Frauen in den am schlechtesten bezahlten Bereichen wie der Montage, der Produkt- und Qualitätskontrolle eingesetzt. Die Einkünfte reichen oft nicht aus, um sich und die Kinder zu ernähren oder betreuen zu lassen. Karolina berichtete, sie hätte bei einem Monatsverdienst von 1 000 Złoty (Zł) für zwei Kinder im Kindergarten 680 Zł zahlen müssen.[3] »Vom Sozialamt kommt nichts extra, wenn ich arbeite. Nur wenn ich arbeitslos bin, zahlen sie mir die Hälfte der Kitagebühr.« Marzena erzählt: »Zuerst habe ich in der Produktion gearbeitet. Nach sieben, acht Monaten fing ich in der Qualitätskontrolle an. Aber immer an unterschiedlichen Orten, an verschiedenen



Beide Fotos:

Abschnitten. Zuerst bekam ich 600 Zł brutto plus 250 Zł Prämie, dann 750 Zł, dann etwas über 800 Zł und zum Schluss schon 960 Zł brutto plus 600 Zł Prämie. Die Prämie gab es mal und mal nicht. Und zusätzlich hatte ich eine halbe Stelle, einen zweiten Vertrag mit einer Zeitarbeitsfirma, für Putzarbeiten.« Karolina berichtet, dass sie über längere Zeit gänzlich ohne Vertrag gearbeitet habe: »Als ich nach Wałbrzych gezogen bin, hat mir ein Freund eine Arbeit in einem Subunternehmen in der Zone besorgt. Das war in den Hallen einer ehemaligen Fabrik. Eine Firma hatte sie gekauft, die Kartons herstellte, aber in Wirklichkeit machten wir Kopfstützen. Da waren nur drei mit Vertrag eingestellt und 15 ohne. Ich wusste, dass sie mich nicht registrieren. Wir haben für 2 Zł die Stunde gearbeitet und das Geld wöchentlich bekommen. Es gab dort viele Unfälle. Wenn wir was gesäubert haben, hat die Maschine einem den Ärmel reingezogen oder so was. Niemand war da versichert.« Zu den Praktiken gehört es auch, die Frauen in Subunternehmerstellungen zu zwingen, in denen sie die gleiche Arbeit für den gleichen Lohn verrichteten, aber selbst ihre Sozialversicherungsbeiträge abführen müssen. Das monatliche Nettoeinkommen der Befragten schwankt zwischen 350 Zł und 1800 Zł.

Insbesondere die ungeregelten Arbeitszeiten stellen für die Mütter ein großes Problem dar. Anna, die in der Kosmetikproduktion arbeitet, wusste nie, wann ihr Arbeitgeber sie anrufen würde. Nicht selten wurde sie telefonisch zur Arbeit gebeten, brachte dann ihre Kinder unter, fuhr an die Arbeitsstelle und erfuhr dort, dass sie inzwischen nicht mehr gebraucht wurde.

Aufgrund der befristeten oder fehlenden Verträge sind insbesondere Frauen ständig von Jobverlust bedroht. Oft reicht eine Schwangerschaft oder längere Krankheit des Kindes für den Verlust des Arbeitsplatzes. Im Grunde wird die Arbeitslosigkeit bloß von kurzfristigen Beschäftigungen für eine Woche, einen Monat, manchmal nur einige Tage unterbrochen.

OBDACHLOSIGKEIT, LEERSTAND UND RÄUMUNGEN

Ein weiterer politischer Missstand trägt zur Instabilität des Lebens der befragten Frauen bei: die Wohnungsproblematik. Aufgrund ihrer prekären Beschäftigungen sind die Teilnehmerinnen der Studie nicht in der Lage, auf dem freien Markt Wohnungen zu kaufen oder angemessene Wohnungen zu mieten. Alle interviewten

Frauen und ihre Familien lebten stark beengt in sogenannten Substandardwohnungen; oft bei Freunden oder Bekannten. Jolanta z.B. wohnte mit sieben Personen auf 34 m². Oft sind die Wohnungen eigentlich unbewohnbar: Türen und Fenster sind undicht, der Putz blättert ab, die Wände schimmeln, im Keller steht Wasser, es existiert keine funktionierende Kanalisation. Da häufig ein Gasanschluss fehlt, kaufen die Frauen zum Kochen teure Gasflaschen. Die Wohnungen besitzen meist keine Bäder oder Toiletten, diese sind eine halbe Treppe tiefer und oft unbenutzbar. In Joannas Haus befand sich die Toilette im Keller, wo das Wasser stand und Ratten lebten. Iwonas Familie benutzt eine Toilette im Nachbarhaus; wenn ihre Tochter nachts dorthin geht, macht sie sich Sorgen. Selbst wenn die Wohnungen zum kommunalen Wohnungsbestand gehören, werden Anträge, Feuchtigkeit zu beseitigen, Fenster zu erneuern oder Gas- und Elektroinstallationen zu reparieren, meist abgelehnt. Seit der Privatisierung der Wohnungsverwaltung sind die Mitarbeiter der MZB angewiesen, Einnahmen zu erhöhen. In Form von Provisionen werden sie an den Gewinnen beteiligt.

Oft übernehmen die Frauen notwendige Ausbesserungen aus eigener Kraft und auf eigene Kosten. Bogna nahm dafür sogar einen Kredit auf. Gleichzeitig war sie bei der MZB verschuldet, weil sie die Miete nicht zahlen konnte. Oft werden die selbst ausgeführten Renovierungen als ungenehmigte Baumaßnahme kriminalisiert.

Aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse haben die Frauen einen Anspruch auf Sozialwohnungen. Die Zahl der BewerberInnen übersteigt jedoch den Bestand um ein Vielfaches.



Um diesen Missstand zu verwalten, wurde von der Stadt ein Punktsystem eingeführt, das die Bedürftigkeit der BewerberInnen kategorisiert und so die Reihenfolge bei der Vergabe der Wohnungen festlegt: Obdachlosigkeit ist mit zwölf Punkten am höchsten bewertet; sind Kinder mitbetroffen, erhält man sogar 16 Punkte. Für Einkommen unter 75 Prozent des Mindestrentensatzes (800 Zł) werden fünf Punkte veranschlagt, bei beengtem Wohnraum vier, bei schlechtem technischen Zustand der Wohnung ebenfalls vier und für jedes Kind zwei. Jedes Jahr auf der Warteliste wird mit einem Punkt vergütet. Es werden allerdings auch Strafpunkte vergeben: Zehn Minuspunkte erhält man, wenn Sozialamt oder Polizei den Haushalt als unordentlich oder vernachlässigt einstufen

oder man mehr als einmal den Bezug einer zugewiesenen Wohnung verweigert hat; fünf Strafpunkte, wenn man drei Monate mit den Mietzahlungen in Verzug ist. Obwohl fast alle in prekären Wohnverhältnissen leben, waren nur zwei offiziell als obdachlos gemeldet, weil anerkannte Obdachlosigkeit mit der Gefahr einher geht, dass einem das Sorgerecht für die Kinder entzogen wird. Zwei Frauen, die vor einem gewalttätigen Partner geflohen und so obdachlos geworden waren, hatten das Sorgerecht für ihre Kinder verloren.

Der letzte Ausweg vor Obdachlosigkeit und dem damit verbundenen Sorgerechtsentzug ist oft, illegal leerstehende Wohnungen zu besetzen. In fast jedem Altbau sind Wohnungen unbewohnt. Dieser Schritt ist jedoch stets mit miserablen Wohnverhältnissen und der Angst vor unangekündigten Inspektionen durch Polizei oder Räumung verbunden. Eine Zeitlang hatte die Verwaltung Leerstandsbesetzungen akzeptiert, da die Wohnungen ohnehin als unvermietbar galten. Die BewohnerInnen heizten die Wohnungen, bewahrten sie vor Vandalismus und trugen durch Renovierungen sogar zur Qualitätssteigerung bei. 2008 verabschiedete die Stadt jedoch eine Richtlinie, die den Leerstandsbesetzungen entgegen wirken sollte. Sie erlaubt den Behörden Maßnahmen wie das Abstellen von Strom, Wasser und Gas oder gar die Demontage von Heizkörpern; unter bestimmten Umständen auch die polizeiliche Räumung.

Die aggressive Politik gegen Leerstandsbesetzungen in Wałbrzych ist ein eher neuer Prozess, der mit der neoliberalen Orientierung der Wohnungspolitik begann. Auf die Existenzbedingungen der Frauen wirkte sie sich verheerend aus. Małgorzata beispielsweise lebte drei Jahre lang ohne Wasseranschluss – mit drei kleinen Kindern. Wasser zum Waschen, Trinken und Kochen kaufte sie im Laden; manchmal gab ihr der Nachbar einen Eimer Wasser. Darias Familie wurde nach vier Jahren ohne Ankündigung aus einer besetzten Ein-Zimmer-Wohnung geräumt. »Ich hatte eine Tür gekauft für die Wohnung, auf Raten, und diese Raten zahle ich immer noch ab, obwohl die Tür in der Wohnung geblieben ist. All meine Sachen sind dort geblieben, ich habe nichts zurückbekommen. Ich frage mich, wo sie jetzt sind. Ich hatte alle meine Dokumente im Büffet, alles haben sie weggeschmissen. Als ich eingezogen bin, befand sich nichts in der Wohnung. Viele haben mir geholfen, gaben mir einen Fernseher, Bettwäsche […] Alles habe ich selbst gemacht.«

Mehrere Frauen wurden wegen der illegalen Besetzungen sogar strafrechtlich verurteilt; meistens zu Bewährungsstrafen. Dies verschlechtert nun erneut ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, da Vorstrafen bei Bewerbungen angegeben werden müssen.

DIE ROLLE DER SOZIALEN FÜRSORGEEINRICHTUNGEN

Alle interviewten Frauen bezogen finanzielle und materielle Unterstützung vom Sozialamt. Dies können ständige oder zeitweilige Zahlungen sein, zweckgebundene einmalige Leistungen wie die Erstattung von Arzneimittelkosten und Heizkostenzuschuss, Lebensmittelgutscheine für bestimmte

Grundnahrungsmittel sowie Gutscheine für Schulessen oder Mittagsmahlzeiten in lokalen Kantinen.

Um diese Unterstützung zu erhalten, müssen die Frauen einmal im Monat im Sozialamt erscheinen, Dokumente vorlegen und dann »lange Stunden auf 20 Zł warten«, wie Anna es beschrieb. Für Lebensmittelzuschüsse holt man im Sozialamt einen Gutschein, fährt dann in ein Magazin in einen anderen Stadtteil, wartet dort lange, um schließlich die Kartons irgendwie nach Hause zu bringen. Für eine Frau mit zwei kleinen Kindern, die kein Auto hat und sich ein Taxi nicht leisten kaum, ist das kaum zu bewältigen. Krystyna und Daria, die einen gemeinsamen Haushalt führen und drei Kinder versorgen, berichten: »Das Magazin hat erst ab Mai auf, oder ab Juni, bis November, und im Winter, wenn es am schwierigsten ist, geben sie keine Lebensmittel aus. Wenn offen ist, kann man dort Buchweizen, Milch, Nudeln, Marmelade, Käse und Mehl bekommen. Aber nicht immer ist alles erhältlich, man bekommt die Sachen, die gerade da sind. Die Qualität des Essens ist zweifelhaft. Überhaupt ist es schlimm, Lebensmittel zu empfangen. Die Leute dort schlagen sich, sind betrunken, fluchen. Unter diesen Umständen muss man stundenlang in einer Schlange stehen und niemand lässt eine Mutter mit Kindern vor…«

Die Leistungen reichen für den Lebensunterhalt nicht aus, und die ständigen Kontrollen rufen Gefühle von Machtlosigkeit und Abhängigkeit hervor. Es gibt monatliche, oft nicht angekündigte Inspektionen sowie Befragungen von Nachbarn. Schnell sind die Frauen dem Verdacht des Missbrauchs ausgesetzt. Ewa berichtete: »Ich hatte hier eine Bekannte, die hat mir manchmal was gewaschen, weil sie nicht für den Strom zahlen musste. Jemand hat sie bei der Fürsorge angezeigt, dass sie für die Freundin wäscht. Oder als mich mal eine Freundin besucht hat, um mir beim Kochen zu helfen, da sind sie zur Fürsorge gegangen und haben gesagt, wir hätten einen gemeinsamen Haushalt, und haben mir das Geld gestrichen, weil wir angeblich immer zusammen kochen…«

Auch die Haushaltsführung und das Wohlergehen der Kinder werden kontrolliert. Ewa war obdachlos geworen und mit ihren Kindern in der Wohnung einer Bekannten untergekommen. Eines Nachts stürmten zwei Polizisten mit Hund die Wohnung. Alle Schränke, auch die ihrer Bekannten, wurden nach Alkohol und Drogen durchsucht. Ihre Kinder mussten sich vor den Männern ausziehen, um körperlich untersucht zu werden – das war ein Alptraum für die Kinder. »Meine Bekannte wollte während der Durchsuchung die Jüngste mit einer Flasche Milch beruhigen. Die wurde ihr aus den Händen gerissen und nach Drogen untersucht. Erst nach zwei Stunden sind sie wieder gegangen. Die Kinder waren traumatisiert und haben wochenlang nachts geweint. Ich wohne schon seit einem halben Jahr nicht mehr bei dieser Bekannten, weil ich mir wie eine Idiotin vorkomme.«

Hinter all der unzureichenden Hilfe steht ein strukturelles Problem. Soziale Fürsorge wird gering geschätzt, was sich in mangelnder Finanz- und Personalausstattung der Ämter niederschlägt. Im Sozialamt von Wałbrzych arbeiten 58 Frauen und vier Männer. Sie berichten, dass sie oftmals für mehr als 100 Haushalte zuständig sind. Mit der zunehmenden Ausgaben-

kontrolle, zu der sie verpflichtet seien, weil sie sonst für Missbrauch und Mittelverschwendung verantwortlich gemacht werden, steigt auch die Bürokratie. Hinzu kommen niedrige Bezahlung und gesellschaftliche Geringschätzung. Dies erschwert die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, beispielsweise mit Ärzten.

Dieses Los teilen die Mitarbeiterinnen des Sozialamts mit denen anderer Fürsorgeeinrichtungen sowie mit Krankenschwestern und Altenpflegerinnen. Soziale Arbeit ist feminisiert, unterbezahlt und wird weder in ihrer Bedeutung für bedürftige Menschen wertgeschätzt noch finanziell angemessen gefördert. Fürsorge gilt als nicht produktiver, teurer Überfluss. Dies wird auch in der Sprache deutlich: In offiziellen Verlautbarungen werden menschliche Bedürfnisse stets als »Forderungen« bezeichnet.

REPRODUKTIONSARBEIT ALS BLINDER FLECK IN DEN SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEMEN

Ein Grund, warum die derzeitige Arbeits- und Sozialpolitik insbesondere Müttern kaum einen Ausstieg aus der Armut bietet, ist die Blindheit der Gesellschaft für die Mühen und Kosten von Reproduktionsarbeit (vgl. Rai et al. in diesem Heft). Ökonomische Analysen fokussieren einseitig auf Lohnarbeit. Dass Reproduktionsarbeit für das Wohlergehen einer Gesellschaft essenziell ist, und dass diese Arbeit vor allem von Frauen geleistet wird, bleibt unsichtbar (vgl. Federici/Cooper in diesem Heft). Mit Reproduktionsaufgaben belastete alleinstehende Frauen können den ständigen Kampf um ein existenzsicherndes Einkommen nicht gewinnen. Angesichts des deregulierten Arbeitsmarktes bleiben sie in Niedriglohnbranchen mit prekären Arbeitsverhältnissen verbannt. Sie befinden sich in einer Art Armutsfalle.

STRATEGIEN IN DER PREKARITÄT

Zu den Strategien im Umgang mit der Armut gehört nicht zuletzt die penible Planung von Ausgaben. Dies nimmt viel Zeit in Anspruch. Die Frauen sind ständig unterwegs, um Lebensmittel und Kleidung zu Schnäppchenpreisen zu ergattern. Vieles wird in Secondhandshops (»Lumpeks«) und Pfenniggeschäften erworben. Eine Frau berichtet, dass sie manchmal mehrere Tage in der Woche nichts aß, damit die Kinder ausreichend Nahrung hatten. Viele Frauen bieten informelle Dienstleistungen (Kochen, Catering) gegen Lebensmittel oder Geld an.

Die ständige Notsituation führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen. Um Engpässe zu überbrücken, nehmen die Frauen beispielsweise kleinere Bargeldkredite bei zum Teil dubiosen Geldinstitutionen auf. Diese Mikrokredite »in 15 Minuten« sind jedoch extrem hoch verzinst (vgl. Wichterich in diesem Heft). Oder sie verpfänden Einrichtungsgegenstände und Mobiltelefone. Da Handys jedoch notwendig sind, um Kontakt mit der Schule, dem Sozial- oder Arbeitsamt halten zu können, werden die Telefone zu völlig überteuerten Preisen wieder zurückgekauft, sobald wieder Geld da ist.

Zur Bewältigung des Alltags organisieren die Frauen Netzwerke der Solidarität. Fast alle greifen in Fragen der Kinderbetreuung auf familiäre und soziale Netze zurück – ebenso bei Wohnungsverlust. Die Frauen helfen sich beim Kochen, Waschen und Renovieren, mit Lebensmitteln und Kleidung. Solche von der



»Follow your Dreams« (Banksy), Boston 2010, Rawksteadi/flickr

Basis ausgehenden Netze der Selbsthilfe formen neue Bindungen, die nicht nur materielle, sondern auch emotionale Unterstützung bieten. Institutionell konnte die Selbstorganisation der Frauen am ehesten in den kommunalen Stadtteilzentren (Rada Wspólnot Samorządowych) verankert werden. Die überwiegend ehrenamtlich tätigen MitarbeiterInnen dieser städtischen Einrichtungen organisieren Lebensmittel-, Kleider- und Möbelsammlungen sowie kulturelle Veranstaltungen. Sie helfen beim Ausfüllen von Anträgen und stellen den Frauen Räumlichkeiten für die Selbstorganisation zur Verfügung. All das entwickelte sich insbesondere nach dem Hungerstreik von 2008. Der Schritt, politisch Einfluss auf eine nachhaltige Veränderung der Lebensverhältnisse zu nehmen, bleibt unter diesen Bedingungen schwierig.

Aus dem Polnischen von Andrea Rudorff

1 Der Think Tank Feministyczny ist ein Kollektiv von Aktivistinnen, Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, eine feministische Sozialkritik (weiter)zuentwickeln. Die lebhafte feministische Bewegung in Polen hat in den letzten 15 Jahren in der Kulturkritik einiges bewegt, während eine feministische Gesellschaftskritik weitgehend fehlt. Feministische Stimmen bleiben auf »Frauenprobleme« beschränkt. Gleichzeitig wird die Agenda der Frauen von neoliberalen Politiken aufgegriffen. Der feministische Think Tank zielt auf die Stärkung politischer Durchschlagskraft der Frauenbewegung und die Entwicklung von feministischer aktionsorientierter Forschung.

2 Der Originaltext ist auf polnisch unter www.ekologiasztuka.pl/pdf/f0103maciejewska_marszalek.pdf online. Für den Film zum »Mütterstreik« siehe: http://de.labournet.tv/video/6166/muetterstreik.

3 Ein Złoty entspricht circa 0,24 Euro.

VERSCHOBENE KRISEN

GLOBALISIERTE CARE-ARBEIT UND NEUE ALTE UNGLEICHHEITEN

SARAH SCHILLIGER

UMBRÜCHE IN DER CARE-ÖKONOMIE

In der Schweiz gilt die Pflege älterer Menschen als Privatangelegenheit. Familienangehörige übernehmen einen hohen Anteil informeller Pflege und Betreuung. Diese Gratispflege – geleistet vor allem durch Töchter, Schwiegertöchter und Partnerinnen – ist heute jedoch immer weniger eine Selbstverständlichkeit. Der Anteil der erwerbsarbeitenden Frauen ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. 76,5 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren gehen in der Schweiz einer bezahlten Arbeit nach – das ist im europäischen Vergleich eine sehr hohe Quote. Die stärkere Vertretung der Frauen in der Erwerbssphäre geht jedoch nicht mit einer egalitären Verteilung der Haushalts- und Care-Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern einher, denn nur wenige Männer leisten unbezahlte Care-Arbeit. Viele Frauen geraten deshalb mit der Pflege von Angehörigen in einen zweiten Vereinbarkeitskonflikt. Die Folgen sind chronischer Stress, Verzicht und

Überlastungen. Das informelle Pflegepotenzial in der Familie stößt immer mehr an Grenzen, was die Nachfrage nach Angeboten im privaten Betreuungs- und Haushaltssektor steigen lässt.

Demgegenüber steht ein wachsendes Bedürfnis, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu leben. Dies gilt insbesondere für Demenzkranke: Nur 40 Prozent leben in Pflegeheimen. Die Zahl der älteren Menschen wird aufgrund des Alterns geburtenstarker Nachkriegsjahrgänge (Babyboomer) deutlich ansteigen. Weil mehr Menschen ein sehr hohes Alter erreichen, wird es mehr an Demenz Erkrankte geben. Dabei entsteht ein Wachstumsmarkt: Betrugen die Ausgaben für Alters- und Langzeitpflege im Jahr 2005 rund 6 Milliarden Euro pro Jahr (ohne Einberechnung des Werts der unbezahlten Arbeit), werden sie im Jahr 2030 nach Schätzungen des Gesundheitsobservatoriums 14,7 Milliarden Euro ausmachen (OBSAN 2008).

ÖKONOMISIERUNG UND PRIVATISIERUNG DES PFLEGESEKTORS

Gleichzeitig führen aktuelle Rationalisierungs- und Privatisierungstrends im öffentlich (mit-) finanzierten Care-Sektor zu weiteren Versorgungsengpässen und -lücken. In Krankenhäusern werden durch das neu eingerichtete System der Fallkostenpauschalen Patienten früher entlassen (sogenannte blutige Entlassungen). Auch die ambulante Pflege ist einem rigiden Spardiktat unterworfen, ökonomische Effizienzkriterien gewinnen an Bedeutung. Ambulante Pflegerinnen berichten, wie sie ihre Arbeit inzwischen im Akkord zu verrichten haben. Mit einer mobilen Stechuhr ausgerüstet, müssen sie alle zehn bis 15 Minuten die gerade erbrachte Pflegeleistung dokumentieren (*Quasi-Taylorisierung*). Für ein persönliches Gespräch bleibt wenig Zeit; Bedürfnisse der Pflegeabhängigen außerhalb des stark reglementierten Aufgabenkatalogs können kaum berücksichtigt werden. Denn die Krankenkassen übernehmen nur Pflegeleistungen (*nursing*). Die Kosten für haushaltsbezogene Dienstleistungen und Betreuungsdienste (*social care*) hat der Nutzer – sprich der Kunde – zum überwiegenden Teil aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

Die Ausgaben für die Langzeitpflege sind zwar in der Schweiz im Vergleich der OECD-Staaten relativ hoch – sie liegen hier etwa gleichauf mit denen von Dänemark, Finnland, Norwegen und Holland. Doch der Anteil der öffentlich finanzierten Langzeitpflege liegt mit weniger als 40 Prozent sehr deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von rund 85 Prozent (OECD 2011).

SORGEARBEIT NEOLIBERAL: EIN NEUER NIEDRIGLOHNSEKTOR FÜR PENDELMIGRANTINNEN

In der Schweiz zeichnet sich ein Trend hin zu einer vermehrten Delegierung von Care-Arbeit an den Markt ab. Ähnlich wie in Deutschland (vgl. Karakayali 2010) ist so ein neuer Niedriglohnsektor im Privathaushalt entstanden, der stark ethnisiert und vergeschlechtlicht ist.

»Wir beginnen dort, wo die öffentlichen Angebote enden.« Die Angestellten der ambulanten Pflege hätten für das Zwischenmenschliche oft zu wenig Zeit – »und da springen wir ein«. So wirbt Home Instead Senior Care, eine US-amerikanische Franchise-Firma, die den Schweizer Care-Markt in den letzten Jahren aufgemischt hat.

Werden für stundenweise Einsätze in der Schweiz ansässige Betreuerinnen eingesetzt, sind es in der Rundum-Betreuung ausschließlich Pendelmigrantinnen, wie die Geschäftsleiterin einer Agentur darlegt: »Für 24 Stunden Betreuung findet man keine Schweizerin. Sie muss ja im Haushalt der pflegebedürftigen Person leben, also die müssen immer da sein. Und das macht keine Schweizerin. Und zudem verdienen sie ja nicht so wahnsinnig viel, eine Schweizerin würde dafür nicht arbeiten, das ist sicher.«[1]

Gesucht werden Migrantinnen, die im Rhythmus von zwei Wochen bis drei Monaten zwischen Herkunftsland und Arbeitsplatz pendeln. Durch die erweiterte EU-Personenfreizügigkeit erschließt sich den Agenturen ein großes Reservoir an flexiblen Arbeitskräften. Seit dem 1. Mai 2011 erfordern Kurzaufenthalte bis zu 90 Tagen keine Bewilligung mehr; die Betreuerinnen müssen von den Agenturen lediglich beim Arbeitsamt gemeldet werden.

Die Migrantinnen, die in Schweizer Haushalten von Pflegebedürftigen arbeiten und leben, kommen hauptsächlich aus Osteuropa, insbesondere aus Polen, Ungarn, Litauen und der Slowakei, zunehmend aus Rumänien und Bulgarien, aber auch aus Deutschland. Als Bürgerinnen der EU-25 verfügen sie über einen aufenthaltsrechtlichen Status, sind aber nicht immer bei den Behörden als Arbeitskräfte angemeldet. Viele Frauen sind 45 Jahre oder älter und haben bereits jugendliche oder erwachsene Kinder. Wegen hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen im Herkunftsland suchen sie in der Schweiz nach Arbeit, um ihre Familien zu ernähren, den eigenen Kindern eine Universitätsausbildung zu ermöglichen oder die zu erwartenden spärlichen Renten aufzubessern. Sie bringen in der Regel eine hohe Berufsqualifikation mit. Gefragt ist aber eine andere Fähigkeit, die den Frauen *von Natur aus* qua Geschlecht zugeschrieben wird: sogenannte Care-Arbeit zu leisten, also ältere bedürftige Menschen pflegen und betreuen, für sie kochen, putzen und waschen.

Pendelmigration – das bedeutet für die Care-Arbeiterinnen eine »Lebenspraxis der zwei Standbeine« (Hess 2005). Trotz Niedriglohn verdienen die Frauen oft ein Mehrfaches dessen, was sie in ihrem Herkunftsland erwirtschaften können. Das Pendeln ermöglicht ihnen, das Leben im eigenen Land fortzuführen, auch wenn sie dort nur schwer ein Auskommen finden. Sie migrieren nicht, um das Land zu verlassen, sondern um bleiben zu können (Morokvasic 1994). Der Arbeitseinsatz in der Schweiz wird als eine Übergangssituation gesehen. Der Familiennachzug steht meistens außer Diskussion – allein schon deswegen, weil der prekäre Lohn für ein Leben in der Schweiz nicht existenzsichernd ist.

VERSCHIEBUNGEN SOZIALER UNGLEICHHEITEN IM TRANSNATIONALEN RAUM

Die Arbeit in der 24-Stunden-Betreuung ist höchst prekär. Die Frauen verdienen mehrheitlich zwischen 820 und 2 400 Euro (plus Kost und Logis), dies aber nur temporär, da sie während der Zeit im Herkunftsland kein Einkommen haben. Ein Monatslohn muss also im Normalfall für zwei Monate reichen.

Da es sich in den meisten Fällen um befristete Arbeitseinsätze handelt, ist die



Roel Wijnants

Kündigungsfrist kurz und Arbeitsplatzsicherheit gering – die betreute Person kann von einem Tag auf den anderen sterben, und die Beschäftigung entfällt. Lohnfortzahlung bei Krankheit ist nur ungenügend oder gar nicht gewährleistet.

Die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit ist fließend und eine Abgrenzung schwierig, da die Betreuerin im Haushalt der Pflegebedürftigen lebt und dementsprechend während 24 Stunden abrufbereit ist. Häufig arbeiten die Care-Arbeiterinnen lange und sehr zerstückelt. Von vielen Agenturen wird als Freizeit gewertet, was eigentlich als Arbeitsleistung gilt, etwa der Spaziergang mit der rollstuhlgängigen Patientin. Für den Bereitschaftsdienst – das heißt die Standby-Stunden, in denen die Care-Arbeiterinnen im Haushalt anwesend sein müssen (z.B. in der Nacht) – wird in den meisten Fällen kein Entgelt bezahlt. Mehr noch als die niedrige Entlohnung beklagen die Care-Arbeiterinnen mangelnde Nachtruhe und die kurzen Erholungszeiten. Mit der fehlenden Freizeit und der permanenten Anwesenheitspflicht geht häufig ein Mangel an Privatsphäre und sozialen Kontakten außerhalb des Haushalts einher. Auch psychisch sind die Care-Arbeiterinnen häufig am Anschlag, insbesondere bei schweren Pflegefällen wie fortgeschrittener Demenz.

Inzwischen hat sich in der Schweiz die Bezeichnung *Senio-Pair* für die 24-Stunden-Betreuerinnen etabliert. Die Firma Hauspfle-

geservice, die Care-Arbeiterinnen vermittelt, beschreibt diese beschönigend als »eine Person, die Zeit hat für Spaziergänge, fürs Einkaufen, für den Erhalt der sozialen Beziehungen und für alles, was der Haushalt und die Menschen darin so brauchen. Sie wohnt bei Ihnen zuhause und soll ein ›Familienmitglied‹ sein, genauso wie es für ›Aupairs‹ in jungen Familien ist.« (www.hauspflegeservice.ch)

Im Gegensatz zum Schweizer Au-Pair-Reglement, nach dem eine Au-Pair in einer Familie täglich höchstens fünf Stunden Kinderbetreuung und leichte Hausarbeiten verrichten darf, sind die Voraussetzungen bei *Senio-Pair*s aber ganz andere: Auf ihnen lastet die Hauptverantwortung für die Pflege und Betreuung einer Person rund um die Uhr.

Viele Betreuungsunternehmen werben mit diesem familiären Modell, das flexibler auf die individuellen Bedürfnisse eingehen könne als die unter Rationalisierung und Effizienzdruck stehende ambulante Pflege. So wirbt auch eine Vermittlungsagentur namens »Gute Wesen«, die in der Schweiz und in Deutschland 24-Stunden-Betreuung anbietet, mit traditionellen Familienwerten:

»Helferinnen aus Polen sind nicht nur günstiger, sondern können sich auch besser um Sie kümmern, weil sie mit Ihnen unter einem Dach wohnen. Es liegt in ihrer Natur, fürsorglich, warmherzig und liebevoll zu sein.«

Die Altenbetreuerin wird nicht primär als »Arbeiterin« (mit sozialen Rechten und einem gesellschaftlichen Status), sondern als »Haushaltshilfe«, als »gutes Wesen«, »Fee« oder als die »Perle der Familie« bezeichnet. Dabei bedienen sich die Betreuungsunternehmen ethnischer Stereotypen: Polinnen werden als besonders fürsorglich und warmherzig, als anspruchslos, willig und dankbar dargestellt.

Positiv erwähnen einige Agentur-Geschäftsleiter, dass Polinnen häufig praktizierende Katholikinnen seien – ein Verweis, der wohl auf Nächstenliebe und Sittlichkeit hindeuten soll. Hellhäutige Europäerinnen, deren religiöse Bindungen im Christentum liegen, vermittelten zudem einen geringen Grad an Fremdheit. Dass die Frauen meist über 45 Jahre sind, sieht ein interviewter Geschäftsleiter als Vorteil, da »ältere Frauen sexuell nicht mehr so aktiv« seien. Im Unterschied zu Jüngeren hätten Ältere auch weniger das Bedürfnis, abends auszugehen – womit sie im Haushalt permanent verfügbar bleiben. Nach zwei oder drei Monaten Volleinsatz im Haushalt seien die Frauen dann auch »ausgepowert« und müssten sich in der eigenen Familie erholen.

Nicht nur die »Wiederherstellung« der Arbeitskraft, auch die Kosten der sozialen Sicherung werden in die Familien der Pflegerinnen und die Sozialsysteme ihrer Herkunftsländer ausgelagert. Den Migrantinnen werden keine Ausbildungen oder Erwerbsausfälle bezahlt, und im Alter müssen sie nicht in der Schweiz betreut werden. Es etabliert sich ein Modus transnationaler sozialer Reproduktion, der an das Gastarbeiter-Regime erinnert; Verwertung und Reproduktion der Arbeitskraft sind darin räumlich voneinander getrennt.

CARE-ARRANGEMENTS – EINE WIN-WIN-WIN-LÖSUNG?

Die Anstellungsverhältnisse der Migrantinnen sind durch das weitgehende Fehlen

gesetzlicher und gesamtarbeitsvertraglicher Regulierungen gekennzeichnet. »Eine stärkere Regulierung bringt für Angehörige und Pflegerinnen mehr administrativen Aufwand. Sie ist nicht nötig und treibt die Preise in die Höhe«, kommentiert der *Tagesanzeiger* (6. Juni 2012) die Forderungen gleichstellungspolitischer und gewerkschaftlicher Kreise, die 24-Stunden-Betreuung zu regulieren. Das Zitat steht für ein verbreitetes Argumentationsmuster in der Debatte. Care-Arrangements werden darin als Win-win-win-Lösungen dargestellt: Hausarbeiterinnen könnten dank der Beschäftigung in Privathaushalten den prekären Bedingungen in ihrem Herkunftsland entfliehen, finanzielle Autonomie erlangen und in ihrem Herkunftsland durch die Rücküberweisungen finanzielle Unterstützung leisten, gleichzeitig entlasteten sie in der Schweiz die Angehörigen von Pflegebedürftigen und ermöglichten den alten Menschen einen Lebensabend zuhause. Verbreitet wird davon ausgegangen, dass die Care-Krise durch Angebote auf dem freien Markt und die Rekrutierung von »bezahlbaren« Arbeitskräften in den Haushalt behoben werden könne.

Dabei wird ignoriert, dass diese Form der (neoliberalen) Krisenbearbeitung zu neuen Krisendynamiken und sozialen Ungleichheiten führt und traditionell als weiblich erachtete Tätigkeiten im Haushalt weiter abwertet. Care-Arbeit – schon immer prekäre Arbeit und meist unbezahlt geleistet – wird nun zwar entlohnt, aber äußerst schlecht.

Oft lassen die Pendel-Arbeiterinnen Angehörige zurück, für die wiederum gesorgt werden muss: Verwandte, Nachbarn oder Frauen, die aus noch ärmeren Verhältnissen oder Ländern stammen, übernehmen diese Aufgabe. Auf diese Weise kommt es zu globalen Abhängigkeiten, die Arlie Hochschild (2001; siehe auch in diesem Heft) als »globale Sorgeketten« bezeichnet. Sie entstehen analog zu globalen Produktionsketten und können ganze Erdteile umspannen. Die Metapher der Sorgeketten verdeutlicht ein koloniales Verhältnis, in welchem anstelle von Rohstoffen ein soziales Gut, nämlich emotionale Arbeit, von den Ländern des globalen Nordens angeeignet wird. Die Care-Krise in den westlichen Ländern wird um den Preis ihrer Auslagerung in die besagten Regionen entschärft.

LITERATUR

Hess, Sabine, 2005: *Globalisierte Hausarbeit. Au-Pair als Migrationsstrategie von Frauen aus Osteuropa*, Wiesbaden

Hochschild, Arlie Russell, 2001: Globale Betreuungsketten und emotionaler Mehrwert, in: Hutton, Will und Anthony Giddens (Hg.): *Die Zukunft des globalen Kapitals*, Frankfurt/M, 157–176

Karakayali, Juliane, 2010: *Transnational Haushalten. Biographische Interviews mit care workers aus Osteuropa*, Wiesbaden

Morokvasic, Mirjana, 1994: Pendeln statt auswandern. Das Beispiel der Polen, in: Dies., und Hedwig Rudolph (Hg.), *Wanderungsraum Europa. Menschen und Grenzen in Bewegung*, Berlin, 166–187

OBSAN, 2008: *Kostenentwicklung der Langzeitpflege von heute bis zum Jahr 2030 in der Schweiz*, Arbeitsdokument 34, Schweizerisches Gesundheitsobservatorium, Neuchâtel

OECD, 2011: *Help Wanted? Providing and Paying for Long-Term Care*, www.oecd.org/els/healthpoliciesanddata/helpwantedprovidingandpayingforlong-termcare.htm

Schilliger, Sarah, 2013: *Pendelmigrantinnen in der Care-Ökonomie. Eine Ethnographie des Privathaushalts als globalisiertem Arbeitsplatz* (Arbeitstitel). Dissertation, Universität Basel

1 Das empirische Material basiert auf einer Ethnographie im Rahmen meiner Dissertation. Ich habe dazu vielfältige Methoden angewendet, u.a. Interviews mit Care-Arbeiterinnen, mit Angehörigen von Pflegebedürftigen als auch mit GeschäftsleiterInnen von Agenturen geführt.

WIE WIR UNS SELBST OUTSOURCEN

ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD

IM GESPRÄCH

»Namensberater«, »Mietfreunde«, »Wunschberaterinnen« – der Markt für persönliche Dienstleistungen wächst. Privatunternehmen organisieren auch die intimsten Angelegenheiten. Was macht das mit uns, mit unserem Alltag? Was mit den sozialen Beziehungen? Arlie Hochschild, Soziologin und Autorin des Buches The Outsourced Self. Intimate Life in Market Times *(2012), geht diesen Fragen nach.*

Du befasst dich mit dem fast religiösen Glauben der Menschen an den Markt. Dieser soll nun auch persönliche Probleme lösen, obwohl er immer wieder versagt. Warum machen sich die Menschen vom Markt so abhängig?

Wir leben nicht mehr in den sozialen Gefügen von früher. Und in den USA verfügen wir auch nicht über ein System öffentlicher Dienstleistungen, wie es in Europa besteht. Also wenden wir uns dem Markt zu. Wir erleben, dass private Dienstleister unser Leben verbessern. Und es entsteht das Gefühl, dass wir sie brauchen, um das »optimale« Privatleben zu haben.

Aktuell gibt es einige bedrohliche Entwicklungen: Soziale Infrastrukturen werden geringgeschätzt, und es wird ihnen die Finanzierung entzogen. Der gemeinnützige Sektor ähnelt immer stärker dem privaten und eine wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich sorgt für Statusunsicherheit. Das Dienstleistungsangebot weitet sich aus und bietet Antworten auf private Probleme – sowohl echte als auch Scheinantworten – und auch Antworten auf Probleme, die der Markt überhaupt erst geschaffen hat.

Du verweist auf eine Paradoxie: Der Markt untergräbt Stabilität, schafft Verunsicherung; und dann wird plötzlich Schutz vor genau dieser Verunsicherung über den Markt angeboten.

Ja, das ist ein merkwürdiges Nehmen und Geben. Ein Beispiel: Wir alle benutzen Handys oder Smartphones. Neulich versuchte ich auf der Straße mit irgendjemandem aus meiner Nachbarschaft Kontakt aufzunehmen. Alle waren mit ihren Handys zugange. Im Park, im Café – nach einer Weile schaute auch ich auf mein Handy. Es war nicht möglich, jemandem per Kopfnicken auch nur einen »guten Morgen« zu wünschen oder zumindest hätte es völlig unzeitgemäß gewirkt. Wäre ich neu in der Gegend und auf der Suche nach Bekanntschaften, hätte ich einfach Pech – wegen dieser »Techno-Anomie«.

Der Markt hat aber eine Antwort auf dieses Problem: socialjane.com – eine kommerzielle Vermittlungsagentur für platonische Freundschaften. Man trägt sich ein, bezahlt und schaut sich die Profile potenzieller Freunde an. Socialjane.com verspricht eine gute »Rendite« hinsichtlich der ins Freunde-Finden investierten Zeit und des Geldes. Die Website versichert, dass alle ihre Nutzer »ernsthaft« nach Freunden suchen. Warum? Weil alle dafür bezahlt haben. Man bezahlt also nicht nur Geld, um Freunde zu finden, sondern denkt auch über Freundschaft in einer kommerzielleren Weise nach. So erliegt man dem Zauber des Marktes. Das ist paradigmatisch für eine umfassendere Entwicklung in den USA.

Und wie fügt sich die Klassenfrage in das Bild des ausgelagerten Selbst?

Sowohl auf der Ebene der Fakten als auch auf der des Imaginären: Ich habe über 1 000 Menschen in Kalifornien befragt. Erschreckend waren die Antworten auf die Frage: »Hätten Sie prinzipiell Interesse daran, Dienste eines Liebes-Coaches, eines Partyorganisators oder einer Person, die Familienfotos in ein Album klebt, in Anspruch zu nehmen?« Ich dachte eigentlich, dass solche Dienstleistungen eher den Bedürfnissen der Mittelklasse entsprechen. Aber es waren vor allem Befragte mit niedrigen Einkommen, die sich das vorstellen konnten. Sie stimmten auch in höherem Maße der Aussage zu: »Wenn man etwas braucht, kann man sich nicht immer auf die eigene Familie oder auf Freunde verlassen, auf Geld hingegen schon.«

Die Armen haben weder Geld, noch verfügen sie über funktionierende Netzwerke, die ihnen durch gute und schlechte Zeiten helfen. Garantiert man einfach nur allen einen gleichen Zugang zum Markt, ist das Problem, dass diese Menschen von der Gesellschaft keine Unterstützung erfahren, nicht gelöst.

In deinem Buch schreibst du, dass das Wohlbefinden von Familien möglicherweise davon abhängt, inwiefern es ihnen gelingt,

Unmittelbares in ihr marktvermitteltes Leben zurückzuholen. Siehst du hier eine Lösung?
Ja. Wir ziehen ständig Grenzen: Auf der einen Seite steht die »richtige Menge« emotionalen Involviertseins, auf der anderen fühlen wir uns zu entfremdet. In dem Kapitel über Partnersuche schreibe ich über eine Frau namens Grace, die einen Liebes-Coach anheuerte. Er sollte ihr helfen, über eine Online-Agentur einen Mann zu finden. Der Coach gibt ihr viele Ratschläge, die sie über ihre Grenzen nachdenken lassen. Er sagt: »Partnersuche ist wie Arbeitssuche. Man muss ausreichend Zeit aufwenden. Du musst dir ein Markenzeichen für deine Person ausdenken! Du bist im weltgrößten Einkaufszentrum für Liebesbeziehungen, und als 49-Jährige bist du auf einer Attraktivitäts-Skala von eins bis zehn wahrscheinlich bei sechs.« Sie schluckt, aber sagt »okay«. Grace hat eine lange Einkaufsliste: Ihr Wunschpartner soll groß sein, ein Ingenieur oder ähnliches, zwischen 40 und 50, emotional gereift usw. Der Coach rät ihr, den gewünschten Ertrag im Verhältnis zur Investition zu kalkulieren. Er hilft ihr, mit dem Markt zurechtzukommen, also marktförmig über ihr Privatleben nachzudenken. Seine Ratschläge scheinen für sie eigentlich auf der richtigen Seite der Grenze zu liegen. Aber dann beginnt sie eine Beziehung mit dem falschen Kandidaten. Ein halbes Jahr später trennen sich die beiden. Zum Abschied sagt er zu ihr: »Du warst so leicht zu finden. Ich gehe einfach wieder auf Match.com und finde jemanden, der genauso ist wie du.« Rückblickend äußert Grace: »Das war eine Grenzüberschreitung. Es hörte sich an, als sei ich eine Cornflakes-Schachtel im Supermarktregal. Nun will er noch mal zum Laden gehen und eine andere Packung kaufen.«

Der Mann nutzte den Markt nicht nur als Mittel, um ein nicht-marktförmiges Ziel zu erreichen. Er ging den Weg konsequent zu Ende und sah auch Grace durch eine marktförmige Brille. Also zog Grace eine neue Grenze – sie wollte, dass sich ihr persönliches Leben weiterhin persönlich anfühlte. In gewisser Weise half der Trainer ihr sogar, das Gefühl von Entfremdung zu vermeiden.

Du schreibst auch über die Situation von Leihmüttern in Indien. Amerikanerinnen lassen dort ihre Kinder austragen.
Die indischen Frauen, die ich getroffen habe, waren großartig – sehr reflektiert – und sie befanden sich in fürchterlichen Lebenssituationen. Sie bieten ihre Gebärmutter an, um Babies auszutragen, die genetisch von anderen Eltern abstammen (vgl. Wichterich in diesem Heft). Die Direktorin der Ashanksha-Klinik brüstete sich damit, den größten Leihmütter-Dienst der Welt zu leiten. Und sie leitet ihn wie eine Fabrik. Will sie die Produktion ausweiten, beauftragt sie Scouts damit, weiter Leihmütter anzuheuern. Zur Qualitätskontrolle verpflichtet sie die Leihmütter, in Schlafräumen zu übernachten; im Achtbettzimmer, neun Monate lang. Sie dürfen nicht mit ihren Ehemännern schlafen, damit sie sich keine Krankheiten holen. Im Sinne einer Effizienzsteigerung hielt sie die Leihmütter an, ihre Gebärmütter lediglich als Behälter zu sehen. Meist wissen sie nicht, wo ihre Kundinnen leben, wie sie heißen, und wenn sie mit ihnen sprechen, so ist es jeweils nur sehr kurz.

In der Sprache der Direktorin handelte es sich hier um ein echtes Win-win-Geschäft zwischen unfruchtbaren Paaren und Leihmüttern mit finanziellen Sorgen. Sicherlich haben beide Seiten etwas davon: Die Leihmutter bekommt dringend benötigtes Geld – das Paar das lang ersehnte Baby. Aber diese Perspektive verdeckt andere, intime Sichtweisen auf den Prozess des Gebärens und auf das Leben als ultimatives Geschenk. In diesem Bild gibt es nur ein »Ich«, aber kein »Wir«.

Ein in dieser Situation fehlendes »Wir« ist der Staat. Der Bundesstaat Gujarat bietet den Armen quasi kein soziales Netz, auf das sie zurückgreifen könnten. Wie auch in den anderen Teilen Indiens ist das öffentliche Gesundheitswesen in einem grauenhaften Zustand. Weniger als zehn Prozent der schwangeren Frauen haben Zugang zu Vorsorgeuntersuchungen. In dem Dorf, das ich besucht habe, gab es weder asphaltierte Straßen noch Laternen. Es gab überhaupt keine öffentliche Infrastruktur. Für mich ist das die versteckte Dystopie, die mit der ganzen Frage des Outsourcings einher geht.

Heutzutage wird uns Angst vor dem Staat gemacht: Er wird als »Big Brother« dargestellt. In *1984* von George Orwell, in *Schöne Neue Welt* von Aldous Huxley, im *Report der Magd* von Margaret Atwood ist der Staat diese riesige, feindliche Dampfwalze, die es auf uns abgesehen hat. Aber in großen Teilen Indiens gibt es keine öffentlichen Dienstleistungen. Der Staat tut für den Einzelnen gar nichts; man trifft »freie Entscheidungen«, ohne dass es irgendeine Form der Unterstützung gibt. Das ist wirklich gespenstisch; die große Dampfwalze besteht in Wirklichkeit darin, dass es zwischen dem Individuum und dem Markt keine Instanz gibt. Der Markt funktioniert folglich nach dem Prinzip »friss oder stirb«. Und dennoch bedienen sich die indischen Leihmütter, mit denen ich geredet habe, der Sprache der Geschäftswelt – sie sagen: »Ich habe das selbst entschieden.« Wofür sie sich allerdings nicht selbst entschieden haben, ist das Versorgungsvakuum, innerhalb dessen sie ihre Wahl trafen.

Geht diese Situation mit psychischen Kosten für die Leihmütter einher?

Natürlich. Eine Leihmutter war Hindu, aber sie wurde von einem Sikh-Paar dafür bezahlt, ein Kind auszutragen. Das Paar erwartete von ihr, jeden Tag in den Sikh-Tempel zu gehen, um den Fötus der Rezitation von Sikh-Texten auszusetzen. Das Paar stellte sogar eine Bedienstete an, die der Leihmutter helfen, aber eben auch sicherstellen sollte, dass sie täglich in den Tempel ging. Es war, als ob die Leihmutter einen Beutel Gold verschluckt hatte, der dem Sikh-Paar gehörte. Auch sie zog eine Grenze und sagte für das Baby heimlich hinduistische Gebete auf.

Das soziale Netz in den USA ist nicht so dicht wie in Europa oder gar in Skandinavien. Kommt es in Europa seltener zu solchen Outsourcing-Prozessen?

Die USA, Deutschland, Schweden, Italien – das sind alles kapitalistische Länder mit Dienstleistungssektoren, die unterschiedliche personenbezogene Dienstleistungen anbieten. Die USA unterscheiden sich hier in dreierlei Hinsicht: in der Masse der angebotenen Dienstleistungen; darin, dass es kaum einen öffentlichen Dienstleistungssektor gibt; und in der stärker ausgeprägten Marktkultur.

In den Reaktionen auf mein Buch lassen sich diese Unterschiede schön sehen: Wenn ich in den USA Vorträge halte, reagieren die Leute oft nachdenklich oder besorgt – als ob ich eine Dienstleistung kritisieren wollte, die ihnen emotional wichtig ist, oder gar, als ob ich ihnen diese wegnehmen wollte. Wenn ich denselben Vortrag in Italien oder Dänemark halte, kichern die Leute. Ich muss dann erklären, dass ich mich nicht über andere lustig mache und auch keinen Witz erzähle. Das finden sie dann wieder lustig. Schließlich sagen sie: »Wahrscheinlich wird all das irgendwann auch zu uns kommen.« Sie sind es gewöhnt, nach Amerika zu schauen und zu denken: »Oh Gott, in 20 Jahren passiert das auch hier.«

An anderer Stelle schreibst du, dass die Leute eher Geld für Partnervermittlungen zahlen, wenn sie glauben, dass »wissenschaftliche Methoden« dahinter stecken.

Das ist wahr. Ich habe den Chef des Forschungslabors der Vermittlungsagentur eHarmony interviewt. Er erzählte, dass sie jetzt auf internationaler Ebene agierten und ein Forschungslabor für Beziehungen unterhalten – und dass er den Bereich der Liebesforschung ausdehnen wolle. eHarmony verfügt über zahlreiche Forschungsergebnisse zum Thema »soziale Ähnlichkeiten«. Je ähnlicher sich zwei Menschen sind, so der Gedanke, desto besser passen sie zusammen. Was damit aber noch nicht beantworten werden kann, ist die Frage, wie es eigentlich passiert, dass »ein Funke überspringt«. Um in dieser Frage der »Chemie« weiter zu kommen, planen sie, Speichelproben zu entnehmen und DNA zu untersuchen. Sie streben so verlässliche Vorhersagen hinsichtlich des Vermittlungserfolgs an. Match.com, eHarmony und andere stehen miteinander in Konkurrenz, wer die meisten Dates, Dauerbeziehungen und Ehen hervorbringt. Zu Werbezwecken veröffentlichen sie ihre entsprechenden Zahlen. Außerdem stehen sie aber auch in Konkurrenz mit dem wirklichen Leben – sie argumentieren, dass es wahrscheinlicher ist, eine besondere Person zu treffen, wenn man eine Firma beauftragt, als wenn man sich im Büro oder auf Partys umschaut. Ich frage mich, was das für Folgen für die Lebendigkeit unserer Gesellschaft hat.

Du sagst, wir hätten aufgehört, uns als Teil von »etwas Größerem« zu fühlen. Was macht dieses »Größere« aus? Und ist es durch Outsourcing gefährdet?

Ja. Es geht etwa um das Gefühl, Teil einer fortschrittlichen Bewegung für gesellschaftliche Veränderung zu sein – der Umweltbewegung, einer Bewegung für die Erneuerung der Städte, einer Bewegung für Erneuerung im Bildungswesen. Leute, die ehrenamtlich in einem Recycling-Center oder in einer Suppenküche tätig sind, die einer Kirche oder einer Nachbarschaftsgruppe angehören, können sich als Teil von »etwas Größerem« fühlen. Dieses Gefühl der Zugehörigkeit ruft einen anderen Teil des Ichs auf als der Markt. Der Markt ruft unser Eigeninteresse auf. Er richtet uns auf das aus, was wir »kriegen« können. Sind wir Teil einer größeren Gemeinschaft oder einer sozialen Bewegung, denken wir eher darüber nach, was uns mit anderen verbindet, und was wir geben könnten.

Was sollen die Leute aus deinen Vorträgen mitnehmen?

Mindestens drei Dinge: Eines ist, dass der Markt tief in uns eindringt. Er ist nicht bloß

ein externes System, er ist mit einer Kultur verbunden, die unsere Suche nach Befriedigung und Sinn beeinflusst. Es geht nicht nur um das, »was« wir wollen, sondern auch um das »Wie«. Wenn wir uns eine »perfekte« Geburtstagsfeier oder Hochzeit wünschen, geht es um das Ergebnis, das wir da kaufen. Wir hören dann auf, an dem Prozess Freude zu haben – das gemeinsame Kuchenbacken oder das Aufblasen der Ballons. Mein Buch fordert uns auf, darüber nachzudenken, inwiefern wir beeinflusst werden, ab welchem Punkt wir uns abgrenzen.

Die zweite Botschaft betrifft den Kern des Problems – das sich vergrößernde Ungleichgewicht zwischen dem Markt und allem anderen (dem Staat, der Zivilgesellschaft, den Familien). Unsere Kultur ist nicht in Ordnung, wir setzen aber nicht an der richtigen Stelle an, um dies zu korrigieren. Wir bemühen uns um ein Gleichgewicht zwischen der Legislative, Exekutive und Judikative – und ignorieren dabei den Markt. Wir sind in einer merkwürdigen politischen Situation. Wir reduzieren Staatsausgaben, wir privatisieren Gefängnisse, Parks, Schulen und Büchereien. Wir schrumpfen die öffentliche Sphäre zusammen. Und *jetzt machen wir das auch mit unserem Privatleben*?

Drittens wird uns etwas vorgemacht: Immer wird behauptet, dass die Maßnahmen, die den freien Markt begünstigen – Deregulierung, Einschnitte bei den öffentlichen Dienstleistungen, Privatisierung –, familienkompatibel sind oder gar Familien stärken. Tatsächlich haben sie oft unbeachtete Nachteile. Die Deregulierung von Fernsehwerbung für Junk Food macht Kinder übergewichtig und anfällig für Diabetes. Einschnitte beim Personal in öffentlichen Bibliotheken, bei den Öffnungszeiten von Parks, bei Freizeitprogrammen für Kinder – all das schädigt Familien. Eine Steuerstruktur, die die gesellschaftliche Klassenspaltung vergrößert, schädigt die physische und psychische Gesundheit der Armen, aber auch die der Mittelklasse. Und diese selbstbezogene, am Markt orientierte Denkweise steht einer Denkweise entgegen, die auf einem »wir« aufbaut, die die Zufriedenheit innerhalb von Lebensgemeinschaften in den Mittelpunkt stellt.



»Entschuldigung! Der von Ihnen bestellte Lebensstil ist derzeit nicht verfügbar«, SFview/flickr

Das Interview erschien zuerst auf www.alternet.org.
Aus dem Amerikanischen von Alexander Gallas

DEMOGRAFISCHER SACHZWANG UND POLITISIERTES GEBÄREN

SUSANNE SCHULTZ

Lange galt Familienpolitik als eher marginalisiertes Politikfeld oder, wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder es formulierte, als »Gedöns«. Seit ihrer Verknüpfung mit demografischen Zielen rückte sie jedoch im letzten Jahrzehnt ins Zentrum medialer und politischer Aufmerksamkeit. Zu einem Projekt staatlicher Bevölkerungsverwaltung geworden, reicht es nicht aus, Familienpolitik als umkämpftes Terrain der Geschlechterpolitik zu verstehen. Aus dem Blick gerät, dass unter massivem Einsatz demografischer Daten die bevölkerungspolitische Leitidee des Staates als steuerndem und planendem Haushälter der Qualität und Quantität von Bevölkerung rehabilitiert und wieder zwischen erwünschten und unerwünschten Bevölkerungsgruppen unterschieden wird.[1]

Auf welche Weise verbinden sich hier Achsen gesellschaftlicher Hierarchisierung und Ungleichheit? Die »Demografisierung« sozialer Probleme ist Voraussetzung für die Renaissance einer aktiven Bevölkerungspolitik, die ausdrücklich Bevölkerungsgröße und

-zusammensetzung gestalten will. Demografie dient hier dazu, gesellschaftliche Konflikte in einen Sachzwang umzuformulieren und damit zu entpolitisieren. In welchem Verhältnis steht das zur Politisierung von Betreuungsarbeit in der familienpolitischen Diskussion? Schließlich: Welche Bevölkerungsgruppen geraten mit ihren Kinderwünschen und Gebärmotivationen in den Blick?

MEHR »HUMANVERMÖGEN« DURCH GEBURTENPOLITIK

Seit 2002, seit der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung, gilt Familienpolitik als »nachhaltig« oder auch »bevölkerungsorientiert«. Nachfolgende Regierungen behielten diese Politik in ihren Grundzügen bei und setzten sie um. Eine Kombination aus arbeitsmarktorientierter, geschlechter- sowie familienpolitischer Programmatik soll den »demografischen Wandel« angehen.

Dieser erlebte seinen Aufstieg zum politischen Kampfbegriff mit der Rentendiskussion in den 1990er Jahren, die zur Teil-Privatisierung der gesetzlichen Rente und Heraufsetzung der Altersgrenze führte. Dass in Deutschland mehr Menschen länger leben, wurde zu einer »wachsenden Alterlast«, die die produktiven Jüngeren »zu schultern« hätten und die sie zu »erdrücken« drohte. Die Frage, ab welchem Alter jemand dem Arbeitsmarkt, also dem Verwertungsprozess, ohne relevante Eingriffe in seinen Lebensstandard nicht mehr zur Verfügung stehen muss, wurde nicht als Frage sozialer Verteilung, sondern als Frage der »Überalterung« und der »Schrumpfung« skandalisiert. Dem demografischen Wandel soll nun auch mit Maßnahmen in der Familienpolitik entgegengesteuert werden, indem die Geburtenrate der deutschen Bevölkerung erhöht werden. Gleichzeitig gilt es, die Frauenerwerbsquote beizubehalten bzw. auszuweiten: Denn die Mobilisierung »stiller Ressourcen«, also der Arbeitskraft von Jugendlichen, Frauen und Alten, wird ebenfalls als Strategie gegen die »Überalterung« präsentiert. Dieses Projekt ist nicht nur pronatalistisch, sondern selektiv pronatalistisch: Familienpolitik zielt hier auf die Vermehrung *spezifischer* Bevölkerungsgruppen ab. Im Zentrum steht die Verbesserung des »Humanvermögens«. Laut Familienministerium betrifft dies nicht nur die Bevölkerungszahl an sich, sondern auch qualitative Faktoren wie arbeitsmarktrelevante Qualifikationen, Bildung und Gesundheit sowie »soziale Daseinskompetenz« und »Werthaltungen« (BMFSFJ 2006, 5).

Solche Qualitätsansprüche übersetzen sich zunächst in eine klassenpolitische Differenzierung: Es geht nicht darum, diese qualitativen »Vermögen« in der Bevölkerung insgesamt zu steigern. Das BMFSFJ erklärte etwa gemeinsam mit Industrieverbänden: »Eine anhaltend hohe Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen kann die bildungspolitischen Probleme weiter verschärfen und zu Engpässen beim Fach- und Führungskräfte-Nachwuchs führen.« (BMFSFJ et al. 2004, 16) Die genannten Indikatoren sollen also nicht durch den Abbau sozialer Ungleichheit und ein egalitäreres Bildungssystem, sondern durch die Steigerung der Geburtenrate derjenigen erhöht werden, bei deren Nachwuchs diese Eigenschaften bereits als quasi naturgegeben vorausgesetzt werden.

Der selektive Zuschnitt spiegelt sich in allen wichtigen familienpolitischen Maßnahmen: Die wohl progressivste Reform, das

Tagesbetreuungsausbaugesetz, sieht seit 2005 den Ausbau von Kitaplätzen vor – mit einem Vorrang für allein erziehende oder doppelverdienende Erwerbstätige bei der Vergabe der Plätze. Das verschlechtert den Zugang von Kindern prekär beschäftigter und erwerbsloser Mütter und damit von sozial benachteiligten Gruppen zur Kinderbetreuung. Offen klassenpolitisch sind die Steuerfreibeträge für Kinderbetreuung seit 2006, von denen Doppelverdienende mit höherem Einkommen am meisten profitieren. Der deutlichste klassenpolitische Einschnitt ist aber sicherlich das 2007 eingeführte Elterngeld. Es begünstigt gerade die Eltern, deren Einkommen vor der Geburt hoch war, indem 65 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens (und höchstens 1 800 Euro) ausgezahlt werden. Gleichzeitig verkürzt sich der Zeitraum der Basisförderung von zwei Jahren (wie beim vorherigen Erziehungsgeld) auf ein Jahr (bzw. mit »Vätermonaten« auf 14 Monate) und verringert somit die Förderung für gering Verdienende oder Erwerbslose um (fast) die Hälfte. Eine weitere drastische Verschärfung ist, dass seit 2011 das Elterngeld auf das Arbeitslosengeld II angerechnet und so faktisch für die ärmeren Bevölkerungsschichten ganz abgeschafft wurde.

Die aktuelle Familienpolitik hat zudem rassistische Züge. Grundsätzlich beruht sie auf einer nationalistischen Logik, die der Bevölkerungspolitik immanent ist: Bezugsgröße ist die national erfasste Bevölkerung, ihre Größe oder Zusammensetzung soll verändert werden. Darüber hinaus wird derzeit die Erhöhung der Geburtenrate in Deutschland gegen eine konkurrierende demografische Option in Stellung gebracht – nämlich die Bevölkerungszahl und/oder -zusammensetzung durch Immigration zu erhöhen. Das Projekt eines demografisch angeleiteten Immigrationsmanagements stößt auf Ablehnung oder reduziert sich auf wenige, eher arbeitsmarktpolitische Instrumente temporärer Fachkräfteanwerbung. Entsprechende Expertisen weisen entweder auf »kulturelle« Grenzen der »Integration« hin oder darauf, dass langfristig eine Anpassung des »reproduktiven Verhaltens« der Zugezogenen an die deutsche Bevölkerung dazu führe, dass sich die Alterszusammensetzung der Bevölkerung nicht verändere.

ZWISCHEN DEMOGRAFISCHEM SACHZWANG UND GESCHLECHTERPOLITIK

Der staatliche Zugriff auf Bevölkerung entlang rassistischer und klassenpolitischer Logiken gehört zu den Grundstrukturen moderner Biopolitik und ist an sich nichts Neues. Es ist aber ein neues Phänomen in der deutschen Familienpolitik, dass demografische Begründungen explizit und an zentraler Stelle auftauchen. Dies war nach dem Nationalsozialismus zumindest in der alten Bundesrepublik lange diskreditiert, auch wenn bestimmte Kreise deutscher BevölkerungswissenschaftlerInnen nach dem NS-Regime ihre Disziplin weiter betrieben.[2] Die Rehabilitierung der demografischen Wissenschaft und Politikberatung nach der Wiedervereinigung förderte das Selbstbewusstsein einer neuen Generation von DemografInnen so weit, dass der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demografie 2011 gar ein Demografie-Ministerium als »strategisches Zentrum« von Regierungspolitik forderte (Mayer 2011). Die 2012 veröffentlichte

»Demografiestrategie« der Bundesregierung zeugt davon, dass solche Bestrebungen keine skurrilen Phantasien sind (www.demografie-strategie.de). Hier fließen demografisch begründete Politikansätze aus diversen Ministerien zusammen, um sie – und das ist im Sinne einer allgemeinen Bevölkerungsverwaltung auch konsequent – als kohärente Politik zu präsentieren.

Unter Bezug auf Demografie lassen sich Programme des Sozialabbaus als Sachzwang darstellen und soziale Konflikte durch neu heraufbeschworene Konfliktlinien ersetzen – wie die zwischen den Generationen oder zwischen Eltern und Kinderlosen. Die Frage, ob es überhaupt richtig und notwendig ist, die deutsche Bevölkerung zu vermehren oder zu »verjüngen«, steht nicht mehr selbst zur Diskussion. Einzig die Frage, wie dieses Ziel am besten zu erreichen ist und welche familien- oder geschlechterpolitischen Instrumentarien dafür sinnvoll sind.



gagilas

Die neue Geburtenpolitik erscheint somit als Politik für Frauen oder, vermeintlich geschlechtsneutral, als Politik für Familien – und wird zudem von den Regierungen als progressiver Befreiungsschlag liberaler Politik gegen konservative Restbestände gefeiert. Feministinnen haben daran vieles kritisiert: Erstens steht weiterhin im Zentrum, wie Frauen – und nicht Männer – zu einem Leben mit Kindern motiviert werden könnten, und welche Reformen dafür wünschenswert wären. Dieser Geschlechterbias trifft erst recht auf die geschlechtsneutrale Variante der Diskussion über »Kinderlose« zu, insofern hier Ungleichheiten in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung völlig ausgeblendet werden. Der Fokus auf die »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« hat gleichstellungspolitische Strategien (wie eine Politik des gleichen Lohns oder einer Umverteilung von Haus- und Sorgearbeit) zurückgedrängt. Im progressiven Glanz der »Vereinbarkeitspolitik« wird zudem unsichtbar, dass viele Elemente des konservativen Familienernährer-Modells der westdeutschen Nachkriegspolitik intakt geblieben sind – insbesondere für die unteren sozialen Schichten.[3] Das Modell des Alleinverdieners wurde durch das des Hauptverdieners mit zuverdienender Ehefrau ersetzt, indem geringfügige Beschäftigungs- und schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für Frauen ausgebaut wurden. Auch die aktuelle Debatte um das Betreuungsgeld und die breite Front gegen dieses eher widerwillige Zugeständnis der CDU-Führung

an wertkonservative Koalitions-Verpflichtungen unterstreicht den vermeintlich progressiven Ruf der Vereinbarkeitspolitik. Abwehrkämpfe gegen das Nur-Hausfrauen-Modell sind wichtig. Aus dem Blick gerät jedoch nicht nur, dass das westdeutsche Ernährermodell modifiziert fortbesteht, sondern auch, dass wie beim Elterngeld ALG-II-EmpfängerInnen wieder leer ausgehen.

Die Kritik an den genannten Maßnahmen ist ein wichtiger Teil des Kampfes um geschlechtliche Arbeitsteilung. Wird jedoch ihr Zusammenhang mit den pronatalistischen Programmen einerseits und der klassenspezifischen Selektivität andererseits nicht hergestellt, verfehlt sie den Kern der neuen Familienpolitik. Die Geschlechterdebatte müsste mit einer Kritik demografischer Problemformulierungen und bevölkerungspolitischer Ziele selbst gekoppelt werden. Nur so kann sie sich von der Debatte darüber abgrenzen, wie individuelle Biografien von Frauen oder aktuelle Geschlechterarrangements in Familien im Sinne demografischer Ziele am besten zu steuern sind.

GEBÄRMOTIVATION FÜR MANCHE

Im Vordergrund der demografischen Wissensproduktion steht die Motivation von Frauen der oberen und mittleren sozialen Schichten, Kinder zu bekommen, und folglich die Frage, wie staatliche Maßnahmen darauf Einfluss nehmen können. Besonderes Interesse gilt der »kinderlosen Akademikerin« und ihrem reproduktiven Verhalten. Dabei wird über Lebensplanung, Subjektivität und Begehren der zu beeinflussenden Frauen spekuliert. Die demografischen Expertisen operieren entweder mit unterstellten Kosten-Nutzen-Kalkülen in der Familienplanung oder mit normalisierenden Schlussfolgerungen aus empirischer Forschung: Aus dem Umfrageergebnis, dass viele Frauen unter den gegebenen Umständen eine Kombination von Teilzeit-Arbeit und Kindererziehungszeiten als bestes Modell familiärer Arbeitsteilung befürworten, wird gefolgert, dass – ganz im Einklang mit den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen – weder das Hausfrauenmodell noch das Vollzeitarbeitsmodell, sondern der Status einer (zuverdienenden) Erwerbstätigen in der Kleinfamilie der Lebensentwurf sei, der Frauen motiviere, Kinder zu bekommen.

Den demografischen Expertisen ist gemeinsam, dass sie einfache behaviouristische Modelle und statistische Korrelationen zwischen Kinderzahl und gesellschaftlichen Bedingungen behaupten, um »fertilitätsfördernde« Faktoren zu isolieren, die in staatliche Maßnahmen übersetzbar sind. Komplexe Perspektiven auf die gesellschaftliche Organisation von Sorge- und Erwerbsarbeit und das Leben mit Kindern sind nicht gefragt.

Die Motivationslagen von Arbeiterinnen, Hartz-IV-Empfängerinnen oder Bewohnerinnen von Asylbewerberheimen, Kinder zu bekommen, stehen in den aktuellen Expertisen nicht zur Debatte – obwohl über die Motive zum Gebären als »allgemeine« gesprochen wird. Das Pendant zur öffentlich problematisierten »kinderlosen Karrierefrau« ist die »überforderte Hartz-IV-Bezieherin«, die ihre Kinder verwahrlosen lasse oder gar misshandele. Entsprechend wird für Frauen der unteren sozialen Schichten auch nicht gefragt, welche Wünsche sie mit Kindern verbinden und wie sie zu einer entsprechenden Lebensgestaltung und

Geburtenplanung angeregt werden könnten; sie stehen vielmehr im Mittelpunkt repressiver Kontrollstrategien der Sozialbürokratien. Anreize zum Gebären wie das Elterngeld wurden für sie gestrichen und sind auch beim Betreuungsgeld nicht vorgesehen. Für erwerbslose oder einkommensschwache Frauen wurden außerdem ökonomische Zwänge verstärkt und familiäre Abhängigkeiten ausgeweitet: durch die Anrechnung des Partnereinkommens in der Bedarfsgemeinschaft, die Verschärfung der Zumutbarkeit bei der Annahme von Erwerbstätigkeit, den Zwang zu Ein-Euro-Jobs und allgemein durch die Ausweitung des Sektors geringfügiger Beschäftigung.

In der aktuellen Familienpolitik werden doppelte Ausschlüsse produziert: Der Fokus auf Familien, Kinderlose oder Frauen blendet Geschlechterverhältnisse entweder ganz aus oder zementiert die Zuständigkeit von Frauen für Kinderbetreuung und Hausarbeit. Die Rahmung als familien- oder geschlechterpolitische Frage macht zudem unsichtbar, dass hier die Situation von sozial Privilegierten diskursiv verallgemeinert wird. Die Lage derjenigen, die von den aktuellen familienpolitischen Anreizen benachteiligt werden, wird ausgeblendet.

KRITIK DER DEMOGRAFIE

Für eine emanzipatorische Politik reicht es nicht aus, das Programm der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Fortschreibung eines konservativen Familienernährer-Modells zu problematisieren. Vielmehr muss ins Zentrum rücken, wie Gebär-Motivationsanreize einerseits, ökonomisch-institutionelle Zwänge, sozialpolitische Umverteilung und migrationspolitische Ausgrenzung andererseits soziale Gruppen (von Frauen) unterschiedlich betreffen. Den utilitaristischen und rassistischen Maximen einer Bevölkerungsverwaltung ist entgegenzutreten. Statt die demografische Debatte selbst zu nutzen, um frauenpolitische Anliegen auf die Agenda setzen zu können, bedarf es einer Kritik demografischer Problemstellungen und Strategien. Eine gesellschaftskritische, egalitäre und emanzipatorische Kritik an den Politiken des Kinderbekommens muss »Demografisierung« an sich in Frage stellen. Sie zementiert soziale Ungleichheit und rassistische Exklusion und stellt letztlich die Existenzberechtigung bestimmter Bevölkerungsgruppen – vermittelt über ihre »Fortpflanzung« – in Frage.

LITERATUR

BMFSFJ (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend), 2006, (Hg.): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit*. Siebter Familienbericht. Stellungnahme der Regierung und Bericht der Sachverständigenkommission. Bundesdrucksache 16/1360, Berlin

BMFSFJ u.a. (BMFSFJ/Institut der deutschen Wirtschaft Köln/Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), 2004, (Hg.): *Bevölkerungsorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor*, Bonn

Mayer, Tilman, 2011: Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 10-11, www.bpb.de/publikationen/5VLZWA,0,Demografiepolitik_gestalten_oder_verwalten.html

Sänger, Eva, und Malaika Rödel, 2012: *Biopolitik und Geschlechterverhältnisse*, Forum Frauen- und Geschlechterforschung, Bd. 35, Münster

---

1 Eine ausführliche staatstheoretisch verankerte Analyse erscheint in Sänger/Rödel (2012, 108–12).

2 In der DDR gab es eine explizit pronatalistische Familienpolitik. In der alten Bundesrepublik gab es zwar vereinzelt Erwägungen dazu, eine solche zu etablieren, im Vordergrund stand aber eine Abgrenzung zu nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik und das Postulat, dass der Staat nicht in diese »persönliche Angelegenheit« eingreifen dürfe, so etwa im Dritten Familienbericht von 1979.

3 Das Ehegattensplitting und die Familienmitversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse als wesentliche Säulen familiärer Abhängigkeit von Frauen blieben erhalten; neue Elemente der Abhängigkeit, wie die Einführung der Bedarfsgemeinschaft durch Hartz IV, kamen hinzu.

FEMINISMUS OHNE STRATEGIE

NANCY FRASER IM GESPRÄCH

Nancy Fraser hatte 2009 argumentiert (»Feminism, Capitalism, and the Cunning of history«, New Left Review), dass feministische Gesellschaftskritik zu einer Modernisierung des Kapitalismus beigetragen habe. Die Kritik am »Familienernährermodell« half Lebens- und Arbeitsweisen zu entgrenzen und zu entsichern. Die neoliberalen Entwendungen feministischer Kritik seien bislang nur unzureichend reflektiert worden.

Wie beurteilst du aus heutiger Sicht deine Analyse von 2009?

Seit ich diesen Aufsatz geschrieben habe, ist nichts passiert, was meine Ansichten über die Geschichte der Zweiten Frauenbewegung verändert hätte. Ich denke immer noch, dass die feministische Kritik den Staatskapitalismus der Nachkriegszeit herausgefordert hat und ihn letztlich transformieren half. Ich würde auch am zweiten Schritt der Argumentation festhalten: Die feministische Kampfansage gegen diesen Kapitalismus konnte durch den aufkommenden Neoliberalismus eingehegt

werden. Feministische Ideen wurden für seine eigenen Zwecke umgedeutet und gebändigt.

Auch die grundlegende Stoßrichtung des Aufsatzes bleibt. Ich wollte einen nüchternen, klaren Blick auf die Entwicklung feministischer Kämpfe in den letzten 40 Jahren werfen und verstehen, was aus dem Projekt des sozialistischen Flügels der Bewegung geworden ist, dem ich mich zugehörig fühlte. Mit etwas Abstand scheint unsere antikapitalistische Perspektive an den Rand gedrängt. Die Bewegung erwies sich in ihrer Praxis weniger als Gegenwehr gegen den Kapitalismus denn als seine Modernisierung. Unbeabsichtigt halfen unsere Ideen, den Übergang zu einem neuen, neoliberalen Akkumulationsregime zu legitimieren, das sich massiv auf Lohnarbeit von Frauen stützt. Dieser Kapitalismus hat das Modell des Familienlohns durch das einer neueren, moderneren Form der Doppelverdiener-Familie ersetzt. Ironischerweise hat unsere Kritik am Familienlohn Argumente zu dieser Verschiebung beigesteuert. Feministinnen mögen diese Folgen nicht beabsichtigt haben, aber wir haben dem Neoliberalismus doch einige symbolische Mittel in die Hand gegeben, mit denen er sich als modern und emanzipatorisch darstellen konnte. Selbstverständlich bietet der Neoliberalismus keine ernsthaften Emanzipationschancen für Frauen. Im Gegenteil, er generiert neue Formen der Geschlechterhierarchie und wirkt sich gleichzeitig negativ auf die Stellung der Arbeiterklasse insgesamt aus.

Eines würde ich heute allerdings doch anders schreiben. 2008/2009 war ich zu optimistisch, was die politischen Auswirkungen der Finanzkrise angeht. Da das Finanzsystem um Haaresbreite an seinem Zusammenbruch vorbeigeschrammt war, hoffte ich, dass wir an der Schwelle zu einer weiteren »großen Transformation« stünden, in der wir feministische Ideen für radikale Ziele wiedergewinnen könnten.

Was dann folgte, hat diese Hoffnungen nicht bestätigt. Als ich den Aufsatz schrieb, weckte Barack Obama gerade so viel Enthusiasmus – doch seine Präsidentschaft hat sich als schreckliche Enttäuschung herausgestellt. Das gleiche gilt für die europäische Kapitulation vor der Forderung der Banker nach umfassender Kürzungspolitik. Das Ergebnis ist in beiden Fällen eine weitere Version von Strukturanpassungspolitiken, die zuvor der sogenannten Dritten Welt auferlegt worden waren. Überall gibt es »Rettungspakte« für Aktionäre, Anleihegläubiger und Banken, während die normalen Leute die Kosten tragen. Leider bleibt uns der Neoliberalismus umfassend und tiefgreifend erhalten.

Was sollen wir jetzt tun? Wie reagieren wir darauf?

Zunächst müssen wir uns klar darüber werden, wie zerstörerisch dieser Neoliberalismus des freien Markts für die Mehrzahl der Frauen und für die Arbeiterschaft insgesamt ist, egal welchen Geschlechts, welcher ethnischen und nationalen Zugehörigkeit und welcher Religion sie sind. In einem zweiten Schritt müssen wir eine Idee davon gewinnen, wie wir ihn bekämpfen können. Dafür ist entscheidend, dass Feministinnen und andere emanzipatorische Kräfte aus unserer »gefährlichen Liebschaft« mit dem Neoliberalismus ausbrechen, um Hester Eisensteins Formulierung zu benutzen. Statt uns mit den Kräften zu verbünden, die

auf Marktlogiken setzen, könnten wir uns versuchsweise denen anschließen, die Menschen (und Natur!) vor dem Markt zu schützen versuchen. In anderen Worten, wir brauchen eine echte politische Neuorientierung.

In deinem Text von 2009 sprichst du die Frage der sozialen Reproduktion an, die für alle Menschen, ob Mann oder Frau, ein Thema ist. Sie bildet den Kern einer Transformation der Gesellschaft. Wie können wir damit umgehen?

Mit sozialer Reproduktion meine ich die Gesamtheit der menschlichen Energien und Handlungen, die darauf abzielen, soziale Bindungen herzustellen, aufrechtzuerhalten und zu erneuern. Wir neigen häufig dazu, Reproduktion auf Haushalt und Familie beschränkt zu denken. Doch soziale Reproduktion geht weit darüber hinaus: Ein guter Teil ist in der Zivilgesellschaft angesiedelt – in den Communities, in Gemeinden, Berufsgenossenschaften und politischen Zusammenschlüssen – überall dort, wo Menschen miteinander in Kontakt treten und solidarische Praxen entwickeln. Bis vor kurzem haben sich diese Tätigkeiten außerhalb des Geldkreislaufs abgespielt, als selbstverständliche Voraussetzung für Marktverhältnisse und die Ausbeutung von Lohnarbeit. Obwohl sie für die Gesellschaft und den Kapitalismus absolut grundlegend ist, wurde reproduktive Arbeit nie angemessen anerkannt. Ein wichtiger Beitrag feministischer Theorie war es, deren Notwendigkeit als Bedingung für Lohnarbeit hervorzuheben und die Aufmerksamkeit auf soziale Reproduktion zu lenken. Heute gerät die soziale Reproduktion allerdings zunehmend unter Druck, da sie im Neoliberalismus verstärkt monetarisiert wird. Die Kommodifizierung von Sorgearbeit macht glauben, dass die notwendige Voraussetzung für Warenproduktion wiederum eine Ware sein kann, ein Produkt wie jedes andere. Doch das ist ein Irrtum – hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die Folge kann nur eine Destabilisierung der sozialen Reproduktion und mit ihr des Kapitalismus selbst sein. Man führe sich die Auswirkungen neuer Formen von Prekarität vor Augen: In der heutigen neoliberalen Ökonomie müssen viele Menschen zwei oder drei Jobs annehmen, um genug Geld zum Leben zu haben. Familien müssen mehr Stunden Lohnarbeit durch mehr Familienmitglieder leisten, um einen Lebensstandard zu halten, der zuvor über einen einzigen Lohn abgedeckt war. Das Problem ist offensichtlich: Erhöhte Lohnarbeitszeiten bedeuten weniger Stunden, die für soziale Reproduktion zur Verfügung stehen. Dasselbe gilt für den massiven Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt. Hinzu kommt der neoliberale Druck auf die Staaten, öffentliche Versorgung und soziale Infrastruktur zu beschneiden. Das Ergebnis ist eine enorme Belastung, die sich auf lange Sicht sogar für den Kapitalismus als dysfunktional erweisen wird. Sicherlich aber für die Menschen und die menschliche Gesellschaft insgesamt.

Umfasst dein Begriff der sozialen Reproduktion auch das Verhältnis von Mensch und Natur, von Gesellschaft und Umwelt?

Das ökologische Problemfeld bildet einen anderen Strang der gegenwärtigen Krise, beide sind aber ineinander verschlungen. Nach meinem Verständnis haben soziale Reproduktion und Natur eine analoge Stellung in kritischen Analysen: Beide gehorchen einer vergleichbaren Logik. Sowohl Natur als auch »Sorgearbeit« stellen unumgängliche

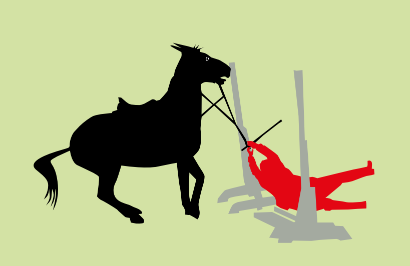
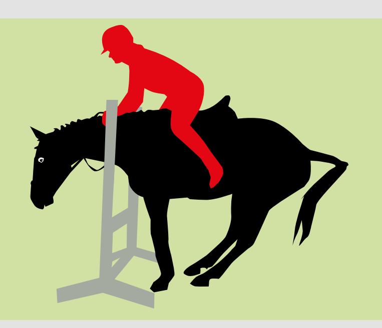
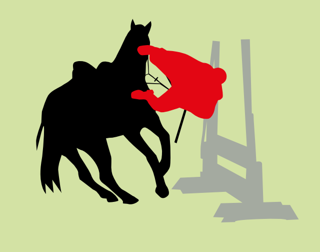
Voraussetzungen für die kapitalistischen Produktionsbeziehungen dar. Doch das Kapital tendiert dazu, beide herabzuwürdigen. Wo es ihm möglich ist, neigt es zu unbeschränkter Ausbeutung der Natur wie zu unbeschränkter Ausbeutung der sozialen Reproduktion. In beiden Fällen nimmt es, was es brauchen kann, und spuckt den Rest aus. Wie ein Vampir saugt das Kapital den Wert aus, Natur behandelt es dabei als Quelle für Rohstoffe und als Auffangbecken für seine Abfälle. In dieser Hinsicht haben die ökologische Krise und die Krise der sozialen Reproduktion eine gemeinsame strukturelle Ursache. In beiden Fällen zerstört der neoliberale Kapitalismus seine eigenen Voraussetzungen und damit sein eigenes Fundament.

Wenn wir an soziale Bewegungen denken, an Klassen- und Geschlechterfragen, an Fragen der Ethnizität und anderer Unterschiede – was müsste politisch als nächstes geschehen? Wer sind mögliche Verbündete im Aufbau von Gegenbewegungen?

Trotz aller Differenzen haben »die 99%« einen gemeinsamen Feind im neoliberalen Kapitalismus. Potenziell könnten sie sich also mit dem Ziel organisieren, diesen zu bekämpfen und das gegenwärtige gesellschaftliche System zu transformieren. Im Prinzip könnten emanzipatorische soziale Bewegungen viele Verbündete finden, würden sie sich als Parteigänger der 99% darstellen. Als Bewegung derer, die eine Zerstörung der Natur, der gesellschaftlichen Solidarität und der menschlichen Lebensgrundlage durch den Kapitalismus verhindern wollen. Die Idee einer gemeinsamen Krisenlogik von Natur und sozialer Reproduktion legt die Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Feministinnen und UmweltaktivistInnen nahe. Klar, weder alle UmweltaktivistInnen noch alle Feministinnen teilen diese Ansicht. Im Gegenteil, heute gibt es eine Reihe zweifelhafter Strömungen, die sich für »grünen Kapitalismus« und »grüne Finanzwirtschaft« (green finance) einsetzen. Diese entsprechen den Strömungen des liberalen Feminismus. Auch die ökologische Bewegung wird vom Neoliberalismus aufgegriffen. Entsprechend könnte es für radikale Mitglieder in diesen Strömungen durchaus Zeit sein, ihren Schwestern und Genossen die Frage vorzulegen: Auf welcher Seite steht ihr? Werdet ihr einfach zuschauen, wie unsere Ziele, unsere Träume, unsere Ideen als Legitimationen des Neoliberalismus wieder an Kraft gewinnen? Oder seid ihr bereit, für ihre Wiederaneignung zu kämpfen?

Ich möchte nicht suggerieren, dass dies einfach ist. All die bekannten Spannungen in Bündnissen bestehen fort: Spaltungen aufgrund von Geschlecht, ethnisch-rassistische Hierarchien, staatliche Repression und so weiter. Diese Spaltungen müssen weiter bearbeitet werden. Wir sind jedoch in einer so gefährlichen, kritischen und verzweifelten Situation, dass wir keine andere Wahl haben. Wenn es innerhalb dieser Krise Hoffnung gibt, dann ist es der Impuls, Klarheit darüber zu gewinnen, was auf dem Spiel steht, und die Alternativen deutlich zu machen. Früher hieß es, man müsse zwischen Sozialismus und Barbarei wählen. Wir stehen vor einer ähnlich gravierenden Entscheidung. Welchen Weg werden wir einschlagen?

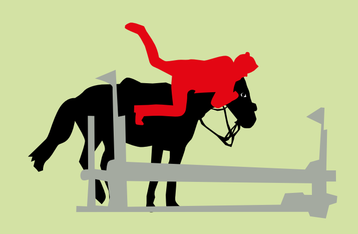
Aus dem Englischen von Daniel Fastner

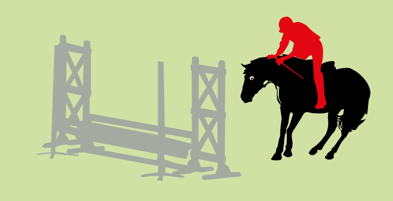
KÜCHENGIRL

CHRISTINE KRIEGEROWSKI

»Küchengirl wirft den Anker« – lautete am 17. August 2007 der Titel eines Beitrags in der Süddeutschen Zeitung. Gemeint war die sensible Stute des Springreiters Marcus Ehning. »Noltes Küchengirl« – so ihr vollständiger Name – trägt diesen zu Ehren ihres Sponsors: ein Einbauküchenhersteller. Den »Anker« warf Küchengirl bei der Springreit-EM im August 2007 in Mannheim, wo sie bei zwei aufeinanderfolgenden Springprüfungen verweigerte. Das führte zur Disqualifikation von Ross und Reiter und kostete die deutsche Springreit-Nationalmannschaft den Sieg.
Die Stute löste mit ihrer Verweigerung unterschiedliche Reaktionen und eine Debatte darüber aus, wie mit Zwei- und Vierbeinern umgegangen werden soll, die dem ständigen Leistungsdruck nicht mehr standhalten. Anders als bei Menschen scheint es in Bezug auf teure Pferde klar zu sein, dass man sie nicht über Hindernisse prügeln kann: »Pferde von solcher Qualität sind in der Regel sehr sensibel, sie würde man mit solchen Maßnahmen nur verschrecken«, argumentiert ein Experte. Andere reagierten weniger rücksichtsvoll: In einem Internetforum schlug jemand vor, das unwillige Tier zu Salami zu verarbeiten. Diesem Schicksal entging Küchengirl dann doch und gewann stattdessen mit ihrem Reiter noch einige Turniere. Ihr letzter Sieg, im September 2012, brachte ein Preisgeld von 20 000 Euro ein, ca. das Sechzigfache des Fleischpreises.







VERWEIGERT

Die Berliner Künstlerin Christine Kriegerowski nutzte das Ereignis für eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema Leistungsdruck und Verweigerung. Sie arrangierte in der Ausstellung »Küchengirl wirft den Anker« bei allgirls ein zentral im Raum stehendes Hindernis aus dem Springreitsport mit grafisch reduzierten Darstellungen von verweigernden Pferden.





Das Stangenhindernis mit der Aufschrift »hart aber fair« ist mit seinen 4,90 m x 1,60 m nicht nur im Ausstellungskontext groß – aus dem Stand ist an Überspringen nicht zu denken.
»Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg« oder »Jeder ist seines Glückes Schmied« weiß der Volksmund und redet der Leistungsgesellschaft das Wort. »Schau hin, bevor du springst« – Abwägen scheint keine Alternative, denn: »Wer zögert, hat verloren«.

Zu verschiedenen Anlässen war das Publikum aufgefordert, das Hindernis zu überwinden oder zu unterwandern, es sich anzueignen und so die Vorreiterrolle bei der Neuinterpretation des Leistungsdiskurses zu übernehmen.





DIE KOSTEN UNBEZAHLTER HAUSARBEIT

SHIRIN M. RAI, CATHERINE HOSKYNS UND DANIA THOMAS

Gäbe es mehr Geschlechtergerechtigkeit, wenn der Wert von Hausarbeit anerkannt würde? Und würde die Anerkennung unentlohnter Hausarbeit die Lage derjenigen, die sie verrichten, tatsächlich verbessern?

Mit unseren Überlegungen zum Konzept der »Auszehrung durch soziale Reproduktion« (AsR) können wir diese Fragen nicht abschließend beantworten – es verspricht jedoch dreierlei: erstens den Nachweis, wie sehr der globale Kapitalismus auf Reproduktionsarbeit angewiesen ist; zweitens eine Möglichkeit, die damit verbundenen menschlichen Kosten systematischer zu erfassen; und drittens die Chance, nicht nur für eine gesellschaftliche Anerkennung von häuslicher Arbeit zu sorgen, sondern auch Strategien zu entwickeln, mit denen die menschlichen Kosten minimiert werden können.

Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit gelten in der feministischen Ökonomiekritik als Kern der sozialen Reproduktion. Über ihren

wenig beachteten Beitrag zur Volkswirtschaft ist viel geforscht und geschrieben worden. Auch methodisch sind neue Wege beschritten worden, um den Wert von unbezahlter Arbeit besser zu erfassen, zum Beispiel durch Zeitbudgeterhebungen oder durch die Anwendung anderer Berechnungsmodelle der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Zur Messung der Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung wurden Instrumente wie der Gender-related Development Index (GDI) oder die Gender Empowerment Measure (GEM) entwickelt. Da sie den Wert von Fürsorgearbeit sowie den anderer Tätigkeiten im informellen Sektor ebenso wenig berücksichtigen, haben sie auch Kritik auf sich gezogen. Insgesamt wurde dem Bereich der häuslichen Arbeit im Zuge anhaltender ökonomischer Krisen jedoch mehr und mehr Aufmerksamkeit zuteil: »Wenn der Druck auf die Familien und Haushalte wächst, immer mehr unbezahlte Arbeit zu leisten, um anderswo entstandene Versorgungslücken zu schließen, kann dies zu einer Auszehrung menschlicher Kapazitäten führen [...] Der häusliche Sektor ist angewiesen auf die Unterstützung aller anderen Sektoren. Man kann ihn nicht wie eine unerschöpfliche Quelle behandeln, die sich [...] um alle und alles kümmern kann« (Elson 2000, 28). Dennoch gibt es bislang kein angemessenes Rahmenkonzept, um die *Folgen* der fehlenden Anerkennung von Hausarbeit zu analysieren. Das Konzept der *Auszehrung durch soziale Reproduktion* – verstanden als ein wesentliches Element kapitalistischer Gesellschaften – bietet eine Möglichkeit, diesem Phänomen systematischer auf die Spur zu kommen.

BEREICHE SOZIALER REPRODUKTION ...

Unserem Verständnis nach gehören zur Sphäre der sozialen Reproduktion zum einen der Bereich der *biologischen Reproduktion* (einschließlich der Reproduktion der Arbeitskraft). Hier spielen alle Tätigkeiten eine Rolle, die der Befriedigung sexueller, emotionaler und affektiver Bedürfnisse und somit der Aufrechterhaltung von familiären und intimen Beziehungen dienen. Zum anderen geht es um den Bereich der *unbezahlten häuslichen Arbeit* – er umfasst die Produktion von Gütern, aber auch verschiedene Formen der Fürsorge, der Versorgung und ehrenamtlichen Arbeit zur Befriedigung von Bedürfnissen, die aus dem gemeinschaftlichen Zusammenleben entstehen. Drittens schließen wir den Bereich der *Reproduktion von Kultur und Ideologie* ein. Sie tragen zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse bei, sind aber gleichzeitig das Terrain, auf dem diese in Frage gestellt werden können.

Wie der Bereich der sozialen Reproduktion genau organisiert ist, hängt von den je spezifischen historischen Bedingungen und gesellschaftlichen Kontexten ab. Und davon, in welchem Verhältnis Markt und Staat zueinander stehen – als Institutionen und (Austragungs-)Orte kapitalistischer Akkumulation, Regulation und von Kämpfen. Märkte werden – trotz anderslautender neoliberaler Beteuerungen – immer noch von staatlichen Institutionen reguliert. In wirtschaftlichen Krisen wird dies besonders sichtbar. Die gegenwärtigen Umstrukturierungen führen zu einer Situation, in der immer stärker auf unbezahlte Arbeit zurückgegriffen wird, um die Löcher in den Sozial- und Wohlfahrtssyste-

men zu stopfen. Um die damit verbundenen gesellschaftlichen Nachteile genauer bilanzieren zu können, müssen wir die Kosten der sozialen Reproduktion erfassen. Das Konzept der Auszehrung kann hier behilflich sein.

… UND IHRE AUSZEHRUNG

Unter AsR verstehen wir Folgendes: JedeR von uns verfügt über bestimmte Reserven an Energie, Zeit und Ressourcen, abhängig von der jeweiligen sozioökonomischen Stellung. Sowohl Erwerbstätigkeit als auch unbezahlte Arbeiten zehren daran. Zum Teil sind wir in der Lage, dem Energie- und Kräfteverbrauch mit alltäglichen Vorkehrungen wie Essen, Schlafen und Arbeitspausen entgegenzuwirken. Je älter man ist, desto größer ist auch der »natürliche Verschleiß«. Die Auszehrung lässt sich messen, indem man die Differenz zwischen dem Ressourceneinsatz bzw. -verbrauch und dem Ressourcenzufluss im Bereich der sozialen Reproduktion berechnet und genauer untersucht, wie sich diese auf die Lebenssituation der hier Tätigen auswirkt. Mit AsR haben wir es zu tun, wenn die Ressourcen und Kraftreserven mit der Zeit so stark abnehmen, dass es zu einer totalen Überlastung kommt.

Wann diese Grenze bzw. der »kritische Punkt« erreicht ist, an dem wir von Auszehrung sprechen, hängt von der Situation ab. Auf der individuellen Ebene ist die Schwelle spätestens dann erreicht, wenn die körperliche und seelische Gesundheitslage eines Menschen ein bestimmtes Niveau unterschreitet.

Bislang blieben solche Formen der Überlastung und Ausbeutung weitgehend unsichtbar. Entsprechend wurden auch die damit zusammenhängenden Probleme nicht in Angriff genommen. Der Preis hierfür ist eine noch größere ökonomische Unsicherheit für die Betroffenen.

Während die systematische Erfassung dieser Kosten durchaus eine Form der Anerkennung darstellt, gibt es gleichzeitig Bedenken, das dichotome Modell von Arbeit versus Nichtarbeit auf den Bereich der sozialen Reproduktion zu übertragen. Hier spielen sowohl die Gefahren einer fortschreitenden Kommodifizierung von Hausarbeit eine Rolle als auch die Belohnungen – Zuneigung, Liebe, Achtung und Freude –, die mit diesen Tätigkeiten verbunden sein können. Wir wollen solche Bedenken nicht vom Tisch wischen. Es geht uns vielmehr darum, eine Methode zu entwickeln, mit der die Produktions- und soziale Reproduktionssphäre wieder stärker zueinander ins Verhältnis gesetzt und Strategien entwickelt werden können, damit mehr Frauen und Männer, die unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit leisten, auch von deren positiven Seiten profitieren können.

EBENEN UND DIMENSIONEN VON AUSZEHRUNG

Die drei Ebenen, auf denen wir mit dem Konzept der Auszehrung die Kosten unbezahlter Arbeit erfassen wollen, sind die individuelle, die familiäre und die der sozialen Gemeinschaften. Der Grad der Auszehrung von *Individuen* lässt sich an ihrem körperlichen und seelischen Zustand festmachen. Man kann ihn zum Beispiel anhand des »Body Mass Index« messen, aber auch daran, wie häufig jemand über Müdigkeit, Schlaflosigkeit, ein reduziertes Selbstwertgefühl oder einen Mangel an freier Zeit klagt. *Familien* und Haushalte wiederum sind auf ein Grund-

maß an kollektiven Ressourcen angewiesen, um die Reproduktion ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Hier fehlt es häufig an gemeinsamer Zeit, weil die Arbeitstage immer länger werden, an einem Ersatz für unentlohnte Hausarbeit, wenn etwa immer mehr Familienangehörige erwerbstätig sind, oder auch an Geld für notwendige Wohnungsreparaturen. Einerseits hängt das Wohlbefinden eines Haushaltes von den individuellen Ressourcen seiner Mitglieder ab, anderseits können Konflikte auf der Ebene des Haushalts das Problem der Überlastung Einzelner noch verschärfen. Auf der dritten Ebene, der der *Nachbarschaft* oder der Kommune, zeigt sich das Phänomen darin, dass es immer weniger kollektive Güter und Ressourcen gibt. Gemeinschatlich genutzte Räume verschwinden, weil der Zwang zur Erwerbsarbeit den meisten keine Zeit für soziale Netzwerke und ehrenamtliche Tätigkeiten mehr lässt. Mangelnder sozialer Austausch und fehlende gemeinschaftliche Ressourcen verstärken auch hier individuelle und familiäre Probleme. Umgekehrt können lebendige Nachbarschaften eine wichtige Stütze für ihre Mitglieder sein. Es ist daher wichtig zu betonen, dass die Folgen von AsR komplex sind: Beeinträchtigungen und Ressourcenmangel auf einer Ebene ziehen meist Konsequenzen für die Ressourcenverteilung in anderen Lebensbereichen nach sich.

AUSZEHRUNG MESSEN

Die Erfassung von AsR ist eine vielschichtige Aufgabe, bei der auch die Verschränkung von Klasse, Geschlecht, »Rasse« und Kultur eine Rolle spielt. Was ein »normaler Kräfte- und Ressourcenverschleiß« ist, hängt beispielsweise von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen ab. Auch verändert sich dies mit der Zeit und mit der jeweiligen sozialen Stellung. Es muss also erfasst werden, welche Mittel und Ressourcen den Individuen, Haushalten und sozialen Gemeinschaften überhaupt zur Verfügung stehen. Außerdem bringt die Messung von AsR einige weitere methodische Schwierigkeiten mit sich. Dazu zählen: der wenig systematische und veränderliche Charakter von AsR; das Problem der Betrachtung unterschiedlicher Formen von AsR auf verschiedenen Ebenen und in diversen Kontexten; die Tatsache, dass Arbeit im Bereich sozialer Reproduktion sowohl auf »erneuerbaren« als auch auf endlichen Ressourcen beruht – dies macht es schwierig, richtige Messkriterien zu finden; sowie das Problem, Methoden und Maßeinheiten zu entwickeln, die für alle Ebenen tauglich sind – unter anderem für den Globalen Norden wie für den Globalen Süden.

SOZIALE UND GESELLSCHAFTLICHE FOLGESCHÄDEN

Es geht vor allem darum zu klären, ab wann Fürsorge-, Haus- und Beziehungsarbeit insofern zu einem ernsthaften Problem zu werden droht, dass damit massive soziale und gesellschaftliche Folgeschäden verbunden sind. Diese können unterschiedlich auftreten – zunächst als »diskursive Schäden«, wenn etwa die Bedeutung von häuslicher Arbeit negiert wird und damit geschlechtsspezifische Hierarchien, aber auch Ungleichheiten zwischen Klassen und ethnischen Gruppen zementiert werden. Außerdem gibt es »emotionale Schäden« – etwa die Schuldgefühle von Millionen erwerbstätigen Müttern, denen man einredet,

sie vernachlässigten ihre Kinder. Gefährlich ist drittens die fehlende Anerkennung der gesundheitlichen Folgen: Unfälle im Haushalt durch Übermüdung, überlange Arbeitstage, die zu Burnout und schließlich auch zum Verlust des Arbeitsplatzes führen können. Viertens geht es um Schäden, die dadurch entstehen, dass der Zugang zu formalen Rechten verweigert wird – etwa wenn Sozialhilfeempfängern der Status des Rechtssubjekts abgesprochen wird, weil sie für die Wirtschaft »keinen Beitrag leisten«.

Eine kanadische Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen von Stress, die Arbeitsbelastungen sowohl im Erwerbs- als auch im häuslichen Leben berücksichtigt (Beaujot/Anderson 2004), zeigt, wie sich Auszehrung und Arbeitsüberlastungen erfassen lassen. Als zentrale Datengrundlage dienten dort Zeitbudgeterhebungen (24-Stunden-Tagebücher) von Erwachsenen zwischen 30 und 59 Jahren. Stress wurde anhand der subjektiven Einschätzungen der UntersuchungsteilnehmerInnen gemessen, die unter anderem gebeten wurden, Angaben zu Zeitdruck, Angst- und Schuldgefühlen zu machen. Der gesundheitliche Zustand wurde anhand der Anzahl von diagnostizierten Krankheiten und Fehlzeiten am Arbeitsplatz erfasst.

Die Studie dokumentiert im Untersuchungszeitraum (1986–1998) eine Intensivierung sowohl der bezahlten als auch der unbezahlten Arbeit. Besonders stressintensiv sind demnach Gelegenheitsjobs und Beschäftigungsverhältnisse mit einer Wochenarbeitszeit von mehr als 41 Stunden. Die wesentliche Ursache von Stress und damit einhergehenden Erkrankungen sei folglich die hohe zeitliche Gesamtbelastung und weniger das Vereinbarkeitsproblem zwischen Erwerbstätigkeit und Hausarbeit. Zu unerträglichen Überlastungen von Individuen und Haushalten komme es vor allem dann, wenn es keine Unterstützung durch Familienangehörige oder ausreichende materielle Ressourcen gibt. Ein höheres Einkommen ist nicht per se von Vorteil. Es kommt vielmehr darauf an, inwieweit die Ressource Geld tatsächlich zur zeitlichen Entlastung der für die Hausarbeit zuständigen Personen genutzt wird. Hinsichtlich des Verhältnisses von bezahlter und unentgeltlicher Arbeit kann die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in manchen Fällen durchaus Erleichterung bringen, in anderen Fällen das Problem der individuellen Überlastung und Auszehrung verschärfen.

UMVERTEILUNGS- UND TRANSFORMATIONSSTRATEGIEN

AsR ist systembedingt, aber nicht unveränderlich. Es lassen sich im Wesentlichen drei Gegenstrategien nennen: Begrenzung, Kompensation und Transformation.

Bei einer *Begrenzung* geht es darum, Arbeitsüberlastungen durch Umverteilung innerhalb von Haushalten abzubauen, indem man auf Haushaltshilfen zurückgreift, den Partner verstärkt in die Pflicht nimmt oder Freunde und Nachbarn um Unterstützung bittet. Welche Begrenzungsstrategien zur Verfügung stehen, hängt wesentlich von den vorhandenen finanziellen Ressourcen ab. Entsprechend gibt es hier erhebliche Differenzen zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden, aber auch auf der nationalen Ebene – Klassenzugehörigkeit,

Ethnizität und regionale Aspekte spielen hier eine beträchtliche Rolle.

Strategien der *Kompensation* umfassen Interventionen von Seiten des Staates, aber auch von NGOs, die Individuen und Haushalten helfen können, mit Auszehrung und Arbeitsüberlastung umzugehen, ohne ihre strukturellen Ursachen zu beseitigen. Ein Beispiel wäre hier die Einführung eines »Soziallohns«, der jenseits des Erwerbssystems ein Grundeinkommen für alle garantieren würde (Young 1990, 55). Sozialprogramme wie Transferleistungen sind wichtig, um negative Folgen unbezahlter Reproduktionsarbeit abzumildern – gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen sind sie jedoch ständig von Kürzungen bedroht. Hinzu kommt, dass in vielen Staaten und Regionen öffentliche Wohlfahrtsprogramme genauso wenig vorhanden sind wie gute und für alle zugängliche Gesundheits- und Bildungssysteme. Entsprechend wird es dort größerer politischer Anstrengungen bedürfen, um ebenfalls eine bessere soziale Absicherung durchzusetzen, sei es durch den Staat oder durch den Ausbau von zivilgesellschaftlichen Unterstützungsnetzwerken.

Während Begrenzungs- und Kompensationsstrategien die umfassende Krise der sozialen Reproduktion lediglich entschärfen können, zielen Strategien der *Transformation* auf Strukturveränderung. Hier geht es einerseits um eine grundlegende Umgestaltung der bestehenden *Geschlechterordnung*, die mit einer Umverteilung von Reproduktionsarbeit einhergehen und Männer gleichermaßen beteiligen müsste. Dadurch würde sich nicht nur das Leben von Millionen Frauen verändern, die heute die Hauptlast dieser Arbeit tragen. Auch die allgemeinen Gesellschaftsverhältnisse wären infrage gestellt, insofern sie sich stärker an die Logik und die Erfordernisse sozialer Reproduktion anpassen müssten.

Die zweite Dimension zielt auf die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung unterschiedlicher Tätigkeiten. Bereits vor einigen Jahren haben wir argumentiert, »dass alle Versuche, den Wert und die Kosten von Reproduktionstätigkeiten zu messen und zu bestimmen, vor allem in kommunikativer Hinsicht von großer Bedeutung sind, weil sie unbezahlte Arbeit in die einzige Sprache übersetzen, die die Regierungen verstehen: nämlich die des Geldes« (Hoskyns/Rai 2007, 302).

Wenn man davon ausgeht, dass gesellschaftliche Transformation nicht das Ergebnis eines isolierten revolutionären Ereignisses ist, sondern vielfältige Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen zur Voraussetzung hat, so erschließt sich einmal mehr, warum wir den Kampf um die Anerkennung von Reproduktionsarbeit und deren Kosten für so entscheidend halten. Mehr soziale Gerechtigkeit wird es nur geben, wenn wir uns um beides kümmern: um eine grundlegende Transformation der Geschlechterverhältnisse und die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Chancen im globalen Kapitalismus.

Wir hoffen, dass wir mit unserer Forschung und unserem Konzept der Auszehrung hierzu sowohl in analytischer als auch in praktischer Hinsicht einen Beitrag leisten konnten.

Konkret sollten wir uns dafür einsetzen, dass es mehr methodische und wissenschaftliche Anstrengungen zur Erfassung und Messung sozialer Reproduktionsarbeit und des damit verbundenen Phänomens der Auszehrung gibt;



1| dass die geleistete Reproduktionsarbeit in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts von Staaten einfließt;
2| dass Sorge- und Pflegearbeit gerechter auf die Schultern beider Geschlechter verteilt wird;
3| und dass der gesamtgesellschaftliche Wert von sozialer Reproduktion noch stärker anerkannt wird und gerade in Krisenzeiten politisch alles unternommen wird, damit den Menschen, Familien und lokalen Gemeinschaften, die hierfür Verantwortung übernehmen, ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen.

Die Anerkennung, Erfassung und Kompensation von unbezahlter Reproduktions- und Hausarbeit ist ein erster politischer Schritt in Richtung der von uns angestrebten gesellschaftlichen Transformation. Das Konzept der Auszehrung soll einer Lebensrealität Ausdruck verleihen, die den meisten Menschen zwar vertraut ist, die sie häufig aber weder genauer benennen noch erfassen können.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

Beaujot, Roderic, und Robert Anderson, 2004: Stress and Adult Health: Impact of Time Spent in Paid and Unpaid Work, and its Division in Families, in: PSC Discussion Paper Series 18(8), http://ir.lib.uwo.ca/pscpapers/vol8/iss8/1

Elson, Diane, 2000: The Progress of Women: Empowerment and Economics, in: The Progress of the World's Women, UNIFEM Biennial Report, New York, 15–36

Hoskyns, Catherine, und Shirin M. Rai, 2007: Recasting the International Political Economy: Counting Women's Unpaid Work, in: *New Political Economy*, 12(3), 297–317

Young, Iris Marion, 1990: Justice and the Politics of Difference, Princeton, NJ



Von Bangladesh nach Dubai, mit dem Fischerboot in den Iran, dann zu Fuß nach Istanbul und schließlich über die Grenze bis in die Innstadt von Athen. Die Fotos von Dimitris Michalakis zeigen Migranten aus Bangladesh. In Dubai haben sie für Reinigungsfirmen gearbeitet – in Zwölfstundenschichten, für 200 Euro im Monat plus Kost und Logis. Als es dort schwierig wurde, entschlossen sie sich nach Griechenland zu gehen. Menschenhändler hatten ihnen ein besseres Leben versprochen.

Für eine wochenlange Reise voller Entbehrung zahlen sie horrende Summen und haben keine Chance, einen legalen Aufenthaltsstatus zu erhalten. Sie sind rechter und polizeilicher Gewalt ausgesetzt. In der aktuellen Krise finden sie weder Jobs noch Wohnungen, sie leben auf der Straße oder in verkommenen Unterkünften und sammeln Müll.

Alle Fotos:
»Stranded«, © Dimitris Michalakis



FRAUENBEWEGUNG UND PATRIARCHALER STAAT IN ECUADOR

MIRIAM LANG UND

ALEJANDRA SANTILLANA

Im Jahr 2006 gewann der Ökonom Rafael Correa im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen in Ecuador. Er war Kandidat des Bündnisses *Alianza Pais*, das mit dem Projekt *Revolución Ciudadana* (Bürgerrevolution) antrat. Dieses Projekt sollte den Staat wieder in die Lage versetzen, aktiv zu steuern, zu planen und umzuverteilen. Bis heute legt die Regierung ein besonderes Gewicht darauf, Frauen der ärmeren sozialen Schichten zu unterstützen. »Das Gesicht der Revolution ist weiblich« titelte die Regierungszeitung *El Ciudadano* am 8. März 2012. Staatlichen Quellen zufolge konnten 400 000 Frauen aufgrund der sozialen Investitionen die Armut überwinden. Und: Die Verfassung von 2008 habe 95 Prozent der Forderungen der Frauenbewegungen aufgegriffen. Gibt es also in Ecuador eine Geschlechterrevolution? Im Folgenden werden Fortschritte und problematische Aspekte der Geschlechterpolitik der Regierung Correa analysiert.[1]

ENSPRÜCHE



»Stranded«, © Dimitris Michalakis

Die 2008 verabschiedete Verfassung ist Ergebnis breiter gesellschaftlicher, indigener und sozialer Kämpfe der letzten zwei Jahrzehnte und insofern Ausdruck einer antineoliberalen Agenda. Zugleich ist sie ein Schauplatz, auf dem aktuelle Kräfteverhältnisse – also auch Klassenmacht, patriarchale Unterdrückung und koloniale Strukturen – sichtbar werden und überkommene staatliche Strukturen in Ecuador zur Disposition stehen. Die Verfassung ist somit sowohl ein Instrument der sozialen, indigenen und bäuerlichen Bewegungen und anderer historisch bisher ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen. Sie reproduziert aber auch gleichzeitig die alten Klassenverhältnisse, patriarchale Unterdrückung und koloniale Strukturen.

VERSTÄRKTE PRÄSENZ IM STAAT

Mit der Modernisierung staatlicher Strukturen durch die Regierung Correa haben Frauen politische Entscheidungsräume gewonnen. Sie sind mittlerweile mit 33 Prozent in der Nationalversammlung und mit 36 Prozent im Kabinett vertreten (Santillana, 2012).

Die Verfassung besagt, dass der Staat die paritätische Repräsentation von Frauen und Männern in allen nominierten Ämtern, in Führungs- und Entscheidungsgremien sowie in Parteien und politischen Bewegungen fördern soll. Zudem kann sich erstmals in der Verfassungsgeschichte niemand für ein politisches Amt zur Wahl stellen, der Unterhaltszahlungen schuldet (Art. 61; 113.3; 116; 117).

Die Mehrheit der befragten Frauen stellt allerdings fest, dass diese Frauen in Führungs-

positionen kaum Bündnispartnerinnen für die Forderungen von Frauenorganisationen sind. Sie setzen sich kaum dafür ein, die verfassungsgemäß garantierten Prinzipien der Gleichheit und Antidiskriminierung umzusetzen. Es herrscht weiterhin eine patriarchale politische Kultur vor, die sich auf die männliche Figur des Präsidenten stützt – Entscheidungsstrukturen sind auf ihn zugeschnitten. Unklar ist außerdem noch, inwiefern die größere Präsenz von Frauen in Entscheidungspositionen auch die Türen für indigene und afroecuadorianische Frauen geöffnet hat.[2]

DIE POLITIK DER SOZIALEN INKLUSION VON FRAUEN

Mit der *Revolución Ciudadana* haben sozialpolitische Investitionen deutlich zugenommen. Sie haben die Situation von Frauen spürbar verbessert. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg von weniger als 25 Prozent im Jahr 2006 auf fast 50 Prozent im Jahr 2011 (BCE 2012). So »hat die arme Bevölkerung mehr Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in Bildung und Gesundheit erhalten. Die kostenlose Gesundheitsversorgung wurde eingeführt und die medizinische Infrastruktur verbessert. Die Nachfrage wuchs enorm: von jährlich 14 auf 30 Millionen Arzt- oder Klinikbesuche« (Ospina 2012). Die Regierung hebt außerdem hervor, »dass indigene, schwarze und ärmere Bevölkerungsschichten nun mehr in Grundschulen, weiterführenden Schulen und Universitäten vertreten sind« (ebd.).

Auch für eine gerechtere Einkommensverteilung hat sich die Regierung eingesetzt. Die Reallöhne sind seit Beginn des letzten Jahrzehnts weiter gestiegen. Die Armut ist um 9,1 Prozent zwischen 2006 und 2011 gesunken. Der GINI-Index, der Ungleichheit misst, ist von 0,62 Ende 2003 auf 0,47 im Jahr 2011 gefallen (INEC 2011). Allerdings »machen die sozialen Reformen immer dann halt, wenn es darum geht, die Eigentumskonzentration anzugehen« (Ospina 2012). Es wurden keine bedeutsamen Fortschritte in der Umverteilung von Land oder beim Abbau der Reichtumskonzentration gemacht.

Die Regierung hat die Frauen ebenso wie die Indigenen vor allem als arme und ökonomisch ausgeschlossene Teile der Bevölkerung berücksichtigt. Ein besonderer Fortschritt für Frauen ist sicherlich, dass staatliche Kontrollen zur Durchsetzung der Sozialversicherungspflicht eingeführt wurden. Eine eigene Kampagne etwa zielte explizit darauf, dass Hausangestellte sozialversichert werden. Zudem wurde 2011 ein »Gesetz für basisorientiertes und solidarisches Wirtschaften« verabschiedet, um Kleinunternehmen zu fördern, sie bilden für viele Frauen die Existenzgrundlage. Eine Interviewte argumentiert, damit werde »die Sorgeökonomie, die grundsätzlich in der Hand von Frauen liegt, als ökonomische Grundlage anerkannt. Allerdings beinhaltet das Gesetz keine konkreten Maßnahmen, wie Sorgearbeit als zentrale Dimension der Volkswirtschaft berücksichtigt werden könnte. Zudem sind Projekte einer solidarischen Ökonomie im Wirtschaftsleben von Ecuador insgesamt absolut marginal.«

Viele Frauen erhalten den »Bonus für menschliche Entwicklung«, eine finanzielle Transferleistung, die durch die Regierung erheblich ausgeweitet wurde. Mütter, die ihre

Kinder zur Schule schicken, erhalten dafür einen gewissen Betrag.

DIE POLITIK GEGEN GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT

Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind ein drittes Politikfeld, innerhalb dessen die *Revolución Ciudadana* Veränderungen für Frauen mit sich gebracht hat, wobei die Erfolge auch hier eher ambivalent sind. Die geschlechtsspezifische Gewalt in Ecuador hat dramatische Ausmaße. Sechs von zehn Frauen haben irgendeine Form geschlechtsspezifischer Gewalt erfahren, jede Vierte war Opfer einer sexuellen Straftat. Besonders betroffen sind mit 67,8 Prozent indigene Frauen und Afroecuadorianerinnen mit 66,7 Prozent (INEC 2011).

Vor der *Revolución Ciudadana* hatten sich die Frauenbewegungen vor allem zwei Instrumente erkämpft, nämlich 1994 die schrittweise Einrichtung von 38 Frauen- und Familienkommissariaten und 1995 das Gesetz 103 gegen Gewalt gegen Frauen und in der Familie. Immer mehr Frauen machen hiervon Gebrauch: Wurden 2003 noch 40 000 Anzeigen erstattet, waren es 2011 gut doppelt so viele. Doch nur 1,5 Prozent der Anzeigen gegen innerfamiliäre Gewalt zwischen 2005 und 2006 führten zu einem Urteil; bei den angezeigten Sexualstraftaten waren es 1,9 Prozent im Jahr 2005 und 2,4 Prozent im Jahr 2006. Mehr als 97 Prozent der angezeigten Straftaten blieben somit straflos.[3]

Daraufhin wurde der »Nationale Plan zur Beendigung geschlechtspezifischer Gewalt« entwickelt. Erstmals in der Geschichte Ecuadors proklamierte eine Regierung eine öffentliche Politik gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf der Grundlage eines koordinierten Vorgehens mehrerer Ministerien und Regierungsbehörden. Der Plan zielt auf eine Transformation kultureller Verhaltensmuster, den Aufbau eines integrierten Schutzsystems, die Verbesserung des Zugangs von Frauen zum Justizsystem und die Verringerung der Straflosigkeit sowie den Aufbau eines Systems zur Registrierung geschlechtsspezifischer Gewalt (Larrea 2011, 37).

Weder das Gesetz 103 noch der aktuelle Plan gegen geschlechtsspezifische Gewalt schließen jedoch interkulturelle Methoden ein. Dabei sind indigene Frauen mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert, wenn sie Rechtsschutz suchen: Sie werden nicht nur aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, sondern auch durch eine koloniale und rassistische Mentalität, die unter Beamten der Polizei und des Justizsystems vorherrscht. Die Abwesenheit interkultureller Ansätze spiegelt auch Spannungen zwischen der feministischen und der indigenen Bewegung wider. Die Mehrheit der seit vielen Jahren aktiven, bekannten Feministinnen gehört zur gebildeten Mittelschicht und widmet den spezifischen Probleme anderer Frauen keine ausreichende Beachtung. Die indigene Bewegung wiederum hat sich lange geweigert anzuerkennen, dass auch innerhalb der indigenen Gemeinschaften geschlechtsspezifische Gewalt ein gravierendes Problem darstellt.

Nach dem Gewohnheitsrecht und auch nach der aktuellen Gesetzeslage können die indigenen Frauen sich aussuchen, ob sie ihren Fall vor der staatlichen Justiz oder vor der indigenen Rechtsprechung ihrer Gemeinde

vortragen wollen. Doch auch in der indigenen Justiz bleibt die Gewalt oftmals straffrei. Immerhin gibt es in Ecuador auch erfolgreiche Beispiele, wie organisierte indigene Frauen kommunitäre Formen des Schutzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt aufbauen konnten, etwa in dem Munizip Cotacachi in der Provinz Sucumbios oder in Cotopaxi (Lang/Kucia 2009).

AUFLÖSUNG DES NATIONALEN FRAUENRATES

Um eine politische Kultur der Modernisierung zu stärken, sind wichtige Erungenschaften der Frauenbewegung geopfert worden. Ein deutliches Beispiel dafür ist die institutionalisierte Geschlechterpolitik. Der Nationale Frauenrat von Ecuador (CONAMU), der im Oktober 1997 ins Leben gerufen wurde, war eine dieser Errungenschaften. Er unterstand direkt dem Präsidenten und konnte Geschlechterfragen in allen staatlichen Politikfeldern regulieren. Sein Vorstand setzte sich aus Repräsentanten des Staates und der Frauenorganisationen zusammen. 2009 wurde er im Namen der Modernisierung aufgelöst. Die Regierung argumentierte, dass solche politischen Einrichtungen, die in der neoliberalen Phase entstanden, korporativen Interessen dienten und dass die Gründung des Nationalen Frauenrats von der Weltbank angeregt worden sei.

An seine Stelle sollen nun die Räte für Gleichheit *(Consejos por la Igualdad)* treten, um die Verfassung umzusetzen. Sie werden sowohl für Fragen der Geschlechterverhältnisse, als auch für intergenerationelle Belange, für Indigene, MigrantInnen und Behinderte zuständig sein. Sie sollen allerdings ausschließlich beratende Funktion haben. Vorgesehen ist, dass die Regierung in allen fünf geplanten Räten die Mehrheit stellt. Auch ist das neue Gesetz für Gleichheit weder verabschiedet, noch sind die neuen Räte einberufen worden. Frauen haben damit eine zwar widersprüchliche, aber doch wichtige institutionelle Bastion verloren.

AUSEINANDERSETZUNGEN UM PARTIZIPATION

Gestritten wird auch über die Reichweite der Partizipation, etwa ob das Ergebnis einer Befragung (consulta) der indigenen Völker – ein international verbrieftes kollektives Recht – bindend sein sollte oder nicht. Ist also Partizipation auf beratende Funktionen reduziert, oder soll die Zivilgesellschaft auch das Recht erhalten, aktiv mitbestimmen zu können?

Zweifellos hat sich die *Revolución Ciudadana* sehr darum bemüht, Partizipation zu institutionalisieren. Am deutlichsten sichtbar ist dies bei zwei neuen Behörden der Regierung: Das *Sekretariat für Völker, soziale Bewegungen und Bürgerbeteiligung* hat Kompetenzen eines Ministeriums. Und der *Rat für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle* wird auch die »fünfte Gewalt« genannt.

Das Sekretariat hat die Aufgabe, »das Recht auf interkulturelle Bürgerbeteiligung durch die Exekutive zu garantieren«. Erstes Ziel allerdings ist, »die politische Agenda im Austausch zwischen Staat und Gesellschaft in Gang zu bringen und Beziehungen aufzubauen, um die öffentliche Politik gegenüber den Organisationen, indigenen Völkern und der Zivilgesellschaft zu vermitteln«.[4] Offenbar wird seine Funktion nur in eine Richtung gedacht – vom Staat und seiner politischen Agenda zu den Organisationen und nicht umgekehrt. Die



»Stranded«, © Dimitris Michalakis

zentrale Logik der Regierung besteht darin, den Zentralstaat als Motor für die Wende wiederzubeleben und zu stärken. Den Worten eines Regierungsfunktionärs zufolge war die *Revolución Ciudadana* von Anfang an nicht auf die sozialen Bewegungen angewiesen, sondern richtete sich an die bürgerliche Klasse und an Familien. Solche staatszentrierten Vorstellungen bewegten die Regierung dazu, sich mit den mächtigsten sozialen Organisationen des Landes anzulegen: Sie ging in Konfrontation mit den Gewerkschaften, indem sie das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung im öffentlichen Sektor, die Kollektivverträge und das Streikrecht einschränkte. Und sie ging in Konflikt mit den indigenen Organisationen, indem sie die von ihnen erkämpften öffentlichen Institutionen auflöste, die eine gewisse Autonomie genossen hatten – wie zum Beispiel eine interkulturelle zweisprachige Bildung. Eine grundsätzliche Schwäche der *Revolución Ciudadana* ist ihre geringe Toleranz gegenüber regierungskritischen Stimmen und den Forderungen von Basisbewegungen, wenn sie nicht innerhalb eines klientelistischen Verhandlungsschemas artikuliert werden.

AUSWIRKUNGEN DES ENTWICKLUNGSMODELLS AUF DIE LEBENSSITUATION VON FRAUEN

Die Verfassung von 2008 zielt auf Verwirklichung des *Buen Vivir* (Gutes Leben) – auf quechua *Sumak Kawsay* (vgl. *LuXemburg* 2/2010, 62ff) – Hand in Hand mit dem Aufbau eines plurinationalen Staates, um das hegemoniale Entwicklungsmodell zu überwinden. Das Nationale Sekretariat für Entwicklungsplanung arbeitete verschiedene politische Schritte aus,



© Lisa Wormsley

die – über einen Zeitraum von 16 Jahren – eine Annäherung an das Ziel eines *Guten Lebens* bringen würden.

Die politische Praxis weist jedoch in eine andere Richtung: Die Erdölförderung wurde mit dem im Yasuni-Nationalpark liegenden »bloque 31« und den Verhandlungen zur Lizenzvergabe im mittleren und südlichen Amazonasgebiet geographisch ausgeweitet; große Bergbauprojekte wurden initiiert; es gibt keine neue Gesetzgebung zur Landreform oder Entprivatisierung von Wasser; auch die industrielle Landwirtschaft wird weiter gefördert.

Die geschichtlichen Erfahrungen Ecuadors und seiner Nachbarländer mit dem Bergbau als Haupteinnahmequelle zeigen die unheilvolle Seite des extraktivistischen Entwicklungsmodells: mit ihm gehen gewaltsame Formen der Landvertreibung und Landnahme einher, vor allem eine Zerstörung von Ökosystemen und Lebensräumen. Und doch setzt die aktuelle Politik weiterhin auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Erdöl, Erze oder bebaubares Land. Betroffen sind davon vor allem indigene, bäuerliche und afroecuadorianische Bevölkerungsgruppen. Frauen spielen hier eine zentrale Rolle in der Sicherung des materiellen Überlebens und darin, diese Gebiete, die *Pachamama,* die Mutter Erde, zu bewahren. Tatsächlich strebt die aktuelle Politik keine grundlegende Veränderung des Modells an. In den Worten von Präsident Correa:

»Prinzipiell wollen wir die Dinge innerhalb des aktuellen Akkumulationsmodells verbessern, anstatt es zu ändern. Denn es ist nicht unser Wunsch, den Reichen zu schaden, sondern eine gerechtere, weniger ungleiche Gesellschaft aufzubauen.« (Interview in der Tageszeitung *El Telégrafo*, 15.1.2012)

GEMISCHTE BILANZ

Die *Revolución Ciudadana* hat Ecuador zweifellos stark verändert. Neue Wirtschaftseliten haben von ihr profitiert und zugleich wurden die sozialpolitischen Investitionen vervielfacht. Die wichtigsten Errungenschaften in der Geschlechterpolitik sind sicherlich die Sozialprogramme für Frauen und der Aufstieg vieler Frauen in Entscheidungspositionen. Wie sich der Zugang von Frauen zur Rechtsprechung entwickeln wird, ist noch ein offener Prozess.

Die Art, in der die Regierung Correa politische Beziehungen gestaltet, hat jedoch Brüche und Spannungen innerhalb der Frauenorganisationen provoziert. Die mit der *Revolución*

Ciudadana sympathisierenden Gruppen tragen deren Politik mit, da sie hier die Chance sehen, insbesondere die Lebensbedingungen der Frauen in den ärmeren Bevölkerungsschichten zu verbessern. Demgegenüber stellen regierungskritische Organisationen, die sich mit den Frauen aus den ländlichen Gebieten verbünden, die politischen Strukturen grundsätzlich in Frage. Die Regierung sei kritikunfähig und beteilige die politischen Akteure nicht gleichberechtigt. Dies schwächt eine ohnehin schon schwache Frauenbewegung weiter.

Die *Revolución Ciudadana* fasst Frauen, Indigene, Afroecuadorianer und Bauern unter der gemeinsamen Kategorie der »Armen«. Damit reduziert sie die Komplexität der verschränkten Achsen verschiedener Herrschaftsverhältnisse – des Sexismus, des Rassismus, der Altersdiskriminierung, der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung – auf eine Frage des Ökonomischen und macht die Besonderheiten der verschiedenen Gruppen unsichtbar.

Die Regierung versteht den Zentralstaat als quasi einzigen Akteur eines gesellschaftlichen Wandels mit dem Präsidenten in dessen Zentrum. Damit ist die *Revolución Ciudadana* buchstäblich ein patriarchales Projekt: Die Stimme des Patriarchen entscheidet, was zu tun ist, und die Wahl legitimiere ihn dazu. Dazu kommt die Nähe Correas zur katholischen Kirche, die den Kampf für sexuelle und reproduktive Rechte schon während der verfassungsgebenden Versammlung behinderte.

Die ecuadorianischen Frauen haben also mit der *Revolución Ciudadana* ebenso gewonnen wie verloren. Gewonnen haben sie formal verbriefte Rechte, neue soziale Dienstleistungen, einen besseren Zugang zu Bildung und Gesundheit und eine neue Präsenz innerhalb des Staates. Verloren haben sie Autonomie und politische Klarheit, Räume kritischer und vielfältiger Debatte sowie die Fähigkeit zur Mobilisierung und Organisierung.

LITERATUR

Aguinaga, Margarita, 2011: *Mercantilización del trabajo e incremento de la carga global de las mujeres*, unveröff. Manuskript

BCE (Zentralbank von Ecuador), 2012: Informationen der monatlichen Statistik Nr. 1922, April 2012

HUMANAS, 2011: Informe Derechos Humanos Ecuador 2009–2010, Quito

INEC (Nationales Institut für Statistik und Zensus), 2011: Encuesta Nacional de Empleo Desempleo y Subempleo, Dezember 2011

Lang, Miriam, und Anna Kucia (Hg.), 2009: *Mujeres indígenas y justicia ancestral. UNIFEM Región Andina*, Quito

Larrea, María de Lourdes, 2011: *Elaboración de línea de base y herramienta de medición de los indicadores generales del plan de acción de género en desarrollo de la cooperación española, 2011–2014*, Quito

Ospina, Pablo, 2012: La revolución ciudadana, los cambios en el modelo de acumulación, la redistribución y la democracia, unveröff. Manuskript

Santillana, Alejandra, 2012: »A cinco años de la Revolución Ciudadana, la gran deuda es con las mujeres«, in: *Revista La Tendencia* 13, 44–47, Quito

1 Der Artikel basiert u.a. auf semistrukturierten Interviews mit zehn ecuadorianischen Feministinnen. Von ihnen stammen auch die Zitate ohne Zuordnungen, da einige nicht namentlich genannt werden wollten. Eine Langfassung des Beitrags ist unter www.zeitschrift-luxemburg.de online.

2 Am Nationalen Gerichtshof und beim Verfassungsgericht ist je eine indigene Richterin vertreten. Wegen politischer Differenzen mit dem Regime sind seit Correas Amtszeit bereits eine indigene und eine afrostämmige Ministerin zurückgetreten.

3 Siehe www.docstoc.com/docs/13149694/PLAN-PARA-LA-ERRADICACION-DE-LA-VIOLENCIA-DE-GENERO

4 www.secretariadepueblos.gob.ec/index.php/es/nosotros/mision-y-vision.html

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

NEUE PERSPEKTIVEN AUS DEN KÄMPFEN ENTWICKELN

BERND RIEXINGER IM GESPRÄCH

Eine wesentliche Erscheinung der Krise der Reproduktion zeigt sich in der Organisation der Zeit, nicht zuletzt der Arbeitszeiten. Wie siehst du die Probleme? Und was sind gewerkschaftliche Strategien darin?

Eine gewerkschaftliche Strategie zur Arbeitszeitverkürzung existiert derzeit nicht; zwar gibt es einzelne Versuche, der Entgrenzung der Arbeitszeit entgegen zu wirken, aber von einem gewerkschaftlichen Konzept zur Arbeitszeitpolitik lässt sich kaum sprechen. Das wäre jedoch dringend notwendig, denn die Regulierungsfähigkeit der Gewerkschaften ist in dem Bereich dramatisch erodiert. Grob haben wir es mit drei Tendenzen der Deregulierung zu tun:

1| Der *Entgrenzung der Arbeitszeit*, insbesondere bei den qualifizierteren Tätigkeiten und im Angestelltenbereich. Hier wird – befördert durch die vor über 20 Jahren eingesetzte Flexibilisierung der Arbeit und durch Methoden der indirekten Steuerung – die tatsächliche Arbeitszeit verlängert. Dieser Prozess ist weitgehend individualisiert und tariflicher oder betrieblicher

kollektiver Regulierung entzogen. Anhäufung von Gleitzeitstunden, nicht bezahlte Arbeit, ständige Erreichbarkeit, Unterordnung unter die betrieblichen Arbeitsschwankungen: Immer mehr Beschäftigte leiden unter dieser permanenten Leistungsüberforderung. Insbesondere die psychischen Erkrankungen nehmen zu und eine wachsende Zahl von Beschäftigten klagt über Dauerstress, Burnout und dass sie Privat- und Berufsleben kaum in Einklang bringen können. Überlastungs- und Stresserscheinungen stellen wir auch massenhaft im Gesundheitswesen und in der sozialen Arbeit fest.

2| Auch bei vielen Beschäftigten im Niedriglohnbereich *steigt die Arbeitszeit*, getrieben von den sinkenden Reallöhnen und der Notwendigkeit, durch Überstunden oder einen Zweitjob das Einkommen aufzubessern.

3| Gleichzeitig wächst *strukturelle Unterbeschäftigung*, also unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs. Sie sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass nach wie vor die gesellschaftliche Arbeitsstundenzahl pro Kopf fällt. Millionen von Menschen würden gerne länger arbeiten, bekommen jedoch nur Teilzeitjobs oder geringfügige Beschäftigung, von der sie nicht leben können: ein Prozess permanenter Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

4| Die Rente ab 67 ist eine weitere Niederlage auf dem Feld der Arbeitszeitpolitik, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Eine Auseinandersetzung um die Arbeitszeit müsste also dringend wieder aufgenommen werden. Es bedarf eines Regulierungskonzepts im Dreieck der wichtigsten gewerkschaftlichen Handlungsfelder: Lohn, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit. Das ist viel und komplex – aber nicht unmöglich.

Wie also wäre anzusetzen? Worum müsste gekämpft werden?

Ansatzpunkt müssen die konkreten Interessen der Beschäftigten sein. Diese lassen sich – grob – unterscheiden:

1| Wer unter der Entgrenzung der Arbeit leidet, will die tatsächliche Arbeitszeit verkürzen, mindestens tarifliche und tatsächliche Arbeitszeit überein bringen. Das ist nur vorstellbar, wenn gleichzeitig reguliert wird, dass sie ihre Arbeit in der kürzeren Arbeitszeit auch bewältigen können und Stress zurückgedrängt wird. Hier brauchen wir eine Regulierung der Arbeitsbedingungen, wie der Personalbemessung. Interessant ist z.B. der Versuch der Beschäftigten der Berliner Charité, einen Tarifvertrag zur Regelung der personellen Mindestbesetzung, also einen bestimmten Schlüssel von Pflegepersonal und Patienten durchzusetzen. Auch die Beschäftigten im Niedriglohnbereich, die aus finanziellen Gründen länger arbeiten, wollen, dass ihre Arbeitszeit sinkt. Hier müssen die Löhne einbezogen werden.

2| Die strukturell Unterbeschäftigten wollen eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit, meistens zwischen 25 und 35 Stunden. Nur ein Teil will in herkömmliche Vollzeitarbeit wechseln, i.d.R. jüngere Beschäftigte, die nach der Ausbildung lediglich in Teilzeitarbeit übernommen werden. Hier gibt es zahlreiche betriebliche Initiativen im Handel, um Stundenerhöhungen für die Beschäftigten durchzusetzen und die Geringstundenverträge zurückzudrängen.

3| Alle lehnen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ab; dazu gehört die Rente erst ab 67.



Jose Jara Ramirez

Die verschiedenen Interessen oder Gruppen eint, dass sie ein anderes Arbeitszeitregime wollen. Das ist eine gute Voraussetzung für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Arbeitszeit und für eine neue Initiative zur Arbeitszeitverkürzung. Statt der Trennung in überbeschäftigte »Normalarbeitende« und unterbeschäftigte, unterbezahlte Prekäre müssten wir eine begriffliche Neudefinition des Normalarbeitsverhältnisses finden, das die verschiedenen Interessenlagen berücksichtigt. Es muss genügend Spielraum geben für eine Anpassung der Arbeitszeit an die individuellen Interessenlagen, z.B. Erziehungsphasen, Alterslagen usw. Immer mehr Menschen leiden unter der Zerrissenheit ihrer Lebensbedingungen, können kaum noch Kindererziehung, Partnerschaften, Freundschaften, Pflege der Eltern usw. in ihrem Lebensentwurf zusammenbringen. Hier ist eine gesellschaftlich-kulturelle Debatte möglich, die an das Bedürfnis, Arbeit und Leben, soziale und kulturelle Teilhabe auf einer gesicherten existenziellen Grundlage zusammenzubringen, anknüpft.

Wie ließen sich die Interessen der Beschäftigten an Flexibilität und ein Kampf für bessere Arbeitsbedingungen verbinden?

Der Weg kann nicht sein, Modelle zu entwickeln und zu propagieren. Plakative Forderungen wie »30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich« werden von Beschäftigten und gewerkschaftlich Aktiven nicht aufgegriffen. Sie werden als nicht durchsetzbar wahrgenommen: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hatten neun Wochen gestreikt, um die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verhindern, mussten aber die Verlängerung um eine halbe Stunde akzeptieren – wie lange müssten sie wohl für neun Stunden Arbeitszeitverkürzung und den vollen Lohn- und Personalausgleich streiken? Auch das 4in1-Modell[1] – das ja eher als orientierendes Konzept gedacht ist, aber eine Arbeitszeit von 25 Wochenstunden anzielt – müsste so übersetzt werden, dass sich politisch dafür streiten lässt und es in die Kämpfe der gewerkschaftlich Organisierten eingehen kann. Jetzt weist es keinen Weg, weder Einstiege noch Ansätze der Durchsetzung.

Es gibt aber viele konkrete Auseinandersetzungen in Betrieben oder ganzen Branchen um eine an den Interessen der Beschäftigten orientierte Regulierung der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Dazu gehören tarifliche

Regelungen zum Gesundheitsschutz, Initiativen gegen die Entgrenzung der Arbeitszeit, betriebliche Aktivitäten gegen Niedrigstundenverträge (z.B. bei H&M) usw. Von hier aus kann Kritik zugespitzt, können Kämpfe verallgemeinert werden. Der öffentliche Dienst könnte
dabei eine Vorreiterrolle einnehmen.

In den Betrieben beginnt ein Arbeitsplatzabbau (Kosteneinsparpläne bei Siemens, Daimler, Metro, Zwangsurlaub bei MAN, Schichtenreduzierung bei VW usw.); das sollte Ausgangspunkt für eine Debatte zur Umverteilung von Arbeitszeit durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein. Die Debatte um die Verlängerung oder Neuauflage der Kurzarbeiterregelung – die ja eine subventionierte Arbeitszeitverkürzung auf Zeit ist, bei der davon ausgegangen wird, dass die Kapazitätsauslastung wieder steigen wird – muss um die Frage genereller Arbeitszeitverkürzung erweitert werden. Überkapazitäten werden z.B. in der Automobilindustrie durch Standortschließungen (Belgien, Frankreich) und Arbeitsplatzvernichtung abgebaut. Sie können wesentlich sozialer durch Arbeitszeitverkürzung abgebaut werden. Hier könnte ein europäisches Projekt der Arbeitszeitverkürzung entstehen.

Eine Wiederholung der Tarifkämpfe der 1980er Jahre um die 35-Stundenwoche ist unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen kaum vorstellbar. Das notwendige Klima für eine Mobilisierung für Arbeitszeitverkürzung muss erst entstehen. Deshalb ist eine langfristig angelegte Kampagne für das Projekt einer Neuregulierung der Arbeitszeit so notwendig. Ohne die Beteiligung der Gewerkschaften ist ein solches Projekt undenkbar. Derzeit fehlt schon der politische Wille. Auch sind die Interessen der Einzelgewerkschaften unterschiedlich; im exportorientierten industriellen Bereich gibt es starke Elemente von Wettbewerbskorporatismus.

Mit der Rente erst ab 67 darf es keine Versöhnung geben. Gerade im Bundestagswahljahr kann diese Frage erneut auf die Tagesordnung gesetzt und mit der Debatte um die Arbeitszeit verknüpft werden.

Wo ist der Ort der LINKEN in dieser Auseinandersetzung?

Die Linke und im Besonderen die Parteilinke könnte in dieser Debatte sowohl innerhalb der Gewerkschaften als auch in der Gesellschaft eine wichtige Funktion einnehmen. Sie könnte in den Gewerkschaften die Diskussion um eine neue Arbeitszeitinitiative anstoßen. Die beschriebenen Tendenzen verschlechtern ja nicht nur die existenziellen Bedingungen für die Beschäftigten, sondern auch die Handlungsmacht der Gewerkschaften. Dem Verlust an Regulierungsmacht geht der Verlust von Organisationsmacht voraus.

Die Partei die LINKE könnte gerade im Wahljahr eine gesellschaftliche Debatte anstoßen und an einem fortschrittlichen Zukunftsentwurf arbeiten, der Fragen von »guter Arbeit«, »Umverteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung«, »Re-Regulierung der Arbeitszeit« und »Vereinbarung von Leben und Arbeit« zusammenfügt.

---

1 Die *Vier-in-einem-Perspektive* von Frigga Haug zielt auf eine Neubestimmung und radikale Umverteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit (vgl. *LuXemburg* 2/2011, 122ff).

»DIE STADT VON MORGEN BEGINNT HEUTE«

KOTTI & CO PROTESTIERT GEGEN DIE BERLINER WOHNUNGSPOLITIK

SANDY KALTENBORN IM GESPRÄCH MIT TASHY ENDRES

Tashy Endres: Seit Mai 2012 steht am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg das Protestcamp von Kotti & Co. Ihr protestiert dort gegen steigende Mieten, Verdrängung und für die Rekommunalisierung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin. Wie ist die Gruppe entstanden?

Sandy Kaltenborn: Als wir im März 2011 eine erneute Mieterhöhung bekommen haben, sammelte eine Nachbarin Unterschriften und schickte sie zur Hausverwaltung, aber es gab keine Reaktion. Da war der Punkt erreicht, wo wir gesagt haben: Jetzt reicht's! Mit ein paar NachbarInnen haben wir dann ein Treffen einberufen. Anfangs ging es darum, ob wir mit den Eigentümern, dem Vermieter, mit den Hausverwaltungen und vielleicht auch mit Hilfe des Bezirks verhandeln und Lösungen finden können, wie man die Miete und die Betriebskosten senken kann. Aber wir liefen gegen Mauern. Die Hausverwaltungen redeten nicht mit uns. Und so sind wir sukzessive in ein politisches Feld reingerutscht:

Es musste nicht rechtlich, sondern politisch gehandelt werden, nicht auf kommunaler, sondern auf Landesebene. Eine Gesetzesänderung musste her.

Was sind eure Ziele und Forderungen im Einzelnen?

Die Kernforderungen sind zwei: Erstens ein Mieterhöhungsstopp und eine Mietensenkung, weil die Mieten jetzt schon zu hoch sind. Das wäre eine Brückenlösung, um zu gewährleisten, dass bis man das System sozialer Wohnungsbau Berlin grundlegend ändert, nicht schon alle NachbarInnen verdrängt sind. Längerfristig geht es um die Entwicklung eines Modells, wie das Land Berlin den privaten sozialen Wohnungsbau wieder in Landeseigentum übernehmen kann und eine Selbstverwaltung der Mieter und Mieterinnen ermöglicht wird.

Als wir das Protestcamp aufgeschlagen haben, hatten wir keinen ausgearbeiteten Plan. Wir haben gesagt, wir bleiben so lange, bis das Problem gelöst ist. Einen dicken Kopf und Beharrlichkeit hatten wir schon vorher, und wir haben eine starke Gemeinschaft, die durch die Nachbarschaft und die Mietergruppe gewachsen ist. Das ist durch das Protestcamp noch mal stärker geworden und weitet sich aus. Das Gecekondu[1] ist ja ein Protestcamp, das politische Signale aussendet. Und es ist ein sozialer Treffpunkt, ein Raum, in dem sich die Nachbarschaft noch mal anders kennenlernen kann. Aber es können natürlich auch andere Leute dazukommen.

Die Zusammenarbeit zwischen zum Teil sehr unterschiedlich politisierten NachbarInnen ist ja zentral bei Kotti & Co. Wie funktioniert das?

Wir haben von Anfang an gesagt: »Wir sind unterschiedlich.« Das betrifft nicht nur die politische Ausrichtung, sondern auch (nicht) religiöse Einstellung, sexuelle Orientierung etc. Uns geht es hier um die hohen Mieten, die Verdrängung und auch um Rassismus. Da ist es gleichgültig, ob Leute eher konservativ oder religiös eingestellt sind oder wie ich eher links.

Wir sind keine politische Gruppe im engeren Sinne. Wir haben zwar Meinungen und Positionen, aber wir sind immer sehr vorsichtig bei explizit politischen Statements. Auch jetzt bei der Unterstützung des Camps diskutieren wir das, und dann müssen alle gehört werden. Viele hat das irritiert. Aber es geht nur so. Wenn man für Mieterrechte eintritt, dann gelten die erst mal für alle!

Wie hat sich das Verhältnis von Kerngruppe, AnwohnerInnen und Unterstützerumfeld entwickelt?

Den Begriff der Kerngruppe gibt es eigentlich erst, seit wir das Gecekondu errichtet haben. Die Kerngruppe ist unsere Mietergemeinschaft. Nach der Besetzung sind weitere Leute dazugekommen. Einige wollen Sachen in die Hand nehmen, andere unterstützen uns ein bisschen im Alltag oder hängen ab. Um uns und andere leichter zu erkennen, haben wir für zwei Kategorien Buttons gemacht: »Kerngruppe« und »Family«. Die zweite ist auch sehr wichtig, denn viele von denen, die täglich im Gecekondu sind, gehören natürlich auch dazu. Aber manche von ihnen wollen nicht zur Kerngruppe, weil es ihnen zu viel ist. Viele haben Familie oder wenig Zeit, und das erfordert viel Respekt und Toleranz. Man muss seine eigenen Befindlichkeiten oft zurückstellen. Es gibt auch NachbarInnen, die es zwar toll finden, aber gar nicht mitmachen. Der Zuspruch ist wahnsinnig groß, aber



»6. Lärmdemo – Wir bleiben alle!«, Berlin 2012, © Thomas Strasas

der Schritt, sich zu organisieren, eben auch. Wir haben tolle Treffen gehabt, wo wir uns vielleicht zwischendurch gestritten, aber auch geweint haben. Die Basis ist Vertrauen und das kann man nicht organisieren, das muss man leben. Das Begehren ist, einen Menschen kennenzulernen und im produktiven Sinne misszuverstehen und nach vorne zugucken. Was uns eint, ist, dass wir unsere Zukunft gestalten wollen. Das fängt bei bezahlbaren Mieten an.

Ihr habt zur Unterstützung aufgerufen und dazu gezielt Gruppen angesprochen…

Den Aufruf zur Unterstützung haben wir an alle gerichtet, die das Problem anerkennen und bereit sind, an einer Lösung zu arbeiten. Ich habe dabei auch keine Revolutionsgedanken im Hinterkopf, auch wenn ich ein Linker bin und mir andere gesellschaftliche Verhältnisse äußerst wünsche. Andere haben Vorstellungen, die ich nicht teile, aber respektiere. Leider lassen sich viele Linke ohne Hintergedanken nicht ein. Denn das heißt immer erst mal, dass ich nicht von vornherein weiß, was richtig ist, sondern dass ich das mit anderen zusammen gestalte. Wenn ich ein Ergebnis festlege, endet das in Paternalismus und in äußerst schrägen sozialen Begegnungen.

Für konkrete Hilfe wie bei Nachtschichten haben wir Gruppen angesprochen, von denen wir den Eindruck hatten, dass sie sich auf diese Unterschiede einlassen können und auch keine Berührungsängste mit der realpolitischen Ebene haben. Wir machen ja fast einen utopischen Wurf mit unserer Forderung nach Rekommunalisierung. Wir wollen, dass das Wohnen, die Gebäude (wieder) zum Eigentum der Leute werden. Das ist was anderes als Baugruppenmodelle oder ähnliches. Wir wollen eine Selbstverwaltung. Eine erfolgreiche Bewegung braucht immer beides: etwas in der Zukunft und etwas ganz real Angesiedeltes.

Wo siehst du die größten Erfolge und Herausforderungen bisher?

Der größte Erfolg von Kotti & Co ist die Stärkung der Gemeinschaft. Das eröffnet Perspektiven, die wir heute noch gar nicht absehen können. Andererseits haben wir es geschafft, die Thematik sozialer Wohnungsbau in die Politik und die Öffentlichkeit zu pushen, sodass sie nicht mehr ignoriert werden kann und jetzt nach Lösungen gesucht wird. Das ist fast schon ein historischer Erfolg. Wir haben auch vielen Leuten Mut gemacht und so etwas wie Solidarität geübt. Viele Menschen

aus der Nachbarschaft – gerade aus der ersten Gastarbeitergeneration – wurden in der Öffentlichkeit bislang kaum oder nur als Objekte wahrgenommen. Durch den Protest haben sie sich jetzt in eine Subjektposition katapultiert. Medien berichten. Das ist ein Selbstermächtigungsschritt. Sie erfahren, dass die eigene Geschichte und die der Migration, des Stadtteils einen Wert haben. Viele fühlen sich von uns inspiriert. Das wissen wir alle und das macht uns glücklich. Die Wohnungsbaugenossenschaften haben mittlerweile Respekt vor uns. Nachdem sie anderthalb Jahre nicht mit uns geredet haben, sind sie nun recht handzahm und geben Auskunft, wollen sich mit uns treffen. Auch das ist ein Erfolg.

Ihr veranstaltet eine Konferenz zur Zukunft des sozialen Wohnungsbaus. Ihr habt erkämpft, dass sie im Berliner Abgeordnetenhaus stattfindet. Was erhofft ihr euch von ihr?

Ich glaube, man darf diese Konferenz nicht überbewerten. Sie ist ein Baustein auf dem Weg, Modelle zu entwickeln, wie das Land Berlin aus dieser Misere der Verträge aus den 1970er Jahren rauskommen kann, die aus meiner Perspektive verbrecherisch sind. Wir haben mittlerweile mehr Expertise organisiert, als der Senat und die Verwaltung oft zu bieten hat. Wir reden hier von etwa 150 000 Wohnungen, also von bis zu 500 000 Menschen. Das ist eine Größe bei 3,5 Millionen in der Stadt. Da muss man eingreifen, wenn man die Verdrängung verhindern möchte und die Stadt, wie sie gerade noch ist, etwas behalten möchte. Ich gehe davon aus, dass dieser Prozess mehrere Jahre dauern wird, bis wir die Häuser selber verwalten. Aber das ist die Richtung, in die wir gehen wollen. Hoffentlich auch andere.

Wie erzeugt ihr politischen Druck und gesellschaftliche Mehrheiten?

In dem Dreiergespann einer vermeintlichen Öffentlichkeit hat man auf der einen Seite die MieterInnen, auf der zweiten die Politik und den Senat und auf der dritten die Medien. Nun gibt es noch die Wissenschaft, einen Kunst- und Kulturbetrieb. Aber man muss sich natürlich auch um andere Öffentlichkeiten kümmern, um andere Diskursfelder zu gestalten. Das fängt bei uns in der direkten sozialen Realität im Protestcamp an, über Veranstaltungen, über Bündnisse, die man schließt, über Diskussionen. Wir haben zwei Unterstützungs-Aufrufe erhalten, einen von 20 WissenschaftlerInnen aus der Migrations- und Rassismusforschung und einen von 50 KünstlerInnen, StadtsoziologInnen, ArchitektInnen und KulturarbeiterInnen. Es geht darum, in ganz verschiedenen Bereichen Bündnis- und GesprächspartnerInnen zu suchen. Wir haben so alle viel voneinander gelernt, politisch, sozial, über uns selbst. Das geht weit über die Mieten-Thematik hinaus – da spiegelt sich die ganze Gesellschaft im Kleinen. Deswegen sagen wir auch, die Stadt von morgen beginnt heute.

1 Gecekondu bezeichnet informelle Siedlungen in der Türkei und bedeutet etwa »über Nacht gebaut«. Wenn man innerhalb einer Nacht ein Haus auf öffentlichem Boden errichtet, darf man nach altem osmanischem Recht an diesem Ort bleiben. Das Gecekondu am Kottbusser Tor war zuerst eine Konstruktion aus Paletten und ist mittlerweile ein winterfestes Haus, in dem Treffen, Veranstaltungen und Konzerte stattfinden und rund um die Uhr Tee und Kaffee serviert werden.

COMMUNITIES OF CARE

QUEERE POLITIKEN DER REPRODUKTION

MIKE LAUFENBERG

DIE AIDS-KRISE – EINE KRISE DER REPRODUKTION

Als spezifische Reproduktionskrise hat die AIDS-Krise seit den 1980er Jahren die Anfänge queerer Politikformen beeinflusst und den Queerfeminismus geprägt. Insbesondere in Ländern, in denen eine staatliche Unterstützung der Betroffenen zunächst – oder bis heute – ausblieb und das medizinische System aufgrund homo- und transphober Ressentiments weitgehend versagte, waren AIDS-AktivistInnen gezwungen, eigene Versorgungsstrukturen und kollektive Fürsorgeformen zu schaffen. Öffentlichkeitswirksame Proteste gegen staatliche Gesundheitspolitik und die Macht der Pharmakonzerne sowie Aufklärung und Fundraising waren also nur die eine Seite des AIDS-Aktivismus. Darüber hinaus entstand eine »community of care«. Der Aufbau von Selbsthilfestrukturen half, gegenseitige Unterstützung, die Versorgung von Kranken und Pflegebedürftigen sowie die Betreuung von Trauernden auf der Basis

solidarischer Netzwerke zu sichern. Gleichzeitig ging es dabei nicht um eine separatistische Einkapselung. Staat und Gesellschaft sollten nicht von ihrer Verantwortung für die Sicherung der Reproduktion entlastet werden. Die Kollektivierung von Reproduktionsarbeit im AIDS-Aktivismus diente vielmehr als Ausgangspunkt, um die Reproduktion von Individuum und Gesellschaft insgesamt zu politisieren und zu sozialisieren. Vorstellungen von einer rein medizinischen Lösung der AIDS-Krise wurden dabei genauso zurückgewiesen wie eine Individualisierung von Care-Arbeit.

Das Entstehen einer queeren Kritik der Identitätspolitik in den 1980er Jahren war also keine Kopfgeburt des akademischen Diskurses, sondern resultierte maßgeblich aus den Erfahrungen der AIDS-Krise. Spätestens, als ein großer Teil der schwulen Aktivisten der ersten Stunde an den Folgen von AIDS starb, wurde deutlich, dass eine kritische Politik der Reproduktion nicht identitätspolitisch verengt werden konnte. Statt sich etwa schwulenpolitisch auszurichten, musste sie von einem Bündnis unterschiedlicher Personen und Gruppierungen getragen werden. Tatsächlich ist queere Politik mit ihren Wurzeln im AIDS-Aktivismus hier von Anfang an durch ungleiche Allianzen charakterisiert: Homo-, Hetero- und Bisexuelle, Weiße und Schwarze, Frauen, Männer und Transpersonen, Alte und Junge, Gesunde und Kranke, ArbeiterInnen und ProfessorInnen waren gezwungen, miteinander zu kooperieren und eine gemeinsame politische Sprache zu finden. Die Erfahrung, dass dies nicht immer einfach ist, manchmal unmöglich erscheint und dennoch ohne Alternative ist, prägt bis heute queere Politik.

Aktuell erstreckt sich die AIDS-Krise vor allem über den globalen Süden und geht erneut mit einer reproduktiven Krise verheerenden Ausmaßes einher. Betroffene sind mangels staatlicher Unterstützung und medizinischer Versorgung auf sich alleine gestellt. Auch hier bringt die AIDS-Krise neue soziale Kooperationsformen hervor: Pflegearbeit und Kinderbetreuung werden auf lokaler Ebene organisiert und schaffen damit zugleich die materiellen Grundlagen für Widerstand gegen die AIDS-Politik von Staaten und Pharmakonzernen (Bujra 2004). Sofern die Reproduktionskrise des Kapitalismus eine globale Dimension hat, müssen sich auch queerfeministische Politiken der Reproduktion in ihrer Perspektive »globalisieren«, dabei aber lokal verankert bleiben.

In den Ländern des globalen Nordens sind neben sozialen Betroffenengruppen wie Erwerbslosen, Alten und Kranken heute insbesondere queere postfamiliale Lebensformen von der fortschreitenden neoliberalen Entsicherung der Reproduktion betroffen. Sie basieren auf einer Kollektivität, die quer zum auf Verwandtschaft, Paarbindung und Monogamie beruhenden »heterosexuellen Gesellschaftsvertrag« (Wittig 1992) liegt. Die politischen Öffentlichkeiten, solidarischen Strukturen und sozialen Zusammenhänge, die queeres Leben auch unter heteronormativen Bedingungen möglich machen, werden aber durch neoliberale Politiken wie die Kommodifizierung des Öffentlichen, die Kürzung von Geldern für alternative Zentren und Community-basierte Gesundheitseinrichtungen oder die restriktive Politik gegen public sex zunehmend zerschlagen. Davon sind vor

allem diejenigen Queers und Transpersonen betroffen, denen die *kommerziellen* Räume queerer Subkultur aufgrund rassistischer und klassenspezifischer Restriktionen weitgehend verschlossen bleiben. Zivilrechtliche Erfolge in der formalen Gleichstellungspolitik, die heteronormative Standards wie die Ehe auch für nicht-heterosexuelle Beziehungen setzt, gehen so Hand in Hand mit einer Verschärfung sozialpolitischer und polizeilicher Reglementierungen von Sexualitäten. Queeres Leben wird zunehmend nur in dem Maße möglich, wie es sich heterosexualisiert und – nach dem Bilde bürgerlicher Familienpolitik – privatisiert.

QUEERS IN DER KRISE

Die soziale Reproduktion derjenigen, die dieser Norm nicht folgen wollen oder können, ist nachhaltig gefährdet. Dies zeigt sich insbesondere im Bereich der Gesundheits- und Altensorge. In den USA etwa leben 65 Prozent der Transpersonen in Armut. Auch hinsichtlich Jugendobdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und unzureichender Gesundheitsversorgung führen LGBT's (LesbianGayBisexualTrans) die Statistiken an (DeFilippis 2012). Etwa 20 Prozent der US-amerikanischen LGBT's sind nicht krankenversichert, während Zugänge zur staatlichen Gesundheitsfürsorge für Geringverdienende (*Medicaid*) an heteronormative Familienkonzepte geknüpft sind: Kinderlose Singles sind in den meisten Staaten nicht antragsberechtigt, unterstützt werden Ehegemeinschaften, nicht aber Haushalte (Redman 2010). Angst vor homo- und transphober Diskriminierung halten LGBT's zudem weltweit häufig vom Aufsuchen existierender Gesundheitseinrichtungen ab. Diese Einschätzungen werden auch von *Transgender Europe* bestätigt: Das Gesundheitswesen in den europäischen Ländern diskriminiere nach wie vor Trans-Menschen und forciere eine Medikalisierung und Pathologisierung geschlechtlicher Identitäten. Die gesellschaftliche Organisation der Altensorge geht ebenfalls an den Lebensrealitäten und Bedürfnissen vieler LGBT's vorbei. Wegen verbreiteter Kinderlosigkeit von Queers vor allem der älteren Generationen ist eine Familialisierung der Altenpflege meist keine Option. In den häufig von kirchlichen Trägern betriebenen Altenpflegeeinrichtungen dominiert wiederum ein heterosexueller Normalismus, der zu massiver Vereinzelung und Einsamkeit von LGBT's führt.

Die Entsicherung der sozialen Reproduktion von Queers und Transpersonen ist kein Zufall. Gerade in Krisenzeiten bestärkt die postfordistische Ökonomie einen heteronormativen Gesellschaftsvertrag, der Arbeit und Leben am Modell der Reproduktionseinheit des heterosexuellen Paares ausrichtet. Während aktuelle Marketing- und Diversitystrategien inzwischen auch die weiße homosexuelle Mittelklasse für sich entdeckt haben und damit die Einbindung von sozialer Vielfalt suggerieren, reagieren neoliberale Regierungsprogramme zeitgleich auf den Umstand, dass die Reproduktionssphäre sich nicht im selben Maße wie die Produktionsverhältnisse flexibilisieren lässt. Die für den Postfordismus charakteristische Flexibilisierung der Familienverhältnisse und die zeitgleiche Aushöhlung des Sozialstaates erzeugen ein Vakuum in den Reproduktionsverhältnissen. Teile der Bevölkerung profitieren von einer partiellen



»6. Lärmdemo – Wir bleiben alle!«, Berlin 2012, © Thomas Strasas

Inwertsetzung der Reproduktionsarbeit. Im Bereich von Reinigungs- und Care-Arbeiten sind es hier überwiegend Migrantinnen, die die Versorgungslücken schließen. Für alle anderen spitzt sich der mangelnde Ausbau nicht-kapitalisierter Versorgungs- und Sorgestrukturen zu einer neuen Qualität prekarisierter Lebensverhältnisse zu. Die durch Renate Schmidt begonnene und von Ursula von der Leyen fortgesetzte »nachhaltige Familienpolitik« ist ein Beispiel von vielen, wie gegenwärtig Regierungen versuchen, der postfordistischen Reproduktionskrise beizukommen: Die Re-Familialisierung großer Teile von Reproduktionsarbeit bedeutet im Kern die Stabilisierung heterosexueller Verwandtschaftsarrangements. Aus Gründen knapper familialer Zeitressourcen schließt diese aber auch den Zwang zur Ökonomisierung, also den Rückgriff auf bezahlte Care-Dienstleistungen ein.

Als Gegenmodell zur neoliberalen Doppelstrategie aus Kommodifizierung und Re-Privatisierung der Reproduktionsarbeit bedarf es einer Politik kollektiver Reproduktion, die die Absicherung unserer Lebensbedingungen durch solidarische Strukturen und soziale Kooperationen ermöglicht. Queerfeministische Perspektiven sind insofern hilfreich, als sie auf eine universelle Kritik der Reproduktionsverhältnisse zielen. Dass diese Reproduktionsverhältnisse immer auch sexuelle Verhältnisse sind, dient dabei als konkreter Ausgangspunkt von Theorie und Praxis.

SEXUALITÄT IM KAPITALISMUS

Aus queerfeministischer Perspektive stellt die Ordnung von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität eine gesellschaftlich weitgehend unhinterfragte Struktur der Organisation von Gesellschaft und Leben im Kapitalismus dar – ein robustes Bündel an Beziehungen, durch die dieser sich reproduziert. Ein wesentlicher Anspruch kapitalismuskritischer queerer Theorien ist entsprechend, ein genaueres Verständnis davon zu entwickeln, wie sexuelle Beziehungen, Liebe und Intimität, wie das System der Zweigeschlechtlichkeit und die Naturalisierung heterosexuellen Begehrens als Konstitutionsbedingungen des Kapitalismus und der mit ihm einhergehenden Trennungen von Produktion und Reproduktion, Ökonomie und Lebenswelt ineinandergreifen. Queere Theorie und Politik ist dort stark, wo sie sich in eine feministisch-materialistische Tradition stellt, die uns daran erinnert, dass diese Trennungen durch entsprechend konfigurierte soziale Beziehungen und Bindungen materiell verankert sind.

Der Kapitalismus ist in seiner Reproduktionsweise genau auf diese konkreten Beziehungen angewiesen – das macht ihn prinzipiell angreifbar. Neben Ansätzen eines materialistischen Feminismus, die Reproduktionsverhältnisse zum Ausgangspunkt einer praktischen Kapitalismuskritik machten, war Michel Foucaults Sexualitätsbegriff einflussreich für queere Kritik. Mit Foucault lässt sich Sexualität nicht lediglich als Objekt von Regulierung und Normierung begreifen, sondern zugleich als umkämpftes Beziehungsgefüge. Strukturelle Verhältnisse – etwa die heterogeschlechtliche Arbeitsteilung in Küche, Bett, Fabrik oder Agentur – treffen hier auf die Praktiken von Subjekten und werden so verhandel- und transformierbar.

Sexuelle Verhältnisse des Kapitalismus zum Gegenstand politischer Kämpfe zu erklären, bedeutet also immer beides: Momente seiner Reproduktion und Manifestation genauso aufzusuchen wie Bewegungen der Hinterfragung und des Entzugs. Die Trennungen in Hetero- und Homosexuelle, Männer und Frauen, Cis- und Transsexuelle können hier als Differenzlinien innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verstanden werden, die von Kapitalfraktionen für ihre Interessen eingebunden werden können. Gleichzeitig sind sie aber nicht vollends unter Kontrolle zu bringen. So produziert, mit Marx gedacht, jede Phase des Kapitalismus soziale Beziehungen, die potenziell über ihn hinausweisen.

Das Potential queerfeministischer Theorie und Praxis besteht darin, aktuelle Kämpfe in den Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen zugleich als Kämpfe um die Art und Weise zu verstehen, wie Arbeit und Leben in einer Gesellschaft organisiert und reproduziert werden. Die Entstehung und Beharrlichkeit geschlechtlicher Arbeitsteilung lässt sich entsprechend nicht losgelöst von der Frage verstehen, wie Subjekte in einer Gesellschaft vergeschlechtlicht und durch sexuelle Normen konstituiert werden. Vor diesem Hintergrund ist auch die queerfeministische Kritik von Identitätspolitiken zu verstehen. Die Dekonstruktion von sexueller und geschlechtlicher Identität ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein Schritt in Richtung einer Welt, in der queere Beziehungen – ein Leben jenseits von Heteronormativität und

Zweigeschlechtlichkeit – überhaupt vorstellbar werden. Von der klassischen Homosexuellenbewegung, aber auch von Teilen des Feminismus unterscheiden sich queere Perspektiven entsprechend in der Bedeutung, die der »Identitätspolitik« beigemessen wird. Während es der Homosexuellen- und Frauenbewegung häufig darum ging, Anerkennung in einer homophoben und patriarchalen Gesellschaft zu erkämpfen – die Freiheit, die/der zu sein, die/der man ist –, versteht queere Politik die Identitätsform zwar als Ausgangspunkt und Terrain von Kämpfen, nicht aber als deren Ziel und Zweck. Dieser Unterschied ist einer ums Ganze: Während es im ersten Fall um die *Freiheit* der Identität geht, wird im anderen Fall am Wunsch nach einer *Befreiung* von der Identität festgehalten (Negri/Hardt 2010, 333ff). Diese Kritikbewegung läuft parallel zu Argumenten marxistischer Klassentheorie. Während die Bourgeoisie für ihren eigenen Erhalt kämpft, trachtet das Proletariat nach einer Gesellschaft, in der die eigene Klasse abgeschafft wird. »Damit der revolutionäre Kommunismus zu einem Projekt nicht der Emanzipation, sondern der Befreiung wird – nicht der Emanzipation *der* Arbeit, sondern der Befreiung *von der* Arbeit –, muss er einen Prozess der Selbsttransformation über die Arbeiteridentität hinaus in Gang setzen« (ebd.).

Analog besteht das Ziel queerer Politik nicht in einer Emanzipation der Sexualität, sondern der Befreiung *von* der Sexualität – ein Prozess der Selbsttransformation über die eigene geschlechtliche und sexuelle Identität hinaus. Dadurch wird die Logik der Sexualität im Ganzen unterlaufen, anstatt vorrangig nach Akzeptanz zu fragen und damit den Bereich des Sexuellen lediglich weiter auszudifferenzieren und auszudehnen. Der Queerfeminismus vollzieht damit eine entscheidende Abkehr von den auf Integration in das gesellschaftliche Allgemeine angetriebenen partikularen Identitätspolitiken. Die seit der AIDS-Krise geronnene queerfeministische Skepsis gegenüber dem Staat erweist sich heute angesichts der zunehmenden Prekarisierung unserer Reproduktionsbedingungen als aktuell wie nie. Aktuell ist insofern auch die Notwendigkeit, Alternativen zur Anrufung des Sozialstaates auszuloten, um der globalen Krise der Reproduktion zu begegnen. Diese Alternativen werden von der Gewissheit getragen sein, dass die Bündelung sozialer Kämpfe im Feld der Reproduktion mit der Verteidigung und dem (Wieder-)Aufbau kollektiver Sorge- und Kooperationsformen im Alltag einhergehen müssen – einer Kollektivität, in der Solidarität und Zärtlichkeit jenseits von Warentausch, Nation oder Verwandtschaft zirkulieren können.

LITERATUR

Bujra, Janet, 2004: AIDS as a Crisis in Social Reproduction, in: *Review of African Political Economy*, Volume 31, No. 102, 631–638

DeFilippis, Joseph, 2012: A New Queer Agenda, in: *The Scholar & Feminist Online*

Hardt, Michael, und Antonio Negri, 2010: *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*. Frankfurt/M.

Redman, Laura F., 2010: Outing the Invisible Poor: Why Economic Justice and Access to Health Care is an LGBT Issue, in: *Georgetown Journal on Poverty Law & Policy*, Volume 17, No. 3, 451–459

Wittig, Monique, 1992: On the Social Contract, in: *The Straight Mind and other essays*, Boston, 33–45

PRAKTIZIERTE DEMOKRATIE IN DEN BESETZUNGEN: EINE KONSTITUIERENDE MACHT

ISABELL LOREY

Die Massenproteste in Tunesien und Ägypten zu Beginn des Jahres 2011 wurden vielerorts mit großer Sympathie begleitet. Aus »westlicher« Perspektive schienen diese völlig unvorhersehbar und zugleich doch in die abendländischen politischen Entwicklungsmuster einzuordnen: Im Arabischen Frühling kämpften die Menschen für die Einführung der liberalen repräsentativen Demokratie, um endlich die Unterdrückungsverhältnisse lang anhaltender Diktaturen abzuschütteln. Die Herrscher wurden verjagt. Und doch konnten erste verhältnismäßig freie Wahlen solche demokratischen Verhältnisse nicht einrichten.

Jenseits dieser beschränkten Vorstellung von Demokratie fanden auf dem Platz der Kasbah in Tunis und dem Tahrir-Platz in Kairo merkwürdige Dinge statt. Ohne AnführerInnen organisierten die dort zusammenkommenden Menschen – ungeachtet von gesellschaftlichen Positionierungen und Hierarchisierungen nach Geschlecht, Religion und Bildung – in Windeseile die nötige

Infrastruktur, die es möglich machte, nicht nur tagsüber, sondern auch nachts und mancherorts mehrere Wochen lang auf zentralen öffentlichen Plätzen zu demonstrieren, zu leben, sich auszutauschen und sich gegen die direkte und indirekte staatliche Gewalt zur Wehr zu setzen.

Anstatt ein bereits fertig geschnürtes Paket repräsentativer Demokratie zu importieren, haben die Menschen in Tunesien und Ägypten damit begonnen, den öffentlichen Raum zu verändern und nicht nur neue politische Formen auszuprobieren, sondern zugleich neue Sozialitäten, neue Lebensweisen zu praktizieren.

Diese Platzbesetzungen und Kämpfe haben weltweit einen Funken entfacht. Die BesetzerInnen haben auf den Plätzen nicht-repräsentationistische (also nicht einer identitären Logik politischer Repräsentation entsprechende) und alternative soziale Formen von Demokratie praktiziert. Die Bewegungen in Europa und in den USA – von der 15M-Bewegung bis zu Occupy – bezogen sich auf diese Praxen. Der verbindende Slogan lautete: »Reale Demokratie jetzt sofort«.

Nicht-repräsentationistische Praktiken sind keine gänzlich neue Erfindung. Sie haben historische Genealogien im Anarchismus, in den feministischen und queeren Bewegungen, in der zapatistischen Bewegung der 1990er sowie der globalisierungskritischen und Euromayday-Bewegung der 2000er Jahre. Doch die Proteste des vergangenen Jahres gingen weit über ein linkes sozialkritisches Spektrum hinaus. Die Besetzungen sind als Brüche an unterschiedlichen Orten zu verstehen und bedeuten jeweils und zusammen einen Exodus aus den vorgegebenen Formen von Demokratie. Auf einer theoretischen Ebene lassen sie sich als das Entstehen einer konstituierenden Macht begreifen (Negri 1998, 77).

KONSTITUIERENDE MACHT JENSEITS VON REPRÄSENTATION

Im gängigen Rechts- und Staatsverständnis ist konstituierende Macht nur als Vereinheitlichung und Vereinigung der Vielen in einem »Volk« denkbar. Dieses gilt in seiner Vielheit und Heterogenität als nicht zu versammeln und muss deshalb repräsentiert werden. In der abendländischen Tradition wird in der Regel eine konstituierende Macht der nicht zum »Volk« gebändigten Vielen aus dem Bereich des Vorstellbaren ausgeschlossen, weil sie mit Nichtregierbarkeit, Unordnung und Chaos assoziiert wird. Die Vielen werden durch Partizipation und Gehorsamsverhältnisse in die politische Ordnung eingebunden. Sie dürfen als Masse weder desinteressiert an noch resigniert gegenüber der repräsentativ-demokratischen Herrschaftsform zurückgelassen werden, da so nicht nur deren Legitimation untergraben wird, sondern auch die Gefahr des Aufstands droht.

Innerhalb bestehender Ordnungen gilt politisches Handeln meist nur als konstituierte Macht, gebunden an Repräsentation und vereinigende Organisierung. Eine konstituierende Macht, die eine Vermittlung durch Repräsentation zurückweist und zugleich nicht jenseits der bestehenden Ordnung existiert, gilt darüber hinaus nicht selten als unpolitisch und wird als Prozess negiert. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass der

Bereich der Politik noch immer getrennt vom Privaten, aber vor allem vom Sozialen gedacht wird. Dagegen bedeutet der Fokus auf eine konstituierende Macht der Vielen, die prozessual und immanent verstanden wird, die widerständige und gesellschaftsverändernde Kraft von Alltagshandeln, sozialen Beziehungen, Lebensformen und vor allem Subjektivierungsweisen in den Blick zu nehmen – alles Verhältnisse, die die politische Theorie in der Regel unberücksichtigt lässt und die nicht als politisches Handeln betrachtet werden.

HORIZONTALITÄT IN DER GEMEINSAMEN SELBSTREGIERUNG

Manche würden sagen, es geht bei den Besetzungen und Versammlungen um direkte Demokratie, aber das trifft es nicht, denn es geht um mehr als um Abstimmungen und die Partizipation an Entscheidungen über Sachfragen. Vielmehr handelt es sich um Horizontalität als alternative demokratische Praxen (vgl. u.a. Sitrin 2006; 2012). Horizontalität entsteht aus der Notwendigkeit heraus, über die gemeinsamen Angelegenheiten selbst entscheiden zu müssen, weil repräsentationistische Strukturen versagen und ihnen zu misstrauen ist. Horizontalität will in erster Linie bestehende Hierarchien abbauen. Es handelt sich zunächst um ein Instrument der unmittelbaren gemeinsamen Selbstregierung, ohne VertreterInnen zu wählen, sich an bestehende Institutionen zu wenden und in bekannter Weise Forderungen aufzustellen. Es geht um soziale Regelungen, um neue Formen der Organisierung, um neue Weisen der Subjektivierung, die hegemoniale Formen der Gouvernementalität, also des Regiertwerdens und des Sich-selbst-regierbar-Machens, durchbrechen.

Horizontalen Praxen geht ein gemeinsamer Exodus aus hegemonialen Machtverhältnissen voran, durch den ein neuer Umgang miteinander ermöglicht wird: ein Bruch, eine Verweigerung, die eine Bresche schlägt für etwas Neues, ein Exodus aus vorherrschenden Einteilungen von Zeit und Raum, der sich in Besetzungen und Versammlungen materialisiert. In diesem Kontext bedeutet die Besetzung eine Blockade gewohnter, hegemonialer Ströme des Verkehrs, deren Interesse nicht das Stillstellen oder die Konfrontation mit der Staatsmacht ist, sondern das Eröffnen und Ermöglichen – die Entwicklung einer konstituierenden Macht in der Selbstorganisierung.

Horizontalität behauptet nicht einfach die Gleichheit aller Beteiligten, weil jede und jeder eine Stimme hat. Nicht jede und jeder kann in gleicher Weise sprechen, ist vertraut damit, vor anderen in der Öffentlichkeit die eigene Position zu vertreten; manche brauchen mehr Zeit als andere, bis sie beginnen zu sprechen. Nicht allen wird nur aufgrund des Anspruchs von Horizontalität in gleicher Weise zugehört. Für sich selbst zu sprechen, um gemeinsame Auseinandersetzungen möglich zu machen, muss erst erlernt werden. Horizontalität ist also kein Instrument des Gleichmachens aller Anwesenden, sondern schafft einen sozialen Raum, in dem jede und jeder sich als verschiedene und ähnliche Singularität ermächtigt fühlt, zu sprechen und sich den gemeinsamen Herausforderungen zu stellen. Das heißt auch, bewusst mit Privilegien und Ungleichheiten umzugehen und Heterogenität in der Weise des Sprechens und in den Meinungen

auszuhalten. In diesem Sinne handelt es sich nicht um ein Programm, das Hierarchien und Vertikalitäten sofort ausschaltet und beendet. Vielmehr eröffnet Horizontalität einen Prozess, in dem Vertikalitäten gerade nicht negiert, sondern zuallererst erkannt werden müssen, um sie zu verändern. Hierarchien, ungleiche gesellschaftliche Positionierungen, hegemoniale Strukturen und staatliche Regierungsweisen konstituieren die Körper und die Köpfe, die in einem horizontalen Miteinander zusammenkommen, und werden nicht einfach durch den Akt des Exodus und der Verweigerung abgeschüttelt. Die Kunst der gemeinsamen Selbstregierung geht aus von den gouvernementalen Weisen der Selbstregierung der Einzelnen, in denen in der Ambivalenz zwischen Unterwerfung und Ermächtigung die gesellschaftlichen Verhältnisse (re-)produziert werden.

Die Herausforderung besteht darin, in der politischen Praxis Differenzen in ihrer unabgestuften und nicht-identitären Mannigfaltigkeit überhaupt zu ermöglichen, das heißt mit Leuten zu kommunizieren, zu streiten und zu leben, ohne sie zu definieren. Das Überschreiten von hierarchisierenden Differenzierungen nach Geschlecht, Klasse, Sexualität, Herkunft und »Rasse« ist keine Frage des »richtigen Bewusstseins«, sondern eine alltägliche, andauernde Praxis, die erlernt werden muss. Das ist konfliktgeladen, mühsam, es gelingt nicht sofort und nicht immer. Zudem muss jeweils konkret darüber verhandelt werden, was es auf der Grundlage, dass alle gleichberechtigt sind, bedeutet, Vielheit auszuhalten und zu akzeptieren. Differenzen, die nicht hierarchisiert werden, basieren auf und entstehen in den Beziehungen zwischen den Beteiligten. Das bedeutet keineswegs, dass mit Horizontalität grenzenlose Inklusion angestrebt wird, dass alle partizipieren können, egal welche Meinung sie haben und wie sie sich zu anderen verhalten. Es geht eher um relative Inklusion. Wer beispielsweise nicht verhandelbare rassistische oder sexistische Positionen äußert, wer die Grundvoraussetzungen des wechselseitigen Respekts und der Gleichberechtigung nicht akzeptiert, kann aus den Versammlungen, den Zusammensetzungen der Vielfältigen ausgeschlossen werden. Eine Kunst besteht gerade darin, keine Verhaltens- und Sprechdogmen entstehen zu lassen, sondern eine Praxis beständigen Aushandelns zum Abbau von Hierarchien und diskriminierenden wie isolierenden Praxen zu entwickeln. Dabei kann es gerade nicht um moralische Ordnungsmuster des »richtigen Verhaltens« gehen.

Eine weitere Kunst besteht darin, ausgehend von gouvernementalen Techniken des (Selbst-)Regierens, nicht in die neoliberale Logik von Diversität zu verfallen, wonach die Einzelnen vor allem dort eingesetzt werden, wo sie am effektivsten zu sein scheinen. Statt auf Repräsentation basiert Horizontalität auf Affirmation – nicht im Sinne unkritischer Akzeptanz, sondern vielmehr als Ermächtigung. Die unterschiedlichen partizipierenden Singularitäten werden mit ihren (potenziellen) Fähigkeiten affirmiert. Horizontalität ist niemals selbst Zweck oder Ziel, sondern immer nur ein Mittel in einem Prozess der gemeinsamen Selbstregierung, der Organisierung, die nicht in die Logiken der Repräsentation und staatlicher Institutionen zurückfällt.

DIE DEKLARATION DER BESETZUNG

Der Prozess der Organisierung, der im Exodus auf den öffentlichen Plätzen entstand, bedeutete zwar einen Bruch mit bestehenden Anordnungen von Raum und Zeit, aber keine Flucht in ein Jenseits von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Traditionelle und hegemoniale Denk- und Handlungsweisen standen neben der Erprobung alternativer Sozialitäten und Praxen und prallten zuweilen aufeinander. Eines der ersten Schriftstücke von Occupy Wall Street war »The Declaration of the Occupation of New York City«, beschlossen im Konsensverfahren am 29. September 2011 in einer »General Assembly« im besetzten Zuccotti Park (umbenannt in Liberty Square), an der 6 000 bis 7 000 Menschen teilgenommen haben sollen (Sitrin 2011, 29). Diese wurde behandelt als »living document that will grow and change with time. As democratic, consensus-based decision-making assemblies continue to shape the declaration we will publish new editions accordingly« (The NYC General Assembly 2012, 3). In diesem Sinne ist die Deklaration Teil einer permanenten Konstituierung. Zugleich beginnt diese vorläufige Erklärung der beliebigen Vielen auf dem Liberty Square wie eine Konstitution (von der allerdings mehrere Fassungen kursieren). In der gedruckten Version steht am Anfang »We, the people …«. Damit werden die ersten Worte der Verfassung der Vereinigten Staaten zitiert, ohne allerdings eine gesetzgebende Macht zu übertragen. Es geht im weiteren Verlauf der Deklaration nicht um Repräsentation, sondern um zwei Machtblöcke, die sich in den Pronomen »we« and »they« kondensiert gegenüberstehen. Ebenso ist auch jene Fassung der Deklaration strukturiert, die im Internet zu finden ist. Sie soll ebenfalls am 29. September 2011 von der »General Assembly« angenommen worden sein. Diese Version beginnt nicht mit der Zitation der US-Verfassung, sondern verdichtet die Machtblöcke bereits durch die ersten vereinheitlichenden Worte: »As one people, united …« (nycga.net/resources). Die Menschen werden zu *einem* »Volk« vereinigt und in einer eher dichotomen Aufteilung als 99 Prozent einem Prozent Reichen gegenübergestellt. Horizontalität wird still gestellt und vereinheitlicht. Tatsächlich wurde der Slogan »We are the 99%« von BewegungskritikerInnen oft als ebenso anmaßend wie repräsentationistisch beanstandet.

In meiner Interpretation diente die Deklaration einem anderen Zweck. Sie zeigt, dass der Prozess einer Konstituierung, die sowohl einen Bruch mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen anstrebt als auch eine Bresche schlägt für neue Denk- und Handlungsräume, suchend verläuft. Die Deklaration maßt sich im traditionellen Sinn konstituierende verfassunggebende Gewalt an, und sie überschreitet zugleich das traditionelle Verständnis von konstituierender Macht, denn sie wiederholt nicht die juridische Logik der Gesetzgebung. Und sie ist ein vorläufiges, ein lebendiges Dokument, das nur einen Ausschnitt eines anhaltenden Prozesses der Aushandlungen zeigt. Ein konstituierender Prozess ist immer konfliktgeladen und wird beständig neu zusammengesetzt. So stellt die Deklaration das Festhalten eines vorläufigen Konsenses dar und damit ein Zusammenfügen der heterogenen Stimmen in der »Gene-



»6. Lärmdemo – Wir bleiben alle!«, Berlin 2012, © Thomas Strasas

ral Assembly«, auch wenn die vereinheitlichende Formulierung »as one people, united« dies wieder unsichtbar macht.

Bleiben wir noch einen Moment bei der Deklaration. In einem der Bücher aus der Bewegung wird einer der Konflikte um das Schriftstück transparent gemacht (Ashraf 2011, 33ff). Geschildert wird eine Auseinandersetzung auf der Versammlung am 29. September 2011, die sich an der vereinheitlichenden Bezeichnung »one people« entzündete. Die Fassung, über die diskutiert wurde, begann folgendermaßen: »As one people, formerly divided by the color of our skin, gender, sexual orientation, religion, or lack thereof, political party or cultural background, we acknowledge the reality: that there is only one race, the human race, and our survival requires the cooperation of its members.« Gegen diese Formulierung protestierten einige People of Color, die sich in dem Moment erstmals als Gruppe zusammenfanden: »Formerly divided« sei unzutreffend und mache die Unterdrückung von Marginalisierten unsichtbar, weshalb die Formulierung durch »despite the divisions of« ersetzt werden solle. Die Kritik richtete sich gegen die in der Formulierung »formerly divided by« implizierte Annahme, dass eine Teilung des »Volkes« und damit strukturelle Ungleichheiten und Diskriminierungen überwunden seien. Die scheinbar kleine Änderung in »despite the divisions of« bedeutet nichts weniger als eine grundlegende Wendung des Verhältnisses von Gleichheit und Ungleichheit. Die Änderung drückt aus, dass in den »General Assemblies« und damit in der Bewegung viele unterschiedlich positionierte Menschen in horizontalen Praxen zusammenfinden, obwohl es weiterhin hierarchisierende Trennungen zwischen den Geschlechtern, Sexualitäten, »Rassen« und Religionen gibt. Der Änderungsvorschlag wurde von der »General Assembly« angenommen.[1]

Diese Geschichte steht beispielhaft für die vielen Kämpfe in Occupy Wall Street, die vermieden, dass Leute einfach wegblieben, weil sie keine Möglichkeiten sahen, sich aktiv in die Bewegung einzubringen. Vielmehr zeichnete sich Occupy Wall Street durch eine zunehmend inkludierende Heterogenität und Horizontalität aus, und es wurde bei jeder Versammlung darauf geachtet, wer spricht und wie miteinander umgegangen wird.

DIE UNGEDULD GEGENÜBER EINER KONSTITUIERENDEN MACHT

Braucht es aber nicht unbedingt auch eine konstituierte Macht der Besetzungsbewegungen, die über die bereits entwickelten und sich verändernden Organisierungen und Instituierungen hinausgeht? Muss das, was bisher im Prozess der konstituierenden Macht und der Horizontalität erreicht wurde, nicht verdichteter organisiert und institutionalisiert werden, um an Stärke zu gewinnen und grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, national wie transnational?

Nicht selten werden horizontale Praxen als anti-institutionell (miss-)verstanden und in Gegensatz zu vertikalen Strukturen und Vermittlungen gesetzt, weil diese Hierarchie bedeuteten. Doch Horizontalität kann Institutionalisierung nicht per se gegenübergestellt werden: In der Praxis der gemeinsamen Selbstregierung muss es möglich sein, neue politische und soziale Institutionen des

herzustellenden Gemeinsamen zu schaffen, die das Politische nicht vom Sozialen und Ökonomischen abtrennen. Wenn es in den Versammlungen um die Herausbildung neuer Gesellschaftsformen und neuer Formen der Organisierung des Zusammenlebens geht, dann müssen auch Fragen nach den Produktionsverhältnissen gestellt werden, nach gegenwärtiger Prekarisierung und der Verteilung von gesellschaftlicher Arbeit. In den Demokratiebewegungen von 2011 sind viele »präsentische« demokratische Praxen zu finden, die diesen Prozess weitertreiben und Zukünftiges erfinden.[2] »Präsentisch« sind diese Praxen auch deshalb, weil sie kein Programm und keine Idee umsetzen, sondern in konkreten Situationen in der Auseinandersetzung mit anderen ausgehandelt und aktualisiert werden müssen. Denn es geht nicht um die Übernahme der Macht, sondern um das fortwährende Eröffnen eines Möglichkeitsraums zur Neuorganisation eines Gemeinwesens. Hierfür sind neue Formen der Vertikalität notwendig, die den Prozess einer konstituierenden Macht nicht still stellen.

Es braucht eine vernetzte konstituierte Macht, ausgehend von der Repräsentationskritik der Bewegung und von den Organisierungen, die im Zuge der konstituierenden Macht bereits stattgefunden haben, die horizontal und zunehmend dezentral agiert, um auf einer anderen Ebene und in anderer Weise konzertiert in die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu intervenieren, deren Dynamiken durch die Besetzungen zeit- und teilweise ausgesetzt wurden (vgl. Lorey 2011, 307ff). Notwendig sind neue vertikale Verdichtungen. Welche Formen angemessen sind, wird gegenwärtig an vielen Orten diskutiert und ausprobiert. Es existieren historische Beispiele, seien es Räte oder *Spokes Councils*. Ob Formen des imperativen, jederzeit abzuberufenden Mandats noch immer nützlich sein können, muss sich in der Praxis zeigen. Um traditionelle Herrschaftsmuster nicht zu wiederholen, dürfte eine noch zu erfindende konstituierte, vertikale Macht den Prozess und die Bewegung der konstituierenden, tendenziell horizontalen Macht nicht abbrechen oder neutralisieren, sondern müsste sie befördern. Es müsste eine konstituierte Macht sein, in der sich die andauernde konstituierende Macht auf unterschiedliche Weisen aktualisieren kann.

LITERATUR

Ashraf, Hena, 2011: Claiming Space for Diversity at Occupy Wall Street, in: Sarah van Gelder (Hg.), *This Changes Everything. Occupy Wall Street and the 99% Movement*, San Francisco, 33–35

Lorey, Isabell, 2011: *Figuren des Immunen. Elemente einer politischen Theorie*, Zürich

Negri, Antonio, 1998: Repubblica Costituente. Umrisse einer konstituierenden Macht, in: Thomas Atzert (Hg.), *Umherschweifende Produzenten. Immaterielle Arbeit und Subversion*, Berlin, 67–82

Sitrin, Marina (Hg.), 2006: *Horizontalism. Voices of Popular Power in Argentina*, Oakland/CA, Edinburgh

Sitrin, Marina, 2011: The Chills of Popular Power: The First Month of Occupy Wall Street, in: Sarah van Gelder (Hg.), *This Changes Everything. Occupy Wall Street and the 99% Movement*, San Francisco, 27–32

Sitrin, Marina, 2012: Some Issues with Horizontalism, in: *Occupy! An OWS-Inspired Gazette* 3, 30–32

The NYC General Assembly, 2012: *The Declaration of the Occupation of New York City*, hg. v. The Sparrow Project, Second Edition, Washington

1 Offensichtlich gab es noch weitere Änderungen, sodass in den veröffentlichten Fassungen letztlich die Aufzählung der Ungleichheitsverhältnisse ganz wegfiel.

2 »Präsentisch« verweist auf ein gegenwärtiges Werden, auf eine ausgedehnte, intensive politische Sozialität; »präsentisch« bezieht sich auf Praxen und nicht auf eine Vergegenwärtigung wie in der Repräsentation. Diese Praxen sind verankert in historischen Genealogien und kontingent in ihrer kollektiven Verkettung.

POTENZIALE POLITISCHEN ZELTENS

ALTE UND NEUE CAMPS ALS AKTIONSLABORATORIEN

CHRISTIANE LEIDINGER

Protest, Isomatte und Zelt waren im Jahr 2011 unzertrennlich. Das Mobilisierungsflugblatt zu den Blockupy-Protesten in Frankfurt am Main 2012 weist »Zelten« sogar als »Symbol des Protests« aus. Orientiert man sich an der Geschichtsvergessenheit von Medien, mitunter auch der »neuen« AktivistInnen, ist politisches Zelten eine Erfindung von »Occupy« oder der »Bewegung 15. Mai« in Spanien 2011. Die »Indignados« (»Empörte«) hätten sich das Prinzip der Platz-Besetzung in Innenstädten von den Aufständen und Revolutionen in Ländern Nordafrikas abgeschaut.

Eine Geschichte emanzipatorisch-politischen Zeltens muss noch geschrieben werden. Beispiele sind: das Berlin-Kreuzberger Camp der Flüchtlinge vom »Refugee Protest March« seit Oktober 2012, die Krisenproteste mit Zelt seit 2011, die Zeltstadt der Stuttgart21-GegnerInnen im Schlosspark seit 2010, das Klimacamp in Hamburg 2008, die globalisierungskritischen Protestcamps gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, das »summercamp

of resistance« der Bildungsproteste 2005 in Berlin, das Camp der »feministischen Widerstandstage« in Berlin 2004, das erste internationale antirassistische Camp der »no border networks« 2002 in Straßburg oder das erste antirassistische »Grenzcamp« der Kampagne »kein mensch ist illegal« bei Rothenburg an der Neiße 1998. Politisches Zelten ist auch älter als das zweite »internationale Camp für Lesben und andere Frauen« in der Nähe von Amsterdam 1990 oder die Hüttendörfer des Widerstands gegen das Atomkraftwerk und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf 1985/86. Die längste Camptradition der BRD haben die oftmals vergessenen Frauenwiderstandscamps: Elf Jahre lang wurden im Hunsrück Zelte in feministisch-antimilitaristischer Absicht aufgestellt. An ihrem Beispiel lassen sich Potenziale und Strategien politischen Zeltens ausloten.

ANFÄNGE IN DER BUNDESREPUBLIK

In der Bundesrepublik fand das erste Protestzelten vermutlich 1973 in Nordhorn-Range statt. Die Range war militärisches Übungsgelände der britischen Royal Air Force in der Nähe von Nordhorn und Klausheide in Niedersachsen. Seit 1971 kämpften AnwohnerInnen gegen die immense Lärmbelästigung. Als diese am 12. Juni 1973 erneut den Platz besetzen, schlagen Jugendliche aus dem freien Jugendzentrum, Mitglieder des Verbandes für Kriegsdienstgegner und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), Zelte des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM) auf. Sie wollen den Platz auch nachts okkupieren und die »Notgemeinschaft« unterstützen.

Bekannter ist das Hüttendorf in Whyl im Jahr 1975: Gegenüber von Whyl in Baden-Württemberg liegt die elsässische Ortschaft Marckolsheim, in der ein Bleichemiewerk gebaut werden soll. Am 20. September 1974 errichten dort im Rahmen eines Bauplatzbesuchs über 100 Demonstrierende aus dem bundesdeutschen und französischen Umland ein Camp: das womöglich erste transnationale Protestzeltlager in Europa. Der Werksbau wird im Februar 1975 verboten. Dieser politische Erfolg führt zu einem aktivistischen Aufschwung auf der anderen Rheinseite. Dort wurde schon länger gegen den Bau eines AKWs demonstriert. Am 18. Februar 1975 erzwingen rund 150 Frauen, Männer und Kinder die Einstellung der Baumaßnahmen. Sie schlagen Zelte auf und werden brutal mit Wasserwerfern geräumt. Wenige Tage später wird der hochgezogene Panzerdraht überwunden und der Platz in einer spektakulären Aktion erneut besetzt. Zwischen 10 000 und 28 000 Menschen sind aktiv. Acht Monate lang wird im Camp kollektives Leben und Lernen organisiert.

HISTORISCHE CAMPS IN ANDEREN LÄNDERN

Die Geschichte politischen Zeltens reicht mindestens bis in die 1920er Jahre zurück.[1] In Großbritannien etwa sollen der Quaker-Website »Turning the Tide« zufolge Camps der Friedensbewegung als 24-Stunden-Proteste in der Nähe von Militärstützpunkten organisiert worden sein. Nachweislich campten friedensbewegte junge QuäkerInnen von 1935 bis 1939 in Süd-England. Ebenfalls aus den 1920er Jahren ist ein Mehrgenerationen-Camp aus den USA bekannt: Die massive Arbeits- und

Wohnungslosigkeit der Great Depression traf insbesondere afro-amerikanische ArbeiterInnen. Sie wehren sich u.a., indem sie in New York auf dem Grund eines trockengelegten Wasserreservoirs Hütten und Zelte errichten; sie nennen es »Hoover Valley« oder »Hoovervilles« nach dem damaligen US-Präsidenten Herbert Hoover. 1968 campen ein paar Wochen nach der Ermordung von Martin Luther King Jr. rund 2 600 Afro-AmerikanerInnen in Washington, D.C. Im Rahmen der »Poor People's Campaign« (Kampagne der Armenbewegungen) protestieren sie sechs Wochen lang unter dem Namen »Resurrection City« – Stadt des Wiedererwachens. Drei Jahre danach ist Washington erneut Schauplatz eines Camps: Am 12. Mai 1971 protestieren während der »May Day«-Proteste 35 000 bis 45 000 Menschen gegen den Vietnam-Krieg und planen vom West Potomac Park aus die nächsten Aktionen.

CAMPS MIT LANGER GESCHICHTE

Zelte als Protestsymbol werden auch von Aborigines in Australien genutzt: Sie machen seit 40 Jahren mit Zelt-Botschaften – »Aboriginal Tent Embassy« – auf ihr Recht auf Land, Ressourcen und Souveränität aufmerksam. Die erste Botschaft wird am 26. Januar 1972 in Form eines Sonnenschirms auf dem Rasen vor dem Parlament in Canberra errichtet – mit dem Hinweis »Aboriginal Embassy«. Darunter sitzen drei junge Leute mit Protestschildern; kurz darauf schlagen sie Zelte zur langfristigen Etablierung ihrer Botschaft auf. Als im Januar 2012 Tony Abbott, Oppositionsführer der konservativen Koalition, verkündet, es sei Zeit »to move on«, kommt es zu massiven Protesten. Auch die Landlosenbewegung »Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra« (MST) in Brasilien hat einen langen Atem im politischen Zelten. Sie errichten seit 1985 »acampamentos« (Camps) und protestieren damit gegen die rechtswidrige Nutzung von Ländereien.

ANTIMILITARISTISCH-FEMINISTISCHE CAMPTRADITION

Populär wurde politisches Zelten in Europa und darüber hinaus – in friedenspolitischer und antimilitaristischer Absicht – mit dem »Greenham Common Women's Peace Camp«. Greenham startete im Spätsommer 1981 gender-gemischt und entwickelte sich im Laufe des Jahres zu einem Frauencamp, das bis 2000 jährlich stattfand. Dem Greenham Camp gelingen Massenmobilisierungen: 1982 umzingeln 30 000, ein Jahr später 50 000 die Militärbasis. Greenham Common entfaltete eine inspirierende Strahlkraft in andere Länder – etwa in die BRD. Dort fanden von 1983 bis 1993, also elf Jahre lang, ähnliche, gleichwohl kleinere Frauenwiderstandscamps auf einem privaten Wiesengrundstück in Reckershausen im rheinland-pfälzischen Hunsrück statt. Die Bezeichnung »Frauenwiderstandscamp« war Programm: Die Frauen protestierten gegen Militarismus und Sexismus und zeigten Zusammenhänge zwischen beiden Herrschaftsverhältnissen auf. In Spitzenzeiten lebten, diskutierten und protestierten bis zu 2 000 politische Camperinnen zwischen vier und acht Sommerwochen gegen Militär, Rüstung und Alltagsgewalt gegen Frauen, Lesben und Mädchen. Anlass war die im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses 1979 geplante –

und schließlich durchgeführte – Stationierung von 96 Cruise Missiles im Hunsrück sowie die besondere Militärdichte in der Region mit ihren Folgen für Menschen und Umwelt. Die Aktivistinnen kamen aus verschiedenen Flügeln der Frauen-, der Lesben- sowie der (Frauen-)Friedensbewegung, zudem aus der linksradikalen Autonomen- und Anti-AKW-Bewegung oder der HausbesetzerInnen-Szene. Auch Anarchistinnen, Protestierende gegen die Startbahn West in Frankfurt am Main, Anti-Imperialistinnen, Aktivistinnen aus dem Verein der Verfolgten des Naziregimes (VVN) sowie aus anderen antifaschistischen Gruppen beteiligten sich. Unter den Organisatorinnen und Aktiven waren zu Beginn auch im Hunsrück ansässige Frauen.

Das frühe Zeltlagerleben wurde in Bezugsgruppen strukturiert. Ein Sprecherinnenrat sorgte neben dem Plenum für Austausch. Beschlüsse fassten die Frauen im Konsens mit Vetomöglichkeit; dezentrale Entscheidungen in Aktionsgruppen gab es ab dem zweiten Camp. Im Laufe der Jahre veränderte sich der Charakter von einem nach außen gerichteten Protest-Zeltlager gegen Militarismus und Sexismus zu einem kleineren, nach innen orientierten Diskussions- und Selbsterfahrungscamp vor allem für Frauen und Lesben mit sexualisierten Gewalterfahrungen.

Die Proteste zogen staatliche Repression nach sich: von kontinuierlicher Polizei-Überwachung über Bußgelder bis hin zu Haftstrafen. Gerade die Aktionen verschafften den »Campfrauen« und ihren Anliegen in der Anfangszeit mediale Aufmerksamkeit. Das breite Spektrum der politischen Aktionsformen umfasste z.B. spirituell motiviertes Blumen-Umpflanzen, das Umstellen militärischer Straßenschilder, Baukranbesetzungen oder Sabotage. Wie in Greenham wollten die Aktivistinnen »das Patriarchat entwaffnen«, wie Sasha Roseneil treffend formulierte.

Die Hunsrücker Proteste wurden in den ersten Jahren von einem politisch weitgreifenden Bündnis von Einzelfrauen und Gruppen getragen. Darin lag auch ein erhebliches Konfliktpotenzial und es bestand die Gefahr, dass die Koalition auseinanderbrechen könnte. Ein Bündnis muss im Prozess ausgehandelt und stets gepflegt werden. Zu dieser Bündnisarbeit gehört es bspw., verschiedene kommunikative Strategien zu überlegen sowie Diskussions- und Konfliktlösungsverfahren zu entwickeln. Dem gemeinschaftlichen Campieren selbst kam hierbei die tragende Rolle der Vertrauensbildung zu, was sich an den frühen Hunsrückcamps zeigen lässt.

SPEZIFISCHE POTENZIALE POLITISCHEN ZELTENS

Das mehrwöchige Leben auf dem Frauenwiderstandscamp – gemeinsame reproduktive Tätigkeiten wie Zelte aufschlagen, Holz sammeln oder Kochen – bildete Formen kollektiven Alltagshandelns, ermöglichte Nähe und andere Bindungen. Dabei wirkte der niedrigschwellige Mitmach-Charakter für diejenigen mobilisierend, die nur anpolitisiert waren. Das lässt sich für alle längeren Camps dieser Art verallgemeinern. Das wochenlange gemeinschaftliche Zelten (Zeitfaktor) und das Prinzip des Camps (Zusammenleben auf territorial abgestecktem Raum) machten es einfacher, sich kennenzulernen. Im Zeltlageralltag konnten sich sogar politisch »verfeindete«

oder sich nicht ernst nehmende Bündnispartnerinnen anders wahrnehmen: als Individuen, nicht (nur) als Vertreterinnen einer politischen (Aktions)Richtung. Im Idealfall, von dem noch die ersten Widerstandscamperinnen berichten, verhinderte oder minimierte dies Pauschalisierungen, Stereotype, mithin unproduktive, reflexartige und damit vorschnelle Abwehrreaktionen sowie Abwertungen. Auf den frühen Hunsrückcamps gelang es, gegenseitigen Respekt, Wertschätzung und Akzeptanz in Unterschiedlichkeit statt falsch verstandener Egalisierung zu entwickeln. Der produktive Umgang mit Differenzen sowie mit politischen Meinungsverschiedenheiten, das Kunststück, selbst bei scharfen politischen Kontroversen neugierig und offen zu bleiben, beugte Genervtheiten und Ablehnung vor. Diese intensive »Alltagsebene« barg gleichzeitig vielfältige Anlässe für eine Eskalation von Konflikten. Gegenüber trennenden politischen Auseinandersetzungen benennt eine damalige Aktivistin im Gruppeninterview 2010 die »Aktionsebene« der ersten Jahre als explizit verbindendes Element. Durch die Gemeinsamkeit der nach außen gerichteten Proteste konnte wieder eine Verbindung nach innen geschaffen oder erneut sichtbar gemacht werden. Sie formuliert es so: vorher »erbitterte Diskussionen führen« und »dann zu sehen, wir können dann trotzdem rausgehen und etwas damit machen«. Die inhaltlichen Kontroversen konnten auf diese Weise relativiert, teils sogar abgeschwächt werden; zumindest spalteten sie nicht mehr folgenreich die frühen Campbündnisse.

Darüber hinaus zeigt sich im Hunsrück ein weiteres Potenzial, das eng mit dem Prinzip des Zeltens zusammenhängt: Die teils kontroversen Aktionsformen können unmittelbar kognitiv und emotional reflektiert werden. Auf dem Zeltlager gab es – wie eine andere Camperin formuliert – »eigentlich immer das zeitnahe Aufarbeiten, [...] wie hat es geklappt, was hat nicht geklappt, wie ist es jeder gegangen und was wünscht man sich für eine Veränderung«. Bei politischen Aktionen jenseits von Camp-Kontexten bedarf es eines zusätzlichen Treffens, das oftmals deutlich später und selten mit allen stattfindet.

In Reckershausen kamen aufgrund der politischen Breite des *frühen* Bündnisses Frauen mit unterschiedlichen Aktionserfahrungen zusammen und steckten einander mit der Vielfalt der Widerstandsmöglichkeiten an. Solche Protestcamps bergen das Potenzial, Ermöglichungsort und Experimentierfeld zu sein. Um das eigene Aktionsrepertoire zu erweitern, bedarf es emotionaler und kognitiver Sicherheit, durch die sich Vertrauen entwickelt. Schon im Verlauf des ersten Camps verringerte sich das Distanzierungsbedürfnis gegenüber anderen Aktionsformen, etwa solchen, die sich als »nicht gewaltfrei« verstanden. Das Zeltlager konnte zu einem Laboratorium für Aktionen werden und als Motor für das breite Bündnis wirken.

Ein weiteres wichtiges Element der Frauenwiderstandscamps – und damit ein Potenzial politischen Zeltens – ist die spezifische Verknüpfung von gemeinschaftlichem Alltagsleben im Camp, Diskussionen und Aktionen mit visionären, utopischen Zielen, die nicht »bis nach der Revolution« verschoben werden soll(t)en. Diese Strategie der Veränderungen im Alltag, der *prefigurative politics* geht



Occupy DC, Washington, 2011, © Gerald L. Campbell/flickr

auf eine frühsozialistische und -anarchistische Tradition zurück. Sie wird mit der Perspektive »Der Weg ist das Ziel« und einer Demokratisierung bzw. Revolutionierung alltäglicher Lebensbereiche verbunden. Radikale Feministinnen der Frauen- und Lesbenbewegungen (nicht nur) der BRD hatten sich dieser Form von Politik verschrieben. Sie kam besonders innerhalb von Camps zur Blüte, da dort *Alltags*handeln und *Aktions*handeln miteinander verbunden erlebt werden konnten.

CAMP-STRATEGIEN

Im Gegensatz zur Aktionsform Demonstration ist politisches Zelten in seiner öffentlichen Dauer-Präsenz nicht flüchtig, wenngleich auch Demos manchmal Spuren entlang der Route hinterlassen. Camps arbeiten mit einer längeren Zeitspanne oder spielen zumindest symbolisch damit. Die Subjekte des Zeltens verlagern mit dem Camp sichtbar ihren Lebensmittelpunkt auf temporär unbestimmte Zeit. Da dies die Existenz der Einzelnen berührt, sind sie wahrnehmbar als Personen, die von der Motivation des Zeltlagers besonders überzeugt und handlungsentschieden sind. Zelte beanspruchen öffentlichen Raum und stellen Öffentlichkeit her. Sie symbolisieren die Bedeutung des Anliegens und artikulieren es. Zelte können zudem nach außen, als Aufbringflächen für politische Botschaften eine Transparent(aufhäng)funktion erfüllen. Im Kampf um Gegenhegemonie sorgen Camps insofern für eine anhaltende Sichtbar-

keit von politischen Analysen, Forderungen oder zumindest Unmut; sie sind eine Form politischer Partizipation und repräsentieren diese zugleich.

Vier Grundformen politischen Zeltens lassen sich unterscheiden: *Protestcamps, Gegen-, sub-, alternativ-kulturelle Camps, Diskussionscamps von Aktivist_innen* und *Work Camps*. *Protestcamps* lassen sich in *Aktionscamps* und *Präsenzcamps* unterscheiden. Steht bei den einen das Zeltlager als präsenter Protestort im Mittelpunkt, so sind es bei den anderen die politischen Aktionen, die von dort ausgehen und durch das Vor-Ort-Camp ermöglicht werden. Stichworte: Anreise, Schlafplatz, organisatorische und technische Logistik etc. Die Krisenproteste mit Zelt sind ein Beispiel für Präsenzcamps etwa in Gestalt von *Zeltstädten* oder von *Kundgebungszelten*, die vor allem Raum aneignen. Von Präsenzcamps können ebenso nach außen gerichtete politische Aktionen ausgehen; fließende Übergänge und Wechsel sind möglich.

Das spezifische Potenzial emanzipatorischer Aktionscamps wie der Frauenzeltlager im Hunsrück oder der gender-gemischten in Heiligendamm zum G8-Gipfel besteht in ihrem Charakter als offene politische Laboratorien, experimentelle Utopie- und Aktionsforen und plurale Orte für territorial-basierte, reflexive, temporäre Organisationsformen. Sie bieten Mobilisierungs-, Partizipations-, Handlungs- und Protestformen. Die Vorbereitung, Errichtung und Durchführung eines Camps ist – vor dem Hintergrund der (Alltags-)Kollektivität – eine Form sozialer wie kollektiver Partizipation sowie eine Form politischen Handelns. Der Laboratorien-Charakter politischen Zeltens, der sich im Hunsrück als ein *Camp an einem neuralgischen Ort* entfaltet hat, dürfte jedoch bei Aktionscamps in Form eines *Besetzungscamps* aufgrund der damit verbundenen Unsicherheit weniger zum Tragen kommen.

Alle historischen Protestcamps zeigen: Zeltlager sind eine erfolgreich erprobte, ideale Strategie für Kämpfe um Territorien. Dies können umstrittene Räume sein: Land, Wohnraum, Plätze, Straßen; es kann um die aktuelle oder zukünftige Nutzung von Gelände sowie um Entmietung gehen. Die Zelte symbolisieren Raumaneignung und stellen damit einen direkten Bezug zu den umkämpften Territorien her. Bei den »Hoovervilles« ist das Zelten nicht nur symbolisch, sondern manifest und existentiell funktional. Das Camp symbolisiert das Thema Wohnraum und bietet diesen für die AktivistInnen – ähnlich wie zu Beginn der Krisenproteste in Israel, als campend gegen horrende Mietpreise protestiert wurde.

In den letzten Monaten ließen sich Politik, Justiz und Polizei bereits von Camping-Utensilien nervös machen, dabei wurden sogar Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt.[2] Zelte an sich provozieren – ein Fakt, den sich Initiativen zunutze machen könnten. Bei politischen Aktionen ließe sich auch symbolisch zelten: Ein spontan aufgebautes Zelt bei Outdoor- oder Indoor-Veranstaltungen verweist mit Nachdruck auf den strukturellen Faktor Zeit und den emotionalen Faktor der Entschlossenheit: Wer ein Zelt mitbringt und aufschlägt, ist gekommen, um zu bleiben! Solche tent-ins könnten dabei – so gewollt – auch medial verwertbare Bilder liefern.

Die Analyse der frühen Frauenwiderstandscamps im Hunsrück illustriert, dass politisches Zelten im Sinne eines *mehrwöchigen* Aktionscamps politisch-strategisch eingesetzt werden kann: als Ort der unmittelbaren Reflexion für Aktionen, als Aktionslaboratorium und als Motor für breite Bündnisse. Dabei sind Camps zwar ein idealer Rahmen, gleichwohl aber keine hinreichende Bedingung für eine Umsetzung. Was tatsächlich im Kontext eines politischen Zeltlagers passiert, ist von den flankierenden Verfahren und den beteiligten Personen abhängig. Es erfordert kreative Kommunikationsstrukturen und Offenheit der Beteiligten, mit (potenziellen) Konflikten auf Camps umzugehen bzw. diesen präventiv zu begegnen – hier ließe sich von den feministischen Bewegungen und den Frauenwiderstandscamps einiges lernen.

Der Blick in die Geschichte von Kämpfen mit Zelt reagiert nicht nur auf die Geschichtsvergessenheit von Medien, AktivistInnen oder Wissenschaft, sondern stellt die Camphistorie zur Diskussion, verweist auf praktische politische Zelt-Erfahrungen, aus denen gelernt werden kann und die anerkannt werden sollten. Außerdem bietet die Geschichtsschreibung zu politischem Zelten Anknüpfungspunkte für aktuell Campende, sich in einem historischen Kontext zu verorten.

Das Reflexions- und Lernpotenzial bisherigen politischen *Protest*zeltens ist v.a. in zwei Aspekten zu sehen: Camps eignen sich besonders gut für die Pflege politisch *breiter* Bündnisse, die gemeinsam Aktionen machen wollen. Hier kann Zelten Ermöglichungsort, Experimentierfeld und Reflexionsraum in einem sein. Demgegenüber können Kollektivität und politische Sozialität von Camps dazu verführen, diese auf einen Erlebnisraum und ein soziales Event zu reduzieren, das geradezu desinteressiert ist an den *externen* politischen Zielen und Aktionen. Protestcampen ist eine Aktionsform und eine politische Strategie, die *gezielt*, aber nicht als Camp-Hype eingesetzt sinnvoll ist. Sonst wird die Oberflächen-Aneignung mit Zelt unfreiwillig zu einer oberflächlichen Besetzung, die politisch *nichts* mehr bewegt – außer die auf- und abgeschlagenen Zelte selbst.

LITERATUR

Frauenwiderstand, 1985: Frauenwiderstand im Hunsrück. Frauengeschichte(n) 1983–1985, o.O.

Leidinger, Christiane, 2011: Kontroverse Koalitionen im politischen Laboratorium Camp – antimilitaristisch-feministische Bündnisse und Bündnisarbeit als kontingente, soziale Prozesse, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 3, 283–300

Roseneil, Sasha, 1995: Disarming Patriarchy: Feminism and Political Action at Greenham, Buckingham 1995

Der Beitrag ist mit einer ausführlichen Literaturliste online unter: www.zeitschrift-luxemburg.de.

1 Zeltlager im Kontext der ArbeiterInnenjugendbewegung oder der Reformpädagogik wären ein eigenes Thema.

2 Juristisch wird deshalb gegenwärtig darüber gestritten, ob Zelte – Veranstaltungszelte, Protestzelte – unter das Versammlungsrecht fallen. Während einige Städte Veranstaltungszelte als Versammlungen verstehen, sieht man dies in Frankfurt am Main in Politik und Rechtsprechung anders: Zelte auf öffentlichen Plätzen fallen unter die so genannte Sondernutzung, als seien sie kommerzielle Veranstaltungen.

DER PLAN B

EIN FEMINISTISCHER BLICK AUF EIN ANREGENDES PROJEKT

CORNELIA MÖHRING

Plan B – ein Projekt der Bundestagsfraktion der LINKEN – orientiert auf einen sozial-ökologischen Umbau.[1] Dem Plan A des herrschenden Mainstream wird in überzeugender Weise die These entgegengestellt, dass der »ökologische Umbau nur dann gelingen« kann, »wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist«.

Im Plan B wird die Zukunft konkret. Es geht um Energie, Industrie, Mobilität und die agrarische Produktion. »Im Jahre 2050 [...]« – so beginnen alle vier Leitprojekte. Sie erzählen von Kämpfen um dezentrale Energieversorgung, von hochmodernen Segelbooten, die globale Güter transportieren, vom entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr und regionalen Wochenmärkten. Das ist keine populäre Science-Fiction geworden, und doch ist – trotz notwendiger Fachpolitik – auch Lesevergnügen dabei.

Einig waren sich Verfasserinnen und Verfasser: Die ökologische Frage ist keine der besseren technischen Innovationen, keine

der Vermarktung grünerer Lösungen. Sie ist von Beginn an eine soziale Frage und eine Frage von mehr Demokratie, von politischer Einmischung und Teilhabe. Es geht nicht um die Begrünung des Gegenwärtigen, sondern um echten Strukturwandel.

»Ein rasanter Wandel der Arbeitswelt und der Lebensweisen ist nur in einem Klima sozialer Integration, Einkommen und Ressourcen, geschlechtergerechte[r] Verteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen und Ressourcen und demokratischer Teilhabe aller denkbar.« In Plan B ist der große sozial-ökologische Transformationsprozess als mehrfacher Umverteilungsprozess skizziert: von oben nach unten, fossil zu solar, Staat zu Bürgerschaft, privat zu öffentlich. Die Vorzüge dieses Ansatzes sind unübersehbar. Es hat sich eine lebendige Diskussion entwickelt, in der es darum geht, von links Zukunftsfragen in ihrer Komplexität zu stellen.

Aber in einer Frage geht es diesem Ansatz wie so vielen zuvor. Nachdem die Substanz da war, die Grundfragen geklärt schienen, wurde auch noch die Frage der Geschlechterverhältnisse gestellt. Dies betraf selbst das zitierte Leitbild: Das Ziel einer *»geschlechtergerechte[n] Verteilung von Arbeit, Zeit, Einkommen und Ressourcen«* wurde erst im zweiten Anlauf eingefügt. Im Ergebnis ist auch der Plan B ein Plan, der zu oft beim bloßen Postulat der Geschlechtergerechtigkeit stehen bleibt.

Über weite Strecken des ambitionierten Projekts werden die Leserin und der Leser den Eindruck nicht los, dass sich Debatten über veränderte technologische Grundlagen unserer Produktionsweise, über soziale Sicherheit und demokratische Mitbestimmung geschlechtsneutral führen lassen. Es scheint, als ließen sich soziale Energietarife, solare Wende, gute Rente für alle, bessere Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr, regionales agrarisches Wirtschaften, Vermarkten und Verbrauchen und selbst globales Denken gern und gut als die alte soziale Frage diskutieren. Als Frage der Verfügung über die Produktionsmittel und des Eigentümerverhaltens. Auf den Einwand, dass Frauen den öffentlichen Nahverkehr heute anders nutzen (müssen) als Männer, dass Rentenmodelle – auch bei der LINKEN – bis heute weibliche Biografien nicht zum Ausgangspunkt haben, heißt es: Alle Sozialtarife, von der Energie bis zur Mindestrente, kämen doch insbesondere Frauen zugute, gerade, weil es ihnen schlechter geht, wie die Statistiken sagen. Nur: Das sind keine Statistiken, sondern herrschaftliche Realitäten. Eine solche Position ist nicht radikal genug, sie geht nicht an die Wurzel, ist eine halbierte Verteilungsdebatte. Sie mündet in eine Restmittelpolitik. Wo ist der linke Ansatz, wenn nach gerechten Verhältnissen erst dann gerufen wird, wenn das Essen und die Energie verteilt werden? Was bleibt da im Dunkeln der Produktion? Sind es nur die Eigentumsverhältnisse?

Im Juli 2012 wurde auf der debattenorientierten Homepage des Plan-B-Projektes gefragt: »Geschlechtergerechter sozial-ökologischer Umbau, was soll denn das nun wieder sein?« Die Antworten reichten von: »Was soll diese Frage, der Umbau trifft doch alle Geschlechter gleichermaßen?« bis zu: »Endlich wird in einem Zukunftsthema von Beginn an Geschlechtergerechtigkeit mitdiskutiert.«

Typisch für die Diskussion war die Auffassung, dass »Geschlechterrollen-Diskussionen […] im sozial-ökologischen Umbau zunächst mal nichts zu suchen« haben. Die Veränderung der Geschlechterverhältnisse erscheint als bloßes Resultat sozialer und ökologischer Orientierung, ergibt sich aus der Regionalisierung der Wirtschaft, aus kurzen Wegen zum Arbeitsplatz oder familienfreundlichen Arbeitszeiten und dem Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung. Was sozial und ökologisch ist, sei in der *Folge* auch gut »für die Frauen«. Begründet wird dies auch damit, dass es »einen wirklichen Unterschied bei der körperlichen Möglichkeit, einen Beruf auszuüben, […] bis auf wenige Ausnahmen aufgrund der Produktions-Technologien kaum noch« gäbe. Die feministische Perspektive hat sich hier von selbst hinter dem Rücken der Frauen technologisch erledigt.

Darüber hinaus wird die Frage der Geschlechterverhältnisse ins Private verlegt. Es ginge doch vor allem »um die Möglichkeit, Kinder aufzuziehen und ein normales Familienleben zu führen«: »Wer in der Familie mehr für die Kinder da sein will und kann, ist Privatsache. So war es in der DDR und ähnlich gut könnte es wieder werden. Das wäre völlig ausreichend.« Hier werden Denksperren errichtet. Natürlich: Die hohe Berufstätigkeit und Berufsorientierung von Frauen, positiv flankiert von den sozial-politischen Maßnahmen in der DDR, wirken bis heute nach. Zugleich aber bedeuteten sie keine Aufhebung der strukturellen Diskriminierung von Frauen. Sie waren es, die auch in der DDR die meiste Haus-, Familien- und Beziehungsarbeit leisteten. Die »arbeiterliche Gesellschaft« (Wolfgang Engler) war auch eine Gesellschaft der Doppelbelastung der Frauen in Beruf und Familie. Die althergebrachte Arbeitsteilung blieb erhalten. Befreiungen waren teuer erkauft. Das Patriarchat erhielt eine neue Form.

Wenn ganze Sphären struktureller Diskriminierung zur Privatsache erklärt werden, bleiben die Lösungen politisch blind. Statt zu sagen, den Staat geht es nichts an, wie man lebt und wen man liebt, doch er hat gute Rahmenbedingungen für Menschen mit Kindern zu schaffen, wird Familie – wie sie heute ist – als unabänderlich gesetzt. Politisch fällt einem dann gerade noch ein Ausbau der Kinderbetreuung ein, damit Frauen – nicht etwa alle Geschlechter – Familie und Beruf besser vereinbaren können. Dass Jobs, in denen mehrheitlich Frauen beschäftigt sind, mies bezahlt werden, wird als Problem erkannt. Auch global ist offensichtlich, wie ungerecht Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern verteilt ist. Politische Instrumente, die einen sozial-ökologischen Umbau oder gar Modelle einer transformierten Reproduktion unserer Lebensgrundlagen mit Geschlechtergerechtigkeit verknüpfen könnten, sind jedoch rar.

Auf diese Weise schläft das Interesse an den heutigen Startpositionen bei der Überwindung von Herrschaftsstrukturen – betreffen sie Klassen, ethnische Gruppen und Geschlecht gleichermaßen – weiter gemächlich vor sich hin. Es reicht nicht, die Gleichwertigkeit in den Lebensbedingungen zu fordern. Und es ist auch nicht genug, den Nachteilsausgleich zu fordern. Es geht vor allem darum, Geschlechtergerechtigkeit endlich als Grundbedingung in einen umfassenden Veränderungsprozess einzuschreiben, von

Anfang an und nicht nachträglich, nicht als Reparatur der Schäden, sondern als zentralen Ausgangspunkt eines Plan B, der auch jeden Rest von *Herr*schaft überwindet.

Schlechtere Lebenschancen, nur weil mensch zum Beispiel als Frau geboren wurde, sind versagte Chancen und Bremsklötze für ein solidarisches, produktives Wirtschaften und Zusammenleben. Es geht darum, ein Menschen- und Gesellschaftsbild zu entwerfen und politikfähig zu machen, in dem die Frage nach einer solaren Energiegewinnung und die Frage, wie wir Pflege organisieren, zwei Seiten ein- und derselben Medaille sind.

Eine nachhaltige Produktions- und Lebensweise betrifft nicht nur den Stoffwechselprozess mit der Natur, sondern muss die Sorgearbeit gleichermaßen ins Zentrum rücken. Dann würde es selbstverständlich werden, dass selbst die ökologischste Arbeit in der Industrie gesellschaftlich nicht mehr wert sein kann als die Tätigkeit von KitaerzieherInnen und Pflegekräften. Wieso sollte der mehr Lohn erhalten, der die Dinge unseres Gebrauchs schafft, als die und der, die sich in öffentlichen Einrichtungen um unsere Nächsten sorgen? Aber auch die Forderung nach der deutlichen Anhebung der Entlohnung der »frauentypischen« Berufe reicht nicht aus.

Der Plan B zielt auf ein »gutes Leben für alle«. Nimmt man dies ernst, dann ist damit eine völlige Neubewertung der gesamten gesellschaftlich erforderlichen Tätigkeiten gemeint: der Erwerbsarbeit, der Sorgearbeit, der kulturellen und politischen Arbeit. Dies aber muss erkämpft werden und wird es nur dann, wenn sich viele daran aktiv beteiligen. In den sich verbreiternden Diskussionen um eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleicher Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern lassen sich Ansätze dieses Kampfes finden. In letzter Konsequenz geht es hier um eine Politik der Wiedergewinnung von Zeit und Beteiligungsmöglichkeiten für alle. Will man den sozialökologischen Umbau von Anfang an geschlechtergerecht angehen, steht die Forderung nach einer neuen Zeitpolitik im Vordergrund. Es sind unser aller Freiheitsgewinne, die hier freigeschaufelt werden könnten: Mit einer neuen Verteilung von Lebenszeit ließen sich alte Rollenklischees, strukturelle Benachteiligungen und endlich auch Unterdrückung aufbrechen.

Im Oktober 2012 wurde auf der Plan-B-Online-Plattform ein zweiter Versuch gestartet, Geschlechtergerechtigkeit zu diskutieren, der zur Zeit der Fertigstellung dieses Artikels gerade erst anlief. Dort wurde provokant gefragt: »Ist der ›ökologische Fußabdruck‹ geschlechtsneutral?« Schon der Einstieg in die Diskussion war aufschlussreich. Zunächst wurde die Frage als komisch qualifiziert und das Unbehagen daran skizziert – von Frauen und Männern gleichermaßen. Dieses Unbehagen spiegelt die eingangs skizzierten Denksperren, die es so schwer machen, Geschlechterverhältnisse als Produktions- und Herrschaftsverhältnisse zu begreifen, und nicht nur als Folgen ungerechter Verteilung.

Aus dem Unbehagen aber wurde mehr. Es begann eine Diskussion, die Schritt für Schritt tiefer vordrang und zum Beispiel Arbeitsbedingungen in den Blick nahm: »Ich weiß noch nicht einmal«, so ein Diskutant, »ob die obige

Annahme (schlechtere Arbeitsbedingen für Frauen) stimmt. Sicherlich für Nike oder Benetton arbeiten in den Entwicklungsländern mehr Frauen als Männer unter extrem schlechten Bedingungen. Wenn es aber um Rohstoffabbau geht, in den Bergwerken etc., arbeiten mehr Männer als Frauen. Und dort sind die Arbeitsbedingungen auch nicht wirklich fortschrittlich. Kurz: Wenn in den Entwicklungsländern zu Niedrigstlöhnen gearbeitet wird, sind die Produktionsbedingungen erbärmlich. Egal, ob dort Männer oder Frauen arbeiten. Ansonsten könnte die Frage nur in einer sehr umfangreichen wissenschaftlichen Studie beantwortet werden. Und dann wäre […] zu fragen: Was machen wir mit dem Ergebnis? Die Produktionsbedingungen müssen ja verbessert werden, völlig unabhängig davon, ob hierunter mehr Frauen oder mehr Männer leiden.«

Ja, stimmt, möchten die Leserin oder der Leser da sagen. Nur scheint es irrsinnig schwer zu sein, über eine Verbesserung von unmittelbaren Produktionsbedingungen hinaus zu denken und zugleich die strukturelle Unterdrückung in allen Lebenssphären mit anzupacken. Wieder obsiegt die Erwerbsarbeitszentrierung. Im Rahmen des Plan B wäre außerdem direkt mitzudiskutieren, was aus den Minenarbeitern wird, wenn wir eine andere Energie- und Rohstoffbasis anstreben. Und was aus den Nike-Arbeiterinnen wird. Werden sie ihre grausigen Jobs noch behalten, wenn Transportkosten weltweit teurer werden, weil in der Kostenstruktur ihrer Produkte soziale und ökologische Parameter – politisch erkämpft – Eingang gefunden haben?

Schließlich wurde die offenbar produktiv verwirrende Eingangsfrage nach der vermeintlichen Geschlechtsneutralität des ökologischen Fußabdrucks als Frage eines gewachsenen Verbraucherbewusstseins weiterdiskutiert. Es wurde erörtert, wie unsere Warenwelt produziert wird, und ob man nicht mal bei der öffentlichen Hand nachzufragen habe, ob diese sich einem fairen Handel verschrieben habe. Ein feministischer Blick eröffnet viele Perspektiven.

Im Plan-B-Projekt stecken entscheidende Ansätze, um eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse zu bewirken. Es ist vor allem die eingangs – wie beiläufig – zitierte Orientierung auf das Gute Leben, die ausgemachte Ökologinnen und Ökologen mit dezidierten Feministinnen und Feministen teilen. Hier liegt der Schnittpunkt eines veränderten Denkens und Handelns, das eine Ressourcen verschleudernde Erwerbs- (und Lohn)-arbeitszentriertheit in den gesellschaftlichen und politischen Werteorientierungen aufbrechen könnte. Denn der Schritt von einem Nachdenken und politischen Einsatz für einen behutsamen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen zu einem nachhaltigen Umgang mit unseren menschlichen Ressourcen ist nicht weit.

Die Gewinnung von Zeitwohlstand, ein souveräner Zeitumgang beim Arbeiten, Ausruhen, Einmischen oder Bilden, bei Geselligkeit und Kommunikation ist das entscheidende Maß für einen Freiheitsgewinn in ganz verschiedenen Lebensentwürfen. Eine neue Zeitpolitik könnte zum Schlüssel werden für mehr Lebensqualität, Entschleunigung und eine Vorstellung von qualitativer Entwicklung. Souverän heißt natürlich, dass die existenziellen Nöte nicht

auf denjenigen lasten, die »unfreiwillig« über Zeit verfügen, die ihre Zeit wegen Jobverlust, Krankheit oder Pflege kaum nutzen (können), da sie zugleich vom privaten und öffentlichen Reichtum ausgeschlossen werden. Die sozial Benachteiligten werden überdies im öffentlichen Diskurs durch Schmarotzer-, Hängematten- und Unterschichtendebatten als Versager abgestempelt. Gleichfalls bleiben Geschlechterperspektiven außen vor oder werden mit rechtspopulistischen, tendenziell rassistischen Elitediskursen, wie in der von Sarrazin geprägten Debatte, noch überlagert. Da verschwindet jede Zeitsouveränität im politischen Niemandsland und der gehetzte Jetsetter oder die Karrierefrau aus der Werbung feiern weiter ihren wachstumsversessenen Höhenflug.

Der sanktionsbewehrte (fordernde) Umgang mit Erwerbslosen potenziert nicht nur deren unmittelbare soziale Ängste, sondern instrumentalisiert die Menschen in prekären Lebenslagen, darunter viele Frauen und Migrantinnen und Migranten, in doppelter Weise. Sie werden zugleich als Opfer und Abschreckung missbraucht. Ihre sozial bedrohte Lage wird benutzt, um die sozialen Ängste der Mittelschichten zu schüren. Noch immer gilt daher vielen Menschen die Verfügung über »viel Zeit« als sicheres Zeichen von Armut, und das ist so ziemlich das Gegenteil vom guten Leben. Zeit für Muße, für ein zwangloses Weiterdenken (und reales Mitgestalten) der gesellschaftlichen Möglichkeiten und Realutopien, die haben Herrschende zu allen Zeiten den Ausgebeuteten verwehrt.

Deshalb ist die Forderung nach einer Umverteilung von Arbeit, Vermögen und Zeit erst dann schlüssig und transformativ, wenn sie politische Rahmenbedingungen entwickelt, die sozialen Ängste abbaut, Entsolidarisierungen innerhalb einer Klasse, zum Beispiel zwischen Prekären, Stammbelegschaften und Erwerbslosen minimiert, die Unterschiede in den Lebenslagen der Geschlechter überwindet, strukturelle Diskriminierungen abbaut und MigrantInnen und Zugewanderte tatsächlich integriert. Soziale Sicherheit und demokratische Teilhabe können genausowenig wie die Lösung ökologischer Herausforderungen eine Politik der Restmittel bleiben. Sie sind als gesellschaftliche Innovationen politisch zu verankern und gegenüber Wirtschaftsinteressen stark zu machen. In einer Gesellschaft, die soziale Ängste nachhaltig bekämpft, ist die Offenheit für die Bewältigung des Klimawandels, für die Lösung globaler Konflikte ungleich größer. Am Ende wird sich zeigen, dass der ökologische Umbau nur dann gelingen kann, wenn er nicht nur »als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt«, sondern auch als Projekt der grundlegenden Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse angelegt ist. Gutes Leben für alle und Zeitsouveränität sind dabei verbindende Leitbilder.

---

1 Das Konzept wurde von Bundestagsabgeordneten und ReferentInnen der Bundestagsfraktion der LINKEN erarbeitet. Es wird durch eine Online-Debatte auf der Website www.plan-b-mitmachen.de begleitet und war Ende Oktober Gegenstand einer ersten Konferenz in Berlin.

PLAN B? ÖKOLOGIE FÜR ALLE!

TADZIO MÜLLER

Zukunft Nr. 1: *»Berlin im Winter 2050. Erkältungswellen und Grippeepidemien als Folgen der durch die Energie- und Wärmerationierungen verursachten unzureichenden Heizmöglichkeiten […] bei gleichzeitig eisigen Außentemperaturen sowie der für die Mehrheit der Bevölkerung kaum mehr erschwingliche Kraftfahrzeugverkehr haben zu massiver Unzufriedenheit in weiten Teilen Deutschlands geführt. Folge sind gewalttätige Ausschreitungen und Demonstrationen. [Die Regierung ist] gewarnt durch die ›ProMobilitätsbewegung‹ aus dem Jahre 2048, in der es einer breit organisierten Bürgerinitiative gelungen war, […] eine bisher einmalige Staatskrise der Bundesrepublik Deutschland zu verursachen«. (BAKS 2008, 10)*

Zukunft Nr. 2: *»Im Jahr 2050 ist die Stromversorgung doppelt demokratisiert […] Die weitgehend dezentrale und selbstorganisierte Erzeugung [erneuerbarer Energien] verteilt die Produktionsmittel auf viele Millionen Köpfe […] Unter dem Slogan ›Energiedemokratie jetzt‹ entstanden ganz neue Mitentscheidungsmodelle*

[…] Beginnend mit der Anti-Atom-Bewegung wurde [der Systemwechsel] gegen profitgetriebene Energiekonzerne und ›fossile Überreste‹ in der Politik« erkämpft. »Die Erfolge haben Teile der Bevölkerung aus ihrer Ohnmacht gerissen und den Boden für das neue Energiesystem bereitet: erneuerbar, demokratisch, sozial.« (Die LINKE 2012, 3f)

MENGENLEHRE ODER: WER KÄMPFT FÜR DEN UMBAU?

Vor einigen Jahren erweiterte David Harvey den Kanon sozialistischer Strategiefragen um eine wichtige Komponente, als er dem »Was tun?« den Zusatz beifügte: »Und wer zum Teufel tut es?« (*LuXemburg* 1/2009). Diese Frage stellt sich im Themenfeld Sozialökologie besonders drastisch. Denn die meisten ökologisch versierten Repliken hierzulande können sie nur mit: »natürlich niemand!« beantworten. Ja, der individuelle Automobilverkehr muss abgeschafft werden, wenn es darum gehen soll, wichtige planetarische Kipppunkte nicht zu überschreiten (Rockström et al. 2009). Aber die Belegschaften bei Opel und VW, ebenso wie diejenigen, für die gesellschaftliche Teilhabe ohne Autofahren kaum zu haben ist, sehen das vermutlich anders; ebenso viele Menschen in der Lausitz, für die der Braunkohleabbau die einzige Chance auf gutbezahlte Arbeit und ein (relativ) gutes Leben ist (vgl. Klein 2012). *Wenn es zwischen den Antworten auf beide Fragen keine Schnittmenge gibt, dann ist der Kampf für einen emanzipatorischen sozial-ökologischen Umbau jetzt schon verloren.*

Daraus folgt auch der Maßstab, an dem sich *Plan B* messen lassen muss: nicht (nur) daran, ob der Text die richtigen Antworten auf die Fragen gesellschaftlicher Naturverhältnisse gibt, sondern daran, ob er es schafft, linke StrategInnen davon zu überzeugen, dass das Richtige auch das strategisch Sinnvolle ist. Von dieser Perspektive aus muss die Botschaft des Plan B folgende sein: Ökologie für alle ist möglich, und es ist sinnvoll, sich von links in dieser Frage zu engagieren. Erstens lassen sich hier reale Verbesserungen im Leben vieler Menschen erreichen, zweitens ergeben sich neue strategische Bündnisoptionen. Wer sich diesem Gedanken verschließt, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass wir im BAKS-Szenario landen, wo Menschen aus oft nachvollziehbaren Gründen dafür kämpfen werden, auch weiter ein ökologisch zerstörerisches Leben führen zu können.

ÖKOLOGIE FÜR ALLE? ODER DOCH NUR FÜR'S BÜRGERTUM?

Seit langem tragen ParteistrategInnen Umfragen vor sich her, die besagen, dass es der LINKEN wahltaktisch nichts nütze, über ökologische Themen zu reden: Da sich die klassisch-linke Klientel davon nicht angesprochen fühle, würden die entsprechenden Fragen zwar länger in den Medien gehalten, dies helfe aber vor allem dem grünen Rivalen. Daraus wird in der Partei die durchaus nachvollziehbare Schlussfolgerung gezogen, einfach nicht mehr über Umweltthemen zu reden, es sei denn, die politische Konjunktur macht es absolut zwingend notwendig.

An dieser Stelle mit inhaltlicher Überzeugungsarbeit zu kontern, etwa mit dem Argument, dass Umweltfragen immer auch

soziale Fragen sind, liefe ins Leere. Klar, schon Engels zeigte in *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, dass Umweltbelastungen immer zuerst die Ärmeren treffen, während die Reicheren sich vor den Folgen der Akkumulation ihres Reichtums schützen können. Aber mit inhaltlich richtigen Argumenten lässt sich keine Wahl gewinnen. Auf der parteistrategischen Ebene gelten andere Handlungslogiken, allen voran die Frage: Wie überzeugen wir Menschen davon, uns an Wahltagen ihre Stimmen zu geben? Die Attraktivität des *Green New Deals* lag nie wirklich in seiner inhaltlichen Kohärenz (ein ökologisches Umbauprojekt, in dem der Ausbau der deutschen Autoindustrie vorgeschlagen wird, verdient den Namen kaum), sondern darin, dass überzeugend dargelegt werden konnte, *wer* dafür kämpfen würde und *warum* – seien es Gewerkschaften, staatliche Funktionseliten oder Industrie- und Finanzkapital.

Im Plan B (der in einer früheren Version Ökologie für Alle hieß und damit die politischen Herausforderungen des Projekts besser auf den Punkt brachte) wird die Frage der sozial-ökologischen Transformation tatsächlich strategischer gedacht als bisher in der gesellschaftlichen Linken. Der zentrale Dreiklang des Projekts lautet: sozial, ökologisch, demokratisch – eine nicht bloß inhaltliche Bestimmung. Es geht darum, ein Bündnis zu schmieden, aus linken Milieus, für die bisher ökologische Politik eine reale Umverteilung von unten nach oben bedeutete (vgl. Schachtschneider i.E.); aus linksgrünen bürgerlichen Schichten und Funktionseliten, deren Verbleib in einem sich immer konservativer gerierenden grünen Projekt (siehe Baden-Württemberg) mitnichten eine ausgemachte Sache ist; und denjenigen GegnerInnen von Großprojekten und undemokratischen Entscheidungsprozessen, die vor zwei Jahren unter dem Namen »Wutbürger« als politische Produktivkraft bekannt wurden.

WIE WEITER?

So wichtig Erzählungen sind, sie schmieden gesellschaftliche Bündnisse selten von allein – dafür braucht der Plan B auch handfeste Interessenspolitik, ungefähr folgendermaßen:

Erstens: Strompreispolitik. Derzeit plakatiert die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* die Botschaft, die Energiewende würde wegen der Subventionen, die im Umlageverfahren des Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) festgeschrieben sind, »unbezahlbar« werden.[1] Es ist wahr, Strompreise für Haushalte sind in den letzten zehn Jahren um 60 Prozent gestiegen. Allerdings ist nur ein Drittel davon auf die Subventionen für erneuerbare Energien zurückzuführen, aber das EEG treibt tatsächlich die Preise nach oben. Und – dies ist die große Schwäche der Grünen auf dem Feld – preisbasierte Regulierung ist immer unsozialer als Regulierung über ein progressives Steuersystem. Dagegen zielt Plan B auf einen »gesellschaftlichen Konsens« in der Energiefrage, weil »über Freikontingente auch einkommensschwachen Haushalten eine günstige Stromversorgung garantiert« würde (2012, 3). Dies wäre der soziale Aspekt. Der ökologische besteht darin, dass im Gegenzug überdurchschnittlicher Stromverbrauch höheren Preisen

unterworfen und so ein Anreiz zum Sparen geschaffen würde (außerdem verbrauchen reiche Menschen im Durchschnitt mehr Strom als ärmere). Genau so sollte sozialökologische Politik aussehen: Eine Umverteilung von Macht und Ressourcen nach unten wird mit sinnvollen ökologischen Anreizen verbunden.

Ein zweites Feld wäre eine konsequente Politik der Arbeitszeitverkürzung (bei zumindest weitgehendem Lohnausgleich), wie sie von Katja Kipping auf dem Plan-B-Kongress diskutiert wurde. Arbeitszeitverkürzung wäre eine Art eierlegende Wollmilchsau linker Ökopolitik: Sie würde gleichzeitig Produktion (und daher Konsum) verringern und angesichts der nun reduzierten Arbeitszeit die Möglichkeit eines guten Lebens (gar eines *buen vivir*?) in frisch erkämpftem Zeitwohlstand eröffnen. Dies wäre gute Sozial- und Umweltpolitik in einem und würde den Horizont einer veränderten Gesellschaft sichtbar machen.

Es stünde der Linken hierzulande gut zu Gesicht, sich mit dem *Plan B* auseinanderzusetzen. Dem steht jedoch viel entgegen, denn es handelt sich bei *Plan B* explizit nicht um eine einfache Beschreibung der Realität, sondern um den Vorschlag, eben diese grundlegend zu verändern. In diesem Sinne ist er ein genuin *politisches* Projekt. Das unterscheidet *Plan B* von vielem, was sonst in der Partei diskutiert wird. Er öffnet die Chance, eine Zukunft zu vermeiden, wo notwendige ökologische Regulation gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgekämpft werden muss. In diesem Sinne: Ökologie für alle – oder Barbarei?



© Thomas Wienands

LITERATUR

Bundesakademie für Sicherheitspolitik, BAKS, 2008: *Energiesicherheit 2050 – eine ressortübergreifende Herausforderung*, Berlin

Die LINKE im Bundestag, 2012: *Plan B. Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau*, Berlin

Klein, Dieter, 2012: *Widersprüche in der Brandenburger Energiewende: Chancen für eine sozial-ökologische Transformation*, Berlin

Rockström, Johan et al., 2009: Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity, in: *Ecology and Society* 14(2)

Schachtschneider, Ulrich, (i.E.): *Verteilungswirkungen ökonomischer Instrumente zur Steuerung der Energiewende*, Berlin

1 www.insm.de/insm/kampagne/energiewende/printanzeigen-energiewende.html.

ABSCHIED UND WIEDERKEHR

NEUORIENTIERUNG DER LINKEN

HORST KAHRS

Der Wechsel an der Spitze der Linkspartei zeigt erste positive Wirkungen. Hatte die vorherige Parteiführung den Niedergang in der Umfrage- und Wählergunst so lautstark wie hilflos verwaltet, besteht nun Offenheit für vielfältige Erfahrungen und neue politische Methoden.[1]

Um die Partei für eine bessere Zukunft aufzustellen, gilt es Abschied zu nehmen: Die linke »Wahlalternative« hatte im Herbst 2009 ihren Gründungszweck erfüllt. Die SPD wurde abgestraft und von links unter Druck gesetzt. Mit den insgesamt unbefriedigenden Wahlergebnissen von 2010 und 2011 muss jedoch eine strategische Option als gescheitert gelten, die auf ein Stimmengewicht von bundesweit bis zu 20 Prozent setzte. Auch die Option, die LINKE als »kleine Partei« in den westdeutschen Landtagen zu etablieren, erlitt durch die Wahlen 2012 einen Rückschlag. Manche setzen nun auf den bleibenden bundespolitischen Stellenwert als Wahlalternative zur SPD. Regiere diese im Bund erst wieder, steige auch

die Nachfrage nach einer linken Alternative. Politische Überlebenskunst als Parlamentspartei dominiert hier gegenüber der Entwicklung einer eigenständigen Strategie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse.

WAHLPOLITISCHE AUSZEHRUNG

Um bei Wahlen erfolgreich abzuschneiden, stehen Parteien »Geld« und »Leute« zur Verfügung. Traditionell haben linke Parteien eher die »Leute«, rechte das »Geld«. »Leute« meint Mitglieder und Anhänger, die in ihrem Alltag gegenüber anderen gut über die Partei reden. Die soziale Reichweite der Linkspartei ist arg geschrumpft. Kamen in Nordrhein-Westfalen 2009 auf 1 000 Wahlberechtigte noch 60 Anhänger der LINKEN, so waren es 2012 nur noch 15. Die Chancen, im Alltag auf jemanden zu treffen, der positiv über die Partei spricht, tendieren zum Niveau einer Splitterpartei. In den ostdeutschen Ländern und im Saarland sieht es zahlenmäßig noch anders aus, doch mit der älter werdenden Mitgliedschaft geht auch hier die soziale Präsenz der Partei zurück. Vielerorts in West und Ost führt sie eben kein von anderen Parteien unterscheidbares Leben. Auch fehlt die kritische Masse an aktiven Mitgliedern, um kurzfristig erfolgreich gegensteuern zu können. Über die permanente Wahlkampfmobilisierung wurde der Parteiaufbau vernachlässigt. Das rächte sich 2012.

»Wir sehen keine ausreichenden Gründe mehr, euch unsere Stimme zu geben.« Diese Botschaft erreichte die Partei bei den Wahlen 2012 massenhaft. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich Folgendes: Ein Block der Abgewanderten will handfeste sozialdemokratische Politik und wählt wieder SPD. Ein zweiter Block will eine neue Partei ausprobieren, die die LINKE nicht mehr ist, und wählt die Piratenpartei. Ein dritter Block findet keine Partei mehr der Stimme wert und bleibt der Wahl fern. Die Botschaften des enttäuschten Souveräns an die Linkspartei sind widersprüchlich. Einfache Antworten verbieten sich. Eindeutig ist: Es gibt im Westen Deutschlands keine ausreichend große Stammwählerschaft, um die Partei verlässlich auf die Bühne parlamentarischer Politik zu hieven. Wer geglaubt hatte, zwischen 2005 und 2009 seien die Wähler und Wählerinnen politisch nach links gerückt, erkennt spätestens jetzt seinen Irrtum. Es gab nicht plötzlich drei Millionen Sozialisten und Antikapitalistinnen im Westen, sondern die nach rechts rückende SPD hatte Millionen sozialdemokratische Wähler heimatlos zurückgelassen. Die Linkspartei hat es nur unbefriedigend und vorübergehend geschafft, die vielfältigen sozialen und politischen Erwartungen, die auf sie gerichtet wurden, kreativ zusammenzuhalten. Es ist ihr nicht gelungen, aus der Konkursmasse sozialdemokratischer Politik, aus der Verteidigung fordistisch geprägter Sozialstaatsinstitutionen, aus antikapitalistischen Haltungen und ostdeutschen Umbrucherfahrungen ein verbindendes politisches Selbstverständnis links von der Sozialdemokratie zu schaffen.

Bei den Berliner Wahlen 2011 tauchte das Problem bereits auf. Es gelang nicht, die massiven Stimmenverluste, die durch den Tod älterer WählerInnen entstanden waren, durch Zuwächse bei den Jüngeren auszugleichen. Vielmehr wechselten gerade auch im Ostteil der Stadt jüngere Wahlberechtigte

unter 40 zur Piratenpartei. Der unverbrauchte technikaffine rebellische Habitus der Piraten machte einen solchen Wechsel attraktiv. Gleiches gilt für die Art und Weise, in der die Piratenpartei das Thema soziale Gerechtigkeit als eine Frage des egalitären Zugangs zur Einkommen, Wohnen und Mobilität ansprach. Offensichtlich ist in den vergangenen zwanzig Jahren unter den Bedingungen neoliberaler Hegemonie eine Generation ins (prekäre) Berufsleben hineingewachsen, für die eine Verteidigung sozialstaatlicher Sicherheiten nichts mehr bedeutet. Mit bestimmten »alten« Grundmustern sozialstaatlicher Institutionen verbinden sie nichts Erreichbares mehr, stattdessen hat »Grundeinkommen« einen guten Klang, und die »Wiederherstellung der Rentenformel« fühlt sich an wie eine geheimnisvolle Botschaft aus der Scheibenwelt. Die Linkspartei kann da, das haben die innerparteilichen Debatten um das Grundeinkommen gezeigt, nicht mithalten. Ihre ursprüngliche Stärke und wahlpolitische Attraktivität lag in der Verteidigung sozialstaatlicher Werte und Normen, wonach die Gesellschaft durch Arbeit zusammengehalten wird, Löhne Leistung abbilden und daher mit Recht der Maßstab für die Bildung von individuellem Sozialeigentum sind. Eine Wende zum bedingungslosen Grundeinkommen hätte vermutlich höhere Verluste als Gewinne an Stimmen und Mitgliedern gebracht. Tatsächlich wird die LINKE in dieser Zwickmühle wahlpolitisch zum »Generationenprojekt« der über 45-jährigen sozialstaatlich orientierten Wahlberechtigten. In dem Maße, wie eine Wiederherstellung alter sozialstaatlicher Sicherheiten misslingt, verliert sie auch hier an politischem Wert.

DIE GESELLSCHAFTLICHE BASIS EINER ERFOLGREICHEN LINKEN PARTEI

Die Linkspartei braucht eine thematische Erneuerung und einen neuen politischen Spannungsbogen in einer veränderten politischen Arena. Solange es daran mangelt, wird sie der »asymmetrischen Demobilisierung« nichts Substantielles entgegensetzen können. »Asymmetrische Demobilisierung« beschreibt die seit der zweiten Kohl-Regierung zu beobachtende Tendenz einer sozial ungleich anwachsenden Wahlenthaltung. Vor allem jene Wählerschichten bleiben der Wahl fern, die auf sozialstaatliche Politik angewiesen wären, deren Lebensplanungen durch anhaltende Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs und niedrige Einkommen blockiert und entwertet sind. Die ihre Lebenslagen tatsächlich »individualisiert« haben und als Folge eigenen (Un-)Vermögens verbuchen. Und die dem Versprechen nicht mehr glauben, dass ihre unzähligen Anpassungsbemühungen eines Tages von Erfolg gekrönt sein werden. Union und SPD nahmen den Abschied dieser WählerInnen über zwei Jahrzehnte zumindest billigend in Kauf, und es verbreitete sich die Erfahrung, dass »die Politik« sich nicht mehr kümmert. Soziale und politische Erwartungen dieser sozial heterogenen Schichten zu erfüllen, hätte tatsächlich bedeutet, eine aktive staatliche Industrie- und Beschäftigungspolitik zu betreiben und Sozialstaatlichkeit auszubauen.

Die Wahlbeteiligung im Bund liegt in städtischen Vierteln, in denen Arbeitslosigkeit hoch und Einkommen niedrig sind, bei 40 Prozent und in Vierteln mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Einkommen bei 80 Prozent. Die asymmetrische Demobilisierung verstärkt sich in Zeiten der Wirtschaftskrise. Das wundert

nicht, wenn bei allen Parteien »die Krise« ganz oben auf der Agenda steht, damit aber wieder nicht die anhaltende Krise der Lebensverhältnisse gemeint ist, sondern die Krise von Euro, Banken, Staatsschulden und der Vermögen anderer Leute. Unter den »wahlbereiten« Bürgerinnen und Bürgern dominieren soziale Schichten, die strukturell Mehrheiten im Sinne eines politischen Oben-Mitte-Bündnisses bilden und gegen die Ansprüche von »denen da unten« verteidigen können. Wer einen nachhaltigen Politikwechsel, eine strukturelle Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse will, muss die klassenpolitische Demobilisierungsstrategie durchbrechen und die damit entstandene Repräsentationslücke ausfüllen.

Das ist die strategische Aufgabe und Existenzbegründung einer Linkspartei. Sie wird dadurch nicht zur »Unterschichtenpartei«, sondern zu der Partei, die Politik und Gesellschaft entschieden und radikal unter der Perspektive der Egalität, Gleichwertigkeit und Respektabilität aller betrachtet und verändern will. Sie ist damit eine Partei für all jene, die sich noch über unmäßige Ungleichheit empören können. Eine Politik der Gleichheit und Gleichwertigkeit relativiert die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Integration. In emanzipatorischer Sicht gilt nicht Erwerbsarbeit als zentraler gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, sondern die Demokratie – gleichwertige Teilhabe an der demokratischen Selbstbestimmung der Gesellschaft. Noch eine Partei, die die lebenspraktische Bedeutung von Arbeit und Erwerbsarbeit unterstreicht, wird nicht gebraucht. Wohl aber eine gesellschaftliche Kraft, die Erwerbsarbeit selbst unter demokratische Hoheit stellen will. Für den Grundsatz



»Hijack to Heaven«, Stefano Corso

»Hauptsache Arbeit« braucht es ebenso wenig eine linke Partei wie für die keynesianische Ausgestaltung der Lohnarbeit.

Eine egalitär-demokratische Norm linker Politik erfordert eine Partei über die Wahlpartei hinaus, eine gesellschaftlich aktive Partei, die sich um alltägliche Probleme des Lebens kümmert. Die den Menschen eine Vorstellung davon gibt, wozu sie selbst in der Lage sind. Das kann gelingen, wo die Kultur der gegenseitigen Hilfe gefördert, wo aktive Gegenwehr gegen Stromabschaltungen oder Zwangsräumungen ermutigt, wo der Entwürdigung auf Ämtern entgegengetreten wird, kurz wo Politik als Selbstermächtigung entlang der Probleme eines krisenhaften Alltags entwickelt wird. Darin steckt die stabile Basis für linke Wahlerfolge in

so unterschiedlichen Ländern wie Griechenland oder den Niederlanden. Ein anderer Weg steht wohl nicht zur Verfügung, um eine linke Partei als politische Kraft sozial zu verankern.

Mit der »Demokratie-Norm« wäre die Linkspartei außerdem als Teil eines Lagers zu verorten: Es gibt Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die die bestehende Machtverteilung bewahren wollen; und es gibt Kräfte, die daran zu Gunsten von mehr Demokratie und Souveränität über die eigenen Lebensverhältnisse etwas ändern wollen. Es gibt das konservative Lager und es gibt das demokratische Lager. Der Kern des demokratischen Lagers ist die Überzeugung, dass demokratische Prinzipien und die Reichweite demokratischer Entscheidungen die wirtschaftlichen Verhältnisse »rahmen« müssen und nicht wie heute umgekehrt. In diesem Lager besteht die Linke auf Gleichheit und Gleichwertigkeit bis in die Unternehmen hinein und bleibt so immer deutlich unterscheidbar, aber nicht allein. Entschieden stellt sie statt der Profitmaximierung die Verwirklichung menschlicher Lebensinteressen in den Mittelpunkt und die soziale, die gesellschaftliche und individuelle Reproduktion. Wird die endliche Lebenszeit, das alltägliche Leben individuell wie gesellschaftlich für die optimale Verwertung des Arbeitsvermögens im ziellosen Produktions- und Verwertungsprozess strukturiert? Oder werden die notwendigen Freiräume für ein erfülltes Leben behauptet und der Produktion ein menschliches Maß gesetzt? Was ist notwendig für die soziale Reproduktion der Gesellschaft und was ist sie wert? Auch hier ist zu fragen: Wozu braucht es eine sozialistische Partei neben allen anderen, wenn nicht, um gegen das gesellschaftliche Kapitalverhältnis den Gebrauchswert stark zu machen? Wie ist es also hinzubekommen, dass die Wirtschaft für die Menschen da ist und nicht umgekehrt?

KLEINE PARTEIEN – TRÜFFELSCHWEINE DER PARTEIENDEMOKRATIE

Die Linkspartei ist bundespolitisch bis auf absehbare Zeit in der Rolle einer »kleinen Partei« zwischen sechs und zehn Prozent. Darauf gilt es sich strategisch einzustellen. Kleine Parteien vertreten entweder eine stabile Stammwählerschaft mit besonderen Werten und Interessen oder aber sie schaffen es immer wieder, »Hebelthemen« auf die politische Agenda zu bringen und damit unterschiedliche BürgerInnen anzusprechen. Der Mindestlohn war die Hebelforderung für den Grundsatz, der unter Anhängern unterschiedlicher Parteien geschätzt wird: »Von Arbeit muss man leben können.« Deshalb konnte die Forderung so wirkungsvoll etwas in Bewegung setzen, dass sie am Ende übernommen wurde. »Erfolgreiches Scheitern« gehört zum politischen Zyklus kleiner Parteien. Sie müssen immer wieder neue Hebel entdecken und geschickt ansetzen, um Wirkung zu entfalten.

Mit »Demokratie« und »sozialer Reproduktion« gerät auch die Achse der Zeit, die politische Zeitökonomie als ein solches Hebelthema in den Fokus linker Politik. Ein »gutes Leben« braucht eine andere Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit und mehr individuelle Zeitsouveränität. Die Frage der Zeit ist zugleich eine Frage der Grenzverläufe zwischen fremder und eigener Verfügung über endliche Lebenszeit. Sie ist unmittelbar verbunden mit der Alltagsorganisation, mit Zeitstress und Nachbarschaft, mit solidarischer Gegen-

seitigkeit und öffentlichen Gemeingütern. Aus dem Blickwinkel der sozialen Reproduktion ist »die Fabrik« nicht mehr der alleinige Ausgangspunkt von Gegenmacht und Klassenbewusstsein. Zwar wird in der Lohnarbeit nicht nur die Vergütung verhandelt, sondern auch Wertschätzung und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten – aber immer in Abhängigkeit von Stabilität und Qualität des Arbeitsverhältnisses. Prekarität und ständige Flexibilität in beruflicher, sozialer und räumlicher Hinsicht stehen dem entgegen. Gegenmacht und Klassenbewusstsein brauchen andere, zusätzliche Triebkräfte. Zudem lassen sich soziale Ansprüche nicht mehr nur an die Lohnhöhe koppeln. Öffentliche Gemeingüter mit egalitärem Zugang hatten schon immer unter dem Aspekt der Gegenmacht, des Drucks von unten einen hohen Stellenwert. Der Ausbau des Öffentlichen, etwa »Lernmittelfreiheit für alle statt stigmatisierender Gutscheine für wenige«, ist das politische Feld einer linken Partei. Hier kann sie unterschiedliche soziale Lebenslagen zu gemeinsamen Anliegen bündeln und auf allen politischen Ebenen auch wahlpolitisch repräsentieren. Und es lassen sich viele politische Anschlüsse zum sozialökologischen Umbau herstellen. Vor allem wäre es ein politischer Hebel, um der eher plakativ bleibenden Forderung nach Solidarität zwischen heterogenen sozialen und Alters-Gruppen eine politisch-praktische Gestalt zu geben: als Forderung nach gleichberechtigtem Zugang zu öffentlichen Gütern, die für alle eine Verbesserung bedeuten würden. Wer über ausreichend Einkommen verfügt, um die gleiche Leistung am Markt einzukaufen, wird solchen politischen und sozialen Unten-Mitte-Bündnissen nichts abgewinnen können. Sie zielen auf den Abbau von Ungleichheit durch den Ausbau des Öffentlichen statt auf Zunahme der Ungleichheit durch Ausweitung der Marktprozesse. Das Öffentliche, das Gemeineigentum ist die Basis der Demokratie. Es garantiert die sozialen Voraussetzungen von Gleichheit und Gleichwertigkeit. Außerdem hat es die Lebensbedingungen von Demokratie immer wieder herzustellen: Transparenz demokratischer Institutionen, Zugang zu Wissen und Bildung, Egalität, Kooperation und Solidarität bei der Produktion des Gemeinsamen. Selbstbestimmung über die eigenen wie die gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert Bereitschaft, sich zu beteiligen, und Verfügung über die dazu notwendige Zeit. Lebensverhältnisse, die von der Maßlosigkeit des Wertgesetzes und dem alltäglichen Überlebenskampf geprägt sind, sind keine demokratieverträglichen Verhältnisse. Das wäre das solidarische Angebot, welches eine linke Partei der »asymmetrischen Demobilisierung« entgegensetzen kann.

Wo und wie die Hebelkraft einer kleinen linken Partei am besten anzusetzen ist, wird sich nur in einem politischen Dialog mit Kräften außerhalb der Partei und linker Bewegungen entwickeln lassen. Könnte die Partei es aus sich selbst heraus, wäre es in den vergangenen Jahren bereits geschehen. Die größte Unsicherheit für die mittelfristige Zukunft einer linken Partei, die mehr ist als medial präsente Wahlpartei, geht vom bevorstehenden Bundestags-Wahlkampf aus: Werden die anstehenden Aufgaben auf den Tag nach den Wahlen verschoben oder wird der Wahlkampf so geführt, dass er schon ein Beitrag zur Lösung ist?

1 Zur sozialstrukturellen Spaltung im Wählerverhalten vgl. Kahrs (2012): Abschied aus der Demokratie, RLS-Studie

ERIC HOBSBAWM UND DAS 20. JAHRHUNDERT

GEORG FÜLBERTH

GESCHICHTE UND ERFAHRUNG

Eric Hobsbawm gehört zum Ausnahmetypus jener großen Historiker, die – wie Herodot, Thukydides und Tacitus – ihre eigene Zeit zur Geschichte für die Nachwelt umprägten. Selbst in den Schlusskapiteln seines Werks *Das Zeitalter der Extreme* (1994) schrieb er über die Gegenwart im Imperfekt, wie im Rückblick nach mehreren Jahrhunderten. Am 1. Oktober starb er in London.

In den Nachrufen reproduzierte sich eine veröffentlichte Meinung, die sich in den vergangenen Jahrzehnten über ihn hergestellt hatte: ein imponierender Gelehrter mit einer politischen Passion, die zumindest in ihrer Partei-Form einer vergangenen Zeit angehöre. Dass sich das Interesse an seiner Person vor das Werk schiebt, beruht nicht nur auf einer Eigenart des Feuilletons, sondern auch auf jenem späten Buch über seine eigene Zeit. Bis dahin war er vor allem der Historiker des »Langen 19. Jahrhunderts« (1789–1914) gewesen. Über die Periode 1914–1991 aber schrieb er als teilnehmender Beobachter. In die Darstellung dieses »Kurzen 20. Jahrhunderts« gingen tatsächlich die Erfahrungen eines langen Lebens und die politischen Überzeugungen des Autors ein.[1]

BIOGRAFIE

Seine jüdischen Eltern waren nach Aussage Hobsbawms *a mixture*. Der Vater – dessen Familie als Handwerker mit dem Namen Obstbaum von Österreich nach Großbritannien eingewandert war – hatte beruflich nirgends Fuß fassen können, bis er eine Verwaltungstätigkeit in Ägypten fand. Die Mutter war Tochter einer wohlhabenden Wiener Familie. Am 9. Juni 1917 kam ihr Sohn John Eric in Alexandria

zur Welt. Nach dem Krieg ging die Familie nach Wien, wo das ererbte Vermögen in der Inflation zugrunde ging. Der Vater starb 1929, die Mutter 1931. Verwandte nahmen Eric Hobsbawm und seine Schwester Nancy nach Berlin. Noch in hohem Alter erinnerte er sich an die große Demonstration der KPD vor dem Karl-Liebknecht-Haus am 25. Januar 1933. Im Reichstagswahlkampf verteilte er Flugblätter für die KPD, dann ging die Familie nach London – nicht wegen rassistischer oder politischer Verfolgung, sondern aufgrund von Arbeitslosigkeit. Hobsbawm bekam ein Stipendium für das in jenen Jahren »rote« Cambridge. Er wurde Mitglied der Kommunistischen Partei Großbritanniens. In deren »Cambridge Student Branch« gehörte er dem dreiköpfigen Sekretariat an, »die höchste politische Position, die ich je innehatte«; und er war Mitherausgeber der Studentenzeitschrift *Granta*. Die gemeinsame politische Leidenschaft der Linken in Cambridge war die Unterstützung der spanischen Republik, ein Kommilitone fiel dort. Noch in *Das Zeitalter der Extreme* bezeichnet er diesen Kampf als das wertvollste Erbe seiner Generation.

Im Zweiten Weltkrieg diente er bei den Pionieren und lebte damit erstmals unter Arbeitern – eine von ihm als sehr positiv wahrgenommene Erfahrung. 1947 erhielt Hobsbawm eine Dozentur am Birkbeck College, einer Abendschule an der Londoner Universität. Wegen seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei waren seine Bewerbungen an britischen Universitäten jahrzehntelang erfolglos, und er fand keinen Verlag. Unter dem Namen Francis Newton verfasste er Jazz-Kritiken für den *New Statesman*.

Er war Mitgründer der Historikergruppe der britischen KP und 1952 der Zeitschrift *Past and Present*, die ähnlich der französischen Annales-Schule einen sozial-, alltags- und strukturgesellschaftlichen Ansatz verfolgte. 1956 verließen viele seiner intellektuellen Genossen die Partei. Eric Hobsbawm blieb, obwohl er über die Enthüllungen des 20. Parteitags der KPdSU und die sowjetische Intervention in Ungarn ebenso erschüttert war wie die Ausgetretenen, mit denen er befreundet blieb. Er verwies unter anderem auf seine Erfahrungen 1931–1933 in Berlin: Wer damals angesichts des aufziehenden Faschismus in Deutschland Kommunist geworden sei, löse sich schwerer als andere. Ein weiteres Motiv sei Stolz gewesen: Niemand sollte glauben, er verlasse seine Partei wegen der Suche nach persönlichen Vorteilen. Jeder sollte sehen können, dass man trotz eines solchen »Handicaps« Erfolg haben konnte. Fortan war er kein Parteiarbeiter mehr, sondern definierte sich als Sympathisant mit KP-Ausweis. Der Blick auf die Welt änderte sich: Die Situation war nicht länger allein durch die apokalyptische Sicht der Kalten Krieges definiert. 1959 erschien sein Buch *Sozialrebellen* und wurde ein internationaler Erfolg. Dann veröffentlichte er in großer Stetigkeit über die Jahrzehnte hinweg (1962, 1975, 1987, 1994) seine Tetralogie über das 19. und 20. Jahrhundert: *The Age of Revolution*

(deutsch: *Europäische Revolutionen*), *The Age of Capital* (*Die Blütezeit des Kapitals*), *The Age of Empire* (*Das imperiale Zeitalter*), *The Age of Extremes* (*Das Zeitalter der Extreme*). Zunehmend international anerkannt, blieb er in Großbritannien ein institutioneller Außenseiter. Erst 1971 wurde er Professor in London. Italien wurde neben Großbritannien und Paris sein dritter Lebensmittelpunkt. In den 1960er Jahren hielt er sich häufig und lange in Lateinamerika auf und war eine Art publizistischer Begleiter der modernen Nachfahren seiner Sozialrebellen des 18. und 19. Jahrhunderts. 1991 löste sich seine Partei auf. Er ist nicht ausgetreten und legte bis zu seinem Tod Wert darauf, lebenslang Kommunist gewesen zu sein.

GESCHICHTE

Das erste Buch, die Dokumentation *Labour's Turning Point 1880–1900* (1948), ist teilweise noch organisations- und ideengeschichtlich orientiert. Dann die *Sozialrebellen*: Die Zumutungen des frühen Kapitalismus brachten Personen, Zusammenhänge und Banden hervor, die sich ihr eigenes Recht nahmen.

Industrie und Empire (1968) zeigt, wie der Impuls der Ersten Industriellen Revolution über zwei Jahrhunderte hin sich im gesellschaftlichen Konservativismus zu erschöpfen drohte. Anders als der Eindruck vermittelt, hat Hobsbawm eine systematische Abhandlung über das 19. und 20. Jahrhundert in vier Bänden nicht geplant. Es handele sich eher um immer neue Zufälle, ließ der Autor wissen. Einem Verleger, der eine Reihe zur Weltgeschichte herausbringen wollte, war ein Autor ausgefallen. So sei *Age of Revolutions* entstanden, und auch für die Folgebände hatte es der Anstöße von außen bedurft. Wer die vier Bände liest, dringt sofort unter die auf diese Weise ausgespannte Oberfläche des *Understatement*. Hobsbawm thematisiert die Chance, die Versprechen der Aufklärung durch die »Doppelrevolution« (die Erste Industrielle 1780ff; die Französische 1789ff) und ihre Folgen. Am deutlichsten ist dieses Motiv im Eingangsband (1962). Später verdunkelt sich die Perspektive, vielleicht auch mitbedingt durch Hobsbawms zeitgeschichtliche Erfahrungen.

Der dritte Band endet mit der Katastrophe des Ersten Weltkriegs. Die Ursache sieht der Autor nicht in einer deutschen Alleinschuld, sondern im auf Grenzenlosigkeit angelegten Imperialismus. Damit treibt er Marx' Befunde zur konstitutiven Unersättlichkeit der Akkumulation über die Ökonomie hinaus. Der Faschismus ist ihm kein Produkt des Monopolkapitals: Dieses könne sich prinzipiell in jedem politischen Regime durchsetzen. Daniel Goldhagens Thesen lehnte er als handwerklich völlig ungesichert ab. Gefragt, weshalb diese in Deutschland so stark diskutiert worden seien, antwortete er: Hier werde man eben nicht mit dem fertig, was man 1933–1945 angerichtet habe, und vielleicht sei das ja gut so. Der vierte

Band endet mit dem Wort: »Finsternis«. Er ist als Triptychon angelegt, und die Kennzeichnungen, die er den einzelnen Teilen gegeben hat – »Zeitalter der Katastrophen«, »Das Goldene Zeitalter«, »Erdrutsch« – sind mittlerweile klassisch geworden. Von Dauer wird auf jeden Fall die Entdeckung der sozialen und der kulturellen Revolution im entwickelten Kapitalismus nach 1945 bleiben: Steigt in ersterer die Intelligenz zur Massenschicht auf (während die Bauern durch die Urbanisierung weitgehend verschwinden), ist letztere gekennzeichnet durch den Sieg des Individualismus und das Adaptieren moderner Formen der Volkskultur durch das Bürgertum. Die Offensive des Feminismus war für ihn eine soziale wie eine kulturelle innerkapitalistische Revolution.

Hobsbawm wurde vorgehalten, er zeichne das 19. Jahrhundert zu hell (und den »Erdrutsch« nach 1973 zu dunkel). Die Massaker der Junischlacht 1848 in Paris und nach der Niederwerfung der Kommune 1871 sowie in den Kolonien kommen durchaus vor, bestimmen aber nicht das Bild. Auschwitz und der Stalinismus erfahren keine zusätzliche Hervorhebung innerhalb der allgemeinen Katastrophe 1914–1945. Die Dialektik der Aufklärung wird aber auf anderem Feld historisch konkretisiert: Der Nationalismus mit seiner »Erfindung der Tradition« wird zum Schatten des Fortschritts.

Mit den drei Revolutionen 1780ff, 1789ff, 1917ff hat Hobsbawm Maß an der Moderne genommen. Es bestimmt auch seine Stellung zu dem, was danach kam. 1968: Neugierig von ihm studiert und leicht amüsiert als zu leicht befunden. Im extremen Individualismus von Teilen der Intellektuellenbewegung sah er eine Anschlussstelle für den Neoliberalismus. Die Iranische Revolution – auch sie von Eric Hobsbawm mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen – war für ihn die Negation der Aufklärung. Mit den Bewegungen gegen Atomkraftwerke konnte er nichts anfangen, er vermutete ein technik- und zivilisationsgegnerisches Moment in ihnen.

METHODE UND STIL

Eric Hobsbawm hat keine Schule begründet, und er war kein Archivhistoriker. In den Anfangsjahren am Birkbeck College nervte er seine Kollegen zuweilen mit der Frage, was sie in ihren Akten denn über Anthropologie, Ethnologie und Mentalität gefunden hätten. Im internationalen Kontext ordnete er sich selbst in die Richtung der Strukturgeschichte ein und untertrieb damit wieder einmal: Seinen Kollegen auf diesem Gebiet – etwa in Deutschland – fehlt die große Breite der Kulturgeschichte, in der er sich in britischer und französischer Tradition bewegte.

Sobald er ein Buch konzipiert hatte, zog er sich zurück und schrieb es erst einmal ohne großen Apparat nieder. Erst danach verifizierte und änderte er es

anhand von gedruckten Quellen und von Sekundärliteratur. Er war ein Meister in der Nutzung von Statistiken, die er nicht als Tabellen und Grafiken reproduzierte, sondern aus denen er charakteristische Einzelheiten hervorhob. Ein Beispiel: 1965 sei das erste Jahr gewesen, in dem in Frankreich mehr Damenhosen als -röcke verkauft wurden.

Eine Quelle ganz eigener Art war der persönliche Augenschein, insbesondere auf seinen Reisen. Wenn er nach dreißigjähriger Unterbrechung wieder nach Wien, Berlin, Valencia kam, erzählte ihm das mittlerweile veränderte oder unveränderte Aussehen dieser Städte ihre Geschichte der Zwischenzeit.

Nicht erst seit seinem letzten Buch *How to Change the World: Tales of Marx and Marxism* (2011) weiß man, wie sehr er Gramsci schätzte. Aber in seine Arbeiten hat er dessen Schlüsselbegriffe, die in das Vokabular eines Teils der sozialwissenschaftlichen Linken eingewandert sind (Hegemonie, Zivilgesellschaft), nicht übernommen. Seine literaturkritischen und -historischen Arbeiten sind Preziosen: Wenn er über Nestroy, Sean O'Casey oder Karl Kraus schrieb, wandte er auf Texte eine ähnliche Form der Strukturanalyse an wie für ganze Gesellschaften. Über ihn ist immer noch nicht genug gesagt, wenn man übersieht, dass er durch Komposition und Sprache die Geschichtsschreibung wieder zu einer Kunstform gemacht hat: große Literatur. Die Griechen rechneten Klio unter die Musen. Diese Ansicht hat sich in der Vergangenheit immerhin bis mindestens 1902 gehalten, als Theodor Mommsen den Nobelpreis für Literatur erhielt.

POLITIK

Hobsbawm, der politische Beobachter, war zugleich ein operativ intervenierender Intellektueller. Fotos von 1961 zeigen ihn in einer Sitzblockade gegen Atomrüstung auf dem Trafalgar Square, eingekeilt zwischen Polizisten. Er protestierte gegen Fehlverhalten der UdSSR und gegen die deutschen Berufsverbote. Ein einziges Mal, so erzählte Hobsbawm selbstironisch, habe er tatsächlich unmittelbare politische Wirkung erzielt. 1978 hatte er einen Aufsatz *The Forward March of Labour Halted?* (Den Vormarsch von Labour gestoppt?) publiziert. Hier wandte er sich gegen eine Selbstgenügsamkeit der Gewerkschaften und eine auf die traditionelle Arbeiterklasse beschränkte Strategie, die seiner Meinung nach in die Isolation zu führen drohten. Neil Kinnock, Parteivorsitzender der Labour Party 1983–1992, benutzte diese Argumentation ab 1982, als er die Gruppe um die Zeitschrift *Militant* (sie galt als trotzkistisch) aus seiner Partei drängte.

Am Ende kam – nach Hobsbawms spöttischer Charakterisierung – Thatcher in Hosen: Blair, der es ablehnte, sich von ihm für den *Guardian* interviewen zu lassen. Dieses melancholische Resultat mag Eric Hobsbawm in seiner Ansicht bestärkt

haben, dass er ansonsten gut daran tat, sich auf die Rolle des teilnehmenden Beobachters zu beschränken. Dass sein Freund E.P. Thompson die Forschung gegen den Tageskampf vertauschte, hat er bedauert. Und er war frei von dem Kummer Isaac Deutschers darüber, dass dieser sich auf Geschichtsschreibung beschränken musste, weil ihm aktive Politik seit der Zerschlagung der polnischen KP durch Stalin in den 1930er Jahren versagt war.

Dass er Brite und Jude war, war für ihn kontingent, aber nicht belanglos. Die Gründung eines jüdischen Nationalstaats hielt er für einen Anachronismus. Als er 2009 die Gaza-Intervention kritisierte, bemerkte er, alles, was im Nahen Osten geschehe, betreffe auch die Juden außerhalb.

Die Klarheit seiner Einsichten in die Vergangenheit mag Eric Hobsbawms Leserinnen und Leser veranlassen, bei ihm auch nach Auskunft über künftige Entwicklungen zu suchen. Doch hier blieb er spröde. Der Historiker, so sagte er 1996 in einem Vortrag, könne erst wetten, wenn er wisse, welches Pferd gewonnen habe. Für die Entwicklung von Perspektiven hielt er nur zweierlei bereit: Erstens die Werte der Aufklärung – die Vernunft und die Vervollkommnung des Menschen – sowie zweitens die Methode des historischen Materialismus, die es ermögliche, Bedingungen und Hindernisse auf dem Weg zu deren Realisierung zu analysieren. Darüber ist Eric Hobsbawm nicht hinausgegangen, auch nicht in seinem letzten Buch *How to change the World*, einer Sammlung von – teils älteren – Aufsätzen zu Geschichte und Aktualität des Marxismus.

In einem Interview äußerte er 2009 die Befürchtung, bei der Neuordnung der kapitalistischen Welt werde viel Blut fließen. Die Hoffnung, er habe sich darin geirrt, wird er gewiss mit denen, die er nun als Überlebende zurücklässt, geteilt haben.

LITERATUR

Hobsbawm, Eric, 1978: The Forward March of Labour Halted?, in: *Marxism Today*, Sept., 279–286, www.amielandmelburn.org.uk/collections/mt/pdf/78_09_hobsbawm.pdf

Ders., 1994: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München

Ders., 2002: *Interesting Times. A Twentieth-Century Life*, London; dt.: *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*, München, 2003

Ders., 2011: *How to Change the World: Tales of Marx and Marxism*, London, dt.: *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München, 2012

1 Seine Lebenserinnerungen veröffentlichte Hobsbawm unter dem Titel *Interesting Times* (2002), was für ihn kennzeichnender ist als *Gefährliche Zeiten* (2003), wie es in der deutschen Übersetzung heißt. Weitere Quellen sind zahlreiche autobiographische Interviews, darunter ein ganz besonderes: ein Gespräch mit Sue Lawley in der BBC-Reihe »Desert Island Dics« (1995), www.bbc.co.uk/podcasts/series/dida91/all#playepisode76

NACH MARIKANA

DAS MASSAKER AN SÜDAFRIKANISCHEN BERGARBEITERN UND DIE ARBEITERFEINDLICHE POLITIK DES ANC

VISHWAS SATGAR

Wir haben noch die Bilder vor Augen, die am 16. August 2012 um die Welt gingen. Die südafrikanische Polizei schießt auf streikende Minenarbeiter, 34 von ihnen verlieren ihr Leben. Marikana schockte das ganze Land, erinnerte es doch an Massaker, wie sie während der Apartheid von Seiten des Regimes verübt wurden. Rechercheergebnisse unabhängiger JournalistInnen und Forscherteams zeigen nun, dass vieles von dem, was zunächst berichtet wurde, nicht der vollen Wahrheit entsprach: Die streikenden Arbeiter seien bewaffnet und eine Bedrohung gewesen, es habe sich um eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen zwei Gewerkschaften gehandelt u.a.[1]

Am 11. August waren in Marikana tausende Kumpel des britisch-südafrikanischen Minenbetreibers Lonmin wegen höherer Löhne in den Ausstand getreten. Die südafrikanische Gewerkschaft für Minen- und Bergarbeiter, die National Union of Mineworkers (NUM), ist die größte und mächtigste Einzelgewerkschaft im Dachverband der Gewerkschaften COSATU. Sie hatte sich

geweigert, die Streikenden zu vertreten. Es verdichten sich sogar Gerüchte, dass NUM-Vertreter auf die Kumpel geschossen hätten.[2] Zwei Tote gab es zu beklagen und in den folgenden Tagen weitere: Minenarbeiter, Sicherheitsleute, Polizisten. Der Streik war damit nicht nur wild, sondern von Anfang an gewalttätig.

Er nahm seinen Ausgang in Marikana, breitete sich aber rasant in andere Platin- und Goldminen und in die Eisenerzindustrie aus. Fast 100 000 Bergleute befanden sich im Oktober zwischenzeitlich im Ausstand. Weitere Todesopfer, Entlassungen, Einschüchterungen folgten. Die Streikenden forderten nicht nur höhere Löhne, sondern auch eine Verbesserung der miserablen Lebensbedingungen. In den Townships und Slums (nicht nur) rund um die Minen und Industrieorte gibt es nach wie vor keine Infrastruktur – weder adäquate Häuser, Schulen, Kanalisation noch Gesundheitsversorgung. Seit dem Ende der Apartheid hat sich die Zusammensetzung der Aufsichtsräte, der Konsortien, ja sogar Eigentumsstrukturen verändert – oft sind es nun hohe ANC- und GewerkschaftsführerInnen, die Anteile von Minen und Unternehmen besitzen.

In der scharfen Auseinandersetzung darüber, ob das Anliegen der Bergarbeiter in Marikana und die gewählten Mittel legitim seien, äußert sich auch der Unmut der Streikenden: Sie sehen sich weder politisch noch gewerkschaftlich angemessen vertreten und organisieren den Kampf um ihre Rechte selbst. Die Konflikte in den Minen sind längst nicht zu Ende, auch wenn hier und da ein höheres Lohnergebnis erzielt wird. Die politische und juristische Aufarbeitung von Marikana wird noch andauern. Gerade erst hat die Untersuchungskommission ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ob auf staatlicher Seite jemand zur Verantwortung gezogen werden wird, ist offen. Derweil geht die Einschüchterung der Kumpel und ihrer Familien wie auch einiger Vertreter der örtlichen NUM jedoch weiter.[3] Die politischen Reaktionen der offiziellen Linken lassen bisher eher business as usual erwarten: Gefahren für die Volkswirtschaft werden beschworen. Und wie immer, wenn eine Politik von unten nicht in die Parteilinie passt, werden AktivistInnen als Konterrevolutionäre bezeichnet oder einer ominösen »dritten Kraft« zugeordnet, die für Polarisierung und Konflikte verantwortlich sei.

In die Logik der offiziellen Linken Südafrikas passen keine selbstbewussten ArbeiterInnen, TownshipbewohnerInnen, BürgerInnen, die sich für ihre Rechte einsetzen und sich jenseits von ANC, traditionellen Gewerkschaften oder kommunistischer Partei selbst organisieren. Marikana ist deswegen auch mehr als ein entsetzliches Ereignis mit vielen Toten. Ein (Klassen-)Bruch mit dem ANC und »seinen« Gewerkschaften deutet sich an. Und das Ende des Alleinvertretungsanspruches der Dreier-Allianz aus ANC, COSATU und Kommunistischer Partei (SACP). Es zeigt sich aber auch ein neues Klassenbewusstsein, das neue Organisierungsformen braucht und sucht. Prekär, widersprüchlich und offen artikuliert sich hier – wie auch in den zahlreichen Township-Kämpfen – ein Moment einer neuen Befreiungspolitik. Gegen den zunehmend repressiv und autoritär agierenden ANC, der sich selbst zu zerstören scheint.

Wir dokumentieren einen leicht gekürzten Beitrag aus der Debatte, wie sie in der südafrikanischen Linken geführt wird, auch wenn der Text selber – Anfang September verfasst – von einigen aktuellen Ereignissen mittlerweile eingeholt ist.[4]

Corinna Genschel für die Redaktion

STRUKTURELLE GEWALT

Die Menschen in Südafrika leben und arbeiten in einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf Gewalt beruht. Das ist nichts Ungewöhnliches, sondern ein Charakteristikum des Kapitalismus. Karl Marx beschrieb diesen als »blut- und schmutztriefendes« System (MEW 23, 788). Das Massaker von Marikana brachte zwei Formen von Gewalt zum Vorschein, die das Alltagsleben prägen. Das erste ist die asymmetrische Gewalt der staatlichen Zwangsmaßnahmen der ANC-Regierung. Sie äußert sich in der hochtechnisierten und militarisierten Feuerkraft der Polizei. Die zweite Form ist schwerer zu erkennen. Es ist eine vom globalisierten und finanzialisierten Kapitalismus ausgehende strukturelle Gewalt. Sie bringt eine Gesellschaft hervor, in der die Verbindungen zwischen Arbeit und Reproduktion des menschlichen Lebens gekappt sind. Auf der Grundlage überausgebeuteter, prekärer und disziplinierter Arbeit ist es nicht möglich, anständig zu leben. Der Dauertrend zu Extraprofiten in den Platinminen Südafrikas ist trotz der kurzfristigen Preisschwankungen schlicht ein Akt der Gewalt. Er schafft Verarmung und Erniedrigung. Dieser Gewaltakt wird von der ANC-Regierung gut geheißen und dadurch unterstützt, dass sie auf eine Strategie vertiefter Globalisierung setzt und eine Wachstumsstrategie verfolgt, die auf ausländischen Direktinvestitionen beruht. Zugespitzt formuliert, wird die Vermeidung von Risiken für das Kapital über die Vermeidung von Risiken für Leib und Leben gestellt – und über die Risiken für die Natur.

MARIKANA – EINE ZÄSUR

In diesem Zusammenhang erweist sich das Massaker von Marikana als historisches Ereignis, als Schlüsselmoment in der Geschichte Südafrikas nach dem Ende der Apartheid. Es ist ein Angriff auf Kernelemente der Ideologie der nationalen Befreiung: die Annahme nämlich, dass »die Arbeiterklasse in Führung« ist, und dass die vom ANC angestoßene »nationale und demokratische Revolution« Partei für die Arbeiterklasse ergreife. Hätten diese Grundsätze Substanz, wäre das Massaker wahrscheinlich nicht passiert. Angesichts der Ermordung der Arbeiter in Marikana durch den ANC-Staat erweisen sie sich jedoch als hohle und heuchlerische Kulisse.

Der Ereignisse in Marikana wird an der Basis als ein Massaker an Arbeitern durch den ANC-Staat gedacht. Dies lässt sich aus dem Bewusstsein der Menschen kaum mehr löschen. Wann immer der ANC die ArbeiterInnen zur Wahl aufrufen wird, wird ihnen durch den Kopf gehen, dass der ANC Arbeiter ermordert hat. Marikana wird einen Bruch im Bewusstsein der Subalternen und ihrer Unterstützung für den ANC darstellen.

Der ANC-Staat hat dies erkannt. Anders lässt sich nicht erklären, dass er versuchte, die (überlebenden) Arbeiter von Marikana durch Mordanklagen kollektiv zu verleumden und zum Sündenbock zu machen. Die Anklagen wurden von der nationalen Staatsanwaltschaft zurückgezogen. Es war ein Akt der Verzweiflung, der nicht aufging.

OFFENE FRAGEN

Im öffentlichen Diskurs kamen dadurch jedoch viel schwerwiegendere Fragen auf:

Warum wurden keine Ermittlungen gegen die Polizeibeamten aufgenommen, die die Arbeiter erschossen? Warum wurden sie nicht suspendiert oder angeklagt? Warum passierte dies nicht mit der nationalen Polizeichefin und dem Polizeiminister? Warum hat Präsident Zuma den Chef der Staatsanwaltschaft nicht gefeuert, nachdem die absurden Mordanklagen erhoben wurden? Die meisten SüdafrikanerInnen stellen diese Fragen, machen sie doch einmal mehr die arbeiterfeindliche Haltung der ANC-Regierung und letztlich auch des ANC-geführten Bündnisses deutlich.

Zahlreiche Berichte der BewohnerInnen von Marikana legen nahe, dass es weiterhin zu Übergriffen durch die Polizei kommt, dass Menschen verhaftet werden. Bezüglich des Streiks initiierte die ANC-Regierung (zusammen mit COSATU und der SACP) einen »Prozess für ein Friedensabkommen«. In der Öffentlichkeit vertrat dies kein geringerer als Cyril Ramaphosa – der frühere Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft NUM. Heute ist er Vorstandsmitglied des ANC und des Bergbaukonzern Lonmin. Die Beschäftigten sollten unter Druck gesetzt werden, die Arbeit vor dem Beginn von Tarifverhandlungen wiederaufzunehmen. Bei dem »Friedensabkommen« handelte es sich also um eine Taktik des Streikbruchs. Sie wurde von ANC/COSATU/SACP unterstützt, von den streikenden Bergarbeitern und der Bergarbeitergewerkschaft AMCU jedoch mit Nachdruck abgelehnt.[5]

In dem Streik ging es eben nicht nur um Lonmin und die Löhne, sondern darüber hinaus um eine Kritik an der Herrschaft des ANC und der undurchsichtigen, arbeiterfeindlichen Führung des Bündnisses. Kann nun ausgerechnet Julius Malema[6] den ANC retten und eine Neuorientierung der Arbeiterklasse weg vom ANC verhindern? In Zusammenhang mit Marikana legte der Populist Malema einen dreisten Opportunismus an den Tag, und er konnte wie immer auf die große Bühne der Medien zählen. Ob es ihm allerdings gelingen wird, eine politische Basis außerhalb des ANC aufzubauen, ist genauso offen wie die Frage, ob die Arbeiterschaft bereit wäre, sich erneut in eine Sackgasse zu begeben. Unklar ist auch, ob sein simpel gestrickter Populismus bei vielen ArbeiterInnen auf offene Ohren stößt – trotz seiner Verstaatlichungsrhetorik. Wenn das so wäre, hätten sich ihm längst der gesamte COSATU und die Erwerbslosen angeschlossen. Nach Marikana scheint es eher so, als ob Teile der Arbeiterklasse Malema für ihre Zwecke nutzen, statt sich von seiner engstirnigen, selbstbezogenen, populistischen Politik instrumentalisieren zu lassen. Momentan sieht es nicht so aus, als könne er mehr erreichen, als den ANC weiter zu spalten. Wenn man bedenkt, wie tief die Risse bereits sind, würde das womöglich zu einem Bruch führen. Man sollte sich von der Illusion verabschieden, dass es Malema gelingen kann, nach Marikana relevante Teile der Arbeiterklasse zurück in den ANC zu holen.

AUFBRUCH FÜR NEUE FORMEN DER POLITIK?

Was in dieser instabilen Situation nach Marikana tendenziell übersehen wird, sind die Annäherungen innerhalb der fortschritt-

lichen Teile der Zivilgesellschaft. Über sie wird in den meisten Medien nicht berichtet. Das Aufkommen breiter Solidarität mit den Arbeitern von Marikana basiert auf zwei Prinzipien: Zum einen werden Solidaritätsaktionen in Abstimmung mit den Arbeitern von Marikana und den *communities* vor Ort geplant. Zum anderen beruht die Solidaritätskampagne auf demokratischen Verfahren, in denen kollektiv und transparent entschieden wird. Beide Prinzipien verhindern ein zu scharfes Vorgehen und halten Opportunismus in Schach; stattdessen bildet sich eine Form tiefer Solidarität. Zum ersten Mal seit den 1980er Jahren gibt es eine solche Dynamik innerhalb der fortschrittlichen Teile der Zivilgesellschaft, die viele Akteure zusammenbringt: Basisbewegungen, mit Rechtsfragen befasste NGOs, Organisationen für humanitäre Hilfe, Frauengruppen, religiöse Organisationen, linke Gruppen, transnationale Aktivistennetzwerke und besorgte Individuen. Sie treten gemeinsam für die Arbeiter von Marikana ein und nutzen dazu verschiedene Formen der Organisierung: Sie bilden Netzwerke bei Facebook, verfassen Online-Petitionen, betreiben Blogs und symbolische Protestaktionen, verteilen Flugblätter, organisieren lokale Aktionen und Massenproteste, richten Solidaritätskassen ein. Ein Kontrollgremium wurde eingerichtet, das sich mit der von der Regierung eingesetzten juristischen Kommission befasst.

Unbeabsichtigt schlägt Marikana im Bereich der postnationalen Befreiung und einer postneoliberalen Politik für Südafrika hohe Wellen: Alternative politische Kräfte rücken ins Rampenlicht; sie sind nicht bereit, sich einfach zurückzulehnen und zuzuschauen, wie die Demokratie in Südafrika durch das immer autoritärer auftretende, selbstzerstörerische Bündnis um den ANC zerstört wird.

Aus dem Englischen von Alexander Gallas

1 Die meisten Berichterstatter hatten sich auf die Darstellungen der Sicherheitsorgane der NUM beschränkt, statt Informationen der Bevölkerung vor Ort einzubeziehen (vgl. u.a. die pointierte Untersuchung der Rhodes Universität über die Berichterstattung [http://www.sabc.co.za/news/a/00f7e0804cfe58899b00bf76c8dbd3db/Marikana-and-the-problem-of-pack-journalism-20120710]). Eine auf Deutsch kommentierte Leseliste informativer Beiträge findet sich unter: http://www.labournet.de/internationales/suedafrika/whoiswho.html

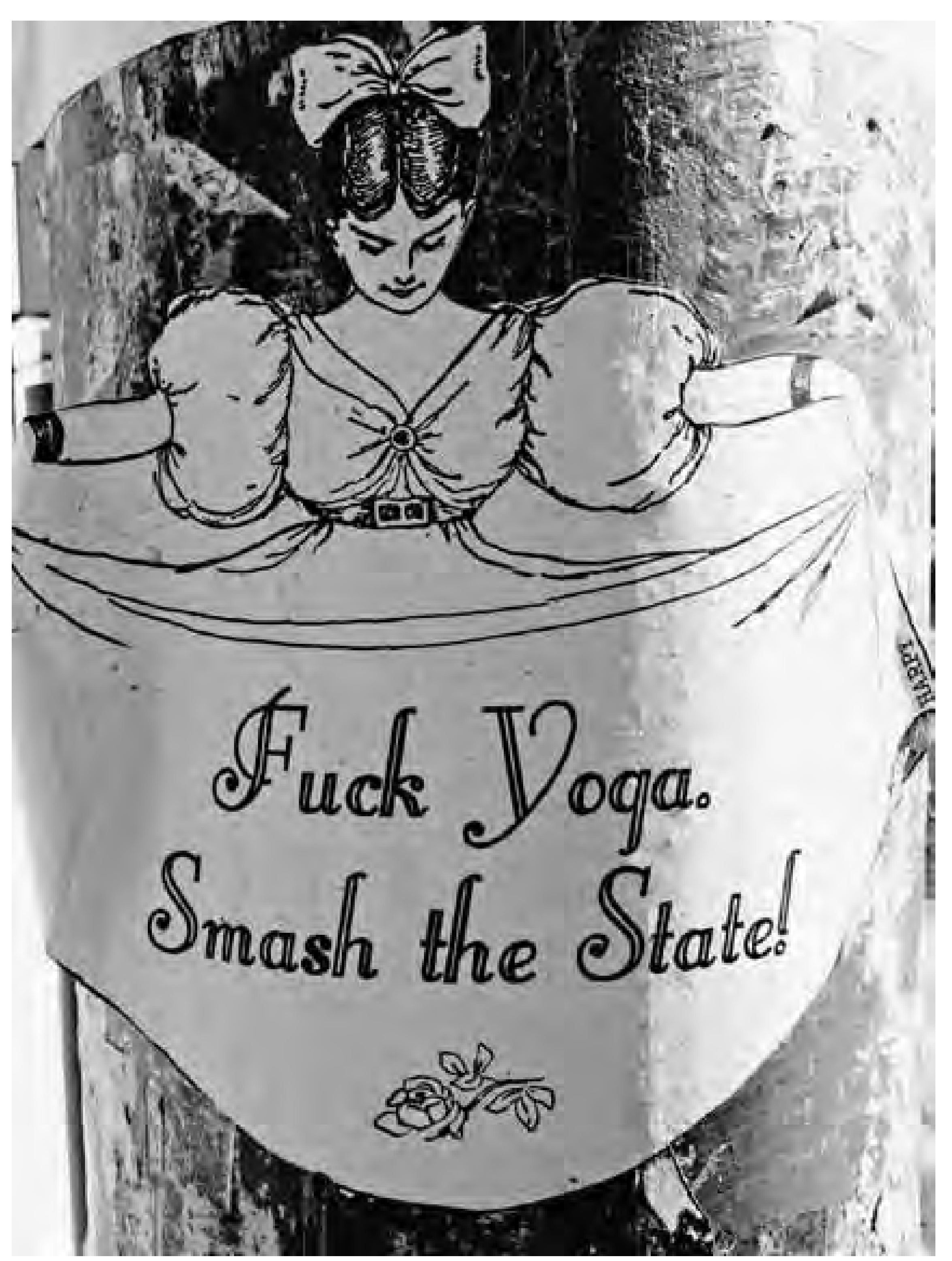
2 http://dailymaverick.co.za/opinionista/2012-10-12-marikana-prequel-num-and-the-murders-that-started-it-all

3 Gerade erst wurden vier Arbeiter verhaftet, die als Zeugen bei der Kommission aussagen sollten. Sie werden beschuldigt, NUM-Mitglieder in Marikana ermordet zu haben (http://mg.co.za/article/2012-10-26-00-arrests-rebound-on-marikana-commission).

4 Vgl.: http://defending populardemocracy.blogspot.de

5 Anm.d.Red.: AMCU ist die Association of Mineworkers and Construction Union, eine junge Gewerkschaft für Minenarbeiter. Im Zuge der Ereignisse in Marikana wurde ihr vorgeworfen, aus Konkurrenz zur NUM, die in COSATU organisiert ist, die Situation in Marikana eskaliert und die Arbeiter angestachelt zu haben.

6 Anm.d.Red.: Julius Malema ist der (umstrittene) ehemalige Jugendligavorsitzende des ANC. Nach Korruptionsvorwürfen musste er im vergangenen Jahr den ANC verlassen. Er ist bekannt für seinen linksradikalen Populismus und gilt als potenzieller Herausforderer des Präsidenten Jacob Zuma.


Fuck Yoga.
Smash the State!

PERSPEKTIVEN DES PROTESTS

VERFASSUNGGEBENDE VERSAMMLUNG IN CHILE?

EVA VÖLPEL UND

ÁLVARO GARREAUD

Ein Gespenst geht um in Chile – das Gespenst einer Verfassunggebenden Versammlung. Dagegen verschworen hat sich nicht nur die Regierung der rechten Parteienkoalition aus Renovación Nacional (RN) und Unión Demócrata Independiente (UDI) unter Präsident Sebastián Piñera. Auch Teile der Opposition schüren die Angst vor der von den sozialen Bewegungen vorgetragenen Forderung nach einer Asamblea Constituyente. Mit ihr könnte 22 Jahre nach der Pinochet-Militärdiktatur Chiles Gesellschaftsmodell neu bestimmt werden. Diese Entwicklung ist auch Ergebnis der Schüler- und Studierendenproteste und ihrer Verbündeten, die mittlerweile ins zweite Jahr gehen.

DIE WIEDERKEHR DER BILDUNGSPROTESTE 2012

Die Proteste der Jugendlichen begannen im April 2011. Sie richten sich gegen das teure und weitgehend privatisierte Bildungssystem. Mehr als die Hälfte der SchülerInnen und

Studierende besuchen private Einrichtungen. Durchschnittlich kostet eine Hochschulausbildung rund 5 000 Euro im Jahr. Chile hat damit – gemessen am Einkommen – die weltweit höchsten Studiengebühren. Dies ist ein Erbe der Militärdiktatur (1973–1990), die das Land in ein Labor für radikale neoliberale Reformen verwandelt hatte. Den Protesten der Studierenden schlossen sich Eltern und Großeltern, Gewerkschaften, darunter der Dachverband Central Unitaria de Trabajadores (CUT), Lehrpersonal, RektorInnen, KünstlerInnen und Intellektuelle an. Durch regelmäßige Großdemonstrationen, kreative Aktionen und Besetzungen von (Hoch-)Schulen im ganzen Land war das Thema in den Medien ständig präsent. Umfragen zufolge sympathisierten Mitte 2011 acht von zehn ChilenInnen mit dem Anliegen der Proteste, während der Präsident auf 26 Prozent Zustimmung abstürzte.

Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, Reformen vorzuschlagen. Sie wurden unter anderem von der Confech, dem Dachverband der Studierendenvertretungen von rund 30 Universitäten, als unzureichend abgelehnt. Zwei Erziehungsminister räumten 2011 nacheinander ihren Posten. Doch bis zum Beginn der chilenischen Sommerferien (der hiesige Winter 2011/2012) erzielte die Bewegung keine Erfolge in ihrem Sinne: Die Regierung stellt zwar mehr Geld für Stipendien zur Verfügung, hat zwei Behörden zur Überwachung und Sanktionierung des Profitstrebens im Bildungswesen initiiert sowie die obszönsten Bildungskredite mit Zinssätzen bis zu sechs Prozent abgeschafft. Auch eine Anhebung der Unternehmensbesteuerung von 17 auf 20 Prozent sowie eine Erhöhung des Mindestlohns von monatlich umgerechnet rund 307 Euro auf 325 Euro lassen sich als Reaktion auf ein verändertes politisches Klima lesen. Doch hält das Kabinett Piñera an der Privatisierung der Bildung fest und sträubt sich gegen den Auf- und Ausbau eines öffentlich finanzierten Schul- und Hochschulwesens für alle.

Die Regierung hoffte, die Proteste würden 2012 nachlassen. Seit Mai gab es zwar wieder mehrere Großdemonstrationen, aber die Mobilisierung ist deutlich weniger intensiv. Damit zieht die Bewegung eine Lehre aus dem Kräfteverschleiß von 2011, als viele Jugendliche ein Ausbildungsjahr verloren und monatelang darum kämpfen mussten, an ihren Schulen wieder zugelassen zu werden. Trotzdem haben die Proteste nichts von ihrer gesamtgesellschaftlichen Symbolkraft eingebüßt.

Sie zeichnen sich durch ihre Reichweite und Radikalität aus. Der Bewegung gelang es, einen generellen Unmut in großen Teilen der Gesellschaft zu politisieren. Die SprecherInnen der unterschiedlichen politischen Strömungen konnten deutlich machen, dass die zunehmende Ungleichheit und die Bereicherung weniger nicht nur ein Problem innerhalb des Bildungssystems sind, sondern die ganze Gesellschaft durchziehen. Tatsächlich erfahren dies viele ChilenInnen im Alltag: sei es im heruntergewirtschafteten öffentlichen Gesundheitssystem, bei den Pensionsfonds, im privatisierten öffentlichen Nahverkehr, bei den eingeschränkten Möglichkeiten zur politischen Beteiligung oder auch im zunehmend schuldenfinanzierten Massenkonsum.

Radikal ist die Bewegung, weil Konsens ist, dass die Fundamente der Gesellschaft

verändert werden müssen. Dazu zählen die aus der Diktatur geerbte Verfassung, das Wahlsystem,[1] das zur Blockbildung im Parlament führt und kleine Parteien benachteiligt, und die hohen 4/7-Mehrheiten in beiden Kammern des Parlaments, die nötig sind, um die sogenannten 18 *leyes orgánicas* zu ändern. Diese sind Gesetze mit Verfassungsrang, die Kernbereiche der Gesellschaft regulieren, darunter die Bildung, die Bergbaukonzessionen, die Streitkräfte und das Wahlsystem.

Entscheidend für den Erfolg der Bewegung ist, dass sie sich bisher nicht gespalten hat. Die wichtigsten Strömungen, die *Izquierda Autónoma*, die Kommunisten sowie die *Nueva Acción Universitaria*, stimmen ihre Aktionen und Reformvorschläge ab.

Dennoch musste sich die Bewegung Ende 2011 neue Strategien überlegen. Auf Versammlungen der Confech und gemeinsam mit den Schüler-Organisationen der Sekundarstufe verständigte man sich über das weitere Vorgehen. Vereinbart wurde, die Mobilisierungen weiterzuführen, das Bündnis zu vertiefen und ein Reformprogramm zu erarbeiten. Vorschläge für eine Steuerreform, einen Umbau des Bildungssektors und eine Wiederverstaatlichung der Kupfervorkommen (die sich zu 60 Prozent in privaten Händen befinden) liegen bereits vor.

Die Confech konnte auch ihre Kooperation mit den SchülerInnen und mit Studierendenvertretungen privater Universitäten ausbauen. Viele von ihnen organisieren sich bereits dort und tragen die Proteste mit. Doch es bleiben auch Differenzen zu klären, beispielsweise darüber, wie der Ausbau eines öffentlichen Bildungssektors mit der privaten Hochschullandschaft vereinbar wäre.

Auch außerhalb des Bildungssektors geht die Bewegung neue Bündnisse ein. So solidarisierten sich die SchülerInnen und StudentInnen mit den landesweiten Protesten der Fischer gegen ein neues Gesetz, das große Fischereimonopole bei den Fangquoten extrem bevorteilt.

Ob sich die Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsdachverband CUT vertiefen wird, ist noch offen. Er wird nun von Bárbara Figueroa geführt, die im August den zwölf Jahre amtierenden Arturo Martínez von der Sozialistischen Partei ablösen konnte. Figueroa, Mitglied der Kommunistischen Partei (PC), trat auf einer Liste mit Cristián Cuevas an, dem Chef der Kupferarbeitergewerkschaft CTC. Vor allem Cuevas hat Martínez und seine Anhänger immer wieder scharf wegen Intransparenz, Manipulation bei den Gewerkschaftswahlen und des nicht ausreichenden Schulterschlusses mit den sozialen Bewegungen angegriffen. Vorsichtig optimistisch ist zu erwarten, dass Figueroa mehr Nähe zu den sozialen Bewegungen herstellen wird. Wie sie jedoch die Spannungen innerhalb des CUT austarieren wird und ob sie dort für mehr Demokratie sorgen kann, bleibt abzuwarten. Zwar steht ihr Sieg für einen Linksruck innerhalb des CUT – dieser ist jedoch immer noch von den Ränkespielen der Parteien durchzogen.

Den SchülerInnen und Studierenden spielte derweil bei ihren Protesten 2012 in die Hände, dass der Missbrauch im Bildungssystem nicht mehr unter den Teppich zu kehren ist. Im Mai beherrschte ein Skandal an der privaten Universidad del Mar wochenlang die Medien: Die Besitzer der



»Parking« (Banksy), Los Angeles 2012, mojoey/flickr

Universität hatten ihren Angestellten und Lehrkräfte seit Monaten umgerechnet rund 800 000 Euro an Löhnen und Sozialbeiträgen vorenthalten, sich aber selbst rund eine Million Euro aus den Einnahmen der Uni ausgezahlt. Nur wenig später präsentierten die StudentInnen eine Studie der Journalistin María Olivia Mönckeberg über die personellen Verflechtungen zwischen den privaten Uni-Konsortien und der politischen, vor allem rechten Klasse. Fast zeitgleich erschien auch der Bericht einer parlamentarischen Untersuchungskommission unter Vorsitz der Opposition. Er arbeitet zum ersten Mal die Auswirkungen der Privatisierungspolitik auf und dokumentiert das völlige Versagen staatlicher Kontrollinstanzen unter anderem in der Frage, ob die Hochschulen Gewinne erwirtschaften. Denn das ist offiziell verboten.

POLITISIERUNG DER LEGITIMATIONSKRISE

Die Bewegung hat bereits einen wichtigen Sieg errungen: Sie hat maßgeblich zur Delegitimierung des politischen Repräsentationssystems beigetragen. Das zeigen auch die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 28. Oktober, bei denen die Wahlenthaltung über 60 Prozent erreichte. Die rechte Parteienallianz verliert immer weiter nicht nur an Vertrauen, sondern auch an Posten.

Die Bewegung hat diese Legitimationskrise nicht nur sichtbar gemacht und verstärkt, sondern auch politisiert. Die Proteste

stehen damit auch für die erfolgreichere Wiederaufnahme der SchülerInnenproteste der *Pinguinos* von 2006. Damals stellten die Jugendlichen, viele von ihnen studieren heute, zum ersten Mal den Postdiktaturkonsens in Frage, indem sie für die Abschaffung der Bildungsgesetze aus der Pinochet-Zeit stritten. Dieser ehemalige Konsens wird nun von unterschiedlichsten Gruppen aktiv in Frage gestellt. Vertrauen gewinnen dabei die sozialen Bewegungen und Teile der Zivilgesellschaft, die sich in Versammlungen (*Asambleas*) organisieren (vgl. *LuXemburg* 4/2011, 140ff).

Die StudentInnen und SchülerInnen sind dabei nicht die einzige Gruppe. Auch die quer durch alle Alters- und Berufsgruppen getragenen Proteste und Organisierungsprozesse der BewohnerInnen der weit abgelegenen Regionen Magallanes, Aysén, Calama oder Freirina in den vergangenen Monaten sind dafür ein Beispiel.[2] Ein weiteres sind die Organisierungsprozesse der Angestellten des öffentlichen Gesundheitssektors oder auch der Forstarbeiter sowie der indigenen Mapuche. Neu ist, dass sich diese Gruppen zum Teil nun auch untereinander koordinieren, statt wie früher einzeln Forderungen an die Regierung zu richten.

Der chilenische Historiker Gabriel Salazar (2012) kommentiert die Entwicklungen folgendermaßen: »In Chile gibt es derzeit mindestens sieben regionale Bürgerversammlungen (*Asambleas Ciudadanas Regionales,* Anm.d.Red.), die nicht in der Verfassung vorgesehen sind. Trotzdem verhandelt die Regierung mit ihnen. Es gibt hunderte solcher Versammlungen auf kommunaler Ebene oder in Stadtteilen. Es sind Orte, an denen Forderungen und Alternativvorschläge entwickelt werden. Wir sehen eine zweite Macht entstehen.«

ANTWORTEN DER REGIERUNG

Die Regierung begegnet den Protesten der Jugendlichen mit einer Mischung aus Überforderung, Hinhaltetaktik, den bereits erwähnten Reformen und Repression. Vermeintlich gewalttätige Proteste dienen ihr als Begründung, um zu versuchen, ein Gesetz zur öffentlichen Ordnung durch das Parlament zu peitschen. Das *Ley Hinzpeter*, benannt nach dem ehemaligen Innenminister Rodrigo Hinzpeter, definiert neue Straftatbestände und zielt auf die Kriminalisierung der Bewegung. Mit Haft zwischen anderthalb und drei Jahren kann danach bestraft werden, wer etwa den Verkehr unterbricht oder öffentliche oder private Einrichtungen besetzt, aber auch, wer zu nicht angemeldeten Demonstrationen oder Besetzungen aufruft. Das zielt auf die SprecherInnen der Studierenden- und SchülerInnenverbände. Auch schwere Misshandlungen und sexuelle Übergriffe auf StudentInnen und minderjährige SchülerInnen in Polizeigewahrsam sind vielfach belegt.

RUF NACH EINER VERFASSUNGGEBENDEN VERSAMMLUNG

Doch trotz der Repression hat sich die Diskussion über eine *Asamblea Constituyente* (Verfassunggebende Versammlung) und grundlegende Reformen des politischen Systems ausgebreitet. Sie kreist derzeit um die Frage, wie solche Forderungen durchzusetzen wären. Eine Verfassunggebende Versammlung

CARE FOR CLASS

müsste dabei die größtmögliche Beteiligung aller Bevölkerungsschichten und Regionen des Landes garantieren.

Dieser Diskussion können sich auch die Medien sowie die Parteien im Parlament nicht mehr entziehen. Die Reaktionen reichen von schriller Hysterie der Rechten bis hin zu Äußerungen der Concertación, die anschaulich illustrieren, warum nach 20 Jahren auch das Mitte-Links-Parteienbündnis desavouiert ist und mit Zustimmungsraten um die 20 Prozent herumdümpelt. So lehnte Camilo Escalona, sozialistischer Politiker und Präsident des chilenischen Senats, eine Verfassunggebende Versammlung mit der Begründung ab, es gebe keine Krise der Institutionen. Escalona steht für eine verbreitete Haltung in der Concertación: die Unfähigkeit, sich kritisch mit dem Ausmaß der eigenen Delegitimierung und den Gründen dafür auseinanderzusetzen. 1990 habe man nicht anders als in Übereinkunft mit der Rechten und dem abgedankten Pinochet regieren können, heißt es. Daran ist für die ersten Jahre der Postdiktatur viel wahr. Es stimmt aber auch, dass, kaum an der Macht, die Concertación aufgehört hat, sich auf die Kraft des Widerstands zu beziehen, der die Diktatur zu Fall brachte. Mehr noch: Sie hat die neoliberalen Reformen der Pinochet-Diktatur in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen vertieft (Wasser, Kupfer, Elektrizität, Bildung).

Angesichts des Drucks von unten gerät auch das Parlament in Bewegung. Die Rechte versucht, die Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung auszubremsen, indem sie maximal eine Reform des binominalen Wahlsystems als möglich erachtet. Andere Politiker begrüßen eine neue Verfassung, wollen sie aber nur im Parlament debattieren und verabschieden. Politiker der Partido por la Democracia (Partei für Demokratie, PPD) wiederum haben mit Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen wie der Iniciativa por una Asamblea Constituyente eine Gesetzesinitiative eingereicht, um zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2013 eine »vierte Urne« aufzustellen. Dort sollen die Wähler entscheiden, ob sie für oder gegen die Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung sind. Es ist aber fraglich, ob das Projekt die nötigen Stimmen erhält.

Die Proteste bringen auch Bewegung in die Parteienbündnisse. So präsentierte sich die PPD zusammen mit der Partido Radical Social Demócrata (Radikale Sozialdemokratische Partei, PRSD), beide Teil der Concertación, sowie der PC und der neu gegründeten Izquierda Ciudadana (Linke Bürgerbewegung) als Bündnis unter dem Namen »Por un Chile Justo« (»Für ein gerechtes Chile«) zu den Kommunalwahlen am 28. Oktober. Diesen »Linksruck«, so das Bündnis, wollen die Parteien auch in die Concertación tragen. Sie soll sich thematisch und von den Koalitionspartnern her nach links öffnen. Ob und wie die großen Parteien der Concertación, die Sozialistische Partei sowie die Christdemokraten, dabei mitspielen, ist ungewiss. Das Liebäugeln der Kommunistischen Partei mit einer Aufnahme in die Concertación sorgt jedoch bereits für harsche Kritik seitens der studentischen Strömung der Izquierda Autónoma. Jenseits einer Anbindung an einen großen Parteienblock hätte das Bündnis »Chile Justo« aber wegen des Wahlsystems kaum Aussicht auf eine Vertretung im Parlament. Das

zeigt, wie begrenzt in Chile die Möglichkeit ist, dass sich im Parlament eine unabhängige und starke linke Opposition formiert.

Die sozialen Bewegungen müssen angesichts der Wahlen 2013 und der Entwicklungen im parteipolitischen Spektrum ihre Positionen neu definieren. Trotz der harschen Kritik an der politischen Klasse Chiles und der Beschränktheit des parlamentarischen Systems kommt es auch aus ihren Reihen zu Parteigründungen. So hat die Izquierda Ciudadana neben PolitikerInnen aus dem linken Spektrum der sozialistischen Partei und Ex-Ministern aus der Zeit Salvador Allendes auch studentische AktivistInnen in ihren Reihen. Giorgio Jackson wiederum, der 2011 Sprecher des Studierendenverbandes FEUC der Universidad Católica de Chile war, hat die Revolución Democrática (Demokratische Revolution) gegründet, eine Bewegung, die den Weg in die Parlamente nicht ausschließt. Für die Kommunistische Partei will Camila Vallejo zur Parlamentswahl antreten, während ihr Parteikollege und Ex-Sprecher des Studierendenverbandes FEUSACH der Universidad de Santiago, Camilo Ballesteros, bereits – ohne einen Posten zu gewinnen – zu den Kommunalwahlen ins Rennen ging.

Die SchülerInnenbewegung Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios (ACES) rief hingegen unter dem Slogan »Yó no presto el voto« (»Ich gebe meine Stimme nicht her«) zum Wahlboykott und zu Protestaktionen anlässlich der Kommunalwahlen auf. Ein Vorgehen, das die anderen Akteure der Bewegung akzeptierten, aber nicht teilten. Diese unterschiedlichen Positionen sowie Versuche, die Forderung nach einer Verfassunggebenden Versammlung zu instrumentalisieren, markieren das Spannungsfeld, in dem sich die Bewegung orientieren muss. Hoffnungen, mit einem Gang durch die Institutionen einen Wandel herbeizuführen, erscheinen dabei wenig gerechtfertigt. So stellen der Soziologe Carlos Ruiz und der studentische Aktivist Francisco Figueroa (2012) treffend fest: »Die Gefahr der Instrumentalisierung und Desartikulation der sozialen Bewegung ist offenkundig. [...] Es braucht neue Strategien der Transformation. Sie können nicht darin bestehen, die ganze Kraft in den Kampf um die Kontrolle des Staates zu lenken.«

LITERATUR

Ruiz, Carlos, und Figueroa, Francisco, 2012: Izquierda para qué, www.nodoxxi.cl/izquierda-para-que

Salazar, Gabriel, 2012: Es entsteht eine zweite Macht, in: *Lateinamerika Nachrichten* 457/458, 16f

---

1 Das binominale Wahlsystem funktioniert nach dem Mehrheitswahlrecht. Nur zwei KandidatInnen pro Wahlkreis erhalten einen Sitz im Parlament, in der Regel die Liste mit den meisten und die mit den zweitmeisten Stimmen. Beide Sitze erhält eine Liste nur, wenn sie doppelt so viele Stimmen erreicht wie die zweitplatzierte Liste, was selten vorkommt. So stellen Regierung und Opposition fast immer eine gleich große Zahl an Abgeordneten und sind für Gesetzesinitiativen darauf angewiesen, zu kooperieren. Ein zweiter Effekt ist die Gruppierung der Parteien in zwei große Blöcke. Kleinere Parteien außerhalb dieser Blöcke haben keine Chance, in das Parlament einzuziehen.

2 In Magallanes, im kalten Süden Chiles, ging die Bevölkerung gegen die Streichung der Gassubventionen auf die Straße. In Aysén, ebenfalls im Süden, stritt sie u.a. für eine bessere Gesundheitsversorgung, eine öffentliche Universität und die Abschaffung des neuen Fischereigesetzes. In Calama und anderen Wüstenstädten im Norden protestierten die AnwohnerInnen gegen die mangelnde Beteiligung an den Gewinnen des Kupferabbaus. In Freirina legten sie eine stinkende Schweinemastanlage kurzerhand durch Straßenblockaden lahm. Die Regierung musste in allen Fällen reagieren. Vor allem in Magallanes und Aysén tat sie es zuerst mit scharfer Repression. Schließlich war sie gezwungen, Verhandlungen aufzunehmen. Allerdings hält sie die Bevölkerung in diesen hin.

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

MARIO CANDEIAS Politologe und Ökonom, stellv. Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse, Redakteur von *LuXemburg*. V: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (2004)

MELINDA COOPER Soziologin, Feministin, Fellow am Fachbereich Soziologie und Sozialpolitik an der University of Sydney, Australien. Schwerpunkte: Biotechnologien im neoliberalen Kapitalismus, neue Formen Klinischer Arbeit. Mithg. des *Journal of Cultural Economy*. V: Life as Surplus: Biotechnology and Capitalism in the Neoliberal Era (2008)

TASHY ENDRES Aktivistin, Architektin und Übersetzerin, war als Konflikttrainerin Teil von Occupy Wall Street, New York, und ist derzeit in der Kerngruppe von Kotti & Co und bei Gruppe Soziale Kämpfe aktiv. Co-Übersetzung: Hollow Land von Eyal Weizman (2009)

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Mitglied der Gruppe [paris]

SILVIA FEDERICI Soziologin, feministisch-marxistische Theoretikerin und Aktivistin, war Gründungsmitglied des International Feminist Collective. V: Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation (2004)

NANCY FRASER Politikwissenschaftlerin und Feministin. Prof. für Politik- und Sozialwiss. an der New School for Social Research in New York. Schwerpunkte: deliberative Demokratie, transnationale Öffentlichkeiten und feministische Theorie. Hg. der Zeitschrift *Constellations*. V: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht (2003)

GEORG FÜLBERTH Prof. em. für Politikwissenschaft, Mitglied der DKP. Arbeitet z. Zt. an einer Internetausgabe der Schriften Robert Katzensteins (1928–2006). V: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2012)

ALEXANDER GALLAS Autor und Übersetzer, Dozent am Institut für Asien- und Afrikawiss. der HU Berlin. Schwerpunkte: Staats-, Klassen- und Demokratietheorie; politische Ökonomie Großbritanniens. V: Politische Streiks (Hg. mit Florian Wilde und Jörg Nowak, 2012)

ÁLVARO GARREAUD Anthropologe, zuletzt am Max Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Mitglied der Grupo de Recerca sobre Exclusió i Control Socials (Uni Barcelona), der Zeitschrift *Viscera* und des freien Radioprojekts Raíces Nómades (Freiburg). Schwerpunkte: Kritische Kriminologie, neue Sicherheitspolitik

ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD Prof. für Soziologie an der University of California in Berkeley und Autorin. Schwerpunkt: weibliche Reproduktionsarbeit. V: The Outsourced Self: Intimate Life in Market Times (2012); Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet (2002)

CATHERINE HOSKYNS Prof. em. für European Studies und Gender Politics an der Coventry University. V: Integrating Gender: Women, Law and Politics in the European Union (1996)

HORST KAHRS Sozialwissenschaftler, Referent für Das Öffentliche und Sozialstrukturanalyse am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS. V: Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte; RLS-Studie (November 2012); Die Piraten und ihre Wähler, in: *LuXemburg* 3/2012, 146ff

SANDY KALTENBORN Kommunikationsdesigner, Mitbegründer der Mietergemeinschaft Kotti & Co. Betreibt seit 13 Jahren das Büro für Kommunikation und Gestaltung image-shift.net

CHRISTINE KRIEGEROWSKI Zeichnerin, Fotografin und Künstlerin. Verfasst derzeit mit KH Jeron im Rahmen eines Projektstipendiums des Künstlerdorfs Schöppingen eine »nukleare Flaschenpost an die Zukunft«: den Edutainment-Comic-Katechismus zur Atomreligion, *www.duckwoman.de*

MIRIAM LANG Soziologin, Leiterin des RLS-Regionalbüros der Andenländer in Quito. V: Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation (Hg., 2012)

MIKE LAUFENBERG Soziologe, wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin. Schwerpunkte: Queer Theory, Biotechnologie und Biomedizin, Aging Studies. V: »Die Kraft zu fliehen«: Queer Theory im Zeitalter der Biopolitik, in: Eva Sänger und Malaika Rödel (Hg.): Biopolitik und Geschlecht (2012)

THOMAS LAUGSTIEN Freier Lektor und Übersetzer (VdÜ), 1981–1998 Redaktionssekretär und Redakteur von *Das Argument*

CHRISTIANE LEIDINGER freischaffende, promovierte Politikwiss., Lehrbeauftragte. Forschungsschwerpunkt u.a.: Politische Soziologie alter und neuer sozialer Bewegungen sowie emanzipatorischer Proteste. V: Handbuch Alternativmedien (Mithg., 2011)

ISABELL LOREY Politologin, Dozentin für politische Theorie, Kulturwissenschaften und Gender Studies. V: *Die Regierung der Prekären* (2012)

MAŁGORZATA MACIEJEWSKA Soziologin, Feministin, Doktorandin an der Universität Wrocław, aktiv bei Think Tank Feministyczny

MARCIN MARSZAŁEK Doktorand im FB Soziologie der Universität Wroclaw. Schwerpunkte: Strukturwandel des polnischen Sozial- und Verwaltungssystems, neue soziale Bewegungen. Aktiv bei Think Tank Feministyczny

CORNELIA MÖHRING stellv. Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag.

TADZIO MÜLLER Referent für Klima- und Energiepolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS, Redakteur von *LuXemburg* und *turbulence*. V: Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums (mit Stephan Kaufmann, 2009)

SHIRIN M. RAI Politologin, Leiterin des Forschungsprojekts Gendered Ceremony and Ritual in Parliament an der University of Warwick. Schwerpunkte: Globalisierung, post-koloniale Governance und Gender Regimes. V: Gender Politics of Development, Essays in Hope and Despair (2008)

BERND RIEXINGER Bundesvorsitzender der LINKEN und ehemals Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart von ver.di. V: Neue Streikkultur, in: *LuXemburg 4/2011, 52ff*

ANDREA RUDORFF freischaffende Historikerin, Polonistin und Übersetzerin. V: Frauen in den Außenlagern des Konzentrationslagers Groß Rosen (2013)

ALEJANDRA SANTILLANA Soziologin, Projektkoordinatorin für Ecuador des RLS-Büros Quito, Mitglied der Asamblea de Mujeres Popular y Diversas del Ecuador

VISHWAS SATGAR Senior Lecturer für internationale Beziehungen an der University of the Witwaterstrand (Johannesburg), Mitglied des Vorstands der demokratischen Linksfront. V: Landwirtschaftliche Kooperativen in Südafrika, in: *LuXemburg* 3/2011, 114ff

SARAH SCHILLIGER wiss. Assistentin am Seminar für Soziologie an der Universität Basel. Schwerpunkte: Migration, Care-Ökonomie, Geschlechterverhältnisse und soziale Bewegungen. Mitglied von kritnet (www.kritnet.org) und beteiligt am Aufbau der Autonomen Schule Zürich, einem emanzipatorischen Bildungsprojekt von/für/mit Sans-Papiers

SUSANNE SCHULTZ Politikwissenschaftlerin. Schwerpunkte: Biopolitik, Staatstheorien, Feminismus, Migration, Lateinamerika. Redakteurin des Gen-ethischen Netzwerk Berlin und Lehrbeauftragte an der Goethe-Universität Frankfurt. V: Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik (2006)

DANIA THOMAS Dozentin an der Juristischen Fakultät der University of Keele. V: Valuing a life: a gendered reading of motor vehicle compensation (2012)

EVA VOELPEL Historikerin, Redakteurin der *taz*, Mitglied des Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. Schwerpunkte: Gewerkschaften, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland; soziale Bewegungen in Lateinamerika

CHRISTA WICHTERICH Soziologin und Publizistin, Mitglied im wiss. Beirat von attac und bei Women in Development Europe (WIDE). Schwerpunkte: neoliberale Globalisierung und Gender, Frauenbewegungen, internationale Frauenpolitik v.a. in Süd- und Südostasien, Ost- und Südafrika. *V:* Gleich – gleicher – ungleich. Paradoxien und Perspektiven von Frauenrechten in der Globalisierung (2009)

GABRIELE WINKER Sozialwissenschaftlerin, Prof. für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg-Harburg, Leiterin des Arbeitsbereichs »Arbeit–Gender–Technik«. V: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten (mit Nina Degele, 2009); Care Revolution – Ein Weg aus der Reproduktionskrise, in: *LuXemburg* 3/2010, 124ff

VSA: Streiks & Strategien

Gegen neoliberale Erschöpfung: www.vsa-verlag.de



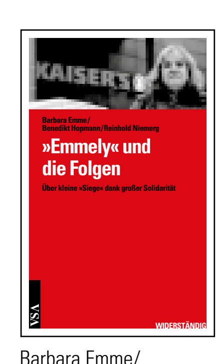
Alexander Gallas/
Jörg Nowak/
Florian Wilde (Hrsg.)
Politische Streiks im Europa der Krise
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
240 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-89965-532-2



Susanne Feustel/
Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.)
Verfassungsfeinde?
Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen
160 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-539-1



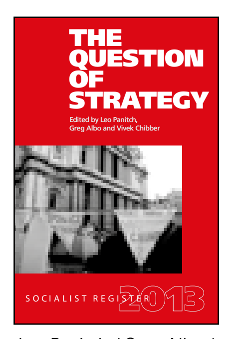
ingeborg dummer
gerechte verteilung!?!
mit langem atem zu mehr sozialer gerechtigkeit
eine flugschrift
96 Seiten | € 8.80
ISBN 978-3-89965-544-5



Barbara Emme/
Benedikt Hopmann/
Reinhold Niemerg
»Emmely« und die Folgen
Über kleine »Siege« dank großer Solidarität
96 Seiten |
WIDERSTÄNDIG | € 9.00
ISBN 978-3-89965-516-2



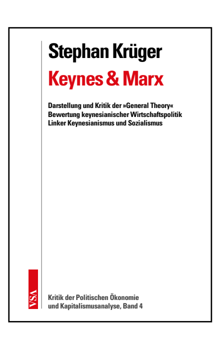
Friedrich Steinfeld
Was rettet die moderne Seele?
Zwischen Emanzipation und Erschöpfung
204 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-518-6



Leo Panitch / Greg Albo /
Vivek Chibber (Hrsg.)
The Question of Strategy Socialist Register 2013
368 Seiten | In englischer Sprache | € 23.80
ISBN 978-3-89965-999-3

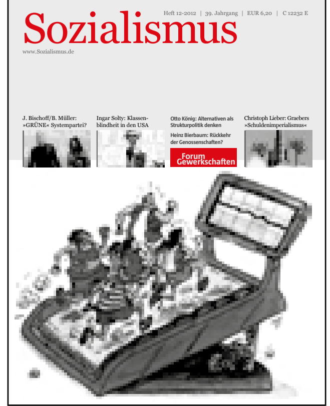


C. Boebel u.a. (Hrsg.)
Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen
128 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-542-1



Stephan Krüger
Keynes und Marx
Kritik der Politischen Ökonomie und Kapitalismusanalyse Band 4
416 Seiten | € 26.80
ISBN 978-3-89965-531-5

Vier linke Zeitschriftenprojekte:



monatlich 64 Seiten + jeden 2. Monat ein Supplement. Abo: 62,- € (erm.: 44,- €); 3 Hefte als Probeabo: 10,- €. Und: brandaktuelle Kommentare & Analysen auf der Website:

www.sozialismus.de



Eine linke Denkwerkstatt:

Workshops, Seminare, gesellschaftspolitische Foren und sozialwissenschaftliche Studien organisiert die **WISSEN**schaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftskritik. Wir wollen Gegenöffentlichkeit herstellen, uns wissenschaftlich, politisch, publizistisch einmischen. Auch dadurch, dass wir die Zusammenarbeit und Verständigung der zivilgesellschaftlichen und politischen Linken fördern: **www.wissentransfer.info**

Außerdem:

4x jährlich: **LUXEMBURG**, das aktuelle Heft haben Sie in der Hand, mehr: **www.zeitschrift-LUXEMBURG.de**

3x jährlich: **prager frühling**, Magazin für Freiheit & Sozialismus: **www.prager-fruehling-magazin.de**

2x jährlich: **transform!**, eine Zeitschrift der europäischen Linken: **www.transform-network.org**

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50, info@vsa-verlag.de